Mittwoch, 16. März 1983 - D ***
ichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen
igien 36,00 bfr. Dänemark 7,50 dkr. Frankreich 6,00 F. Griechenland 80 Dr. oßbritannien 65 p. Italien 1300 L. Jugoslawien 63,00 Din. Luxemburg 27,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 63 - 11.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG. Postf.10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Niederlande 2,00 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 12 öS. Portugal 80 Esc. Schweden 6,50 skr. Schweiz 1,60 sfr. Spanien 100 Pts. Kanarische Inseln 125 Pts

TAGES...

POLITIK

Volff: Nicht anter Zeitdruck andeln

Mk. Bonn

Der Präsident des Deutschen In- ıstrie- und Handelstages (DIHT), tto Wolff von Amerongen, hat da- r gewarnt, die Bundesregierung nter kurzfristigen Erfolgszwang ı setzen. Weder für die Wirt- haftspolitik noch für die Kon- nkturerholung seien hochge- annte Erwartungen unter dem otto „Leinen los – wir fahren ab" ıgebracht. Zur Wiederbelebung r Wirtschaft müßten die Schub- äfte vom Markt ausgehen und cht von staatlichen Eingriffen. ım Streit um die Rückzahlung r Investitionshilfeabgabe beton- Wolff in Flensburg: „Wir brau- ıen Verläßlichkeit." Diese könne ıdurch demonstriert werden, daß ıh die Bundesregierung zunächst n bestehenden Gesetz orientiere. ir die folgenden Jahre sollten ıh die Koalitionsparteien um ei- n Kompromiß bemühen. Sein orschlag: Auch die betroffenen ınselbständigen sollten sich von r Abgabe befreien können, in- ım sie Produktivvermögen er- ırben. Es werde so viel von Stär- ıng des Eigenkapitals und Bil- ıng von Risikokapital geredet, an eser Ecke sollten die Koaliti- ısparteien einen fairen Kompro- iß finden.

„Bereitschaft zur Investition nimmt zu"

AP, Frankfurt

Eine generelle Zunahme der Investitionsbereitschaft hat die Deutsche Bundesbank in ihrem jetzt veröffentlichten Monatsbericht für Januar festgestellt. Die Auftragseingänge aus dem In- und Ausland sind nach den Beobachtungen der Zentralbank in diesem Monat zum Teil kräftig gestiegen. Vor allem die hohen Bestellungen beim Investitionsgütergewerbe hätten zu der positiven Entwicklung der Inlandsnachfrage beigetragen. Im verarbeitenden Gewerbe ergab sich, so der Bericht, saisonbereinigt eine kräftige Zunahme, die um 5,5 Prozent über Dezember 1982 und um elf Prozent über dem Monat Januar vergangenen Jahres lag. Die deutliche Zunahme der Auftragseingänge aus dem Ausland kam ausschließlich dem Investitionsgütergewerbe zugute. Saisonbereinigt betrug sie gegenüber dem vorangegangenen Monat 15 Prozent. Erstmals seit Sommer 1982 wurde die gewerbliche Produktion (ohne Bau) „spürbar ausgeweitet". Saisonbereinigt betrug die Zunahme gegenüber Dezember 3,5 Prozent. Geradezu „sprunghaft zugenommen" hat im Berichtsmonat die Produktion des Bauhauptgewerbes. Seite 12

ZITAT DES TAGES



„Die Qualität der Vorschläge ist wichtiger als der Zeitpunkt."

ans-Dietrich Genscher, Bundesau- ßenminister, in Brüssel auf die Frage, ı die neue Initiative des Westens bei en Genfer Verhandlungen noch in r jetzigen Konferenzphase oder erst ı Juni auf den Tisch gelegt werde.
FOTO: LOTHAR KUCHARZ

urückgewiesen

dpa, Bonn/München

Seit Beginn der Leipziger Früh- hrsmesse haben die „DDR"- renzbehörden 53 Bürger aus der undesrepublik Deutschland, die ır Messe fahren wollten, an der nerdeutschen Grenze zurückge- iesen. Diese Zahl nannte gestern as Innerdeutsche Ministerium in onn unter Hinweis auf die Mel- ıng aus den Bundesländern.

onn besorgt

dpa, Bonn

Die Bundesregierung ist darüber esorgt, daß die Sowjets zu Beginn es Frühjahrs eine Offensive im ghanischen Grenzgebiet zu Paki- an planen. Nach vorliegenden eldungen deute alles darauf hin, aß der nach wie vor ungebrochene iderstand der Afghanen unter ontrolle gebracht werden soll. In e südlichen Regionen Afghani- ans um die Städte Paktia und andahar sollen zwischen 5000 und 0 000 sowjetische Soldaten verlegt orden sein. Seite 5

lussein bei Carstens

rtr. Bonn

Der jordanische König Hussein ıll heute von Bundespräsident arl Carstens mit allen militäri- chen Ehren empfangen werden. nschließend werde Hussein ein espräch mit Carstens führen und ı einem Essen teilnehmen, das der undespräsident zu Ehren des Kö- igs gibt, kündigte gestern ein Re- ierungssprecher an. Für den Nach- uittag sei ein Gespräch mit Bundes- anzler Helmut Kohl und Bundes- ußenminister Genscher geplant. Iorgen wolle Hussein nach London eiterreisen, wo er anstelle des ma- okkanischen Königs Hassan eine elegation der Arabischen Liga lei- en will.

WIRTSCHAFT

Berlinflüge teurer

rtr. Bonn

Die Preise für den Berlin-Flugverkehr werden sich am 1. April um 3,75 Prozent erhöhen. In einer gestern von der britischen Botschaft in Bonn veröffentlichten Erklärung hieß es, die Zivilluftfahrtattachés der Alliierten hätten dazu ihre Zustimmung gegeben. Die Gesellschaften Pan American und British Airways hatten einen entsprechenden Antrag gestellt, dem sich auch die Air France anschloß. Seite 11

Angebot: 2,5 Prozent

rtr. Düsseldorf

Die Arbeitgeber des Bankgewerbes haben bei der zweiten Tarifrunde in diesem Bereich eine Gehaltserhöhung um 2,5 Prozent mit einer Laufzeit von 15 Monaten vom 1. April an angeboten. Wie ein Sprecher der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) gestern weiter mitteilte, hat die HBV-Delegationsleitung dieses Angebot als „völlig unzumutbar" bezeichnet und abgelehnt.

Wieder Bewegung

dpa, München

Im Tarifkonflikt in der Metallindustrie gibt es wieder Bewegung: Gestern wurde von der Informationszentrale der bayerischen Wirtschaft in München bekanntgegeben, daß die bayerischen Tarifpartner am Donnerstag zur sechsten Verhandlungsrunde für den Tarifbezirk Bayern mit 680 000 Beschäftigten „ohne gegenseitige Vorbedingungen" zusammenkommen werden.

M.A.N.: Markt belebt

DW. München

Die Absatzchancen für mittelschwere und schwere Lastkraftwagen in der Bundesrepublik Deutschland werden wieder günstiger beurteilt. Der Unternehmensbereich Nutzfahrzeuge der M. A. N. erwartet für 1983 einen Anstieg der Marktaufnahmefähigkeit gegenüber dem Vorjahr um etwa 20 Prozent. Die Entwicklung des Auftragsbestandes aus dem Inland bestätige dies.

Aktien uneinheitlich

DW. Frankfurt

An den Aktienmärkten setzt sich die Konsolidierungsphase mit stark schwankenden Kursen fort. Der Rentenmarkt war etwas freundlicher. WELT-Aktienindex 123,6 (124,1). Dollarmittelkurs 2,3766 (2,3925) Mark. Goldpreis pro Feinunze 434,50 (428,50) Dollar.

WETTER

Unbeständig

DW. Essen

In ganz Deutschland wechselnd wolkig mit einzelnen Schauern. Tagestemperaturen zwischen 7 und 11 Grad, in der Nacht um 2 Grad, gebietsweise leichter Frost. Meist nur schwachwindig.

Kohl läßt offen, welches Amt in Bonn er Strauß anbietet

Spannungsgeladenes Gespräch / Einig über Nein zu Steuererhöhungen

MANFRED SCHELL, Bonn

Die vorbereitenden Koalitionsgespräche zwischen CDU und CSU sind zum Auftakt nicht so harmonisch verlaufen wie beide Seiten dies nach außen hin darstellen möchten. Vielmehr war die erste, mehr als vier Stunden dauernde Begegnung zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß – die beide von je drei Spitzenpolitikern ihrer Parteien begleitet wurden – von Spannungen und Aufrechnungen aus den vergangenen Wochen bestimmt. Für den Einstieg in die Sachpolitik blieb deshalb zunächst keine Zeit. Erst gestern wurde dann mit der Erörterung der Wirtschafts- und Finanzpolitik begonnen.

Bundeskanzler Helmut Kohl gab am Ende der ersten Gesprächsrunde mit der CSU zu erkennen, daß er Franz Josef Strauß ein Angebot für dessen Mitwirkung im Bundeskabinett machen wird, aber er vermied eine Konkretisierung. Der Spielraum, den Kohl für eine solches Angebot hat, wird allerdings als nicht sehr groß angesehen, nachdem personelle Festlegungen für wichtige Ressorts bereits getroffen sind.

Zu Beginn des Gesprächs, das über Strecken hinweg in scharfem Ton geführt wurde, hatte Strauß Vorwürfe erhoben. Während er sich mit Äußerungen zurückgehalten habe, seien von der CDU Spekulationen über die personelle Zusammensetzung des neuen Kabinetts in Umlauf gebracht worden, führte er aus. Er beklagte sich über mangelnde Unterstützung durch die CDU in den zurückliegenden Jahrzehnten. Wenn heute die CDU meine, er erhebe „als Person" den Anspruch auf eine angemessene Berücksichtigung im Kabinett, dann täusche sie sich. Hinter ihm stehe die gesamte CSU. Strauß vermied es aber, ein konkretes Ministerium zu fordern.

Bundeskanzler Kohl, so verlautete, habe den Vorwurf mangelnder Unterstützung zurückgewiesen und dabei auf sein Engagement im Wahlkampf für den Kanzlerkandidaten Strauß im Jahr 1980 hingewiesen. Auch habe er sich nach der Wahlniederlage von Strauß dafür eingesetzt, daß keine „Schulddebatte" entstanden sei.

CSU-Generalsekretär Edmund Stoiber sprach in der Runde von einer notwendigen „Verknüpfung" von Personal- und Sachfragen. Um

SEITE 2:
So selbstverständlich ist die Union nun auch wieder nicht

das Gewicht der CSU deutlich zu machen, verwies er, wie zuvor Strauß, darauf, daß die CDU am 6. März 38,6, die CSU 10,6 und die FDP 6,9 Prozent der Stimmen erhalten hätten. Deshalb müsse, ehe man zu koalitionsstrategischen Fragen komme, das Verhältnis zwischen CDU und CSU angesprochen werden. Auf empörte Reaktionen der CDU-Teilnehmer stieß die von Stoiber zugespitzt gestellte Frage: „Was ist euch lieber, die CSU oder die FDP?" Auf Proteste der CDU-Politiker hin sagte Stoiber, er unterstelle „nicht ideologisch nähere Bindungen" der CDU zur FDP, aber es gehe darum, welchen Stellenwert die CDU der Aussage gebe, man brauche die FDP als langfristigen Koalitionspartner und welche Priorität sie der seit 1946 bestehenden Gemeinsamkeit von CDU und CSU beimesse.

Kohl und die CDU-Politiker Heiner Geißler, Gerhard Stoltenberg und Alfred Dregger betonten, sie wollten die fortdauernde Gemeinsamkeit mit der CSU. Andererseits aber habe das Ergebnis am 6. März auch gezeigt, daß es der Union allenfalls in Ausnahmesituationen gelingen könne, die absolute Mehrheit zu gewinnen.

In der vorausgegangenen Sitzung des CDU-Präsidiums, auf der das Vorgehen der CDU für die Abendrunde mit der CSU besprochen worden war, hatte man sich über den zwar zuvor öffentlich erhobenen Anspruch von Strauß auf ein potentes Ministeramt erstaunt gezeigt. Strauß sei es schließlich gewesen, so wurde dabei argumentiert, der Sachfragen vor Personalentscheidungen gerückt habe.

Bundeskanzler Kohl berichtete von seinem zweistündigen Gespräch mit Strauß unmittelbar nach dem Wahltag. Auch dabei habe Strauß nicht gesagt, welches Ministeramt er wolle. Deshalb sei man in der CDU erstaunt über die „herbe Form", mit der jetzt der Anspruch erhoben worden sei. Personelle Festlegungen gab es im CDU-Präsidium nicht, jedoch herrschte Übereinstimmung darüber, daß der vorgesehene Zeitplan beibehalten und Kohl noch vor Ostern zum Bundeskanzler gewählt werden soll. In der Sitzung des CDU-Präsidiums war man sich auch einig, daß die Union „pfleglich" mit der FDP umgehen, dabei aber ihre eigenen Positionen betonen müsse. Aber es gehe um den Stil des Umgangs. In diesem Zu-

■ Fortsetzung Seite 10

DER KOMMENTAR

Das Geständnis

HERBERT KREMP

Nachdem die Vorverurteilung ausgesprochen und die Ehre abgeschnitten ist, nimmt die famose Düsseldorfer Justizministerin Donnepp die etwas gerutschte Binde der Justitia vom Mund und gesteht: „Zweimal sind in der Spendenaffäre der Parteien und in Sachen Flick Indiskretionen aus meinem Haus herausgekommen." (WAZ, 14. März) Der Bürger, der auch ein sozialdemokratisch geführtes Justizministerium mit dem Recht in Verbindung bringt, fragt sich verwundert: Wie ist so etwas möglich?

Die Indiskretionen über die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen in der Spendenaffäre setzten im August 1981 ein. Sie nahmen im Dezember desselben Jahres eine neue Dimension an, als Berichte erschienen, wonach Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff Gelder von Flick erhalten habe. Nachdem die Staatsanwaltschaft Bonn im Februar 1982 die Ermittlungen gegen Lambsdorff und andere wegen Vorteilsannahme beziehungsweise Vorteilsgewährung aufgenommen hatte, wuchsen die Indiskretionen in einschlägigen Publikationen zur Lawine an. Parteien und Männer der Wirtschaft standen, in beziehungsreiche Beziehung gebracht, am Pranger. Aus Ermittlungen wurden „Beweise", aus den „Beweisen" wurde das Urteil über das „System".

Es ist unmöglich, kein Komplott zu vermuten. Seit den Etat-Verhandlungen im Sommer 1981 stand es um die sozial-liberale Koalition in Bonn nicht mehr zum besten. Die Freien Demokraten wandten sich offen gegen die schuldentreibende Ausgabenpolitik, sie äußerten Wendegedanken, das Regierungsgebäude begann zu schwanken. In dieser Situation kam, so scheint es, eine namentlich noch nicht erfaßte Guerrilla, die nach eindeutigen Feststellungen der Essener Staatsanwaltschaft im Düsseldorfer Justizministerium siedelt, auf die Idee, mit Hilfe der Ermittlungsakten unliebsame Politiker und Spender aus der ungeliebten Industrie Mores zu lehren: in erster Linie natürlich den Grafen Lambsdorff.

Der Angriff gegen die guten Sitten aus der Tiefe des Justizministeriums hatte rufmordende Folgen, vermochte die Bonner Koalition aber nicht mit der Handschelle zusammenzuhalten. Man sieht an dem Fall jedoch, welcher Taten eine parteiideologisierte Verwaltung fähig ist, wenn sie die Macht schwinden sieht. Der hehre Grundsatz, niemand sei schuldig bis zum Beweis der Schuld, bleibt links liegen. Frau Donnepp muß das Kapotthütchen nehmen.

Wie lange hält die Opec-Einigung?

Saudi-Arabien muß Lasten alleine tragen / Kaum Auswirkungen auf deutschen Markt

WILHELM FURLER/DW. London

Der von den Mitgliedern der Organisation erdölexportierender Staaten (Opec) in London auf 29 Dollar pro Barrel gesenkte Ölpreis wird sich nach übereinstimmender Auffassung großer deutscher Ölgesellschaften nicht unmittelbar oder wesentlich auf die Preise in der Bundesrepublik Deutschland auswirken. Die heimischen Preise seien vor allem von den Entwicklungen auf dem Rotterdamer Spotmarkt abhängig, an dessen Preistrend sich die Opec-Staaten jetzt angeglichen haben.

Nie zuvor in der 23jährigen Geschichte der Opec hat eine Mitglieder-Sitzung derart lange gedauert wie die von London. Wohl nie zuvor stand das Ölkartell aus 13 Nationen auch so unmittelbar vor dem Zusammenbruch. Erst das Angebot Saudi-Arabiens, des größten Ölexport-Landes der Welt, als eine Art Puffer bei Nachfrageschwankungen zu wirken und damit quasi den übrigen Opec-Ländern die Abnahme ihrer genau festgelegten Produktionsquoten zu garantieren, brachte am zwölften Verhandlungstag endlich den Durchbruch.

Ob und wie lange der Kompromiß von London allerdings halten wird, ist eine andere Frage. Dabei geht es vor allem um zwei Probleme: Wie werden sich die unabhängigen Produzenten von Nordseeöl – Großbritannien und Norwegen – gegenüber dem vereinbarten neuen Opec-Referenzpreis von 29 Dollar je Barrel (ein Barrel entspricht 159 Litern) für leichtes Saudi-Öl und insbesondere gegenüber dem Richtpreis für nahezu gleichwertiges Rohöl aus Nigeria verhalten? Und zweitens: Werden sich alle Opec-Mitglieder tatsächlich strikt an die genau festgelegten obere Produktionsgrenze halten?

Bereits hier treten in der europäischen Ölwirtschaft berechtigte Zweifel auf. Denn von den Ölministern wurde in London eine Gesamtproduktionsquote von 17,5 Millionen Barrel Öl pro Tag festgelegt. Die tatsächliche gegenwärtige Nachfrage nach Opec-Öl dürfte aber deutlich unter 15 Millionen Barrel pro Tag liegen. Entsprechend hätte sich Saudi-Arabien, dessen Produktions-Obergrenze ohnehin schon von ursprünglich beanspruchten sechs Millionen Barrel pro Tag auf fünf Millionen gestutzt wurde, auf eine Produktionsmenge von nur noch höchstens zwei bis zweieinhalb Millionen Barrel pro Tag einzustellen. Mehr noch: Die Internationale Energie-Agentur sagt einen weiteren Rückgang der Welt-Nachfrage nach Rohöl in den nächsten sechs Monaten voraus.

Es bleibt abzuwarten, wie lange Saudi-Arabien wirklich bereit ist, trotz seines immer noch enormen Vermögens den zu erwartenden Nachfrage-Rückgang praktisch alleine zu tragen. Ebenso abzuwarten bleibt, wie Großbritannien auf den neu festgelegten Preis für Nigeria-Öl von 30 Dollar je Barrel reagieren wird.

Die britische Regierung hat wiederholt betont, daß sie nicht bereit ist, mit dem Opec-Kartell zu kooperieren. So kann es durchaus sein, daß bereits in der kommenden Woche der Preis für Nordseeöl nochmals gesenkt wird. Das könnte unmittelbar zu einem Ölpreiskrieg führen, da Nigeria erklärt hat, daß es sich von Großbritannien nicht unterbieten lassen wird.

Seite 2: Dem Überfluß steuern?
Seite 11: Washington sieht positive Auswirkungen

Bonn wirbt für Volkszählung

E. N./DW. Bonn

Die Bundesregierung will die Aufklärung über die für den 27. April geplante Volkszählung verstärken. Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Horst Waffenschmidt, und der Leiter des Statistischen Bundesamtes, Franz Kroppenstedt, haben gestern zugleich noch einmal versichert, daß der Datenschutz gewährleistet sei. Nach Waffenschmidts Worten wächst trotz zahlreicher Boykottaufrufe die Bereitschaft zur Teilnahme. Kroppenstedt erinnerte daran, daß auch Hamburg seine Vorbereitungen wiederaufgenommen habe. Im übrigen seien „Verweigerungsquoten" von wenigen Prozent ohne größeren Einfluß.

Seite 2: Die 0,4-Prozent-Hürde

US-Panzer nach Saudi-Arabien?

AP, London

Die USA wollen nach einem Bericht der in London erscheinenden Militärfachzeitschrift „International Defense Review" in den Jahren 1985 und 1986 tausend Panzer vom Typ M1-A1 in Saudi-Arabien stationieren. Die Panzer seien als vorgeschobene Reserve zur Verstärkung der schnellen Eingreiftruppe gedacht, die von den USA zur Verteidigung der ölreichen Golfregion aufgestellt worden ist, schrieb das Magazin. Es berief sich auf nicht näher bezeichnete „unabhängige Quellen". Die Stationierung der Panzer, von denen 200 den Saudis zum Eigengebrauch zur Verfügung gestellt werden sollten, sei vom saudischen Verteidigungsminister Prinz Sultan bin Abdulasis bereits gutgeheißen worden.

Für ein neues Angebot in Genf

rtr. Bonn

In der CDU/CSU wird dafür plädiert, daß die USA bei den Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen noch vor der Vertagung zur Osterpause Ende März der Sowjetunion einen konkreten Kompromißvorschlag vorlegen. Der abrüstungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Jürgen Todenhöfer, sagte ein solcher Vorschlag zusätzlich zur angestrebten Null-Lösung hätte den Vorteil, daß die Sowjetunion gezwungen wäre, Farbe zu bekennen. Sie müßte dann zeigen, ob sie zur Abrüstung ihrer nuklearen Mittelstreckenraketen und zur Wiederherstellung des Gleichgewichts wirklich bereit sei. Man solle die Mittelstreckenwaffen auf beiden Seiten auf 75 Systeme reduzieren.

Düsseldorf: CDU-Fraktion fordert Rücktritt Donnepps

Ministerin gibt Indiskretionen aus ihrem Haus zu

WILM HERLYN, Düsseldorf

Peinliche Fragen muß heute die Düsseldorfer Justizministerin Inge Donnepp (SPD) vor dem Untersuchungsausschuß des Landtages beantworten. Das Gremium will wissen, wie es zu den Indiskretionen bei den Ermittlungen der Bonner Staatsanwaltschaft in der Parteienspendenaffäre einerseits und gegen den Flick-Konzern andererseits kommen konnte.

Inge Donnepp gab inzwischen zu, daß Indiskretionen aus ihrem Ministerium kamen. Vor Journalisten räumte sie ein: „Zweimal sind in der Spendenaffäre der Parteien und in Sachen Flick Indiskretionen aus meinem Haus herausgekommen." Ein Sprecher ihres Hauses erklärte dazu auf Anfrage der WELT, dies sei eine „mißliche Äußerung" der Ministerin.

„Bisher hatte Inge Donnepp die Öffentlichkeit glauben gemacht, es habe zwar „undichte Stellen in meinem Haus" in Sachen Parteispenden gegeben, nicht aber bei den Ermittlungen gegen den Flick-Konzern. Am 29. November 1982 berief sie eine Pressekonferenz ein und erklärte ausdrücklich, ihr Haus sei von den seit Februar 1982 geführten Ermittlungen durch die Bonner Staatsanwaltschaft gegen hochrangige Politiker aller Parteien wegen des Verdachts der Vorteilsannahme „seit Mai 1982 nur mündlich durch Vortrag informiert worden."

Zu diesem Punkt und für diesen Zeitraum hat Frau Donnepp – das gestehen ihr alle Beteiligten zu – nicht die Unwahrheit gesagt. Entscheidend scheint aber ein Vergleich der einzelnen Daten zu sein:

Im April 1981 begannen die Ermittlungen in Sachen Parteienspenden. Am 28. August sendete das Fernsehen darüber einen ersten Bericht, am 29. August veröffentlichte die in Essen erscheinende „Neue Ruhr-Zeitung" einen Artikel über die Ausweitung der Ermittlungen. Am 31. August begann die Essener Staatsanwaltschaft mit Untersuchungen (auf Bitte des Generalstaatsanwaltes in Köln), wie es zu diesen Indiskretionen kommen konnte. Ende Oktober trafen die ersten Berichte der Bonner Staatsanwaltschaft über den Stand der Ermittlungen im Düsseldorfer Justizministerium ein. Bei diesen Nachforschungen stieß die Staatsanwaltschaft auch auf den Vorwurf, Lambsdorff habe als Schatzmeister der FDP Nordrhein-Westfalen erhebliche Beträge vom Flick-Konzern erhalten. Diese Vorwürfe wurden in der NRZ am 11. Dezember 1981 veröffentlicht.

Die Essener Staatsanwaltschaft beschäftigte sich mit dieser weiteren Indiskretion vom 16. Dezember an. Die Vorwürfe aber wurden auslösender Anlaß für den Leitenden Oberstaatsanwalt Franzbruno Eulencamp, von Februar 1982 an gesondert ein Ermittlungsverfahren in Sachen Flick anzustrengen. Die Zurückweisung der Vorwürfe durch Inge Donnepp, auch in Sachen Flick sei „das Loch" im Justizministerium zu suchen, erstreckte sich nach ihren eigenen Worten aber nur von Mai 1982 an – nicht also für die Zeit davor. Damit sieht sich auch die Essener Staatsanwaltschaft im Recht mit ihrem etwa 50seitigen geheimen Bericht, daß „die Indiskretionen von einem Bediensteten des Justizministeriums begangen oder veranlaßt" worden seien. Die CDU forderte den Rücktritt von Inge Donnepp.

CSSR-Landwirtschaft: Wird Zentralismus abgebaut?

Parteiorgan plädiert für mehr Eigenverantwortung

AP, Prag

Das Parteiorgan der tschechoslowakischen Kommunisten, „Rude Pravo", hat sich gestern für eine Verminderung der zentralen staatlichen Planung in der Landwirtschaft ausgesprochen. Die zentrale Planung habe dazu geführt, „daß die Leute nicht mehr selbständig denken", kritisierte das Blatt.

„Rude Pravo" äußerte Zweifel an der Vorstellung, daß „ein strikter Zentralismus zum Sozialismus gehört", und bezeichnete „Verluste, Anonymität und eine Beschränkung fähiger und schöpferischer Menschen" als Folgen eines zu starken Zentralismus. Dieses Hemmnis müsse schnell überwunden werden.

Die Auffassung wurde in einer Antwort des Parteiorgans auf einen angeblichen Leserbrief geäußert, in dem Besorgnis über Forderungen aus der Landwirtschaft nach mehr Entscheidungsbefugnissen ausgedrückt worden war. In der Tschechoslowakei sind mehr als 95 Prozent der landwirtschaftlichen Unternehmen staatliche Betriebe oder Produktionsgenossenschaften, die mehr oder weniger der zentralen Planung unterworfen sind. Von Agrarexperten sind dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei vor kurzem Empfehlungen zugeleitet worden, die auf eine Lockerung der staatlichen Aufsicht und auf mehr Eigenverantwortlichkeit der Agrarbetriebe abzielen. Nach Ansicht von Beobachtern könnte der Beitrag in der „Rude Pravo" darauf hindeuten, daß zumindest einige der Vorschläge in der Parteiführung unterstützt werden.

Die tschechoslowakische Parteizeitung setzt sich dafür ein, daß Entscheidungen über Aussaat und Erntetermin von den Betrieben selbst getroffen werden. Die zentrale Planung müsse aber weiter eine wichtige Rolle spielen.

Am vergangenen Montag hatte die Sowjetunion zu erkennen gegeben, daß das derzeitige System der Planwirtschaft modifiziert werden könnte. In der Parteizeitung „Prawda" schrieb der Wirtschaftsexperte Oleg Bogomolow, es gehe dabei vor allem um die Frage, ob man zu einer größeren „Selbständigkeit" der Betriebe kommen könne. Ausdrücklich wurde auf den größeren Spielraum für „private Nebenwirtschaften" in der Landwirtschaft Ungarns und Bulgariens hingewiesen.

Andropow degradiert auch Samjatin

Botschafter in Algier? / „Entbreschnewisierung" / Gleiches Schicksal wie Falin

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Leonid Samjatin, bisher Chef der Abteilung für Internationale Information im Zentralkomitee der KPdSU, ist nach einer Meldung der Tokioter Zeitung „Yomiuri Shimbun" seines Postens enthoben worden. Er soll zum sowjetischen Botschafter in Algerien ernannt werden.

Bereits Mitte Januar war Samjatins Stellvertreter in der ZK-Abteilung, der ehemalige Bonner Sowjetbotschafter Valentin Falin, abgelöst und zum außenpolitischen Kommentator der sowjetischen Regierungszeitung „Iswestija" bestellt worden. Für Samjatin wie für Falin stellen die beiden neuen Posten, auf die sie nach der Machtübernahme des neuen sowjetischen Parteichefs Andropow versetzt wurden, eindeutige Herabstufungen dar.

Daß Falin nicht zur wichtigeren Parteizeitung „Prawda" kam, sondern mit der „Iswestija" vorliebnehmen mußte, gilt zwar noch als zusätzliche Degradierung. Doch als Kommentator der Regierungszeitung bleibt er wenigstens in der Öffentlichkeit, während Samjatin vollends aus der politischen Sphäre der UdSSR verschwinden dürfte, wenn er erst einmal sein Amt in Algier antritt.

Samjatin ist wie Falin offenkundig der „Entbreschnewisierung" des Parteichefs Andropow zum Opfer gefallen. Samjatin galt in der Breschnew-Ära als einer der engsten Vertrauten des damaligen Staats- und Parteichefs. Die ZK-Abteilung für Information, die nach seinem und Falins Abgang jetzt endgültig aufgelöst werden soll, wurde als Samjatins „privater Spielplatz" bezeichnet. Beide Funktionäre sind offenbar in Konflikt mit jenen Kreisen um Andropow geraten, die eine elastischere, taktisch geschicktere Politik gegenüber dem Westen befürworten.

Der ehemalige Diplomat Samjatin war Generaldirektor der amtlichen sowjetischen Nachrichtenagentur Tass, bevor er zu Breschnews persönlichem Sprecher avancierte. Auf internationalen Konferenzen und bei Begegnungen mit westlichen Journalisten fiel Samjatin wegen seiner unverblümten Reden, wegen der Schärfe seines Umgangs mit seinen Verhandlungspartnern und Zuhörern auf. Zu Breschnews Zeiten war er der einzige Sowjet-Funktionär, der sich herausnehmen durfte, die politischen Äußerungen seines Parteichefs eigenmächtig zu interpretieren. Mit diesem Privileg ist es für ihn unter Andropow schon lange vorbei.

Heute in der WELT

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Kardeljs Erben in Not

Von Carl Gustaf Ströhm

Während einer ZK-Sitzung sprachen es mehrere jugoslawische Spitzenpolitiker offen aus: Es gebe „keine Einheit" im Bunde der Kommunisten Jugoslawiens – jener Partei, die das Erbe Titos zu verwalten hat. Die Wirtschaftskrise hat zu weiteren schweren Zerklüftungen innerhalb des Nationalitätenstaates geführt.

Eine klare Führung ist weder im politischen noch im ökonomischen Bereich sichtbar. Die „Arbeiterselbstverwaltung" – das vom verstorbenen Ideologen Edvard Kardelj zusammengezimmerte komplizierte System, das oftmals rationale ökonomische Entscheidungen verhindert – hat im Zeichen der Produktions- und Versorgungsschwierigkeiten viel von seinem Glanz verloren. Einzelne jugoslawische Politiker reagieren nervös, wittern überall Feinde und Verschwörungen sowie finstere ausländische Mächte.

In Wirklichkeit besteht das jugoslawische Problem nach Tito in der Führungsschwäche der kommunistischen Partei. Ihr wurde noch zu Lebzeiten des „Alten" ein Rotationsprinzip des ständigen Wechsels an der Spitze aufgezwungen, mit dem heutzutage nicht einmal ein mittlerer Betrieb, geschweige denn ein Staat, zu leiten ist. Auch der Nationalismus, der sich im Lande breitmacht, ist eher eine Folge wirtschaftlicher Not denn ein Produkt finsterer Mächte.

Die jugoslawischen Kommunisten werden ohne westliche Hilfe nicht über die Runden kommen. Diese Hilfe sollte im Interesse der Unabhängigkeit dieses strategisch wichtigen Landes (Unabhängigkeit von der Sowjetunion vor allem) gewährt werden. Aber auch eine solche Hilfe würde sich in nichts auflösen, wenn die Führungen in Belgrad und in den Teilrepubliken nicht den Mut zur Reform finden: den Mut, endlich wirtschaftlich zu wirtschaften.

Die 0,4-Prozent-Hürde

Von Eberhard Nitschke

Wenn der Bürger schon alle vier Jahre und zu jeder neuen Bundestagswahl vergessen hat und vergessen darf, was es eigentlich mit seiner Erst- und Zweitstimme beim Urnengang auf sich hat, dann wird die große Informations-Kampagne zur Volkszählung 1983 verständlich, die gestern in Bonn angekündigt wurde.

Warum erst jetzt, wenn doch schon am 27. April jenes Heer von Zählern ausschwärmt? 1970, bei der letzten und im Ergebnis inzwischen völlig veralteten Zählung dieser Art, gab es keinen Bundestagswahlkampf. Und aus allen Parteien, so der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Franz Kroppenstedt, jetzt in Bonn, sei der Wunsch gekommen, dieses Thema nicht auch noch in den Wahlkampf zu bringen.

Jetzt will man die Gunst der Stunde nutzen und die Werbespot-Zeit, die so lange von den Parteien gemietet war, dem Fernsehen für Zwecke der Statistik abkaufen. Die nach Kroppenstedt „rational kaum verständliche Aufregung" um ein Ereignis, das 1970 etwa so hingenommen wurde wie ein leicht lästiger, aber unvermeidlicher Gang zum Finanzamt in Sachen Lohnsteuer, muß heute mit dem Satz gerechtfertigt werden: „Es handelt sich nicht um eine Verschwörung gegen den Bürger, sondern um eine schlichte Erhebung, die dem Bürger nützt."

Die Boykott-Propagandisten müssen sich gegenüber so leicht faßlicher Aussage in ihrem Bemühen um Sabotage der Volkszählung schon etwas einfallen lassen, und sie haben es getan. 1970 in den Niederlanden, so hieß es da in den letzten Wochen, habe das Volk die „Schnüffelaktion" der Behörde durch großartige Verweigerung zu Fall gebracht. Gern hätte man im Interesse staatlicher Ordnung schon früher das gehört, was dazu gestern in Bonn gesagt wurde: Die Verweigerungsrate lag bei 0,4 Prozent. Das sind wohl die „Nicht-Existenten im Eigen-Sinn bürgerlicher Konvention", von denen Christian Morgenstern schon seinen Herrn von Korf sprechen läßt.

Votum der Betroffenen

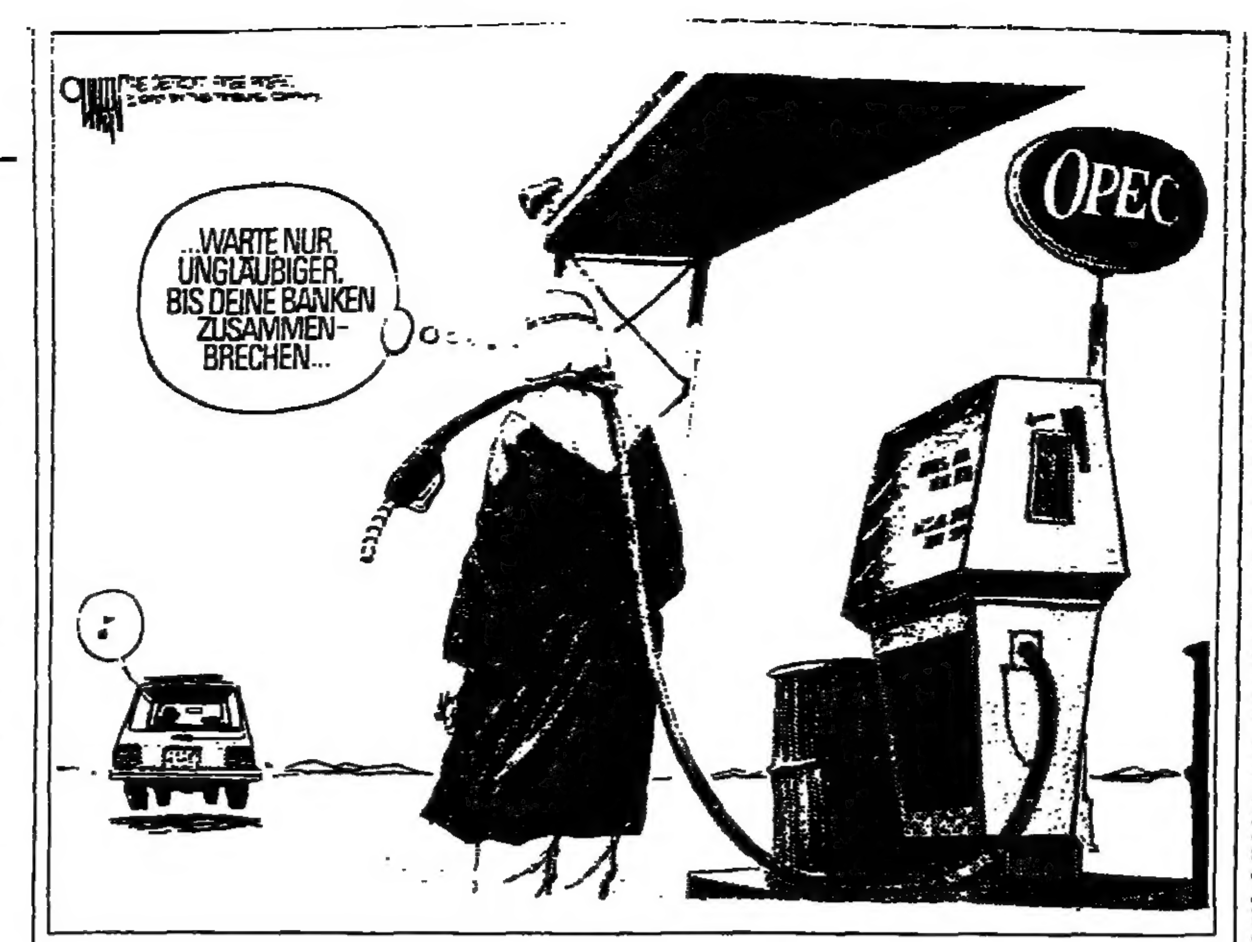
Von Joachim Neander

Falls im Spätherbst, was ja, Gott sei Dank, noch nicht sicher ist, die Diskussion um die Raketennachrüstung akut wird, werden Plakate, Flugblätter und Artikel, die von „massenhaftem Widerstand der betroffenen Bevölkerung" sprechen, nicht fehlen. Vielleicht sind sie bereits gedruckt.

Die möglichen und die schon vorhandenen Standorte der Atomwaffen und Kampfgaslager in der Bundesrepublik sind ja dank fieberhafter Beflissenheit von „Stern", Grünen, DKP und auch Teilen der SPD längst bekannt. Monatelang hat man versucht, im Pfälzer Wald, in der Eifel, im Hunsrück, dort also, wo die Leute wohnen, auf deren Betroffenheit man hofft, Stimmung gegen die Raketen, gegen die NATO, gegen die Amerikaner und gegen die alte und neue Bundesregierung zu machen. Diejenigen, die diese Kampagne geführt haben, müssen den Wahltag 6. März als Bilanz ihrer Mühen verstanden haben. Wenn überhaupt, dann müßte sich die Betroffenheit auf den Stimmzetteln bemerkbar machen.

Da die Friedens- und sonstigen Kämpfer selbst diese Bilanz noch nicht gezogen haben, sei sie sozusagen stellvertretend hier bekanntgemacht: Der Erfolg ist gleich Null. Die Landkreise Pirmasens, Kaiserslautern, Birkenfeld, Bitburg-Prüm, oder wie sie heißen mögen, weichen im Wahlergebnis nirgendwo vom allgemeinen Trend ab: Gewinne für die CDU, Verluste für die SPD; in keiner dieser Regionen haben die Grünen die Fünf-Prozent-Hürde übersprungen.

Dies heißt nicht, daß die Leute dort keine Angst vor Atomkrieg und Giftgas hätten. Aber sie wissen wohl auch genau, wer ihnen da als reisender Vertreter in Katastrophen etwas an der Haustür andrehen will. Wenn es also im Spätherbst „massenhaften Widerstand der Betroffenen" geben sollte – man weiß jetzt, um wen es sich da jedenfalls nicht handelt.



ZEICHNUNG OLIPHANT / THE DETROIT FREE PRESS

Dem Überfluß steuern?

Von Hans Baumann

Zwölf Tage lag sie in London auf der Intensivstation. Jetzt wurde sie – notdürftig geflickt – entlassen: die Opec, einst Förderkartell von 13 Ländern, die Rohöl besitzen, die Ende der sechziger Jahre ihre damaligen Partner – die Multis – rigoros enteigneten und in den siebziger Jahren die Ölverbraucher schröpften. Die Folge war die Rezession der Weltwirtschaft, die wiederum zur Entmachtung der Opec führte.

Das Ergebnis der Marathonsitzung von London ist ein Stück von Schaustellern. Auf 29 Dollar je Faß Öl (159 Liter) mußte man herunter, das stand schon vor Beginn der Konferenz fest. Daß man sich auf einen Opec-Förderanteil von 17,5 Millionen Barrel pro Tag einigte, ist eine Farce. Denn diese umgerechnet 875 Millionen Tonnen Rohöl will niemand haben. Zur Zeit fördert die Opec nicht einmal 15 Millionen Faß – und der Weltölmarkt schwappt trotzdem über. Allein aus der Opec kommen demnach künftig 125 Millionen Tonnen Öl im Jahr zuviel ins Angebot – bei einem Bedarf von grob 2,7 Milliarden Tonnen genug, um die Preise zu drücken. Doch 17,5 Millionen Faß mußten es in London schon sein, wenn man jedem Mitgliedsland eine Förderquote zuteilen wollte, mit der es bei 29 Dollar Erlös sein Staatsbudget decken zu können glaubte.

Das Spektakulum von London gleicht dem vom Januar in Genf. Illusionisten haben ausgiebig palavert, den Blick fest am Markt vorbei gerichtet auf Einnahmen, die man haben „muß"; der Streit untereinander wurde erneut kultiviert, Mißgunst beherrschte die Szene – und nicht einmal der helle Kopf Yamani, Ölminister von Saudi-Arabien, fand den Mut, seinen Brüdern im Öl kundzutun, daß die Opec am Ende sei. Denn Ahmed Zaki Yamani hat es in Harvard gelernt, daß ein Produzentenkartell immer dann sein Leben aushaucht, wenn der Verkäufermarkt in einen Käufermarkt umschlägt. So geschah es jetzt beim Öl. Der Wettbewerb hat die Opec umgebracht.

Wie steil der Absturz war, zeigt allein die Tatsache, daß die stolze Raubkarawane einst 31 Millionen Faß Öl am Tag förderte, das sind 1,55 Milliarden Tonnen im Jahr – mehr als die Hälfte des Bedarfs dieser Erde. Um mehr als fünfzig Prozent ist dieser Förderanteil derzeit – bei 15 Millionen Faß täglich – zurückgegangen. Da darf niemand erwarten, daß Länder wie Iran oder Nigeria, oder auch Irak und Libyen, eisern die Regeln von London befolgen, ihre Förderquoten einhalten und keine Tonne Öl verkaufen, die nicht wenigstens die vereinbarten 29 Dollar pro Faß bringt.

Der Ölkrieg wird also weitergehen. In Rotterdam jedenfalls werden Spotmengen für 27,50 Dollar angeboten. Wer Devisen in der Kasse haben möchte, wird sich auf diesen Preis hinabbegeben müssen. Paul Frankel, international hochgeschätzter Ölberater in London, hielt in einem Gespräch mit der WELT einen Fall des Ölpreises auf vielleicht 20 Dollar für nicht ausgeschlossen.

Aber auch er ist besorgt, daß es zu einem Desaster kommen könnte. Denn ein zu starker Preisverfall führt in überschaubarer Zeit nur noch tiefer in die Falle der Scheichs. Denn die Opec allein war es, die die Konjunkturflaute der Welt mit einem Rückgang ihrer Förderung bezahlte. Alle anderen, freien Ölländer produzierten voll. Das heißt: Wenn die Konjunktur sich wieder belebt, wird die Energie, nach der sie dann rufen wird, ausschließlich von der Opec bereitgestellt werden können. Die Folge wird der erneute Marktwandel sein. Die Macht der Opec kehrt zurück mit dem Verkäufermarkt.



Krieg kennt kein Gebot und keine Quote: Teherans Ölminister Mohammed Ghazari FOTO: AP

Und da das Opec-Öl immer noch siebzig Prozent des Weltölhandels bestreitet – nicht zu verwechseln mit dem Bedarf: der Weltölhandel liegt bei etwas mehr als einer Milliarde Tonnen – werden die Nicht-Opec-Ölländer und die Industrienationen gut daran tun, zusammen mit den gutwilligen innerhalb der Opec an Fallschirmen zu arbeiten, die den Absturz des Welt-Ölpreises bremsen und ihn auf einem vernünftigen Niveau zum Stillstand bringen. Die Saudis haben ihre Bereitschaft signalisiert, als „Swing-Supplier" zu fungieren, die Förderung also herauf- und herunterzufahren, je nach Weltmarktbedarf.

Die Ölfront braucht Ruhe. Die erhoffte Konjunkturbelebung kann dazu beitragen. Solange den Kontrahenten das Öl bis zum Halse steht, gehen die Preisgefechte weiter. Die Industrieländer müssen darauf achten, daß mit dem Preisverfall nicht auch die modernen Technologien – von der Solarheizung bis zur Kohleverflüssigung – verfallen. Hätte man mit der staatlichen Steuerpolitik nicht so schlechte Erfahrungen gemacht, könnte man geneigt sein, eine höhere Mineralölsteuer zu empfehlen, um den Verbrauchern die Endlichkeit dieses Stoffs sinnfällig zu machen.

Aber es darf auch Freude aufkommen über den Sieg der Marktkräfte. Eine verbilligte Ölrechnung wirkt auf die gebeutelte Weltwirtschaft wie ein kostenloses Konjunkturprogramm: wachstumsfördernd, inflationsberuhigend, arbeitsplatzschaffend, tendenziell zinssenkend und vertrauensstabilisierend. Der Jubel über den warmen Regen hat nur dort seine Grenzen, wo der Ölpreis im freien Fall die nächste Erpreßbarkeit der Verbraucher heraufbeschwört. Aber den Sieg des Marktes sollten sie auskosten. Vielleicht erlebten sie 1983 das Ölparadies.

IM GESPRÄCH Burkhard Hirsch

Kantig in der Klemme

Von Wilm Herlyn

Ein vereinsamter Mann resigniert. Burkhard Hirsch, linksliberaler Freidemokrat und Vorsitzender des mit 22 000 Mitgliedern noch stärksten FDP-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, will im April den Chefsessel räumen. Damit zieht er die Konsequenzen aus einer mißlichen Lage: Seit dem vergangenen Parteitag im Frühjahr 1982 geriet Hirsch, der als Garant des sozial-liberalen Bündnisses in Düsseldorf galt und als Bundestagsabgeordneter im Herbst kein Hehl aus seiner Abneigung gegen die Bonner Wende machte, immer mehr aufs Abstellgleis. Im Landesvorstand ist er seit dem Siegener Parteitag „eingemauert" zwischen Otto Graf Lambsdorff und Jürgen Wilhelm Möllemann, zwei Stützen der christlich-liberalen Koalition in Bonn.



Erst das Haus in Ordnung bringen: Hirsch FOTO: JUPP DARCHINGER

Mit der Ankündigung seines Rücktrittes löste Hirsch nicht nur Freude aus; war er es doch gewesen, der bei seiner letzten Wahl darauf bestanden hatte, für zwei Jahre – also bis 1984 – im Amt bestätigt zu werden. „Nun hat er sein Bundestagsmandat in der Tasche und will eine Sturzgeburt erzeugen", zürnen die Kritiker, die ihn heute abend beim Portepee fassen wollen. Man wird ihn gehen lassen, aber „wir werden nicht dulden, daß er die Flucht ergreift, bevor er das Haus in Ordnung gebracht hat".

In „Unordnung" ist vor allem die Nachfolgefrage. Das Problem drängt, denn der Neue soll die Freidemokraten wieder zurück in den Landtag führen. Zwar ist ein Klärungsprozeß mit einem Verlust von etwa 4000 Mitgliedern nach der Bonner Wende einhergegangen, doch fühlt sich der Landesverband motiviert wie nie zuvor. Die neue Begeisterung der Mitglieder, in vergangenen Jahren durch Flügelkämpfe häufig gelähmt, hat Hirsch sogar zu dem Eingeständnis gezwungen, daß es in der Argumentation vieler politischer Sachverhalte Gemeinsamkeiten mit der CDU gebe.

Das Bekenntnis muß ihm schwer-gefallen sein, dem eifrigen Befürworter des Bündnisses mit der Sozialdemokratie. Schon im Herbst stand er dicht davor, das Handtuch zu werfen. Aber – ein Privatmann Hirsch ist so undenkbar wie für ihn der Austritt aus der Partei: In einer linksliberalen Neugründung, wie es die „Liberalen Demokraten" versuchen, sah er nie eine Chance.

Stromlinie haßt dieser eckige Mann. Das Etikett „Der Schwierige", das ihm Sozialdemokraten während seiner Zeit als Düsseldorfer Innenminister ans Revers hefteten, trägt er mit Stolz; seine Argumentation ist oft überzeugend und sehr oft aggressiv. Den Linken ist er zu rechts und den Rechten zu links – aber in der Mitte ruht er auch nicht. Er ist eben Hirsch. Jahrgang 1930 prägte ihn, sagt er, ein „Urerlebnis": Er sah als Schüler, wie seine Lehrer 1945 die Gesinnung wie ein Hemd wechselten. Das war in Halle an der Saale. Von preußischer Pflichtauffassung beseelt, wird er sich jetzt aber darum kümmern müssen, wenn er schon resigniert, wer seine Nachfolge antritt. Im Gespräch sind die FDP-Generalin Irmgard Adam-Schwaetzer und Jürgen Möllemann. Wer es wird, hat Hirsch am wenigsten in der Hand – aber er muß dem Nachfolger geordnete Verhältnisse übergeben.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

WASHINGTON POST

Eine gute Nachricht für den Rest der Welt sieht das Blatt im Opec-Beschluß:

Es handelt sich um eine knifflige Formel, die jedoch mehr Wirklichkeitsgehalt besitzt als frühere Versuche – da in ihr die entscheidende Rolle Saudi-Arabiens festgeschrieben ist. Die Saudis haben das gesamte Preissenkungs-Verfahren bei der Opec beherrscht, und aus ihrem Blickwinkel ist das Ergebnis ein Erfolg, obwohl es auch für sie schwerwiegende Risiken in sich birgt. Für die Opec war die Alternative das Auseinanderbrechen. Für die Ölimporteure unter den Ländern bedeutet diese Vereinbarung eine beachtliche Verschnaufpause. Für sie heißen die 29 Dollar (je 159-Liter-Faß) niedrigere Inflation, härtere Währungen und mehr Arbeit. Die Opec-Vereinbarung wird nicht ewig halten. Aber so lange sie hält, bedeutet das gute Nachricht für den Rest der Welt.

Fuldaer Zeitung

Zu einem Besuch Honeckers meint das Blatt:

Die Frage, ob Todesautomaten sein müssen, wird für lange Zeit unbeantwortet bleiben, und dennoch ist es notwendig, sie immer wieder zu stellen, gerade unter vier Augen zwischen Helmut Kohl und Erich Honecker. Gute Vorbereitung, basierend auf dem alten Grundsatz des Gebens und Nehmens, ist die Voraussetzung, daß nicht nur Fensterreden und vertröstende Kommuniqués fabriziert werden. Probleme stehen zuhauf an.

Frankfurter Allgemeine

Über die „Wende" heißt es in der Zeitung:

Die Bonner „Wende" meint, von der Wähler-Mehrheit aus gesehen, nicht nur wichtige Fragen der Finanztechnik wie den langsamen (anders geht es nicht) Abbau der Staatsverschuldung oder die Reduzierung des Sozialstaates auf das, worin er allein sein Recht hat: Hilfe da, wo Hilfe geboten ist, nicht Hilfe zum bequemen Leben, zum „Aussteigertum". Die Schleswig-Holstein-Wahl, ihrem Sinn als Landtagswahl ein wenig entfremdet, wie sie nun einmal vonstatten gehen mußte, gibt der neuen Bonner Regierung den Weg frei, verpflichtet sie aber auch, einen von den Wählern als neu, als besser, als zielgerechter empfundenen Weg zu gehen. Wenn die neue Koalition sich weiterhin über Personalien streitet, etwa darüber, ob ein verdienter Politiker eine Alters-Erfüllung in Bonn finden solle oder nicht, ist schon ein Teil des Vertrauens verspielt, das der neuen Bonner Regierung entgegengebracht wurde.

WESTFALEN-BLATT

Zur NS-Debatte unter den Grünen heißt es in der Zeitung:

Es sind in der Tat ganz neue Töne, die da von den in „Hurra-Antifaschismus" erprobten Grünen zu hören sind. Sie, die sonst mit Schuldzuweisungen schnell zur Hand sind, haben Vogel – zumindest was den Landesverband Nordrhein-Westfalen angeht – sogar zum Durchhalten ermuntert, wollten ein „Beispiel für Vergangenheitsbewältigung" geben. Und es war ein gutes Beispiel, das mit dem Kesseltreiben in ähnlich gelagerten früheren Fällen nichts mehr gemein hatte. Etwas müßten die Grünen gelernt haben: Sie werden in ihrem künftigen Verhalten, was die Bewältigung der NS-Zeit angeht, an ihrem „Fall Vogel" gemessen werden. Und noch etwas müßte ihnen bewußt geworden sein: Auch den täglichen Umgang mit dem politischen Gegner sollten sie mit mehr Besonnenheit pflegen.

So selbstverständlich ist die Union nun auch wieder nicht

Einmal mehr ist die CDU überrascht von der Eigenständigkeit der CSU / Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Die am gründlichsten mißverstandene Partei in Deutschland ist die Christlich-Soziale Union. Man kann es so sagen: Die CSU versteht sich selber ganz ausgezeichnet, aber sonst versteht sie niemand. Auch Kohl nicht. Und deshalb hat er jetzt beträchtliche Schwierigkeiten mit Strauß.

Die Mißverständnisse beginnen damit, daß die Medien stark auf Strauß fixiert sind. Zu einem Teil sind sie es, weil sie den Bayer politisch seit Jahr und Tag bekämpfen; zum anderen Teil sind sie es, weil Strauß nicht nur ein bedeutender, sondern auch ein temperamentvoller, barocker Politiker ist, der praller zu formulieren versteht, als die meisten Journalisten. So ist im Laufe der Jahrzehnte ein der betroffenen Person entfremdetes, gleichwohl unausrottbares Medien-Trugbild von Strauß entstanden: Die CSU ist Strauß, und Strauß ist nichts als Strauß, und das in seiner ganzen Unberechenbarkeit! Dieses Klischee verfälscht den wahren Sachverhalt. Natürlich ist Strauß er selbst – mehr, als es manchem anderen Politiker gelingt; aber zu allererst ist er der CSU-Vorsitzende. Aus dieser Position bezieht er alle politische Macht, ohne die auch ein Strauß nicht hätte werden können, was er in der deutschen Politik ist.

Ein typisches Bonner Mißverständnis ist es, die CSU im Verbund mit der CDU nur als „die Union" zu sehen. In der Tat tritt „die Union" als bundespolitische Aktionsgemeinschaft aus CDU und CSU auf. Aber das ist keine Selbstverständlichkeit und sollte von der CDU auch nicht als ererbter Besitzstand aufgefaßt werden, wenn es nicht zur Wiederholung von Kreuth I kommen soll. Im Jahre 1976 hatte die CSU in Kreuth die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU im Bundestag aufgekündigt, dann aber doch den Bruch gemieden.

Man wird der CSU nicht gerecht, wenn man ihre Eigenständigkeit ignoriert. In Wirklichkeit ist sie die eigenständigste von allen deutschen Parteien. Sie ist mit sich selber vollkommen im Reinen, und das auf andere Weise, als ihr nördlich des Mains mit dem Etikett „Staatspartei" oft unterstellt wird. Sie ist im weißblauen Freistaat die traditionsverbundene Heimatpartei und in ihrer Bodenständigkeit zugleich die vorherrschende gesellschaftliche Kraft. Sie ist zu liberal, um reaktionär oder klerikal zu sein; sie ist zu konservativ, um liberalistisch zu sein; sie ist zu sozial, um je sozialistisch zu werden; sie ist zu mittelständisch, um großindustriell zu sein, und sie ist so bayerisch, daß es ihr nicht die geringste Schwierigkeit bereitet, deutsch im Sinne des ganzen Deutschland zu sein. Unbeschadet aller ehrgeizigen Dickschädligkeiten ihrer Großkopfeten untereinander ist die CSU die selbstbewußteste Partei in der Bundesrepublik.

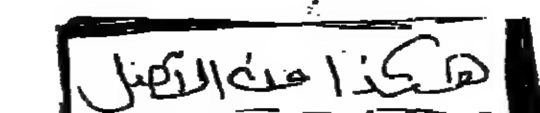
In Bonn allerdings wird das gern übersehen, sogar von Kohl. Der Kanzler behandelt die FDP ganz selbstverständlich als Koalitionspartei und billigt ihr drei Ministerien zu, darunter die First-Class-Ministerien des Äußeren und für Wirtschaft. Die CSU hingegen behandelt er als Bestandteil seiner „Kanzlerpartei", über die er kraft seines Wahlsieges verfügen will. So soll sich die CSU mit nur einem Top-Ministerium, dem des Inneren, begnügen, obwohl sie mehr Wählerstimmen auf die Waagschale legen kann als die FDP.

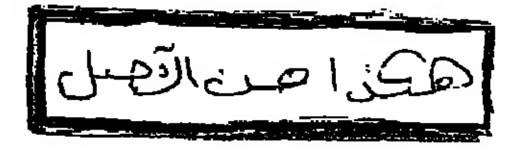
Dabei muß Kohl die Sachlage genau kennen, denn sie kehrt nach jeder Bundestagswahl wieder. Zu Beginn jeder neuen Legislaturperiode des Bundestages verhandelt die CSU mit der CDU über die Bedingungen, unter denen sie bereit ist, die Fraktionsgemeinschaft fortzusetzen. Das sind nichts anderes als Koalitionsverhandlungen „besonderer Art", denn dies ist für die CSU die Gelegenheit, ihre sachlichen und personellen Vorstellungen in die gemeinsame Politik mit der CDU einzubringen. Und eben darum geht es jetzt.

Strauß hat als Ausgangsposition seiner Verhandlungen mit Kohl Eigenständigkeit und Eigengewicht der CSU auf den kürzesten aller Nenner gebracht, indem er als CSU-Vorsitzender mit dem Pfunde des Politikers Strauß wucherte: Er beansprucht für sich einen Platz im Bundeskabinett, der dem Gewicht der CSU entsprechen muß. Ob überhaupt eigener Ehrgeiz im Spiel ist, bleibt unergründlich. In jedem Fall handelt es sich in erster Linie nicht um eine persönliche, sondern um eine grundsätzliche Position der CSU als Partei gegenüber der CDU. Sie ist um so unangreifbarer, als Strauß für sich kein bestimmtes Amt fordert, sondern von Kohl ein Angebot erwartet. Niemand, auch Kohl nicht, kann bestreiten, daß diese Erwartungen der CSU legitim, ja, vollauf berechtigt sind.

Kohl freilich war darauf offensichtlich nicht gefaßt. Für ihn mag es unvorstellbar sein, daß die CSU ausbricht und zerstört, was seit Adenauers Zeiten Tradition ist. Vielleicht ist es wirklich unvorstellbar. Nur darf die oft unbequeme Schwesterpartei nicht als lästiges Mitglied der Unionsfamilie betrachtet werden, das man mit Hilfe der FDP in Zucht nimmt.

Vor langer Zeit soll es „preußische" Witzbolde gegeben haben, die ulkten, der Bayer sei der Übergang vom Menschen zum Tiroler. Es wäre schlimm, gäbe es noch irgendwo Überreste solcher Überheblichkeit.





Gedanken zu den Koalitionsgesprächen zwischen CDU, CSU und FDP in Bonn

Im Namen der Freiheit fest an der Seite Amerikas

Von AXEL SPRINGER, Berlin

Am morgigen Donnerstag beginnen in Bonn die Gespräche und Verhandlungen zwischen den Koalitionsparteien darüber, wie das Mandat vom 6. März in praktische Politik umgesetzt werden soll. Daß es dabei auch um „Posten" geht, ist menschlich verständlich. Wichtiger aber ist die Sache; wichtiger ist, daß nach Jahren der Unklarheit wieder die richtige Politik gemacht wird.

Die Bonner Gespräche umfassen ein weites Feld. Die nachstehenden Betrachtungen aber beschränken sich auf ein Teilgebiet, auf die Außenpolitik, in der die sozial-liberale Koalition in ganz besonderem Maße versagt hat.

In den Monaten seit dem Regierungswechsel sind schon einige Pflöcke eingeschlagen worden. Manches Zwielicht wurde beseitigt. So ist vor allem wieder klargemacht worden, daß der Kernpunkt deutscher Außenpolitik heute die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten sein muß. Das Modewort von der moralischen Äquidistanz (= dem gleichen Abstand) zu Moskau und Washington ist in den Abfalleimer der Geschichte geworfen worden. Der Begriff der „Sicherheitspartnerschaft" mit Moskau (Helmut Schmidt) geistert nur noch bei der SPD.

Das war auch dringend notwendig. Denn die sowjetische Bedrohung des ganzen Westens, ganz besonders aber Europas, fordert die uneingeschränkte gegenseitige Solidarität, verlangt gemeinsame Politik – auch Wirtschaftspolitik – und Abstimmung in allen weltpolitischen Fragen. Dabei sind die Länder des freien Europas nicht Vasallen, sondern Bundesgenossen, Partner und Freunde Amerikas.

Nur so ist die Freiheit zu bewahren. Nur so kann der in den zurückliegenden Jahren in den USA in einem gefährlichen Maße angewachsene Trend zu einem neuen Isolationismus, d. h. auch zur Rückberufung der amerikanischen Soldaten aus Europa, gestoppt und umgedreht werden.

ALTE FEHLER

Das Ergebnis der Wahl vom 6. März wurde von Präsident Ronald Reagan und seinen Mitarbeitern richtig gedeutet: als ein Auftrag an Bundeskanzler Helmut Kohl, deutsche Außenpolitik vorrangig unter den Gesichtspunkten einer integrierten westlichen Bündnispolitik zu betreiben. Das gilt für alle Aspekte, auch die Kulturpolitik.

Gerade auf diesem Gebiet müssen viele Fehler der Vergangenheit gutgemacht werden. Deutsche Kulturpolitik im Ausland muß dort das ganze Spektrum kulturellen und wissenschaftlichen Schaffens und geistiger Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik Deutschland zur Darstellung bringen. Die Einseitigkeit, die bisher weitgehend praktiziert wurde, muß sofort ein Ende finden.

Ein Paradebeispiel, wie es z. B. im Umgang mit den Vereinigten Staaten nicht praktiziert werden darf, war erst in diesen Tagen die „German Book Fair" in New York. Dort wurden – weitgehend finanziert vom deutschen Steuerzahler – in einer defätistischen Gemeinschaftsorgie von „progressiven" amerikanischen und deutschen Literaten und selbsternannten Kulturfunktionären fast alle alten europäischen Fehlurteile und Ressentiments gegenüber Amerika wieder aufgewärmt; gleichzeitig wurden so gut wie alle in der New Yorker Verlagsschikkeria gängigen Selbstzerstörungssyndrome bestätigt. So etwas führt nicht zum gegenseitigen Verständnis, sondern nur zu weiterer Entfremdung.

Auch die deutsche Europa-Politik muß unter dem Stichwort Zusammenarbeit stehen, und zwar Kooperation innerhalb der Gemeinschaft ebenso wie Zusammenwirken mit den amerikanischen Partnern. Das gilt auch ganz besonders für die Wirtschaft, einschließlich der Außenwirtschaft.

Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, bei der Verteidigung der Freiheit eine engere Zusammenarbeit und eine bessere Aufgabenteilung mit den Vereinigten Staaten anzustreben und in wirtschaftlichen Fragen immer wieder auf Kollisionskurs zu geraten. Davon profitiert immer nur die Gegenseite.

Diese Gegenseite wird, wie wir aus leidiger Erfahrung ganz besonders klar in Deutschland wissen, angeführt von der Sowjetunion, die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges eine nur in ihren Methoden wechselnde Politik der Ausdehnung und der Bedrohung ihrer Nachbarn betreibt. Anders ausgedrückt: Ebenso wie der von Moskau vom Zaun gebrochene Kalte Krieg sind auch Koexistenz und Entspannung für den Kreml die Fortführung des internationalen Klassenkampfes mit jeweils anderen Mitteln.

ENTSPANNUNG

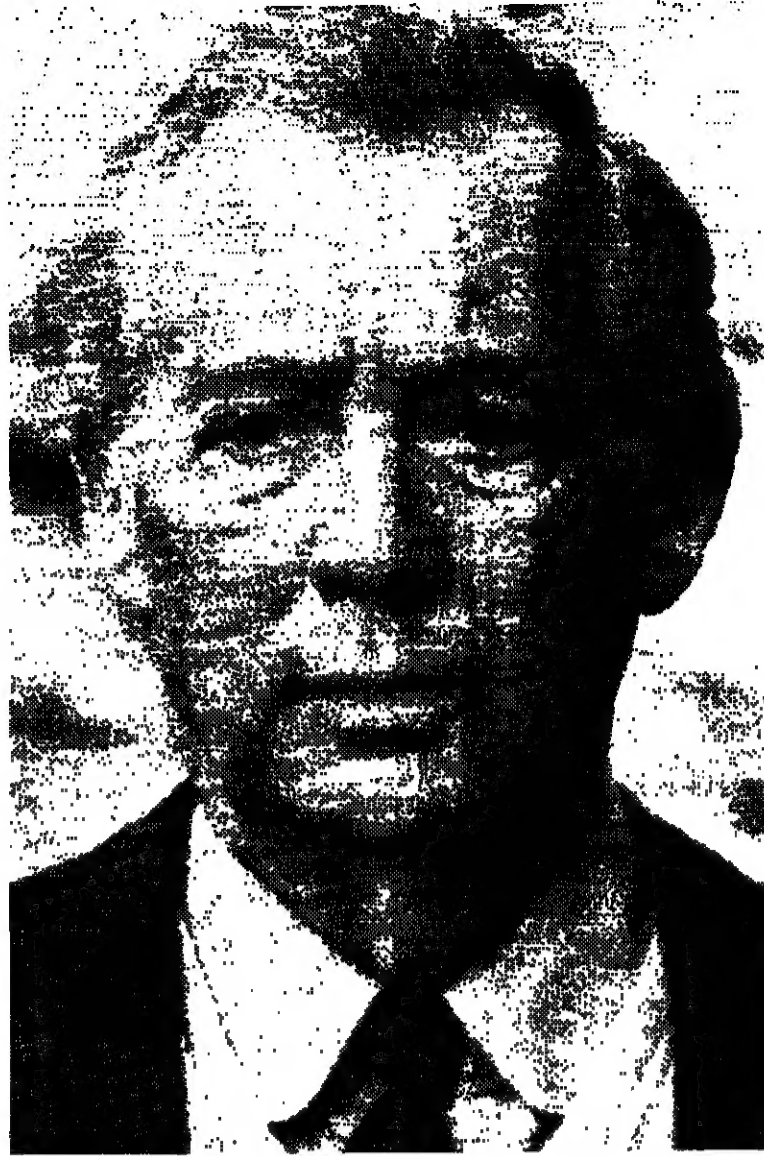
Die bisherige Handhabung der Entspannung im Westen hat der Verschiebung des militärischen Gleichgewichts zugunsten der Sowjetunion Vorschub geleistet und der Ausweitung des Moskauer Macht- und Einflußbereiches in Europa, Asien, Afrika und Lateinamerika den Boden bereitet.

Entspannung richtig praktiziert ist keine Einbahnstraße, die eine Seite schamlos ausnutzt, sondern eine Politik gegenseitigen Einvernehmens, des Gebens und des Nehmens. Solange die Männer im Kreml dazu nicht willens sind, muß die Eindämmung Priorität vor der Entspannung haben. In diesem Sinn muß deshalb auch das so emotionalisierte Gebiet der Nachrüstung behandelt werden.

Es wäre gewiß eine fahrlässige Vereinfachung zu behaupten, alle politischen Probleme in der Welt gingen auf Machenschaften der Sowjetunion und ihrer Bündnispartner zurück. Es steht aber andererseits fest, daß der Kreml überall in der Welt auftretende oder vorhandene Schwierigkeiten zu seinen Gunsten zu nutzen versucht, zu diesem Zweck Öl ins Feuer gießt, Unruhen schürt und positive Lösungen verhindert. Der Vordere Orient ist ein Paradeplatz derartiger friedensverhindernder sowjetischer Kabalen.

NAHER OSTEN

Gerade dort ist die neue Bundesregierung aufgerufen, deutlichere und deutscher Verpflichtung und Verantwortung gemäßere Zeichen zu setzen, als das bisher geschah. Wichtiger fast noch als in vielen anderen Teilgebieten deutscher Außenpolitik ist es im Nahen Osten, Prioritäten zu erkennen und die Taktik der frommen, nichtssagenden Sprüche zu verlassen.



Axel Springer

Die im Jahre 1980 in Venedig unter Mitwirkung Bonns zustande gekommene Initiative der EG-Staaten ist ein Musterbeispiel sinnloser, unrealistischer politischer Schaumschlägerei. Gleichzeitig für das Recht Israels auf Existenz und Sicherheit, für das Recht des (übrigens bis zum heutigen Tage nie existent gewesenen) palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und für allgemeinen Gewaltverzicht zu votieren, heißt die Augen vor den Tatsachen verschließen. Die beiden wichtigsten davon sind:

1. Mit der Ausnahme Ägyptens hat bisher kein Staat des Vorderen Orients Israel anerkannt.

2. Die Palästinenser werden politisch nur von einer Organisation repräsentiert, der PLO, deren „National-Vertrag", der verfassungsmäßigen Charakter hat, programmatisch die Zerstörung des Staates Israel fordert.

Es gibt z. Zt. zwei internationale Pläne zur Befriedung des Nahen Ostens, einen arabischen und einen amerikanischen. In dem ersteren ist wie in allen früheren ähnlichen Dokumenten kein klares Wort über die Existenzberechtigung Israels zu finden. Wohl aber sieht dieser in Fes verabschiedete Plan die Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates mit der Hauptstadt Jerusalem vor.

Der amerikanische, der sogenannte Reagan-Plan strebt Verhandlungen zwischen einer israelischen und einer gemeinsamen jordanisch-palästinensischen Delegation über die Zukunft von Judäa, Samaria und Gaza an. Die Gründung einer jordanisch-palästinensischen Föderation, die die Evakuierung des größten Teils der besetzten Gebiete zur Voraussetzung hat, und die Anerkennung Israels durch diesen neuen Bundesstaat sind Teilziele der Überlegungen des amerikanischen Präsidenten.

Der Reagan-Plan ist von den Amerikanern ohne europäische Mitwirkung lanciert worden, weil sich die Europäer in Venedig zu stark auf die palästinensische Selbstbestimmung festgelegt hatten. Es sollte nun deutsche Politik werden, diese Haltung zu ändern. Aber es sollte auch deutsche Politik sein, die Vorausbedingungen für die Durchführung irgendeines Friedensplanes im Nahen Osten zu schaffen. Die gravierendste dieser Vorausbedingungen ist die diplomatische Anerkennung Israels durch die wichtigsten, zum mindesten die dem Westen verbundenen arabischen Länder vor irgendeiner Entscheidung über die Zukunft der noch besetzten Gebiete.

Solange all diese Länder nicht nur die Anerkennung verweigern, sondern die aktiven Gegner Israels finanziell und moralisch (Heiliger Krieg!) unterstützen, sind alle Bemühungen um eine wahre Friedenslösung im Nahen Osten verlorene Liebesmüh. Gespräche darüber können Israel auch nicht zugemutet werden. Dabei mitzuwirken, daß das ganze politische Klima gegenüber Israel verbessert wird, ist ohne Zweifel eine der großen Aufgaben gerade für uns Deutsche.

Die Sowjetunion, die in den vergangenen Jahren im Vorderen Orient mancherlei Rückschläge hinnehmen mußte, ist z. Zt. abgesehen von politischer Wühlarbeit in Jordanien und den Ölstaaten am Persischen Golf hauptsächlich in Syrien aktiv. Moskau unterstützt allerdings auch durch Waffenlieferungen beide kriegführenden Parteien im irakisch-iranischen Konflikt. Diesen islamischen Bruderkampf zu schüren liegt ganz im Interesse der Sowjets, Unruheherde zu erhalten. In Syrien werden die im vergangenen Sommer von den Israelis in der Libanon-Kampagne zerstörten Waffen osteuropäischer Herkunft schnellstmöglich durch noch modernere ersetzt. Sowjetische Kader trainieren syrische Soldaten. Modernste Waffensysteme, wie die SAM-V-Raketen, die von syrischem Boden aus Flugzeuge sowohl der Israelis wie der amerikanischen Mittelmeerflotte vernichten können, werden gar von sowjetischen Mannschaften bedient. Und Syrien bleibt, neben der ebenfalls vom Kreml geförderten PLO, unter sowjetischem Einfluß der aktivste Gegner irgendeines Arrangements mit Israel.

Ähnlich wie im Nahen Osten, nur indirekter, betreiben die Sowjets ihre Politik in Afrika – überall, aber ganz besonders im Süden. Bei jeglicher Beurteilung der dortigen Entwicklungen darf man nie die langfristigen Interessen Moskaus in diesem Gebiet außer acht lassen. Deutsche Afrika-Politik muß davon ausgehen, daß der Kreml die für die Wirtschaft Europas lebensnotwendigen afrikanischen Rohstoffquellen und die ebenso wichtigen Seewege um das Kap der Guten Hoffnung unter seine Kontrolle bringen will. Gelänge das, wären zur politischen Erpressung Europas keinerlei SS-20-Raketen mehr nötig.

AFRIKA

Deshalb muß in der deutschen Afrika-Politik, wie sie sich z. B. gegenüber Südwestafrika, dem zukünftigen Namibia, auswirkt, die bisherige Linie total verlassen werden, die zusammen mit vier anderen, weitgehend widerwillig mitmachenden westlichen Partnern entwickelt worden war. Diese Politik führte zu einer Schwächung des Modells eines friedlichen, gleichberechtigten Zusammenlebens aller Bevölkerungsgruppen in der ehemaligen deutschen Kolonie und zu einer Stärkung der pro-kommunistischen Swapo (Südwestafrikanische Volksorganisation).

Die Swapo setzt sich fast ausschließlich aus Mitgliedern eines einzigen der vielen Eingeborenenstämme des Landes, der Ovambos, zusammen. Käme sie zur Macht, würde sie nicht nur eine Einparteien-, sondern auch eine Einstammes-Herrschaft errichten, ähnlich wie das zum Schaden aller in vielen ehemaligen Kolonien geschah, jetzt auch in Zimbabwe.

Die Swapo ist aber auch eine Terrororganisation, die in Angola von Kubanern ausgebildet wird und von dort gegen Ziele in Südwestafrika operiert. Sie erhält ihre Befehle von einem in der sambischen Hauptstadt Lusaka als Botschafter residierenden KGB-General.

Die Unterstützung der im Auftrag Moskaus agierenden Swapo muß aufhören. Dafür müssen die Kräfte, die für ein Zusammenleben eintreten, in Namibia endlich unterstützt werden. Als Zeichen einer derart geänderten Politik könnte das deutsche Konsulat in Windhuk wieder geöffnet werden.

Eine derartige Entscheidung würde auch in den anderen Ländern des südlichen Afrika richtig verstanden werden. In Angola muß deutsche Politik voll die Bemühungen Washingtons unterstützen, die von der Sowjetunion dort unterhaltenen Kubaner zum Abzug zu zwingen.

In Südafrika *selbst* ist eine *Politik* der Geduld, des langen Atems angebracht. Jegliche kurzfristige Lösung, jeglicher wirtschaftliche oder gar militärische Druck würde zu Katastrophen führen. Das Ziel muß auch dort das Nebeneinander der verschiedenen Gruppen von Farbigen, Schwarzen und Weißen sein. Radikale Umwälzungen würden nur zu neuen, viel größeren Ungerechtigkeiten führen, wie man sie leider fast täglich in vielen Teilen Schwarzafrikas erlebt. Die Devise deutscher Politik muß sein, evolutionäre Vorhaben zu unterstützen, aber dabei mitzuwirken, revolutionäre Umtriebe zu verhindern.

LATEINAMERIKA

Eine sehr ähnliche Parole gilt für Lateinamerika und die Karibik. Direkter als im südlichen Afrika versucht die Sowjetunion dort durch Export von Waffen und Ideologien möglichst viele Regime zu destabilisieren. Wiederum geht es um für Europa lebenswichtige Rohstoffe und Seewege. Statt Unterstützung der von Moskau geschürten Revolutionen muß es deshalb deutsche Politik sein, den dortigen Völkern in ihrem Streben nach Überwindung materieller Not und öffentlicher Korruption und nach sozialer Sicherheit beizustehen. Und wir sollten ihnen auch helfen, ihnen gemäße politische Regierungsstrukturen im Rahmen einer freiheitlichen Grundordnung zu entwickeln.

Daß gerade das im engen Zusammenwirken mit Washington zu geschehen hat, muß wohl kaum gesagt werden. Denn hier handelt es sich um die amerikanischen Hinterhöfe.

Die Vereinigten Staaten sind ja im Namen der Freiheit auf die Bühne der Weltpolitik getreten. Freiheit sollte auch das Motto und Ziel jeglicher deutscher Außenpolitik in dieser Zeit sein. Erhaltung der Freiheit für uns und unsere Verbündeten, Hilfe bei der Erlangung von Freiheit, wo immer das in der Welt möglich ist. Und das Versprechen, die Sehnsucht nach Freiheit derer nicht zu vergessen, die heute in sowjetischer Sklaverei leben müssen oder gar in Kerkern schmachten, sei es in Bautzen, in einer psychiatrischen Klinik oder irgendwo im Archipel GULag.

Darum und um nichts weniger geht es, wenn in diesen Tagen in Bonn die Weichen für die Außenpolitik zum Ende dieses Jahrhunderts gestellt werden.

Sowjetische Juden verstärkt unter Druck

Von EPHRAIM LAHAV

Mit Drohungen und Versprechungen versucht die Moskauer Regierung, den Strom ausreisewilliger sowjetischer Juden einzudämmen. Für einen offiziellen Verzicht auf ihre Ausreiseanträge, der öffentlich bekanntzugeben ist, wird prominenten Juden die Wiedereinstellung in Positionen versprochen, aus denen sie bei Stellung ihres Antrags entlassen wurden.

Darüber berichtete jetzt der Präsident des „Amerikanisch-Jüdischen Komitees", Maynard Wishner, in Jerusalem. Häufig, so Wishner, bedienten sich die sowjetischen Behörden Bekannter von ausreisewilligen Juden, um sie zu warnen, daß sie bei fortgesetzter Weigerung noch mehr zu leiden haben würden als bisher.

Am unglücklichsten unter den rund 400 000 sowjetischen Juden, die in den Westen möchten, sind jene etwa 7000, denen die Behörden offiziell mitteilten, daß sie keine Aussicht auf ein Ausreisevisum haben. Die US-Botschaft in Moskau ist bemüht, mit ihnen Kontakt zu halten und ihnen moralischen Rückhalt zu geben. Die Amerikaner nennen sie „Refuseniks" (die Verweigerer).

Viele von ihnen sind Akademiker, die nach Stellung eines Antrags auf Ausreise ihren Beruf aufgeben mußten und heute ihr Leben als Hilfsarbeiter fristen. „Wir haben jedoch von keinem einzigen Fall gehört, in dem sich ein ‚Refusenik' diesem Druck gebeugt hat", sagte Wishner, der sich an der Spitze einer amerikanischen Delegation zu einem Besuch in Moskau und Leningrad aufgehalten hat.

Aber auch jüdische Sowjetbürger, die nicht ausreisen wollen, müssen unter den antijüdischen Kampagnen der Behörden leiden. An Schulen in Leningrad habe sich ein neues Spiel entwickelt. Es heißt „KZ". Nichtjüdische Schüler nennen ihre jüdischen Kameraden nicht mehr beim Namen, sondern nach Nummern.

Die sowjetischen Behörden, die den „Holocaust" bislang stets bagatellisierten, verbreiten jetzt Material, das den „Holocaust" als solchen leugnet, sagte Wishner.

Die Bibel gelte in der Sowjetunion als „umstürzlerisches Dokument". Jedes religiöse Buch, das die Mitglieder der amerikanischen Delegation mit sich führten, als sie in die Sowjetunion einreisten, mußte beim Zoll registriert und bei der Ausreise wieder vorgewiesen werden. „Ich finde es schwer begreiflich, daß sich eine mächtige Nation wie die UdSSR durch eine Bibel bedroht fühlt", erklärte Wishner.

Ihre Informationen erhielten die Delegationsmitglieder aus persönlichen Gesprächen mit „Refuseniks", anderen jüdischen Bürgern und amerikanischen Diplomaten. Der Tenor der Gespräche mit den „Refuseniks" sei „immer ungefähr derselbe gewesen", sagte Wishner. „Wir brechen kein einziges sowjetisches Gesetz. Wir wollen als Juden leben und wir wollen weg von hier."

Wishner nimmt in Jerusalem an einer internationalen Konferenz zur Unterstützung ausreisewilliger Juden in der UdSSR teil. Vertreter jüdischer Hilfsorganisationen wiesen darauf hin, daß die Moskauer Regierung die Zahl der Ausreisebewilligungen im vergangenen Jahr drastisch reduziert habe. 1979 seien noch 51 300 Ausreisegenehmigungen erteilt worden; 1981 seien es 9460 und im vergangenen Jahr nur noch 2700 gewesen. (SAD)

Ronneburger erwägt neue Kandidatur

BERND LAMPE, Kiel

In der schleswig-holsteinischen FDP zeichnet sich ab, daß Uwe Ronneburger wieder zum Landesvorsitzenden gewählt wird, wenn er sich für dieses Amt zur Verfügung stellt. Der insgesamt 14köpfige Vorstand war zwei Tage nach der schweren Wahlniederlage bei der schleswig-holsteinischen Landtagswahl zurückgetreten. Die FDP, die sich im Lande für eine sozial-liberale Koalition ausgesprochen hatte, erhielt nur 2,2 Prozent der Stimmen.

Mit dem Rücktritt wollte das Spitzengremium nach den Worten des FDP-Landesgeschäftsführers Dieter Priegan der Partei eine Chance für einen Neuanfang geben. Der 62jährige Uwe Ronneburger soll nun die Partei als Integrationsfigur vor einer abermaligen Zerreißprobe bewahren, wie von führenden FDP-Politikern zu hören war. Mit seiner Wahl zum Chef der Freien Demokraten im nördlichsten Bundesland 1970 hatte Ronneburger verhindert, daß die Partei auseinanderbrach. Damals hatten sehr viele Mitglieder nach Bildung der Bonner sozial-liberalen Koalition die FDP in Schleswig-Holstein verlassen.

Der bisherige FDP-Fraktionsvorsitzende im Landtag, Neidhart Neitzel, und der stellvertretende Landesvorsitzende Heiner Bremer haben signalisiert, daß sie für die Vorstandsämter nicht mehr zur Verfügung stehen. Bei der Neuwahl des Spitzengremiums auf einem Sonderparteitag am 30. April will sich der frühere Bundestagsabgeordnete Wolf-Dieter Zumpfort, der zur Parteimitte gerechnet wird, für ein Amt im Geschäftsführenden Vorstand bewerben.

Engelhard forciert Studium-Reform

hey, Bonn

Bundesjustizminister Hans Engelhard (FDP) will noch in diesem Jahr gemeinsam mit den Ländern „eine vernünftige Reform" der Juristenausbildung erreichen. Dabei plädiert er für eine möglichst frühe Leistungskontrolle, will aber den großen Andrang nicht durch den Numerus clausus begrenzen.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Die Liberalen und die Suche nach neuem Profil

Generalsekretärin traf gestern Landesgeschäftsführer

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die FDP will ihre Programmarbeit verstärken und insbesondere auf Landesebene ihre Positionen mehr als bisher verdeutlichen. Sie plant ihre außerparlamentarische Arbeit in Bundesländern, in denen sie nicht mehr vertreten ist, besser zu organisieren. Damit sollen die Mitglieder stärker an die Partei gebunden und neue gewonnen werden. FDP-Generalsekretärin Irmgard Adam-Schwaetzer will dazu in absehbarer Zeit ein Konzept erarbeiten. Zur Vorbereitung und zu Beratungen über den weiteren Weg traf sie gestern in Bonn mit den Landesgeschäftsführern zusammen.

Auf die Notwendigkeit einer eigenständigen und programmatischen Profilierung der Liberalen hat erneut Professor Ralf Dahrendorf hingewiesen. Es müsse eine „einzige FDP" in Bund, Ländern und Gemeinden geben, meinte Dahrendorf in der ARD. Die Freien Demokraten müßten mehr als eine „Funktionspartei" sein, um Stammwähler zu halten und verlorengegangene Wähler zurückzugewinnen.

Indirekt übte der Vorsitzende der Friedrich-Naumann-Stiftung Kritik an der gegenwärtigen Präsentation der FDP-Spitze: Eine „lebendige Partei" brauche eine ganze Fülle von Führungspersönlichkeiten. Es wäre „ganz falsch", so Dahrendorf, „das alles auf einen oder zwei abzustellen". Vielmehr müßten „ein Dutzend Leute als sichtbare Darsteller des Programms auch für die Öffentlichkeit plausibel" sein.

Ähnlich hatte sich zuvor der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende Burkhard Hirsch, der auf dem Landesparteitag im April in Leverkusen sein Amt vorzeitig niederlegen will, geäußert. Die Freien Demokraten müßten sich mit einem eigenständigen Programm so profilieren, daß sie von den Bürgern als attraktiv genug empfunden und „nicht etwa nur als Bestandteil einer Koalition gewählt" würden. Eine Weichenstellung über die FDP-Führung in Nordrhein-Westfalen will der Landesvorstand heute abend vornehmen. Bisher ist als Anwärter für die Hirsch-Nachfolge dessen Stellvertreter, der Staatsminister Jürgen Möllemann, im Gespräch.

Zu den Personalspekulationen und Diskussionen auf Bundesebene bekräftigte gestern Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff das Festhalten an der FDP-Forderung, nach der der Parteichef Hans-Dietrich Genscher auch im künftigen Kabinett Außenminister bleiben soll. Im Deutschlandfunk meinte er zum Anspruch des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß auf ein Regierungsamt, nach der Verteilung der Ressorts sei deren personelle Besetzung die Sache der jeweiligen Partei.

Im Thomas-Dehler-Haus wurde bekräftigt, daß die FDP neben dem Auswärtigen Amt auch weiterhin die Minister für das Wirtschafts- und Justizressort stellen will. Meldungen, nach denen eine Wiederernennung von Lambsdorff zum Kabinettsmitglied geprüft werde, wurden als „lanciert" und „Störfeuer" zurückgewiesen.

Zur Vorbereitung der morgen beginnenden Koalitionsverhandlungen mit der Union treten heute das FDP-Präsidium und der Fraktionsvorstand zu einer ganztägigen Sitzung zusammen. Auf seiten der Liberalen sollen sie nur von Genscher und Fraktionschef Wolfgang Mischnick geführt werden. Für sie wurden bereits von Experten vertrauliche „Positionspapiere" erarbeitet. Beide streben das Ziel an, daß sich die Partner in der Koalitionsvereinbarung nicht verzetteln. Dahinter stehen die schlechten Erfahrungen, die die FDP 1980 mit der SPD gemacht hatte. Denn nach ihrer Ansicht wäre es falsch, in die Regierungserklärung Punkte aufzunehmen, die später wieder revidiert werden müßten.

Zum Streit um die Zwangsanleihe hat Lambsdorff noch einmal vor Beginn der Beratungen öffentlich klar Position bezogen. Im „Handelsblatt" zeigte er sich nicht bereit, trotz des starken Unionsdrucks die FDP-Forderung nach der Rückzahlbarkeit aufzugeben.

Noch offen ist, ob Uwe Ronneburger auch in Zukunft Vorsitzender des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen bleiben wird. Aufgrund des guten Abschneidens bei den Bundestagswahlen wird in der baden-württembergischen FDP der Anspruch auf die Leitung des noch festzulegenden einzigen, der FDP zustehenden Parlamentsgremiums angemeldet. Als Anwärter dafür wird der stellvertretende Landesvorsitzende Helmut Haussmann genannt.

„Die SED sieht Gefahr für Wehrfähigkeit"

KING-HU KUO, Stuttgart

Die „DDR"-Führung befürchtet, daß die Friedensbewegung, vor allem unter der Jugend, „zu einer Lawine werden könnte, die die Wehrfähigkeit der DDR einschränkt". Dies hat der ehemalige Bischof von Berlin-Brandenburg und frühere Vorsitzende des Bundes der Evangelischen Kirchen in der „DDR", Albrecht Schönherr, in einem Gespräch mit den „Stuttgarter Nachrichten" erklärt.

Auf die Frage, ob auch Schönherr eine solche „Gefahr" sehe, antwortete der Bischof: „Es gibt durchaus plausible Gründe, es so zu sehen. Man muß ja berücksichtigen, daß der Staat seine Verpflichtung im Warschauer Pakt hat. Da jetzt die schwachen Jahrgänge kommen, ist die Werbung für alles Militärische außerordentlich stark. Ein zweiter Grund liegt sicher in der Sorge, daß sich in der Friedensarbeit etwas herauskristallisieren würde wie in Polen. Das aber halte ich für unwahrscheinlich."

Die Friedensbewegung in der „DDR" charakterisiert Bischof Schönherr mit den Worten, man könne nicht von einer „eindeutigen Friedensbewegung sprechen, die etwa nach einem bestimmten Programm" abliefe. Vielmehr verbinde sich mit „solchen Aktionen an der Basis ein gewisser Unmut, der sich etwa in der Forderung nach einem sozialen Friedensdienst oder im Aufkleber ‚Schwerter zu Pflugscharen' äußert". Als eine „ziemlich diffuse Sache" kennzeichnet Schönherr die „DDR"-Friedensbewegung, denn dort gebe es „viele naive und unausgegorene Vorstellungen". So etwa, daß mit der Abschaffung der Waffen auch Gewalt und Verbrechen beendet sein würden und „alles gut wird".

Nach Auffassung des Bischofs hat die „DDR"-Friedensbewegung durchaus eine Zukunft, „wenn sie sich nicht nur in Protesten erschöpft, sondern auch weitere Schritte in die Wege leitet, also eine hilfreiche Sache wird".

Die Konferenz der evangelischen Kirchenleitungen in der „DDR" hat auf ihrer Tagung in Bad Saarow angekündigt, sie werde den in der Friedensarbeit engagierten Gruppen am Rande der Gemeinden besondere Aufmerksamkeit widmen. Spontane Aktionen junger Menschen sollten nicht von vornherein abgewiesen, sondern für die kirchliche Friedensarbeit fruchtbar gemacht werden.

„Die Abschreckung ruft immer wieder Instabilität hervor"

Aus Empfehlungen der SPD-Kultusminister für „Friedenserziehung in den Schulen"

DW. Bonn

Die SPD hat die für heute anberaumte Sitzung der Konferenz der Kultusminister nicht mehr abgewartet und vollendete Tatsachen geschaffen. Auf ihr wollten die für den Schulunterricht in den Bundesländern verantwortlichen Politiker unter anderem gemeinsame Empfehlungen erarbeiten, nach denen die Pädagogen Lehrveranstaltungen zur Sicherheits- und Friedenspolitik sowie Bundeswehr, Landesverteidigung und das Recht auf Kriegsdienstverweigerung gestalten sollen. Die von der SPD 1regierten Länder haben inzwischen ihre Empfehlungen zur „Friedenserziehung in der Schule" als Broschüre gedruckt und in Bremen, Hamburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen bei den Lehrern verteilen lassen. Die WELT veröffentlicht daraus die wesentlichsten Auszüge:

Frieden ist ein weiter und offener Begriff; mit ihm wurden und werden unterschiedliche Vorstellungen verbunden.

Frieden als Sehnsucht, als Hoffnung, Wunsch, Traum oder Verheißung ist einer der ältesten Inhalte des menschlichen Denkens, ist eine Idee, über die Menschen seit Jahrtausenden nachgedacht und geschrieben haben, ist eine Vision, welche die Menschen immer wieder fasziniert und vielfach auch getröstet hat, ohne die sie möglicherweise gar nicht leben könnten ...

Angesichts der heutigen existenziellen Bedrohungen muß für die Erziehung zum Frieden ein erweiterter Friedensbegriff die notwendige Grundlage sein.

Dieser wurde von der Friedensforschung entwickelt, die zwischen „personaler" und „struktureller" Gewalt unterscheidet; Frieden wird definiert als Abwesenheit von personaler und struktureller Gewalt ...

Konzept auf der Basis der Unesco-Empfehlung

Das vorliegende Konzept zur Friedenserziehung beschränkt sich auf die Formulierung von Grundsätzen auf der Basis der Unesco-Empfehlung. Daraus leitet sich im einzelnen ab:

1. Die schulische Erziehung soll den Schülerinnen und Schülern helfen, einen erweiterten differenzierten Friedensbegriff zu erfassen. Dabei sollen unterschiedliche Vorstellungen vom Frieden, vom Erreichen und vom Sichern des Friedens einbezogen werden ...

Solche Darstellungen sollen Angebote für Identifikationen enthalten, die aber nicht aufgedrängt werden dürfen. Es darf keine Form der Bemühungen um Frieden von vornherein als die richtige, einzig mögliche, realistische deklariert oder als die falsche bzw. utopische oder gar vom „Gegner gesteuerte" diskriminiert werden.

2. Die Erziehung soll die Heranwachsenden befähigen, als mündige demokratische Bürger zu einer aktiven und kritischen Mitgestaltung der Friedenspolitik in der Lage zu sein. Dazu gehört auch die Beschäftigung mit Fragen der Sicherheitspolitik. Schüler müssen in die Lage versetzt werden, sich auf der Grundlage möglichst umfassender Sachkenntnis und aktueller Information mit der Bundeswehr und ihrer zentralen Aufgabe der Friedenssicherung und Landesverteidigung zu befassen.

Das schließt ein, daß Schülerinnen und Schüler in einem problemorientierten Arbeitsprozeß Informationen über die Grundlagen und Grundfragen der Sicherheitspolitik der Bundesrepublik und der NATO erhalten und dadurch die Fähigkeit und Bereitschaft zur offenen Auseinandersetzung mit verschiedenen Positionen entwickeln. Zu den Zielen eines solchen Unterrichts gehört es, den Schülerinnen und Schülern zu vermitteln, daß der Bundeswehr ein fester Platz in unserem Staat als Instrument der Verteidigung zugewiesen wurde. Diesem Auftrag ist sie durch das Grundgesetz ausdrücklich verpflichtet. Zugleich ist sie als Armee im demokratischen Staat in ihrer inneren Struktur an demokratische Prinzipien gebunden. Das Bemühen um deren Umsetzung hat seinen Ausdruck in den Grundsätzen der Inneren Führung gefunden. Sowohl der Auftrag der Bundeswehr als auch ihr Selbstverständnis sind im Unterricht darzustellen ...

Die Schülerinnen und Schüler sollen erfassen, *daß sich die gegenwärtige Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland von vier Elementen leiten läßt:*

- einer Politik des politischen, des strategischen und auch des militärischen Gleichgewichts, zu der Verteidigungsfähigkeit und Verteidigungsbereitschaft gehören,
- einer Politik der Entspannung, der Konflikteindämmung und des Interessenausgleichs,
- der Fähigkeit zu wirksamer Krisenbeherrschung,
- der Vorhersehbarkeit und Berechenbarkeit des politischen Verhaltens für alle.

Für eine Diskussion bieten sich folgende Thesen und Gegenthesen an:

Einerseits

- zur Sicherung und Verteidigung der freiheitlichen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland, des Lebens des einzelnen sowie zur Abwehr eines durch den Druck oder Gewaltandrohung aufgenötigten fremden Willens sind militärische Mittel unverzichtbar und legitim,
- die Aufrechterhaltung des militärischen Gleichgewichts war bislang Voraussetzung für die Verhinderung kriegerischer Auseinandersetzungen und die Sicherung einer selbstbestimmten gesellschaftlichen Entwicklung vor allem in Europa,
- durch militärische Abschreckung wird die Wahrscheinlichkeit eines Krieges vermindert,
- militärisches Gleichgewicht ist günstig für Stabilität und damit Frieden,
- im Verteidigungsfall ist für die Bundesrepublik Deutschland eine Abwehr möglich,
- Abschreckung und Verteidigung sind nur im Rahmen des NATO-Bündnisses zu gewährleisten.

Andererseits

- die Abschreckung mit militärischen Mitteln hebt das Kriegsrisiko aber grundsätzlich nicht auf,
- die Abschreckung beinhaltet Bedrohung und ruft immer wieder Instabilität hervor: Der Rüstungswettlauf selbst ist ein Sicherheitsrisiko, und er gefährdet den Frieden,
- Möglichkeiten von Fehleinschätzungen und irrationalem Verhalten sowie wechselseitige Bedrohtheitsvorstellungen und Feindbilder können zu unkalkulierbaren Reaktionen führen,
- die Overkill-Waffenpotentiale der Weltmächte stellen das Prinzip des militärischen Gleichgewichts in Frage,
- im Verteidigungsfall ist das Risiko einer totalen oder zumindest weitgehenden Zerstörung unseres Landes sehr hoch,
- militärische Paktsysteme können dazu führen, daß politische Spannungen und Gegensätze zementiert werden.

Schutz des Gewissens in Konfliktsituationen

Im Unterricht soll erarbeitet werden, daß Rüstung nicht so sehr Ursache als vielmehr Ausdruck vorhandener Friedlosigkeit ist und deshalb angesichts der großen Gefahren Entspannung und Rüstungskontrolle gleichberechtigt neben die Verteidigung treten müssen, damit sich die Risiken des Abschreckungssystems verringern lassen und langfristig eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt herbeigeführt werden kann.

3. Den Schülern/-innen muß im Unterricht vermittelt werden, daß der Bund nach dem Grundgesetz Streitkräfte zur Verteidigung aufstellt und der Gesetzgeber von der Befugnis Gebrauch gemacht hat, Männer vom vollendeten 18. Lebensjahr an der allgemeinen Wehrpflicht in den Formen des Dienstes in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband zu unterwerfen. Auf der anderen Seite ist den Schülern/-innen zu verdeutlichen, daß entsprechend der Garantie für die Unverletzlichkeit des Gewissens das Grundgesetz das Recht, aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe zu verweigern, als Grundrecht unmittelbar gewährleistet.

So wird dem Schutz des freien Gewissens des einzelnen selbst in ernsten Konfliktlagen, in denen der Staat seine Bürger besonders fordert, der Vorrang eingeräumt. Dabei ist den Schülern/-innen klarzumachen, daß die Verweigerung der Wehrpflicht nicht dem Belieben des einzelnen unterliegt, sondern als Ausfluß des Rechtes auf Kriegsdienstverweigerung vielmehr eine Gewissensentscheidung voraussetzt, der eine geistige Auseinandersetzung mit den Problemen der Kriegsdienstverweigerung vorangehen muß.

Für Lehrerinnen und Lehrer kann es dabei nur darum gehen, vielleicht sprachlich ungeübte oder gehemmte junge Menschen in die Lage zu versetzen, das aussprechen zu lernen, was sie im Inneren bewegt. Auch die Gefahr des Mißbrauchs bzw. der Unterstellungen und Verdächtigungen darf Lehrerinnen und Lehrer nicht davon abhalten, behutsam und pädagogisch einfühlend ihren Schülern zu helfen, sich selbst über eine schwerwiegende Problematik klar zu werden und das Ergebnis der Entscheidung verständlich zu begründen.

Die Bundeswehr und ihren Auftrag ins politische Zwielicht gerückt

Von RÜDIGER MONIAC

Erziehen wollen die Empfehlungen der SPD-Kultusminister zur „Friedenserziehung in der Schule" nicht. Der Lehrer soll junge Menschen nicht anleiten zu erkennen, nach welchen Bedingungen Friedenserhaltung in der Welt von heute möglich ist. Daß dabei die Bundeswehr eine bedeutende Rolle spielt und sie das Instrument ist, dem Militärpotential des Warschauer Paktes gemeinsam mit den Streitkräften der verbündeten Länder ein Gegengewicht entgegenzustellen, kommt in den Empfehlungen nur recht verklausuliert vor. Auch wird kaum eindeutig genug gesagt, daß jeder junge Mann der Wehrpflicht unterliegt und er nur bei gewichtigen Gewissenszweifeln sich dem Militärdienst entziehen kann.

Pädagogik verwandelt sich in dieser Empfehlung zur Bereitstellung einer weitläufigen Bibliothek, in der der Schüler nach eigenem Geschmack die ihm genehmen Lesefrüchte pflücken mag und sie auch als Handlungsanleitung wählen kann. Er kann es aber auch bleiben lassen. Der Lehrer darf sich in der Unübersichtlichkeit des Stoffangebots nicht als erfahrener und in der Bewältigung menschlichen Lebens vielleicht auch kompetenter dem Schüler gegenüber präsentieren, darf ihn nicht an die Hand nehmen und ihm das Begreifen des Phänomens „Frieden", indem er ihn im Wust der Bücher und Ideen behutsam führt, so vielleicht erleichtern. An einer Stelle der Empfehlung heißt es ausdrücklich, für die Lehrer könne es nur darum gehen, „vielleicht sprachlich ungeübte oder gehemmte junge Menschen in die Lage zu versetzen, das aussprechen zu lernen, was sie im Innern bewegt".

Dann fällt ein zweiter Aspekt der Empfehlung der SPD-Kultusminister *ins Auge: An keiner* Stelle wird ausdrücklich darauf verwiesen, daß die Verfassungs- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland von der Art ist, daß sie es verdient, von den Bürgern geschützt zu werden. Ganz im Gegenteil fordert die Empfehlung eine Diskussion der Schüler über ausdrücklich angebotene Thesen und Gegenthesen auf, in deren einer wohl „zur Sicherung und Verteidigung der freiheitlichen Ordnung ... militärische Mittel" als unverzichtbar und legitim hingestellt werden, in deren Gegenthese aber „Abschreckung mit militärischen Mitteln" Bedrohung beinhaltet und „immer wieder Instabilität" hervorruft. Die Bundeswehr und deren Auftrag gerät damit von vornherein in ein politisches Zwielicht, das auf die verfassungsrechtliche Verankerung der Streitkräfte und ihre politische Begründung Schatten voller Zweifel wirft und die Schüler in einen Zustand zumindest von Unentschiedenheit versetzen muß.

DIE ANALYSE

In diesem Kontext verblaßt die Aufforderung an die Lehrer, zu vermitteln, „daß der Bundeswehr ein fester Platz in unserem Staat als Instrument der Verteidigung zugewiesen wurde". Denn dies gilt der Empfehlung nicht etwa als Lernziel, sondern lediglich als eine Erkenntnis unter vielen, an denen die Schüler „die Fähigkeit und Bereitschaft zur offenen Auseinandersetzung mit verschiedenen Positionen entwickeln" sollen.

Dritter Eindruck: Die Empfehlung hält sich keineswegs frei von ideologischem Ballast. So wird schlicht unterstellt, es gebe einen „Rüstungswettlauf"; ebenso wird die Erkenntnis als Tatsache hingestellt, „Vernichtungswaffen" auf atomarer und chemischer Grundlage drohten die Lebensgrundlagen der Menschheit zu zerstören.

Insgesamt betrachtet, erwekken die von den SPD-Kultusministern erlassenen Empfehlungen zur „Friedenserziehung" der Jugend den Eindruck, als sollte mit ihrer Hilfe ausschließlich die sozialdemokratische Sicht von Friedenssicherung und Sicherheitspolitik Schülerinnen und Schüler bestimmen. Das vielleicht am meisten Bedenkliche daran ist aber, daß Sozialdemokraten in der „Erziehung" zum Frieden keinen Unterschied machen zwischen der Lösung von Konflikten und Gegensätzen zwischen Gruppen oder einzelnen auf dem innenpolitischen Feld eines Staates auf der einen Seite und den Außenbeziehungen von Staaten auf der anderen. In der Tendenz will sozialdemokratische „Friedenserziehung" so tun, als habe der Glaube mit Realpolitik zu tun, die Machtbeziehungen zwischen Staaten seien ohne die Existenz von Waffen zu regeln und letztlich nach dem Prinzip von Treu und Glauben zu organisieren.

…hao Ziyang …hiebt Besuch … USA auf

dpa, **Peking**
…er chinesische Ministerpräsi… …t Zhao Ziyang hat gegenwärtig …t die Absicht, einer Einladung … US-Päsident Reagan zu einem …uch in Amerika zu folgen. Chi…sei mit den derzeitigen bilatera… Beziehungen „nicht zufrieden", …te Zaho in einem Interview der …tralischen Zeitung „The Age". …wan sei immer noch das größte …dernis für eine Verbesserung … Beziehungen.

…S-Außenminister George …ltz hatte bei einem Besuch in …ing Ende Februar eine bereits … vergangenen Jahr ausgespro…ne Einladung aus Washington …derholt. Zhao hatte im Prinzip …enommen, den Termin aber …drücklich offengelassen.

…-Justiz eröffnet …rbie-Untersuchung

rtr, **Washington**
…as amerikanische Justizmini…ium hat eine umfassende Un…uchung von Vorwürfen ange…et, daß der US-Geheimdienst … ehemaligen SS-Führer Klaus …bie 1951 zur Flucht nach Boli… verholfen hat. Barbie, der An… Februar von Bolivien nach …nkreich abgeschoben worden … wo ihm wegen Verbrechen …n die Menschlichkeit der Pro…gemacht werden soll, soll nach … Krieg mit dem US-Geheim…st zusammengearbeitet haben … von ihm finanziell unterstützt …den sein.

…n Sprecher des Justizministe…s erklärte, die Regierung be…te die Vorwürfe mit großer …e. Eine erste Durchsicht ein…igiger Akten habe genügend …tzpunkte für eine umfassende …rsuchung erbracht.

…chernenko leitet …eologen-Treffen

AP/AFP, **Moskau**
…s in den sowjetischen Medien …üngster Zeit kaum noch er…nte Politbüro-Mitglied Kon…tin Tschernenko hat in Moskau … Konferenz der Sekretäre des …tralkomitees der kommunisti…n Parteien aus dem gesamten …lock eröffnet. Thema der Ta…g sind „internationale und …logische Fragen", meldete die …liche Nachrichtenagentur Tass …e weitere Einzelheiten.

…as Auftreten Tschernenkos ist …h Ansicht westlicher Beobach… als Hinweis dafür zu werten, … er auch nach der Wahl von …ij Andropow zum Parteichef … führende Ideologe im Kreml

Abiturnoten plus Test – ein neuer Weg zum Medizinstudium?

Kultusministerkonferenz will sich über das zukünftige Zugangsverfahren verständigen

PETER PHILIPPS, **Bonn**
Die Kultusministerkonferenz der Länder (KMK) will sich heute auf ihrer Sitzung in Bonn grundsätzlich darauf verständigen, wie das Zugangsverfahren zum Medizinstudium in Zukunft geregelt werden soll. Nach entsprechender Weiterarbeit der Experten soll Ende Juni auf der übernächsten Plenarsitzung die endgültige Entscheidung fallen.

Nach dem geltenden Staatsvertrag der Länder ist die Vergabe der Medizin-Studienplätze durch eine Übergangsregelung festgelegt, die jedoch längstens bis 1986 gilt. Dies gibt den Kultusministern nur theoretisch noch eine Entscheidungsfrist, denn die Einführung der Neuregelung wird ebenfalls noch Zeit beanspruchen.

Rund 35 000 Bewerber haben sich für das Sommersemester 1983 für einen der rund 4900 Medizin-Studienplätze beworben. Der größte Teil von ihnen ist nur anhand des Abiturergebnisses ausgewählt oder abgelehnt worden. 6000 Bewerber haben an dem – zunächst nur für drei Jahre vorgesehenen – Eingangstest teilgenommen und in Verbindung von Testergebnis und Abiturnote einen der 1200 dafür reservierten Studienplätze ergattern können. Die endgültige Zulassungsregelung scheint, wie es auch in Vorschlägen der Westdeutschen Rektorenkonferenz vorgesehen ist, einen vergleichbaren Rahmen zu erhalten: Ein Test, der nachgewiesene und abprüfbare Ergebnisse in Theorie und praktischer Arbeit z. B. in Krankenhäusern enthält, wird im Zusammenhang mit der Abiturnote den Weg zu einem der begehrten Medizin-Studienplätze öffnen.

Das Institut für Test- und Begabungsforschung der Studienstiftung des deutschen Volkes, das von der KMK mit der begleitenden Untersuchung der bisherigen Tests beauftragt war, hat inzwischen eine positive Zwischenbilanz dieses Verfahrens gezogen. Instituts-Direktor Günter Trost strich dabei insbesondere heraus, daß der Test auch von den Bewerbern als Maßstab akzeptiert werde, was bei der reinen Abiturzeugnis-Bewertung nicht der Fall ist. Aber selbst wenn vor allem Dinge gestestet werden, die in Abiturnoten nicht erfaßt werden, hat sich doch ein enger Zusammenhang zwischen Abitur- und Testergebnis nachweisen lassen. Die Chancen von Bewerbern, die sich in der Schule schwerpunktmäßig auf naturwissenschaftliche Fächer konzentriert haben, sind eindeutig besser.

Dennoch bietet der bisher durchgeführte Test einem erheblichen Teil der Studienbewerber, die nach dem bisherigen Verfahren keine Chance auf einen Platz in der Universität gehabt hätten, sehr viel bessere Aussichten. Rund ein Drittel der jungen Studenten, denen der Test die Hochschultüren geöffnet hat, wäre aufgrund der Abiturnoten allein nicht angenommen worden.

Ein wissenschaftliches Gremium, das unabhängig von dem Institut der Studienstiftung des deutschen Volkes die Brauchbarkeit der Tests überprüft hat, ist in einem ersten Zwischenbericht ebenfalls zu einem positiven Votum gekommen: Wenn alle Bewerber nach einer etwa gleichgewichtigen Kombination aus Abiturnoten und Testergebnis ausgewählt würden, wären die Studienleistungen beim Medizinstudium eindeutig besser, als wenn nur der Abiturdurchschnitt entscheide. Die Test-Besten haben nach den bisherigen Erkenntnissen darüber hinaus weniger Studienschwierigkeiten als ihre Kommilitonen mit schlechteren Ergebnissen.

Ebenfalls ohne größere Auseinandersetzungen werden die Beratungen der Kultusminister über Grundsätze zur weiteren Studienreform heute ablaufen. Dennoch ist unverkennbar, daß durch den Alleingang der SPD-regierten Länder zum Thema Friedenserziehung in den Schulen, der darüber hinaus vom amtierenden KMK-Präsidenten Joist Grolle (Hamburg) forciert wurde, grundsätzlich die Zusammenarbeit in dem Gremium erheblich belastet ist. Dabei hatte Grolles Vorgänger, der bayerische Kultusminister Hans Maier, im vergangenen Jahr erst durch sein persönliches Engagement in der Frage der gegenseitigen Anerkennung von Gesamtschulabschlüssen dafür gesorgt, daß die Zusammenarbeit in der KMK auf eine neue, bessere Basis gestellt wurde.

Plant Paris Raketen-Handel mit Bonn?

A. GRAF KAGENECK, **Paris**
Welche wirtschaftlichen und politischen Folgerungen auch immer Präsident Mitterrand aus der relativen Wahlniederlage der Regierungsparteien in den Kommunalwahlen zieht: In der Flut der Pariser Spekulationen über die Ära Mitterrand II taucht auch eine strategische Komponente auf. Sie lautet, auf eine sehr vereinfachte Formel gebracht: deutsche wirtschaftliche und monetäre Hilfe gegen neue französische Sicherheitsgarantien für die Bundesrepublik.

Über diese Formel wird in Paris schon seit einiger Zeit intensiv nachgedacht, und zwar nicht nur im Regierungsrat, sondern auch in der Opposition etwa bei den Gaullisten um Jacques Chirac. Spätestens seit der bemerkenswert engagierten Rede, die Mitterrand am 20. Januar im Bonner Bundestag hielt, sei, so heißt es, das „hic Rhodos hic salta" für Frankreich gekommen, sei es geboten, den Worten an die deutsche Adresse auch Taten folgen zu lassen.

Der französische Präsident war in seiner eigens umgeschriebenen Bonner Rede auf die militärischen Klauseln des Elysee-Vertrages eingegangen und hatte deren Beratungsmechanismus hervorgehoben. Aber Mitterrand hatte auch nicht versäumt, auf die „unterschiedlichen Situationen beider Länder" einzugehen: die Atommacht Frankreich, die konventionell bewaffnete Bundesrepublik. Und er hütete sich davor, die Bereitschaft Frankreichs zu einer atomaren Garantie für die Bundesrepublik auszusprechen.

Diese Idee der atomaren Garantie aber geistert durch das französische strategische Denken seit dem Ende der Ära de Gaulles. Bei Gaullisten ist zu hören, daß auch der General sich heute mit ihr befreunden könnte. Der Gedanke an eine fester verankerte deutsch-französische Sicherheitssolidarität ist auch dem heutigen Präsidenten nicht fremd. Sie wird ihm von einflußreichen Beratern suggeriert. Eine solche Solidarität könnte sich wahlweise auf zwei Ebenen verwirklichen: Einbeziehung des deutschen Gebiets unter den französischen Atomschirm oder Aufstellung amerikanischer Pershing-2-Raketen auf französischem Boden für den Fall eines völligen Scheiterns der Genfer Verhandlungen zwischen Amerikanern und Russen.

Der ersteren Formel wird in Paris wenig deutsche Gegenliebe zugemessen. Die zweite indes scheint bei einigen Beratern des Präsidenten an Boden zu gewinnen und hätte den Vorteil, vom Bonner Partner gebilligt zu werden.

González' Politik zeigt viel Sinn für Realismus

Bilanz der ersten 100 Tage / Kanossagang nach Marokko

ROLF GÖRTZ, **Madrid**
Solange die Ost-West-Spannung anhält, wird die sozialistische Regierung Spaniens ihre Entscheidung über den weiteren Verbleib in der NATO aufschieben. „Wir wollen schließlich nicht den Teil der Welt schädigen, dem wir selber angehören", erklärte Ministerpräsident Felipe González am Montag, dem 101. Tag der sozialistischen Regierung. Die angekündigte Volksbefragung über den Verbleib Spaniens in der NATO soll vor allem Rücksicht auf die Genfer Mittelstreckenraketen-Verhandlungen nehmen und wird deshalb frühestens Ende 1984 diskutiert.

Absoluten Scheitelpunkt der 100 Tage sozialistischer Regierung in Spanien stellt die Enteignung des größten Privatkonzerns des Landes, Rumasa, dar. Die ungeheuren finanziellen Konsequenzen für den Staatshaushalt wird das Land jedoch erst in einem Jahr spüren; das gleiche gilt für die mindest ebenso kostspielige Sanierung einer Reihe der größten Unternehmen Spaniens – ob staatlich oder privat: Rio Tinto, die Großwerften, Hochofenwerke, das Automobilwerk Seat, die Hunosa-Kohlengruben und die Eisenbahngesellschaft Renfe.

Dazu kommen die Schulden der Rathäuser von Madrid und Barcelona mit dem größten Defizit aller Städte Europas.

Vor dieser Negativbilanz muß González' optimistische Ankündigung einer Tendenzwende auf dem Arbeitsmarkt und der Inflationsbewegung verblassen. Generalstreiks in Gijon und Sagunto sowie die wachsende Unruhe unter den andalusischen Landarbeitern geben dem Menetekel eine Arbeitslosenquote von über 16 Prozent, in der Tat ein drohendes Leuchtzeichen.

Der sozialistischen Regierung können diese Probleme wahrhaftig nicht angelastet werden aber sie hat dieses fatale Erbe nun einmal zu lösen. Felipe González sagte selbst: „Man kann aus dem Rückwärtsgang nicht unmittelbar in den Vorwärtsgang umschalten." Im Wachstum der Auslandsinvestitionen von 120 Prozent im Januar und 230 Prozent im Februar (im Vergleich zu den Monaten des Vorjahres) sieht er den Beweis seiner Zuversicht.

Positiv sehen die Bilder auf anderen Gebieten aus. Wesentlich entschlossener als ihre demokratischen Vorgängerinnen bemüht sich die Regierung González, die außer Kontrolle geratene Autonomiepolitik wieder ins Gleis zu bringen. Nicht die Dezentralisierung bestimmt die weitere Aufteilung Spaniens in einen Bundesstaat, sondern der Primat der nationalen Einheit. Und ganz anders als befürchtet stellte sich ein entschlossener Innenminister der neuen Welle des Terrorismus im Baskenland.

Diese Entschiedenheit trug wesentlich zum guten Klima bei, das zur Zeit das Verhältnis zwischen Regierung und Streitkräften auszeichnet. Der junge bärtige Verteidigungsminister Narcis Serra kommt erheblich besser mit der Generalität zurecht als seine bürgerlichen Vorgänger. Er besteht auf der Würde seines Amtes, respektiert seinerseits aber die soldatischen Traditionen. Der Modernisierungsplan des Heeres, die konsequente Fortsetzung des vor 10 Jahren eingeleiteten Flottenbauprogramms mit einem Flugzeugträger und mehreren Lenkwaffenfregatten sowie der Plan FACA, die Ausrüstung der Luftwaffe mit modernsten Jagdbombern, sind voll auf die NATO ausgerichtet.

Aber hier, wo die Verteidigungspolitik zur „letzten Dimension der Außenpolitik" (Außenminister Moran) wird, verwischen sich wieder die Konturen. Felipe González nannte jetzt den Neutralismus ein „gewiß nobles Unterfangen". Er sieht jedoch ein, daß die Wunschträume der sozialistischen Opposition von einst mit der Regierungspraxis unvereinbar sind. Sein erster offizieller Auslandsbesuch kommt denn auch einem Canossa-Gang gleich. Vergessen ist das Kommuniqué, das der Oppositionspolitiker Felipe González 1976 mit der vom sozialistischen Lager Nordafrikas geschaffenen und von Moskau ausgerüsteten Polisario-Front unterzeichnete. Als ersten Staatsmann besucht González König Hassan von Marokko, der als Verbündeter der Vereinigten Staaten im Maghreb und damit auch für Spanien eine völlig neue Lage schuf.

Fast radikale Züge nahm der sozialistische Wechsel in der Informationspolitik der staatlichen Medien an – wenn es noch die Regierung ist, die hier bestimmt. So meldete der staatliche Rundfunk: „Der kalte Krieg kam mit dem Wahlsieg der Konservativen in Deutschland und Frankreich, dem Präsident Reagan eine entsprechende Rede hinterherschickte." Und auf dem Bildschirm sah man, wie sich das tapfere libysche Volk gegen die drohende Invasion amerikanischer Imperialisten zur Wehr setzen wird. Felipe Gonzalez gab denn auch zu erkennen, daß die öffentlich-rechtlichen Medien einer Korrektur bedürfen. (SAD)

Verluste der Sowjets in Afghanistan

GREGOR KONDEK/AP, **Bonn**
Aus der Sowjetunion sind zum ersten Mal Zahlen über die Verluste der sowjetischen Invasionstruppen in Afghanistan im vergangenen Jahr bekanntgeworden: Nach diesen Informationen sind 326 Offiziere und 21 254 Soldaten der Roten Armee gefallen. Die Zahl der gefallenen afghanischen Offiziere, die auf sowjetischer Seite kämpfen, wurde mit 372 und die der Soldaten mit 12 077 angegeben.

Bei allen Zahlenwerten handelt es sich um Mindestzahlen, wie übereinstimmenden Informationen aus dem Militärbereich Armeniens, dem Baltikum und der Ukraine zu entnehmen ist.

Der seit fast dreieinhalb Jahren dauernde Volkskrieg der Afghanen hat den Sowjets im Jahr 1982 nicht zu unterschätzende Materialverluste zugefügt. Beobachter wiesen darauf hin, daß die afghanischen Widerstandskämpfer nur äußerst mangelhaft ausgerüstet sind. Nach diesen Berichten wurden allein 81 Flugzeuge, 52 Hubschrauber, 1735 Panzer und gepanzerte Fahrzeuge, sowie 77 Jeeps vernichtet.

Von den Afghanen wurden nach sowjetischen Berichten erbeutet und vernichtet: 2325 Kalaschnikows, 125 Funkgeräte und 35 schwere Maschinengewehre. Die Höhe des Verlustes an Munition, einschließlich von Artilleriegeschossen und Handgranaten, sowie an Treibstoff ist bislang nicht bekannt.

Die im Exil wirkende Afghanische Sozialdemokratische Partei (ASP) wies gestern darauf hin, daß der Widerstand gegen die sowjetische Besetzung Afghanistans bisher 500 000 Afghanen das Leben gekostet hat. Der ASP-Generalsekretär Amin Wakman, erklärte in Bonn, daß die Zahl der Flüchtlinge inzwischen auf vier Millionen angestiegen sei. Wakman war aus Anlaß des 17. Jahrestages der Parteigründung in die Bundesrepublik Deutschland gekommen.

Die ASP fordert in einem Appell an die freie Welt dazu auf, die Opposition in Afghanistan in ihrem Kampf um Freiheit und Unabhängigkeit zu unterstützen und die sowjetische Besetzung Afghanistans nicht zu vergessen. Wakman sagte: „Wir glauben an die Wiedererlangung der politischen Freiheit in unserer Heimat und keine imperialistische Macht kann uns davon abbringen, für dieses Ziel einzustehen." Der Kampf und der Widerstand des afghanischen Volkes gegen die Unfreiheit werde andauern, bis der letzte sowjetische Soldat das Land verlassen habe.

Labour vergleicht Frau Thatcher mit Göring

Absicht: Aufmerksamkeit erheischen um jeden Preis

FRITZ WIRTH, London

Die britischen politischen Umgangsformen, die sonst auch in Zeiten erbitterter Wahlkampf-Konfrontationen einen Hauch von Stil und Fairneß ausstrahlen, sind seit einigen Tagen von einer befremdlichen sprachlichen Vulgarisierung heimgesucht worden. Das Vokabular des Unmenschen ist plötzlich im Schwange; und auch eine Renaissance der Nazi-Größen als Maßstab und Vergleich tagespolitischer Erscheinungen ist zu registrieren.

Zufall kann es kaum sein, weil sich dieser Verfall politischer Sprach-Hygiene auf eine einzige Person konzentriert, auf Premierministerin Margaret Thatcher. Und wenn gleich innerhalb einer Woche vier verschiedene Labour-Politiker ihr Vokabular vom gleichen braunen Sprach-Familienstamm pflükken, dann sieht das sehr nach einem koordinierten politischen Einsatz aus.

Den Anfang machte Tony Benn, der die Belege für seine Attacken besonders weit herholte. Ihm fiel fast ein Jahr nach dem Falklandkrieg ein, daß einiges in diesem Feldzug faschistoide Züge gehabt habe. Wörtlich: „Wenn ein Premierminister sagt, daß das Blutvergießen von Goose Green der Nation ihren nationalen Stolz zurückgegeben habe, so ist das purer Faschismus." Der Haken an diesem Zitat ist, daß dieser Satz von Frau Thatcher so niemals formuliert wurde.

Der Rest war nur noch eine Kettenreaktion

Der Rest war nur noch Kettenreaktion. Denn wenn heute in der Labour Party Tony Benn Schlagzeilen macht, ist das für seinen Rivalen Denis Healey zumeist ein Signal, noch schärfere Munition zu verwenden. Er wählte die Arbeitslosigkeit, die sich in seiner Karriere als Schatzkanzler immerhin um eine knappe Million erhöht hatte, als Stichwort, um zu diesem Verdikt über die Regierung Thatcher zu kommen: „Dies ist Faschismus, wie Franco ihn einst in Spanien etablierte."

Das Stichwort Franco wiederum war dem Schatten-Erziehungsminister Neil Kinnock viel zu farblos und auf der Suche nach weiteren historischen Vergleichsformen fiel ihm die wohl verwegendste Formulierung ein: „Frau Thatcher ist nicht nur ein weiblicher Franco, sondern ein Petain im Unterrock."

Danach hatte der Labour-Abgeordnete Ian Mikardo dann überhaupt keine Schwierigkeiten mehr, Hermann Göring ins Spiel zu bringen: „In den letzten vier Jahren sind durch die Politik Frau Thatchers mehr Fabriken in Großbritannien geschlossen worden als es Görings Bomber in sechs Kriegsjahren schafften."

Hitler, Franco, Göring, Petain – wenn das nicht Sprachregelung sein soll, so ist es gewiß die Sprache verzweifelter Politiker, die mit dem Rücken an der Wand stehen und denen allmählich fast jedes Mittel recht ist, um noch gehört zu werden. Denn die Leute, die sich dieser Sprache bedienen, sind allesamt erfahrene Politiker; sie müßten eigentlich wissen, daß diese Sprache beim britischen Bürger nicht ankommt.

In der Wählergunst auf dem Tiefstpunkt

Der Zeitpunkt dieser Attacken ist kein Zufall. Die Labour Party befindet sich gegenwärtig in der Wählergunst auf ihrem tiefsten Punkt seit dem Kriege. Nach einer Meinungsumfrage, die vor zwei Tagen veröffentlicht wurde, ist Labour heute bereits unpopulärer als die neugegründete sozialliberale Allianz. Danach liegt die Partei zum ersten Mal in der Wählergunst mit 27 Punkten nur an dritter Stelle hinter den Konservativen mit 41 und der Allianz mit 30 Punkten.

Dieses Ergebnis hat nur eine Woche vor der Nachwahl in Darlington für die Labour Party entnervende Wirkung und dürfte das für sie ohnehin problematische Klima in diesem Wahlkreis noch weiter verschlechtern. Zur Stunde sieht es jedenfalls so aus, als würde die Allianz in Darlington gewinnen.

Andererseits ist diese letzte Meinungsumfrage mit Vorsicht zu genießen. Sie fand unmittelbar nach der für Labour katastrophalen Nachwahl von Bermondsey statt und reflektiert eine politische Stimmungslage, die keineswegs auf den nächsten Unterhaus-Wahlkampf übertragbar ist. Sollte es der Labour Party gelingen, ihre internen Krisen zu überwinden und sollte sie wieder zu akzeptableleren Umgangsformen zurückfinden, ist sie für die gegenwärtig favorisierten Tories nach wie vor der ernsteste und schwierigste Gegner.

USA wollen sich von Europäern in Genf nicht zur Eile drängen lassen

Warten auf ernsthaften Vorschlag aus Moskau / Pershing 2 „nicht wegdiskutieren"

TH. KIELINGER, Washington

Die Signale, die die Reagan-Regierung in diesen Tagen von ihren europäischen Verbündeten zum Thema Abrüstungsverhandlungen in Genf erhalten, finden in Washington keine ungeteilt wohlwollende Aufnahme: Daß jetzt auch der Bundeskanzler Kohl so offen und direkt nach einem neuen amerikanischen Vorstoß in Richtung „Zwischenergebnis" ruft, macht viele Fachleute in der Regierung stutzig. „Hat Kohl eigentlich am 6. März gewonnen, oder nicht?", fragte mit einer Mischung aus Ironie und Verschnupfung ein Regierungsbeamter.

In dieser Bemerkung, die mehr einem Kommentar als einer Frage gleichkommt, zeigt sich, wie wenig man in Washington trotz vieler schon seit langem empfangener Hinweise darauf vorbereitet war, daß ausgerechnet die christlich-liberale Koalition nach ihrem Wahlsieg einen so starken Druck auf den amerikanischen Partner ausüben würde. Inzwischen sind die Stimmen aus Europa zu einem Chor angewachsen; Richard Burt, Europa-Direktor des State Department, wird davon noch mehr zu hören bekommen, wenn er sich mit den Abrüstungsfachleuten der Bündnisregierungen am Freitag in Brüssel zur Tagung der Sonderkonsultationsgruppe der NATO trifft.

Burt wird keine neuen konkreten Vorschläge erläutern können. Denn es gibt sie nicht. Was in den Schubladen ruht, ist noch nicht diskussionsfertig, was in den Köpfen spukt, noch nicht ausgereift. Insofern muß die Bemerkung von Verteidigungsminister Weinberger vom vergangenen Sonntag (vgl. WELT vom 14. 3.), die USA seien für Zwischenabkommen unter bestimmten Bedingungen offen, eher als Allgemeinplatz gewertet werden, nicht als Indiz für einen bevorstehenden amerikanischen Vorstoß bei den Mittelstreckenverhandlungen in Genf.

Dies bestätigte Anfang der Woche auch der Sprecher des Weißen Hauses, der vor einer Überinterpretation der Weinberger-Äußerung geradezu warnte. „Es stehen keine neuen Vorschläge bevor", sagte er rundheraus.

Die Reagan-Regierung liest offenbar in dem Wahlsieg Kohls zur Zeit noch etwas ganz anderes als viele europäische Politiker, die – wie Italiens Außenminister Colombo in der vorigen Woche – jetzt nach Washington eilen und auf Bewegung in Genf drängen. Die Amerikaner glauben, gegenüber Moskau eine neue westliche Einheitsfront darbieten zu können und wollen daher vorerst abwarten, ob dies auf Moskau am Verhandlungstisch entsprechend wirkt, das heißt: Ob die Sowjets nun in ernsthafte Gespräche über den westlichen Eingangsvorschlag eintreten wollen.

Man ist in Washington allergisch gegenüber jedem Anschein von Hast, den der Westen geben könnte. Da der Sieg Kohls eher als Stabilisierung der westlichen Position in Genf gesehen wird, ist Eile am



Caspar Weinberger bremst zu hohe Erwartungen
FOTO: JUPP DARCHINGER

Verhandlungstisch für Washington fast ein Fremdwort.

Natürlich spielen in die Washingtoner Zurückhaltung noch andere Gründe hinein: Da wird die Ansicht vertreten, daß die Reihe an den Russen sei, ernsthaft mit „Interim"-Vorschlägen herauszukommen, also mit Vorschlägen oberhalb einer Waffengleichung von Null-null auf beiden Seiten. Wenn der Westen jetzt bereits seinen zweiten Vorstoß machen würde, nach der im November 1981 unterbreiteten Position, würde er damit indirekt sowjetische Intransigenz belohnen. Da Moskau sich nicht bewegt, müssen wir mit uns selber verhandeln, und unsere Positionen jeweils modifizieren.

Die ungute Erinnerung an diesen Brauch, der als Muster vielfach den SALT-I- und SALT-II-Abrüstungsgesprächen zugrundelag, üben einen mächtigen Einfluß in Washington aus. Man will auf jeden Fall nicht in diesen alten Fehler verfallen, der es den Sowjets oft erlaubte, auf westliche Grundpositionen ernsthaft erst gar nicht einzugehen, weil überarbeitete Versionen nie lange auf sich warten ließen.

Die zweite ungute Erinnerung knüpft sich an den „Spaziergang im Walde" zwischen dem amerikanischen Chefunterhändler Paul Nitze und seinem sowjetischen Gegenüber Jurij Kwitsinski, im Juli 1982. Damals hatte Nitze unautorisiert eine Zwischenlösung ins Gespräch gebracht, in der die Pershing 2 als NATO-Waffe schon gar nicht mehr vorkam. Beide Seiten sollten laut Nitze ihre Arsenale auf etwa 75 Trägerwaffen reduzieren, wobei westlicherseits nur noch Cruise Missiles in Stellung gehen sollten. Sowohl in Washington als auch in Moskau wurde dieses Nitze-Papier verworfen.

Zwischenlösungen, die einen „Waffen-Mix" auf westlicher Seite ohne die Pershing 2 ins Auge fassen – also im Grunde kein Waffen-„Mix" mehr – gelten seitdem in Washington als blanke Häresie. Die Verwerfung dieser Idee hat jetzt aber zur Folge, daß man sich generell gegen einen voreiligen Entwurf eines Interim-Vorschlags sträubt: Aus Sorge, die reduzierte Zahl könnte sofort eine innerwestliche Diskussion um weitere Reduzierungen auslösen, in deren Verlauf dann die Pershing 2 allmählich „hinwegdiskutiert" würde, ohne daß die Sowjets einen ernsthaften eigenen Vorschlag in Genf haben zu machen brauchen.

Wenn aber die Pershing 2 aus den Gleichungen erst einmal herausgefallen ist, so räsoniert man in Washington, ist der politische Wille im Bündnis insgesamt gefährdet, mit der Nachrüstung Ernst zu machen. Ehe die Amerikaner also in Genf, im Verlaufe dieses Jahres, mit einem Interim-Verhandlungsvorschlag herauskommen, (falls überhaupt) werden sie sich zwei lupenreine Zusicherungen ihrer Bündnispartner geben lassen wollen:

Erstens darf der Westen nicht in die fatale Usance des Mit-sich-selber-Verhandelns zurückfallen, ein neuer Vorstoß der Amerikaner darf also nicht mit dem Ruf nach dem nächsten und dann dem übernächsten Vorschlag quittiert werden, solange die Sowjets nicht ernsthaft verhandeln. Und zweitens muß unter allen Umständen auf dem Einschluß der Pershing 2 im Waffenangebot des Westens beharrt werden.

Müssen Italiens oberste Richter vor Gericht?

Spesen-Skandale belasten Juristen und Kommunisten

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Über Italien hat sich eine neue Skandalwolke ausgebreitet. Die Einleitung einer ganzen Serie von Ermittlungsverfahren gegen prominente Parteipolitiker und Staatsbeamte droht zu einer weiteren Vergiftung des traditionell von großem Mißtrauen bestimmten Verhältnisses zu führen, das hierzulande der Staatsbürger zu den staatlichen und politischen Institutionen hat.

Sogar der „Consiglio Superiore della Magistratura", das bislang über allen Verdacht der Unredlichkeit erhabene höchste Organ des Richterstandes unter Vorsitz von Staatspräsident Pertini, ist in den Skandalstrudel geraten. Gegen 30 seiner 33 Mitglieder wird wegen vermuteter Unterschlagung öffentlicher Gelder ermittelt. Einen ähnlichen Verdacht sehen sich führende Vertreter der Ministerialbürokratie und staatlicher Organisationen ausgesetzt. Selbst Piemont und seine Hauptstadt Turin, wo die Verwaltung seit der Einigung Italiens als Muster an Sauberkeit und unbestechlicher Tüchtigkeit gegolten hatte, stehen wegen einer Bestechungsaffäre am Rande einer schweren Krise.

Das größte Aufsehen im Land erregt der Fall des Obersten Magistraturrates. Die römische Staatsanwaltschaft hat 30 seiner 33 Mitglieder in aller Form informiert, daß gegen sie ermittelt wird. Sie stehen im Verdacht, unberechtigt Spesen gemacht, sich auf Staatskosten selbst bewirtet und Privatreisen als Dienstreisen getarnt zu haben.

Normalerweise müßte der Rat bei Vorliegen eines solchen Verdachtes über die Suspendierung des betroffenen Ratsmitgliedes abstimmen, und zwar ohne Beteiligung des Beschuldigten. Im vorliegenden Fall würde das aber bedeuten, daß nur drei Ratsmitglieder über die restlichen 30 abstimmen könnten. Das ist schon deshalb eine Unmöglichkeit, weil der Rat dann satzungsgemäß nicht mehr beschlußfähig wäre. Würden aber die Beschuldigten mitstimmen und – wie zu erwarten wäre – ihre eigene Suspendierung ablehnen, könnten sie sich damit sehr leicht eine weitere Anklage einhandeln: Wahrnehmung privater Interessen in Ausübung eines öffentlichen Amtes.

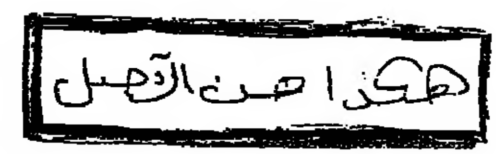
Nach der vor allem von den Linksparteien verbreiteten und von einigen Beschuldigten geteilten Ansicht handelt es sich bei der Aktion der römischen Staatsanwaltschaft weniger um die Verfolgung vermuteter Unregelmäßigkeiten als um einen Racheakt. Der Oberste Magistraturrat, so behaupten diese Kreise, solle zur Selbstauflösung gezwungen werden, weil er in letzter Zeit eine Untersuchung gegen römische Staatsanwälte wegen möglicher Verbindungen zu okkulten Kräften eingeleitet habe. Indirekt wird damit auf die Geheimloge P 2 Bezug genommen.

Die Staatsanwälte der Hauptstadt haben sich allerdings nicht nur den Magistraturrat, sondern auch die Ministerien, die Staatsholding IRI, die staatliche Gesellschaft für Kohlenwasserstoffe ENI, die Entwicklungskasse für Süditalien, das Institut für Volkswohnbau, die römische Provinzialverwaltung und die Regionalregierung von Latium vorgenommen. Insgesamt sollen bisher in Rom und Umgebung gegen 250 Personen Ermittlungsverfahren eingeleitet worden sein.

Den Anstoß zu dieser Justizkampagne gegen das Spesenrittertum hatte eine Parlamentsanfrage des radikalen Abgeordneten De Cataldo gegeben. Darin war behauptet worden, daß der Oberste Magistraturrat in einem einzigen Monat eine Million Lire (1700 Mark) allein für Espresso-Kaffee auf das Spesenkonto gesetzt habe. Die bisherigen Ermittlungen sollen Presseberichten zufolge ergeben haben, daß in einem Ministerium an einem einzigen Tag Trüffel- und Kaviarhappen für 2,5 Millionen Lire (3750 Mark) auf Spesen verzehrt wurden. Ein anderes öffentliches Verwaltungsorgan soll eine Spesenrechnung von umgerechnet 1350 Mark für ein Acht-Personen-Fasanenessen liquidiert haben.

Alle Beschuldigten reagieren auf die Aktion der Staatsanwaltschaft mit tiefster Empörung. Sie behaupten unisono, für Repräsentationszwecke stets nur das Notwendigste ausgegeben zu haben.

In Turin richtet sich die Säuberungsoffensive der Staatsanwaltschaft nicht gegen die Spesenritter, sondern gegen Korruptionsverdächtige. Unter Bestechungsverdacht landeten in den letzten Tagen zehn Personen im Gefängnis, darunter der sozialistische Vizebürgermeister der Stadt, Biffi Gentile, der kommunistische Fraktionsvorsitzende im Regionalparlament von Piemont, Franco Revelli, der Staatssekretär der Democrazia Cristiana, Claudio Artusi, ein sozialistischer Gemeindeassessor und zwei Regionalassessoren, die ebenfalls der Sozialistischen Partei angehören.



Briefe an DIE WELT

WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

ranke Krankenversicherung?

ucht der Medizinbetrieb eine Kur?"; T vom 19. Februar

in dem seitens des BDO-tandsvorsitzenden Balzer ge-rte Ansicht, daß 100 Milliar-Mark den „Gesundheitszu-der Bevölkerung nicht we-ich gebessert haben", deutet ine erschreckend ahnungslose flächlichkeit dieses Herrn seiner Organisation hin. Diese rung muß auf viele betroffene nten, deren Ärzte und Pflege-nal zynisch wirken.

wäre Herrn Balzer zu empfeh-einmal beispielsweise einen schrittmacher-Patienten zu n, der vor der Implantation oft eben am Rande des Todes ingt, nach der Implantation wieder ein lebenswertes Da-mit weitgehend wiederherge-er Leistungsfähigkeit führen . Sicher verursacht dieser ch durch seine Erkrankung mse Kosten, zumal er auch einen anderen Erkrankungen leren finanziellen Kosten für Krankenkasse weiterlebt. Der schrittmacher selbst erfordert lige Überwachung. Als Toter e dieser Patient freilich keine en mehr verursachen ...

viele Diabetiker wären vor gen Jahren nicht zu retten ge-n, führen jedoch heute ein ktiv als gesund zu bezeich-es Leben. Freilich bleiben diese Menschen „den Kas-als Kostenfaktor erhalten. Der etiker ist in der überwiegen-Zahl der Betroffenen ein ch mit mehreren Erkrankun-so daß auch in diesem Falle nur die Kosten der diabeti-Erkrankung, sondern auch osten der Überwachung der en Leiden weiter die Kran-assen „belasten". Jedoch: diese Patienten etwa nicht im eich zu den früher gegebenen chkeiten weitaus gesünder?

Aufzählung ähnlicher Fak-önnte bequem eine ganze Zei-ausgabe füllen. Man denke an die in der höchst kosten-tigen Herzchirurgie anfallen-verschiedensten Erkrankun-leren Beseitigung den Betref-n ein ungleich gesünderes n, den Kassen aber fortgesetz-sten bringt. Hier haben Medi-nd Krankenkassen wirklich nes geleistet.

herlich ist Kostensenkung las Streben danach das legiti-Recht aller Krankenkassen; sollte man dieses nicht mit hen – wenn auch werbewirk-m – Thesen begründen.

lbstbeteiligung ist sicherlich Weg, eine Kostensenkung zu chen, doch wäre sehr zu über-en, ob nicht dieses Ziel we-ich plausibler über eine Rück-nnung auf den Gedanken der kogemeinschaft zu erreichen

wäre vorzuschlagen, daß un-iesem Gesichtspunkt nur die nkungen durch die gesetzli-Krankenversicherungen ab-bert blieben, die auch gemein-liches Risiko darstellen, z. B. tionskrankheiten, Herz- und lauferkrankungen, Tumorlei-usw. Demgegenüber bringen Vielzahl von Gruppen spezifi-Risiken mit ein, die von der einschaft mitgetragen wer-obwohl sie nicht gemein-liches Risiko darstellen. Ich z. B. das Risiko der Autofah-eren eigenes Verletzungsrisi-uch von denen mitgetragen die selbst kein Auto fahren, vielleicht noch nicht einmal leisten können. Eine Über-e dieses Risikos z. B. durch Haftpflichtversicherung wäre plausible, sozial gerechte und gut zu vertretende Lösung. eitens wäre z. B. die Gefähr-durch risikoträchtige Sport-leicht durch eine entspre-le Zusatzversicherung abzu-en (z. B. die in riesiger Höhe Skiunfälle auftretenden Ko-Es ist weder sozial noch im der Risikogemeinschaft ge-diese Kosten von denen mit-zu lassen, die selbst nicht in der Lage sind, am Skisport teilzu-nehmen.

Weiterhin wäre zu überlegen, ob nicht die Tabaksteuer wenigstens teilweise dazu verwandt werden kann, daß Risiko der Raucher ab-zudecken. Die Einnahmen aus die-ser Steuer wären entsprechend nach einem bestimmten Vertei-lungsschlüssel den Krankenkassen zuzuleiten.

Selbstbeteiligung bei der Kran-kenhausbehandlung und bei Ku-ren mag erzieherisch richtig sein im Hinblick auf das Anspruchs-denken, wirkt sich jedoch nach Meinung der Experten kaum ko-stensenkend aus. Hingegen wäre die Selbstbeteiligung bei Eingehen zusätzlichen Risikos eine wesent-lich plausiblere Form angesichts der selbst zu verantwortenden Risikovergrößerung.

Dr. med. M. Zimmermeier, Duisburg-Hamborn

Rote Ökologie

„Der saure Regen und die gemalzenen Flüs-se im Sozialismus"; WELT vom 23. Februar

Hier ein Beispiel für Umwelt-schutz in den sogenannten soziali-stischen Ländern: Während einer Reportagereise durch die Volksre-publik Polen stellten wir einen TV-Film über die Industrialisierung Polens her.

Dabei filmten wir das Hydrier-werk in Pulawy nahe Lublin. Das Werk produziert Düngemittel. Hauptsächlich für den Export in westliche Länder. Hauptabnehmer ist Frankreich. Der kleine Ort Pula-wy lebt faktisch von dem Werk. Das Werk selbst liegt einige Kilo-meter entfernt inmitten ausge-dehnter Waldungen. Der Wald be-steht aus einem Laubwaldgürtel und weiten Kiefernschlägen. Ne-ben dem Werk fließt ein schmaler Fluß zur Weichsel hin.

Bei den Außenaufnahmen stell-ten wir fest:

- Sämtliche Bäume im Umkreis von rund 3000 m um das Werk herum waren abgestorben und ver-dorrt.
- Von den weiter entfernt stehen-den Bäumen war ein Ring von rund 1000 m völlig im Laub braun-gelb verfärbt. Die Stämme waren bräunlich-rot, wie verbrannt.
- Das Wasser des Flusses war gelblich-grün. Das Gras der Ufer völlig wie verbrannt. Die Zerstö-rung des Grases hatte bis zur Mitte einer anliegenden Wiese überge-griffen.

Der Direktor wurde befragt:

- Gibt es in ihrem Werk einen Beauftragten für Umweltschutz?
- Welche Maßnahmen hierfür und welche Gelder sind vorgesehen?

Die erste Frage bejahte er. Dann aber stellte sich heraus, daß es sich bei dem Beauftragten nicht um je-manden für den Umweltschutz handelte, er war vielmehr für den Arbeitsschutz zuständig, und dann gab es noch einen Uniformierten, der sich mit dem Werkschutz befaßte.

Zur zweiten Frage antwortete er, daß sowohl die Regierung in War-schau, die Partei und natürlich auch die Leitung des Betriebes al-les dafür täten, das Leben des pol-nischen Volkes und aller Men-schen der Welt durch Friedensta-ten zu schützen. Imperialistische Anschläge gegen die Umwelt wür-den sie mit aller Schärfe beantwor-ten.

Es ergab sich dann, in Gesprä-chen mit anderen leitenden Ange-stellten, daß es überhaupt keine Vorstellungen darüber gab, was man z. B. in der Bundesrepublik unter Umweltschutz gegen Verun-reinigung durch Großbetriebe ver-steht.

Der Tenor aller Antworten war: Was sind die wenigen toten Bäume gegenüber den Erfolgen unseres Werkes im Planjahr?

Mit freundlichen Grüßen
Lothar Link, Berlin 19

Mit Entsetzen

Freunde und tägliche Leser Ihrer Zeitung in Südtirol stellen mit Ent-setzen fest, daß Sie in der Ausgabe vom 3. März auf Seite 17 unter der Überschrift „Der Karton unterm Bett oder Oswalds Skelett" wört-lich schreiben: „... Im Jahr 1973 war in einer Kirche in Novacella bei Brixen (Südtirol) während Um-bauarbeiten entdeckt worden ..."

Liebe Redaktion, mit einer sol-chen Benennung unserer deut-schen Orte schädigen Sie die Süd-tiroler in ihrem schweren Abwehr-kampf gegen die Italianisierung. „Novacella" ist nämlich der von Tolomei erfundene Name für unser im Jahre 1142 gestiftetes Kloster Neustift bei Brixen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. P. Rainer, Brixen / Südtirol

Wahn in Not

„Die Wolken über dem Flughafen auf der Wahner Heide"; WELT vom 22. Februar

Sehr geehrte Redaktion,

nun kommt der Ruf nach staatli-cher Hilfe auch aus Köln – Hilfe für den „Regierungsflughafen mit et-was Regionalverkehr" Köln/Bonn.

In Schleswig-Holstein trennt man sich vernünftigerweise end-gültig vom Bau eines Großflugha-fens bei Kaltenkirchen. Defizite in Millionenhöhe meldet auch der Nürnberger Flughafen, und dann sucht man auch die Schuldigen. Verständlich, jeder vertritt seine eigenen Interessen.

Nur, wie Wilm Herlyn in seinem Beitrag schreibt: das Konkurrenz-denken sei noch stärker als der Wunsch, dem Nachbarn aus der Patsche zu helfen. Forderungen stellen ist eine Sache, mit Finanz-spritzen umzugehen eine andere. Es werden keine echten Lösungs-ansätze von den Verantwortlichen aufgezeigt. Es wird nur eine Verla-gerung des Problemkreises betrie-ben. Wenn feststeht – und Zahlen belegen dies –, daß der Flugbetrieb so stark zurückgeht und der Flug-platz ein Zuschußbetrieb wird, dann muß man handeln. Lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende.

Etwas nördlich von Köln/Bonn liegt der Flughafen Düsseldorf, der Rhein-Main-Flughafen ebenfalls in nicht unüberwindbarer Nähe. War-um also nicht mit der überall prä-senten Bundesbahn stärker koope-rieren und den Flughafenzug ent-sprechend einsetzen. Es nutzt nichts, massiv gegen den Flugha-fenexpreß vorzugehen, nur weil er Reisende zu anderen Flughäfen bringt. Man darf nicht mehr nur sein eigenes Süppchen kochen, auch wenn's schwerfällt.

Mit freundlichen Grüßen
Kurt Rosenberger, Offenbach

Gut gefallen

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die hervorragende Art Ihrer Berichterstattung anläßlich des Besuches des Heiligen Vaters in Mittelamerika und für Ihre freund-lichen Worte über Costa Rica möchte ich Ihnen hiermit danken. Auch der am 4. 3. in der REISE-WELT erschienene Artikel Ihres Redakteurs Bernd H. G. Helms hat mir gut gefallen.

Mit freundlichen Grüßen
Claudio J. Volio, Botschafter von Costa Rica, Bonn

Wort des Tages

„In der Politik muß man nicht nach Mög-lichkeiten suchen, sondern die sich bie-tenden nutzen."

François de la Rochefoucauld, franz. Moralist (1613–1686)

Personalien

KANZLERAMT

Kreativ auch nach Dienst-schluß sind die Mitarbeiter von Bundeskanzler Helmut Kohl, und zeigen auch eine kleine Ausstel-lung zur Zeit im Kanzleramt. Die Angehörigen des Hauses zeigen Kunstwerke, Bilder, Plastiken, Handwerkliche Arbeiten, die ga-rantiert nach Dienstschluß ent-standen sind. Blickfang Nummer eins sind zwei fast mannshohe ...en im Abteilungsbau, die Ort-...n Bohmhammel anfertigte. Er arbeitete zeitweilig in der Ghoast-writer-Abteilung des Amtes. Die Ausstellung wurde von dem stell-vertretenden Betriebsratsvorsit-zenden **Peter Vitt** zusammenge-stellt.

VERANSTALTUNG

In Philadelphia, USA, wird Bun-despräsident **Karl Carstens** am 6. Oktober erwartet, wenn die Stadt mit Festlichkeiten der Einwande-rung der ersten Deutschen ge-denkt. Am 6. Oktober 1683 waren Krefelder Quäker-Familien mit dem Segelschiff „Concorde" an der Küste von Pennsylvanien ge-landet. Die Stadt Krefeld wird schon im Frühsommer dieses Er-eignisses gedenken. Angesagt hat sich aus den USA am 25. Juni ...gens in Krefeld US-Vizepräsi-dent **George Bush**, der während seiner jüngsten Bonn-Visite von Bundeskanzler Helmut Kohl ein-geladen wurde. Ein Viertel aller heutigen US-Bürger hat deutsche Vorfahren. Die deutschen Brief-markensammler können ab 5. Mai die Sondermarke der Bundespost mit der Abbildung der „Concor-de" erwerben. Die Amerikaner sind bereits mit ihrer Sondermar-ke auf dem Markt.

*

Bundespräsident **Karl Car-stens** wird am Donnerstag **König Hussein von Jordanien** in der Villa Hammerschmidt in Bonn mit militärischen Ehren empfan-gen. Anschließend gibt das deut-sche Staatsoberhaupt für den Kö-nig ein Essen. Am Nachmittag wird Hussein von Bundeskanzler Helmut Kohl im Kanzleramt zu Gesprächen empfangen.

EHRUNG

Professor Dr. **Karl-Heinz Mat-tern**, Präsident der Bundesakade-mie für öffentliche Verwaltung in Bad Godesberg, wurde mit dem Großen Silbernen Ehrenzeichen der Republik Österreich ausge-zeichnet. Urkunde und Orden überreichte Österreichs Botschaf-ter Dr. **Franz Pein**. Unter den Gästen war Hofrat Professor Dr. **Alfred Bernfeld**, Direktor der Österreichischen Verwaltungs-akademie des Bundes, mit der die Bundesakademie engen Kontakt hält. Die Bundesakademie für öf-fentliche Verwaltung ist Teil des Bundesinnenministeriums. Sie wurde 1969 eingerichtet. Ihre Auf-gabe ist es, die Angehörigen des öffentlichen Dienstes praxisnah fortzubilden. In diesem Jahr führt die Bundesakademie rund 250 Veranstaltungen durch. Sie ver-fügt über mehr als 200 Gastdozen-ten.

*

Dieter Graf Landsberg-Velen, Präsident des Malteser-Hilfsdien-stes, wurde mit dem Ehrenzeichen des Deutschen Roten Kreuzes aus-gezeichnet. Die Auszeichnung überreichte DRK-Präsident **Bo-tho Prinz zu Sayn-Wittgenstein**, der vor allem die Leistungen von Graf Landsberg-Velen auf dem Gebiet der humanitären Hilfe würdigte sowie die gute Zusam-menarbeit auf verschiedensten Feldern der gemeinsamen Hilfe.

DIPLOMATEN

Generalkonsul **Hansgünter Stammer**, bisher in Malmö, über-nimmt die Leitung des deutschen Generalkonsulats in Göteborg. Stammer ist in Seebach, Thürin-gen, geboren. Nach dem Zweiten Weltkrieg, bis 1950, war er im Justizdienst in Nordrhein-Westfa-len tätig. 1951 ging er in das Aus-wärtige Amt. Er arbeitete an den Gesandtschaften in Stockholm und in Amman, Jordanien und in Rabat, ehe er 1980 das Generalkon-sulat in Malmö übernahm.



FUSSBALL / Heute Europapokal-Viertelfinale – Was wird aus München?

In der Krise bei Ente und Champagner familiäre Einigkeit demonstriert . . .

SVEN ISMER, München

Sie demonstrierten trotzige Einigkeit, selbst Ehefrauen und Freundinnen waren geladen. Das Familienfest – wie es sich gehört für Fußballkönige, die ans Abdanken noch lange nicht denken – fand in einem Münchener Feinschmecker-Restaurant statt. Bei Ente und Champagner sollte Zusammengehörigkeitsgefühl wohl eher nach innen als nach außen aufgemöbelt werden. Dieter Hoeneß, der Mittelstürmer des FC Bayern München, sagt, derartige Versuche, Harmonie herzustellen, hätten in der Vergangenheit sehr oft genutzt: „Gerade dann, wenn man uns die große Krise eingeredet hat, haben wir früher plötzlich zugeschlagen."

In diesen Worten verstecken sich beim deutschen Fußball-Pokalsieger Bayern München Realität und Hoffen vor dem Viertelfinal-Rückspiel gegen Schottlands Vertreter FC Aberdeen. Die Krise ist Realität, der Einzug ins Halbfinale nach dem mageren 0:0 vor 14 Tagen im Olympiastadion würde sie nicht nur innerhalb der Mannschaft, sondern auch in ihrem Umfeld lösen. Mindestens ein 1:1 muß heute her, das würde wegen des auswärts erzielten Tores ausreichen.

Im Münchner Starensemble zeigen sich immer häufiger spielerische Dissonanzen. Breitner kämpft, ist aber nach seiner Verletzung noch lange nicht in Bestform, Rummenigge übt sich in Eigensinn, der Mut, Tempofußball zu spielen, läßt nach. Norbert Nachtweihs Situationsbeschreibung belegt die Krise, die tatsächlich nicht nur herbeigeredet wird. Der Mittelfeldspieler sagt: „Das Spiel ist auf Breitner und Rummenigge ausgerichtet, wir anderen wagen kaum ein Risiko. Wenn man, wie ich, nur selten angespielt wird, will man den Ball nicht unnötig verlieren. Da denkt man zuerst an Sicherheit."

Und das alles vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten, die eine Verstärkung für die nächste Saison und auch die sinnvolle Lösung der Nachfolge für Paul Breitner unmöglich machen könnten, wenn das Spiel gegen Aberdeen heute verlorengeht. 1,8 Millionen Mark will Bayern München für den Dänen Sören Lerby ausgeben, der bei Ajax Amsterdam spielt. „Leisten können wir uns Lerby auf alle Fälle", sagt Schatzmeister Scherer, „fraglich ist nur, ob die Verpflichtung auch noch vernünftig ist, wenn wir ausscheiden."

In diesem Kommentar steckt die nüchterne Alternative: Verstärkung, wenn ein Platz im nationalen und internationalen Spitzenfußball zu verteidigen ist, Neuaufbau ohne großartige Einkäufe, wenn alles schieflaufen sollte. Für diesen Fall hat Präsident Willi O. Hoffmann bereits angekündigt: „Dann wird die nächste Saison das Jahr der Jugend."

Und wie immer in einer solchen Situation rückt auch wieder der Trainer in die Kritik. Pal Csernai, der gerade seinen Vertrag bis 1985 verlängert bekam, erhält noch Rückendeckung vom Präsidenten. Doch Hoffmann deutet schon an, was passieren könnte: „Wenn wir in den nächsten Wochen entscheidende Spiele verlieren sollten, müßte man Herrn Csernai nach erfolgversprechenden Maßnahmen fragen."

Csernai glaubt zu wissen, wie demnächst alles wieder ins Lot kommt: „Wir werden mit Lerby ja nicht umsonst einen Top-Mann verpflichten. Ich bin sicher, daß wir den Umbruch schaffen." Doch in Holland reiben sich derweil einige Experten verwundert die Augen ob der Wertschätzung, die der 24 Jahre alte Däne beim FC Bayern München genießt. Anfang der Woche schrieb die Zeitung „Volkskrant": „Was München dazu bringt, 1,8 Millionen Mark für Lerby auszugeben, ist ein Rätsel. Im Schatten von Johan Cruyff arbeitet er eine mäßige Saison ab. Es klingt ungewohnt für sein Alter – aber er scheint bereits über seinen Höhepunkt hinaus zu sein."

Der FC Bayern München auch? Das Spiel in Aberdeen weist den Weg in die Zukunft des Vereins. Paul Breitner sagt: „Wir werden uns an den eigenen Haaren aus dem Sumpf ziehen." Zuzutrauen ist es gerade ihm . . .

Im Fernsehen

Die Fußballfreunde werden heute vom Ersten Fernsehprogramm (ARD) verwöhnt. Drei Stunden lang gibt es Fußball, in Bayern sogar noch 90 Minuten mehr. Die ARD beginnt mit einer Originalübertragung des UEFA-Pokalspiels zwischen Rumäniens Vertreter Universitatea Craiova und dem 1. FC Kaiserslautern ab 12.55 Uhr (Reporter Walter Johannsen). Am Abend sind von 22.45 Uhr bis 24.00 Uhr Ausschnitte aus allen drei europäischen Pokalspielen mit deutscher Beteiligung zu sehen. Das Dritte Fernsehprogramm des Bayerischen Rundfunks sendet ab 20.25 Uhr, ebenfalls original, das Spiel des Pokalsiegers Bayern München in Aberdeen.

Die Spiele

Pokal der Landesmeister

Hamburg – Dynamo Kiew	(3:0)
Liverpool – Widzew Lodz	(0:2)
Turin – Aston Villa	(2:1)
San Sebastian – Lissabon	(0:1)

Pokal der Pokalsieger

Aberdeen – Bayern München	(0:0)
Barcelona – Austria Wien	(0:0)
Waterschei – FC Paris	(0:2)
Madrid – Inter Mailand	(1:1)

UEFA-Pokal

Craiova – Kaiserslautern	(2:3)
Dundee – Bohemians Prag	(0:1)
Benfica Lissabon – AS Rom	(2:1)
Anderlecht – Valencia	(2:1)

In Klammern die Ergebnisse der Hinspiele.

Die Halbfinalspiele, die am 6. und 20. April stattfinden, werden am Freitag in Zürich ausgelost.

BUNDESLIGA

Nur vier Klubs ohne Schulden

dpa, Hamburg

Die Fußball-Bundesliga ist um einen traurigen Rekord reicher. Die 18 Vereine der obersten deutschen Spielklasse bringen es zusammen auf 43,55 Millionen Mark Schulden. Nur vier Vereine – der 1. FC Köln, Bayer Leverkusen, Borussia Dortmund und Borussia Mönchengladbach – sind nach eigenen Aussagen schuldenfrei. Von Dezember 1980 bis heute hat sich der Schuldenstand um fast zehn Millionen Mark erhöht. Das ergab eine Umfrage der Deutschen Presse-Agentur (dpa).

Den Schulden setzen die Vereine allerdings Werte (Grundstücke, Bauten, Vereinsvermögen) in Höhe von 71,32 Millionen Mark entgegen. Ein gutes Beispiel, wie gerechnet wird, ist der Hamburger SV. Der Deutsche Meister ist auch Spitzenreiter bei den Verbindlichkeiten, die er mit rund elf Millionen Mark angibt. In seiner letzten Bilanz weist der Verein aber Aktiva in Höhe von 13,7 Millionen und ein reines Vereinsvermögen von 3,5 Millionen Mark aus. Schatzmeister Helmut Kallmann gibt zu: „Uns fehlt aber die Liquidität."

Der HSV gehört zu den Vereinen, die aus ihrer wirtschaftlichen Lage Konsequenzen gezogen haben. Bei den Spielergehältern werden in der nächsten Saison zehn Prozent eingespart. Noch kräftiger geht Mönchengladbach an die Brieftaschen der Spieler. Manager Helmut Grashoff: „Wir werden die Gehälter um rund 30 Prozent kürzen." Ottokar Wüst, der Präsident des VfL Bochum, sagt: „Kein Vertrag wird zu den bisherigen Konditionen verlängert. Die Spieler müssen am Risiko schwindender Zuschauerzahlen beteiligt werden. Durch Reduzierung des Spielerkaders wollen sich vor allem Hertha BSC (1,65 Millionen Mark Verbindlichkeiten), Kaiserslautern (0,5), Bielefeld (1,5) und Braunschweig (1,0) helfen.

Als Gründe für das Anwachsen der roten Zahlen geben die Vereine zum Beispiel an: Bequemlichkeit der Zuschauer, die lieber fernsehen (HSV), Fußball-Müdigkeit nach der WM in Spanien (Mönchengladbach), Fußball als Luxus in der gegenwärtigen Wirtschaftslage (Braunschweig), zu hohe Prämienzahlungen bei relativ geringen Zuschauereinnahmen (Stuttgart), zu teure Neuverpflichtungen (Karlsruhe).

NACHRICHTEN

Wimbledon: Mehr Geld

London (dpa) – Beim Tennis-Turnier von Wimbledon gibt es in diesem Jahr umgerechnet 3,7 Millionen Mark zu gewinnen, 50 Prozent mehr als 1982. Der Sieger bei den Männern erhält 245 000 Mark (bisher 200 000 Mark), die beste Frau bekommt 222 000 Mark (bisher 160 000) Mark.

Englbrecht fehlt

Berlin (dpa) – Eishockey-Bundestrainer Xaver Unsinn hat aus seinem vorläufigen Aufgebot (30 Spieler) für die Weltmeisterschaft (16. April bis 2. Mai in Dortmund, Düsseldorf, München) vier Spieler gestrichen: die Torwarte Englbrecht (Landshut) und Hegen (Kaufbeuren), den Stürmer Pöpel (Mannheim) und den Verteidiger Reil (Rießersee). Bernhard Englbrecht bemüht sich jetzt um einen Vertrag mit einem Verein der nordamerikanischen Profiliga.

Kölner Pokal-Termine

Köln (dpa) – Der 1. FC Köln und Fortuna Köln haben sich über die Termine ihrer Heimspiele im Halbfinale des deutschen Fußball-Pokals geeinigt. Der 1. FC Köln spielt am Samstag vor Ostern gegen Stuttgart (19.00 Uhr), Fortuna Köln Ostermontag gegen Dortmund (16.00 Uhr).

Pfaff, Kohde erfolgreich

Boston (sid) – Eva Pfaff (Frankfurt) und Claudia Kohde (Saarbrücken) haben die zweite Runde des Tennis-Turniers von Boston erreicht. Eva Pfaff besiegte die Südafrikanerin Rosalyn Fairbank mit 6:3, 6:2, Claudia Kohde die Italienerin Sabine Simmonds 6:2, 6:7, 6:1.

Ein Bundesliga-Duell

Dortmund (dpa) – Die Auslosung der ersten Runde des deutschen Handball-Pokals (1.–4. April) ergab nur ein Treffen von Bundesligaklubs: Günzburg spielt gegen Nettelstedt. Cupverteidiger VfL Gummersbach muß beim süddeutschen Regionalliga-Zehnten TS Schramberg antreten.

ZAHLEN

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 1 492 037,60 Mark, 2: 119 363,00, 3: 14 031,70, 4: 203,20, 5: 12,70. – **Toto,** Elferwette: 1: 185,00, 2: 12,20, 3: unbesetzt, Jackpot 545 108,15. – 6 aus 45: 1: unbesetzt, Jackpot 227 731,20, 2: 9488,80, 3: 2262,20, 4: 47,70, 5: 5,10. – **Rennquintett,** Pferdetoto: 1: 1309,80, 2: 732,30. – Pferdelotto: 1: 1261,30, 2: 11,00. – Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot 1 005 446,70. (Ohne Gewähr)

TENNIS

WCT-Turnier in München, Herren, erste Runde: Gerulaitis (USA) – Becka (Deutschland) 1:6, 7:6, 7:6, Smid (CSSR) – Fromm (USA) 6:2, 6:4, Fibak (Polen) – Lewis (Neuseeland) 6:1, 6:7, 7:5, Canlon (USA) – Meiler (Deutschland) 6:0, 6:1, Alexander (Australien) – Motta (Brasilien) 6:2, 7:5, Ramesh Krishnan (Indien) – Cain (USA) 6:2, 6:4. – Damen-Turnier in Boston, erste Runde: Pfaff (Deutschland) – Fairbank (Südafrika) 6:3, 6:2, Kohde (Deutschland) – Simmonds (Italien) 6:2, 6:7, 6:1.

FUSSBALL

Freundschaftsspiel: Hertha BSC – Nationalmannschaft Finnland 2:2.

Boykott-Drohung, weil Devisen fehlen

Die Moskauer Sticheleien und Fouls gegen die Olympiastadt von 1984 fanden bisher vergleichsweise abseits des großen Stadions auf Nebenplätzen statt. 16 Monate vor der Eröffnungsfeier der Sommerspiele in Los Angeles werden der Smog über der Stadt oder die spartanischen Athleten-Quartiere in Universitäten belanglos. Wichtig allein ist für Moskau die Gefahr, sozialistische Sporterfolge nicht richtig ins Bild setzen zu können.

Ein Mann namens Henrikus Juschkiawitschus, stellvertretender Leiter des sowjetischen Fernsehens, deutete dieser Tage zaghaft und „wirklich ungern" den Fernsehboykott an. Übertragungen könnten an den horrenden Forderungen des Organisationskomitees von Los Angeles scheitern.

Der Devisenverlust beim olympischen Unternehmen, Siege als Propaganda-Opium dem Volk zu servieren, wird den Sowjets zu groß, der Handel, Ideologie aus Rekorden saugen zu können, zu teuer.

Das kann in der Tat ein gewichtiger Grund werden, sich Olympias zu enthalten oder nur eine kleine Anstandsmannschaft nach Los Angeles zu schicken.

Allein die Lizenzgebühren für die Übertragungsrechte betragen 19,8 Millionen Dollar für die Eurovision. Davon entfallen allein auf ARD und ZDF 4,9 Millionen Dollar, das sind 400 000 Dollar mehr, als die westeuropäischen Sendeanstalten 1976 für Bilder aus Montreal insgesamt zahlen mußten. Die Intervision, das ost-

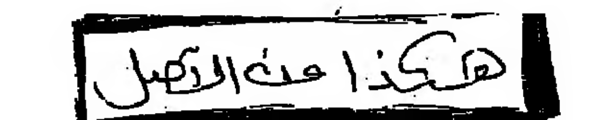
STAND PUNKT

europäische Gegenstück der Eurovision, muß rund zehn Millionen Dollar aufbringen. Würde man es bei diesem finanziellen Aufwand belassen, gäbe es nur die Bilder zu sehen, die der amerikanische Sender ABC unkommentiert anbietet. Wer sich aus diesen Sendungen ausschalten will, wer mit eigenen Reportern und Kameraleuten auf die speziellen Interessen seines Heimatlandes eingehen will, zahlt extra: 1000 Dollar für einen Quadratmeter Büroraum im Fernseh-Zentrum zum Beispiel, 2400 Dollar pro Reporterplatz und Tag, 230 000 Dollar für die Miete eines Studios während der olympischen Tage.

Moskau wird solche Summen vom Etat für Propaganda und Ideologie absetzen müssen. Denn was nutzt es, wenn die amerikanischen Kameraleute den Lauf eines amerikanischen Siegers einfangen, weiter hinten aber ein Sowjetbürger einem Chinesen gerade noch Platz vier entreißt? So geht das politische Interesse rapide zurück. Alles, was Los Angeles fordere, heißt es in Moskau, geschehe aus „Furcht vor der Überlegenheit der sozialistischen Körperkultur". Das entlarvt die eigene Angst, sich sportlicher Propaganda enthalten zu müssen, weil das Geld fehlt.

Der Kern aller sowjetischer Sticheleien liegt frei: Boykott oder nicht zur Frage, wie Agitationsprofit und Devisenreserven in Einklang zu bringen sind. Und es wird zum massiven, boykottdrohenden Versuch, Preisnachlässe zu erzwingen.

FRANK QUEDNAU



…England ein großer TV-Erfolg: Die Gaunerkomödie „Porridge"

…auter Punktsiege über die anderen

…idge ist viel mehr als der …itgehend aus der Mode ge…nene Haferbrei des engli… Frühstücks. Porridge ist …ein englischer Slangausdruck …nast. Und hinter englischen …gnismauern gibt es den schö…lten Brauch, einen Knastbru…m Tage vor der Entlassung …orridge zu traktieren. Als Na…obe: Leert er die Schüssel, so …r das letze Mal hinter schwe…en Gardinen. Schafft er's … wird er garantiert wieder …n". In diesem Milieu war die …kerserie „Porridge" angesie…die zu den erfolgreichsten ih…rt im BBC-Fernsehen zählte.

… dieser Gaunerkomödie erhal…ir zudem die seltene Gelegen…einen Blick in ein echtes eng…s Gefängnis zu werfen, näm…das der ostenglischen Stadt …nsford. Gedreht wurde frei…icht mit schweren Jungs als …arsen. Die waren wegen ei…Großbrandes vorübergehend …artiert worden. Deshalb …e das Innenministerium auch …hmsweise Passierscheine an … Trupp Ganoven und Wärter …ben, die dann dem (echten) …ertretenden Gefängnisdirek…annoch Daly und seinen uni…erten Beamten köstliche Un…tung frei Haus lieferten.

… einzelnen Folgen der drei „Porridge"-Serien der BBC waren nur je 30 Minuten lang. Die Autoren Dick Clement und Ian la Frenais mußten sich also eine Handlung ausdenken, die einen Spielfilm trägt. Die geriet vielleicht ein bißchen zu breit, ist aber dennoch typisch für die „Porridge"-Masche. Der Gewohnheitsganove Norman Stanley Fletcher und sein junger Zellengenosse Lennie Godber geraten in eine von dem Knast-„Paten" Harry Grout höchst raffiniert inszenierte Ausbruchsoperation

Porridge – ARD, 20.15 Uhr

am Rande eines als Tarnmanöver veranstalteten Fußballspiels. Fletcher befindet sich plötzlich auf der anderen Seite der Mauer und steht nun vor dem Problem, wie er in sein Gefängnis wieder „einbrechen" kann.

Die Hauptdarsteller der Serie bestreiten auch den Film, denn die Rollen sind ihnen auf den Leib geschrieben. Fletcher wird von Ronnie Barker gespielt, einem der überragenden komischen Talente Englands. Er ist mehr als ein professioneller Possenreißer und Fernsehstar. Er ist ein Naturtalent, 1978 von der Queen mit dem Empire-Verdienstorden geehrt. Ronnie Barker hatte schon vor 20 Jahren seine eigene TV-Serie „The Ronnie Barker Play-House". Später tat er sich mit seinem kaum minder begabten Namensvetter Ronnie Corbett zu den „The two Ronnies" zusammen, die die Nation zu Lachsalven hinrissen. Auf die Frage, ob Knastbrüdern und ihren Aufpassern das Lachen nicht gründlich vergehe, meinte Ronnie Barker: „Es ist bestimmt eine ernste Angelegenheit, im Gefängnis zu sein. Aber sie hat gewiß auch ihre komischen Seiten." (Fletchers Zellenkamerad Lennie war der mit 31 Jahren gestorbene Richard Beckinsale. Er erlebte in der ersten „Porridge"-Serie 1974 auf Anhieb den großen Durchbruch.)

Dem Gespann Clement/la Frenais geht es in erster Linie um den witzigen Dialog. Ihre Stärke ist es, unterschiedliche Charaktere aufeinander loszulassen, dabei menschliche Schwächen augenzwinkernd zu enthüllen und den kleinen Ganoven Fletcher als David gegen den Goliath der geballten Macht hinter Knastmauern aufmüpfen zu lassen. „Wir haben keine antiautoritäre Haltung eingenommen", versicherte Regisseur Clement. „Wir meinen, im Gefängnis geht es um lauter kleine Siege. Es geht um Punktsiege über die anderen."



Ronnie Barker als Knastbruder Fletcher FOTO: TELEBUNK

Mit der TV-Serie siegten sie auf der ganzen Linie. 1979 erzielte eine „Porridge"-Folge eine Sehbeteiligung von 17,7 Millionen und war damit die beliebteste Sendung der Woche. Zwei Jahre davor wurde „Porridge" von der britischen Akademie für Film- und Fernsehkunst als beste Situationskomödie ausgezeichnet.

Bei den Dreharbeiten an authentischen Schauplätzen hinter den Mauern des 140 Jahre alten Gefängnisses wurde nur einmal gemogelt: Weil echte Zellen für Dreharbeiten zu klein sind, baute man eine Zelle mit versetzbaren Wänden. SIEGFRIED HELM

KRITIK

Richtig leben, ruhig sterben

Früher war es die Tuberkulose – man sprach nicht offen über die Krankheit. In vielen Fällen ist es heute der Krebs – man spricht nicht darüber. Ein ähnliches Tabu ist der Tod. Das Fernsehen, das sich gern als Lebenshilfe versteht und diese Aufgabe künstlerischen Ansprüchen voranstellt, hat in dem Film **„Notsignale – Trotzdem"** (ZDF) das wichtige Thema dieser beiden Tabus aufgegriffen. Darin wird eine krebskranke junge Frau mit dem Tod und ihre Familie mit eben dieser Situation konfrontiert.

Die Psychologie behauptet, daß die Fähigkeit des einzelnen, richtig zu leben und ruhig zu sterben, zutiefst abhängig sei von der Gruppe, die ihn umgibt. Genau davon handelte dieses zwitterhafte Stück, das sich zwischen Fernsehspiel und Lehrfilm nicht entscheiden konnte und deshalb beiden Möglichkeiten einiges schuldig blieb. Der lehrhafte Epilog eines Psychiatrieprofessors erklärte zwar, was der – gewiß korrekt konzipierte – Streifen bewirken wollte, enthebt den Kritiker aber nicht der Frage, wieweit ihm dies gelungen ist; und also wendet er ein, daß dies nur mit künstlerischen Mitteln möglich gewesen wäre (sonst hätte ja ein Vortrag genügt). EO PLUNIEN

STUDIO

„Verfallserscheinungen, die den ganzen Handwerksstand betreffen könnten" sieht Ernst Weisenfeld, viele Jahre ARD-Korrespondent in Paris, tendenziell in Teilen der **gegenwärtigen Auslandsberichterstattung**. Unter dem Zwang der Gesetze des Mediums zur knappen Auslandsmeldung in den Nachrichtensendungen gerieten viele Korrespondenten zunehmend in die Lage, weitgehend Agenturmaterial vor einem Standard-Bildhintergrund zu verlesen bzw. Agenturmaterial oberflächlich zu illustrieren. Gefördert werde dies auch durch die Versuchung, die „unmittelbare Eitelkeit" zu stillen, indem persönliche Bedeutsamkeit von häufiger Bildschirm-Präsenz abgeleitet werde. Diese Art von Auslandsberichterstattung, die oft nur auf einem Mindestmaß an Landeskenntnis beruhe, habe auch deshalb eine Chance, weil sich „erarbeitetes Wissen" und „gediegene Qualität" in den Rundfunksanstalten nicht immer durchsetzten.

Weisenfeld, der seine kritischen Anmerkungen bei der Verleihung des Deutsch-Französischen Journalistenpreises in Saarbrücken machte – er selbst war für ein analytisch-historisches Porträt der Kommunistischen Partei Frankreichs ausgezeichnet worden –, sieht als Hauptformen einer guten Auslandsberichterstattung den Bericht, die Reportage und den Essay. Mit diesen Formen, die notwendigerweise über das Tagesgeschehen hinausgriffen, sei eine lebendige und anschauliche Annäherung an den Gegenstand möglich. In den besten Fällen – Weisenfeld nannte als „klassische" Vertreter dieses Genres Peter von Zahn, Hans Walter Berg und Peter Scholl-Latour – entstehe ein neues „Œuvre d'art", werde das Fernsen-Featyre zum Zeitbild. (epd).

*

Eine **„nebenberufliche Bildschirmkarriere"** bietet sich Interessenten aus dem Rhein-Main-Gebiet beim Zweiten Deutschen Fernsehen. Das ZDF sucht zwei „neue Gesichter" zur Ergänzung seiner erfolgreichen Programm-Moderatorinnen-Riege, die seit mehr als drei Jahren das Angebot des Senders in lockerer Form präsentiert. Die Moderatorinnen sollen die Programmankündigungen selbst journalistisch vorbereiten und auch einen Fernsehstar live interviewen können, erläuterte Sendeleiter Helmuth Bendt. Deshalb sollten die „Neuen", die das ZDF in nebenberuflicher Mitarbeit für zehn Tage im Monat zu achtstündigen Früh- oder Spätschichten sucht, möglichst journalistische Vorbildung für ihren neuen Job mitbringen.



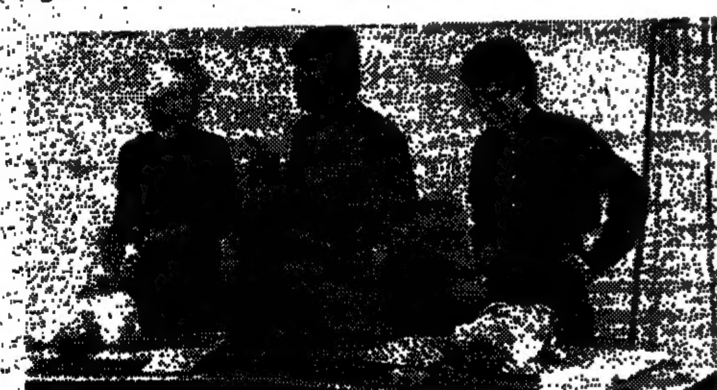
ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

…eute
…ast wie im richtigen Leben
…eimat – heute
…eltouristisches

12.10 Panorama
Nur über das ZDF
12.55 Presseschau
13.00 heute

…RD-Sport extra – aus Craiova
…ußball-UEFA-Pokal
…niversitatea Craiova – 1. FC Kaiserslautern
…ertelfinale-Rückspiele
…precher: Walter Johannsen
…agesschau
…rofessor Grzimek
…arum lassen sich asiatische Elefanten das gefallen?
…rof. Bernhard Grzimek hat jahrzehntelang selbst asiatische Elefanten gehalten, hat Verhaltensforschung an ihnen betrieben, ist … Indien viel auf ihnen geritten. …a die Zahl der Elefanten in Indien …ehr stark abgenommen hat, verfügte kürzlich die Regierung, daß „Keddhas" nicht mehr abgehalten werden dürfen. Grzimek zeigt dieses letzte Riesenfangunternehmen.
Deutsche Puppenbühnen
„Fingerhuttheater"
Figurentheater „Motte"
Klamottenkiste
Das Spukhaus
Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
Tagesschau
Porridge
Engl. Fernsehfilm von Dick Clement und Ian la Frenais
Mit Ronnie Barker, Richard Beckinsale u. a.
Regie: Dick Clement
Bilder aus der Wissenschaft
U. a. vorgesehen: Geht uns die Luft aus? – Umweltvergiftung / Medikamentenexport – Mehr Schaden als Nutzen? / Neue Medien – Werden Kinder fernsehsüchtig?
Eine Sendung von Hans Lechleitner und Detlev Jungjohann
…agesthemen

16.00 heute
16.04 Löwenzahn
Peter geht unter die Erfinder
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Fjetscher
Berufsquiz für junge Leute
17.00 heute
17.08 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Die Saragossa-Band und Earth and Fire
17.55 Rauchende Colts
19.00 heute
19.30 Spielregeln
Jugend kontra Justiz
Führerschein
Moderation: Helmuth Bendt
20.15 Bilanz
„Bonner Poker um Wirtschafts- und Finanzpolitik" – Kommt nun endlich der Aufschwung? – Die Sachpositionen von CDU, CSU und FDP vor den Koalitionsgesprächen? / Entscheidung in der Metall-Lohnrunde? / Arbeitsbeschaffung aus Josef Stingls Wunderhorn – Öffentliche Mittel für Pleite-Projekte? / Fußangeln bei der Baufinanzierung – Vorsicht mit dem Kleingedruckten
21.00 heute-journal
21.20 mittwochslotto – 7 aus 38
21.25 Die Straßen von San Francisco
Selbstjustiz
22.15 Notwehr
Fernsehfilm von Bernd Schroeder
Unweit der kleinen Ortschaft Ebenrain hat sich in einem ehemaligen Schulgebäude eine Rockband eingemietet. Es sind insgesamt acht junge Leute, die sich schon allein durch ihr Aussehen, mehr aber noch durch ihren Lebensstil und ihre Tätigkeit von der einheimischen Dorfbevölkerung unterscheiden.
23.45 heute



…licklichkeits- und Schnelligkeitstest für Jugendliche: Wer wickelt …aby am besten? – „Fjetscher", ZDF, 16.35 Uhr FOTO: KINDERMANN

III.

…
…elekolleg
…nglisch (20)
…esamstraße
…ktuelle Stunde
…agesschau
Mittwochs in Düsseldorf
Information und Unterhaltung
Auslandsreporter
John Pitman: Das Ritz – Bilder aus einem Londoner Luxushotel
Lemmy Caution gegen Alpha 60
Franz. Spielfilm, 1965
Mit Eddie Constantine, Anna Karina u. a.
Regie: Jean-Luc Godard
Alphaville, Hauptstadt der Milchstraße im Jahre 1990, Geheimagent Lemmy Caution soll einen verschwundenen Wissenschaftler aufspüren.
Letzte Nachrichten

…D
Sesamstraße
Das Leben auf unserer Erde
Die Entwicklung vom Einzeller zum Menschen
Architektur aus Erde
Das Bauen mit Lehm wird wiederentdeckt
Tagesschau
extra drei
Politik am Mittwoch
Der Film-Club
W. C. Fields:
Ehrlich währt am längsten
US-Spielfilm, 1939
Regie: George Marshall
Original mit Untertiteln
Letzte Nachrichten

…SEN
Fauna iberica
Cartesio
Deutsche Literatur im Exil (1)
Feuchtwanger
Fashion made in New York
Design and Industry
in amerikanischem Englisch

19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.15 Stadtgespräch
21.45 Drei aktuell
22.00 Autoreport
22.05 Halbzeit
22.35 Die Wespenfrau
Amerik. Spielfilm, 1959
Mit Susan Cabot u. a.
Regie: Roger Corman
Original mit Untertiteln

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Englisch (20)
19.00 Rockpalast
Achim Reichel & Friends
19.30 Der Flug des Phönix
Amerik. Spielfilm, 1965
Mit James Stewart u. a.
Regie: Robert Aldrich
22.05 Salut für James Stewart
Eine Veranstaltung des Amerikanischen Filminstituts (AFI)

BAYERN
18.15 Marco
18.40 Der Verkehrswürfel
18.45 Rundschau
19.00 „Das Jahr, in dem ich mündig wurde"
„Situation: Wir und die Kinder"
19.45 Joan und Harry (9)
20.30 Mickey McGuire
20.45 Rundschau
21.00 Zeitspiegel
21.45 Z.E.N.
21.50 Teleclub
Kino Kino
22.35 Teleclub
Wettbewerb Europäischer Filmhochschulen 1982
Robert und Robert (Ungarn)
Bevor das Licht erlischt (Dänemark)
Getting High (Großbritannien)
Original mit Untertiteln
23.25 Rundschau
23.30 News of the Week

Blumenfeld: Ratschläge für Begin

DW. Bonn

Der CDU-Europaparlamentarier Erik Blumenfeld hat Bundeskanzler Helmut Kohl nahegelegt, bei seinem Israel-Besuch im Frühsommer Premierminister Begin zu raten, einer Pause bei der Errichtung neuer Siedlungen im Westjordanland zuzustimmen.

Blumenfeld, der Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft ist, sagte in Düsseldorf außerdem, er erwarte von der neuen Bundesregierung, daß sie „mit großer Sorgfalt" und mit großem Verantwortungsbewußtsein die ihr verbleibenden drei Monate der EG-Präsidentschaft dazu nutzt, die Partner in der Gemeinschaft hinsichtlich der Nahost-Politik „auf die Realitäten einzustimmen". Dazu gehöre vor allem, daß die Kontakte mit Israel vertieft und daß die Informationen über Israel an Ort und Stelle in eingehenden Gesprächen erweitert werden. Bonn sollte dabei weniger Rücksicht nehmen auf europäische Partner und deren Nahost-Interessen, sondern sich vielmehr der besonderen Verpflichtung der Deutschen gegenüber Israel und seinen Bürgern bewußt sein.

Bundeskanzler Kohl sollte nach Darstellung Blumenfelds das offene Gespräch mit Ministerpräsident Begin suchen und ihm raten, Israel möge in den Verhandlungen mit Libanon „und hoffentlich auch bald mit König Hussein von Jordanien" mehr Flexibilität zeigen.

Nur so seien die politischen Ziele und die vitalen Interessen Israels zu gewährleisten: Frieden schaffen an der Nordgrenze, einen Sicherheitsgürtel gegen Terrorangriffe einrichten und „gemeinsam mit Libanon den Ring der arabischen Frontstaaten um Israel sprengen".

Im Gespräch mit Shamir zeigt Reagan Ungeduld

USA wollen keine lange Präsenz der Israelis in Libanon

TH. KIELINGER, Washington

In einem überraschend anberaumten Gespräch mit dem israelischen Außenminister Shamir hat US-Präsident Reagan am Montag noch einmal ausdrücklich darauf bestanden, daß „alle ausländischen Truppen" aus Libanon abziehen müßten. Es ginge nicht an, so erläuterte der Präsident dem Vernehmen nach, daß Israel nach dem generellen Rückzug seiner Truppen eine militärische Präsenz in Libanon zurücklasse, um das an Israels Nordgrenze gelegene libanesische Gebiet zu kontrollieren.

Reagan wiederholte damit eine seit langem von den Amerikanern bezogene Position, die auch von der libanesischen Regierung geteilt wird. Er ließ in dem Gespräch mit Shamir, das als „verbindlich, aber offen" bezeichnet wurde, auch die Ungeduld seiner Regierung über den langsamen Fortgang der Gespräche über den Abzug der israelischen Truppen aus Libanon durchblicken.

Shamir gab keine Einzelheiten des Gesprächs mit Reagan preis. Er zog sich auf die Bemerkung zurück, er habe in Washington „keine Verhandlungen" geführt, sondern nur Diskussionen über Israels Haltung zur Südlibanon-Frage. Diese Haltung hatte er am Tag zuvor so umschrieben: Israels Regierung glaubt nicht daran, daß Libanon in absehbarer Zeit volle Kontrolle über sein Staatsgebiet zurückgewinnen werde; deshalb sei eine israelische militärische Sicherung jenes Gebietes, von dem aus in der Vergangenheit die meisten Terror-Anschläge gegen Israel geführt worden sind, unerläßlich.

Libanons Außenminister Elie Salem, der ebenfalls im Verlaufe der gegenwärtigen Gipfelgespräche in Washington mit Präsident Reagan zusammentreffen wird, widersprach dieser Interpretation Shamirs energisch. „Libanon ist in der Lage, schon jetzt das betreffende Territorium zu kontrollieren", sagte er in Washington vor der Presse. Es gebe einen „absoluten Konsensus" in seinem Land zwischen der Armee und der Regierung: „Der einzige Teil Libanons, der schon jetzt im Frieden lebt, ist der unter der Herrschaft der libanesischen Armee."

Salem nannte die verbleibenden Probleme in den Gesprächen mit Israel über den Truppenrückzug „hauptsächlich psychologisch, was Israel angeht". Die Art von Garantien, die die Israelis verlangten, „kann ihnen keiner geben".

Reagan wird im Laufe der Woche voraussichtlich auch den früheren libanesischen Ministerpräsidenten Saeb Salam empfangen, der eine Botschaft von Staatspräsident Amin Gemayel überbringen will.

Die amerikanische Opposition gegen eine fortdauernde israelische Präsenz in Libanon bezieht sich nur auf die Anwesenheit fest stationierter, israelischer, militärischer Beobachtungsposten. Nicht ausgeschlossen dagegen wäre eine Lösung, wonach israelische Spezialisten regelmäßig und vereinbart über die Grenze kommen und mit libanesischen Militärs zusammen Kontrollgänge absolvieren. Bisher aber reicht ein solches Arrangement in den Augen der Israelis nicht aus. Daher ist nicht abzusehen, wie die gegenwärtige Serie bilateraler Gespräche in Washington zu irgendwelchen konkreten Ergebnissen führen kann.

KSZE: Neutrale präsentieren Kompromiß

ROLF GÖRTZ, Madrid

Auf der Madrider KSZE-Folgekonferenz legte der jugoslawische Delegationschef im Namen der acht neutralen und nichtpaktgebundenen Mitgliedstaaten einen Kompromißvorschlag für das Schlußdokument vor.

Danach soll die Konferenz, die am 11. November 1980 begann, am 27. April zu Ende gehen. Als nächster Tagungsort wird Wien vorgeschlagen. Die westlichen Delegationen nahmen das Dokument mit Zurückhaltung auf, der Osten äußerte sich überhaupt nicht. Wie der Schweizer Botschafter Edouard Brunner als einer der wichtigsten Vermittler der Konferenz erklärte, „kann dieses Dokument mit vielleicht zwei Veränderungen in Grundsatzfragen von allen angenommen werden". Die Diplomaten seien jetzt an die Grenzen ihrer Möglichkeiten gekommen, und nun sei eine „politische Entscheidung der direkt interessierten Parteien" – gemeint sind in erster Linie die USA und die Sowjetunion – erforderlich.

In dem Papier der Neutralen, das der deutsche Delegationsleiter Jörg Kastl im Namen der zehn EG-Staaten als „dankenswerte Anstrengung" begrüßte, werden der in Helsinki unterzeichneten Schlußakte vier neue Punkte hinzugefügt: Erstens die Verurteilung des Terrorismus – auch in seinen internationalen Beziehungen. So sollen Maßnahmen getroffen werden, die Vorbereitung und Organisation von Terror-Aktionen in Drittländern ausschließen. Zweitens der Schutz religiöser Gruppen, Einrichtungen und Organisationen. Drittens das Recht der Arbeiter auf freie Gewerkschaften und das Recht dieser Gewerkschaften, sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben auch auf internationaler Ebene frei zu bewegen. Viertens in Vorbereitung der noch für dieses Jahr (vorgesehen ist der 15. November in Stockholm) angestrebten europäischen Abrüstungskonferenz (KEA), die Einführung einer Sicherheitszone für vertrauensbildende Maßnahmen auf militärischer Ebene. Diese Sicherheitszone, in der alle militärischen Bewegungen mitgeteilt werden müssen, sollen ganz Europa sowie die „angrenzenden Seegebiete" umfassen.

Das Arbeitspapier läßt deutlich erkennen, daß noch in letzter Stunde mit schwedischer Unterstützung ein Punkt hinzugefügt wurde, der bisher nicht die Zustimmung der NATO-Länder fand: „Unter angrenzenden Seegebieten sind auch die Gebiete des Atlantiks zu verstehen."

Dieser Zusatz bestätigt das harte Tauziehen der Machtblöcke in Ost und West um das Papier der Neutralen. Der Einschluß des Atlantiks in die Sicherheitszone entspricht dem Vorschlag des inzwischen verstorbenen sowjetischen Staats- und Parteichefs Breschnew an die KSZE. Er bestand auf einer „Gegenleistung" dafür, daß er den gesamten europäischen Raum der UdSSR bis zum Ural in das Sicherheitskonzept einbezog. (SAD)

Schon 22 Straflager für „Solidarität"-Anhänger?

Walesa blieb der Demonstration in Danzig fern

Jgg./rtr. Bonn/Danzig

Die Androhung des Vorsitzenden der polnischen Militärregierung, General Jaruzelski, Oppositionelle auf Grund des Gesetzes gegen „Parasiten, Faulenzer und Bummler" in Arbeitslager zu stekken, nimmt Konturen an.

Die wöchentlich erscheinende Parteizeitung „Polityka" gab jetzt offen zu, daß bereits rund 268 000 Männer registriert wurden, die unter die Vorschrift „über die allgemeine Arbeitspflicht fallen". Eine Analyse habe gezeigt, daß 80 Prozent dieser Männer noch nicht 30 Jahre alt sind. 40 Prozent wohnen danach in „besonders urbanisierten und industrialisierten Woiwodschaften, wie Danzig, Warschau, Breslau, Wallenburg und Kattowitz".

Politische Beobachter meinen, die Reihenfolge der in dem „Polityka"-Bericht genannten Woiwodschaften sei sicherlich nicht zufällig. Es handele sich um Hochburgen der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität". In Danzig, die Stadt gilt als die Wiege der „Solidarität", und in den vier anderen Woiwodschaften ist die Gewerkschaft nach wie vor aktiv.

Nach Auskunft des Vorsitzenden des „Koordinationsbüros Ausland" der „Solidarität" in Brüssel, Jerzy Milewski, dürfte die Zahl der eigens für die Mitglieder von „Solidarität" und den Anhängern der Gewerkschaft geschaffenen Straf-, Arbeits- und Umerziehungsbataillone bereits auf 22 angewachsen seien. Um die meist unbefristeten Zwangseinberufungen von alten, kranken und körperbehinderten Menschen zu rechtfertigen, hat das Verteidigungsministerium der polnischen Militärregierung die neue Wehrtauglichkeitskategorie „F" geschaffen. Sie besagt, daß der Betroffene „fähig ist, sich auf dem Kasernengelände aufzuhalten. In der Realität hingegen sind die Menschen in Zeltlagern auf Truppenübungsplätzen untergebracht. Ihre Zahl wird mit mehr als 8000 angegeben.

Seit Sonntag kommt es Tag für Tag in Polen zu Demonstrationen. Unmittelbarer Anlaß dafür dürften die seit gestern wirksamen Preiserhöhungen sein. Danach ist der Preis für Superbenzin um 25 Prozent – von 32 Zloty auf 40 Zloty – angehoben. Kaffee und Zigaretten werden von nächster Woche an teurer. Kaffee, den es gegenwärtig praktisch nicht zu kaufen gibt, steigt im Preis auf mehr als das Doppelte. Der Preis für Zigaretten steigt um zwei Drittel.

Am vergangenen Sonntag hatten mehr als tausend Menschen in Danzig, Warschau, Breslau und Kalisch anläßlich der Suspendierung der „Solidarität" vor 15 Monaten gedacht. Allein vor dem Hauptbahnhof in Danzig hatten sich nach Augenzeugenberichten am Montag wiederum etwa 1500 Menschen versammelt. Angesichts der mit Schildern und Schlagstöcken bewaffneten Polizeikräfte riefen die Demonstranten immer wieder „Gestapo" und „Solidarität". In Danzig versammelten sich am Montag wieder mehrere tausend Menschen zu einer Demonstration am Fuß des Arbeitermahnmals vor der Leninwerft und zogen dann zum Danziger Hauptbahnhof weiter.

Lech Walesa, der am Sonntag noch seine Teilnahme an der Demonstration zugesagt hatte, blieb der Kundgebung fern. Gegenüber Journalisten hatte er erklärt, er befürchte eine Provokation.

Sozialausschüsse mahnen die Regierung

Rei. Bonn

Unter Hinweis auf den großen Arbeitnehmer-Anteil an den CDU-Wählern bei der Bundestagswahl haben die CDU-Sozialausschüsse von der Regierung gefordert, das Versprechen, die Investitionsanleihe nicht zurückzuzahlen, „unbedingt" einzulösen. Weiter solle „umgehend" eine gesetzliche Rahmenregelung zur Verkürzung der Arbeitszeit geschaffen werden. Die Selbstbeteiligung von Patienten an ihrem Krankenhausaufenthalt soll rückgängig gemacht, die Beteiligung von Arbeitnehmern am Produktivkapital soll erleichtert werden. Die Renten sollen nach Auffassung der Sozialausschüsse nur noch im gleichen Maße steigen wie die Arbeitnehmereinkommen.

Bericht über Prüfung dementiert

dpa, Bonn

Informationen, nach denen zur Zeit von zuständigen Regierungsstellen geprüft werde, ob Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) für ein künftiges Ministeramt überhaupt ernennungsfähig sei, sind gestern in Bonn dementiert worden. Solche Meldungen entbehrten jeder Grundlage, hieß es in zuständigen Regierungskreisen. Es gebe keine Stelle der Bundesregierung, die die Ernennungsfähigkeit irgendeines Bundesministers prüfe. Auch im Bundeskanzleramt sei hierüber nichts bekannt. dpa hatte am Montag unter Berufung auf eine informierte Seite gemeldet, die Ernennungsfähigkeit von Lambsdorff werde vor allem auf die Frage hin überprüft, ob bei der Neubildung des Kabinetts ein Politiker zum Minister ernannt werden könne, gegen den ein staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren laufe.

DAG spricht von Drohung der Arbeitgeber

DW. Bonn

Die Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG) hält trotz der Verlangsamung der Preissteigerungsrate an ihrer Forderung nach fünf Prozent mehr Lohn und Gehalt für Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst fest. Gerhard Halberstadt, DAG-Vorstandsmitglied und Vorsitzender der Tarifgemeinschaft für Angestellte im öffentlichen Dienst, beklagte in einem WELT-Interview auch, daß die öffentlichen Arbeitgeber an ihren „Drohungen" festhielten, auf Tarifabschlüsse mit einem deutlich höheren Volumen als die Vorweg-Anhebung der Beamtenbesoldung um zwei Prozent mit Stellenstreichungen zu antworten. Mit Halberstadt sprach Günther Bading:

WELT: Die Preisentwicklung hat sich drastisch verlangsamt. Bleibt Ihre Forderung nach fünf Prozent mehr Einkommen noch realistisch?

Halberstadt: Realistisch ist sie sicher, wenn man sie mit den Zielvorgaben in anderen Tarifbereichen vergleicht. Die meisten Gewerkschaften sind mit weit höheren Forderungen ins Gefecht gegangen. Im übrigen erlebt man auch Abschlüsse, die über vier Prozent liegen – wenn auch bisher nicht in sehr entscheidenden Tarifbereichen. So gesehen sind fünf Prozent eine mittlere und durchaus realistische Menge. Natürlich liegt an einer Forderung immer auch die Möglichkeit, darüber zu verhandeln.

WELT: Im öffentlichen Dienst drohen Stellenkürzungen, wenn im Tarifabschluß die Zwei-Prozent-Erhöhung bei den Beamten wesentlich überschritten werden sollte. Wie beurteilt die DAG diesen Zusammenhang?

Halberstadt: Öffentliche Arbeitgeber wie das Land Hamburg, die diese undifferenzierte Stellenstreicherei ausgesetzt haben, auch, um den Arbeitsmarkt nicht weiter zu belasten, handeln verantwortlicher als jene, die eine Tarifbewegung mit solchen Drohungen belasten. Andererseits ist dies ein Ritual, das wir schon kennen. Beinahe vor jeder Tarifrunde gibt es Politiker, die so etwas sagen. Wir halten das für eine mißliche Eröffnung dieser Tarifrunde.

WELT: Aber den Zusammenhang zwischen Personalkosten und dem Volumen der Stellen bestreiten Sie nicht?

Halberstadt: Ein Zusammenhang dieser Art wird natürlich immer wieder herausgestellt. Nun muß man die öffentlichen Arbeitgeber wohl etwas anders betrachten als jene Unternehmer, die ihr Einkommen am Markt suchen müssen. Ich glaube, daß der Staat mehr Verantwortung in einer kritischen Arbeitsmarktlage übernehmen muß als es ein Unternehmer, vor allem bei mittleren Betrieben, möglicherweise kann.

WELT: Kostenentlastung im öffentlichen Dienst ist unbestreitbar notwendig. Hat die DAG Vorschläge hierzu?

Halberstadt: Wir können jedenfalls Prinzipien dafür benennen, wie man zu Kostenentlastungen kommen kann. Es geht im Grunde darum, wie man rationeller arbeitet, wie Aufgabenerfüllung besser organisiert wird. Es gibt da sicherlich Leerlauf, zum Beispiel den stark angewachsenen internen Aktenverkehr. Denkbar ist auch eine grundsätzliche Aufgabenkritik, um zu prüfen, ob bestimmte Aufgaben, die dem öffentlichen Dienst zugewachsen sind, möglicherweise anderswo besser erbracht werden können oder vielleicht sogar ganz unnötig sind. In jedem Fall muß aber das gelten, was ich zuvor zur Verantwortung der öffentlichen Hände am Arbeitsmarkt gesagt habe: Es ist vernünftiger – notwendige und nützliche –, öffentliche Dienste anzubieten als unnütze Arbeitslosigkeit mitzufinanzieren.

WELT: Die Stimmungslage in den Gewerkschaften deutet nicht auf Kampfbereitschaft, wie die geringe Beteiligung an den Warnstreiks in der Metallindustrie gezeigt hat. Ist ein Arbeitskampf in diesem Jahr überhaupt denkbar?

Halberstadt: Denkbar ist er sicher. Man kann ihn als Gewerkschaft nie ganz ausschließen, vor allem, wenn einem Unzumutbares zugemutet werden soll. Wir sind nicht darauf aus, einen Arbeitskampf zu führen. Aber wenn unsere Partner in den Tarifverhandlungen an derartigen Methoden festhalten sollten wie Lohnleitlinien, Vorweg-Anhebung der Beamtenbesoldung und Drohung mit Stellenstreichungen für den Fall, daß solche Leitlinie nicht eingehalten wird –, dann ist es auch möglich, daß man sich mit Arbeitskampf wehrt.

Gesagt

„Das dichte Netz gemeinsamer Werte zwischen unseren beiden Völkern hat nachgegeben, weil wir uns nicht mehr so nahe kommen."

Arthur F. Burns, amerikanischer Botschafter in Bonn, in seiner Forderung nach Ausweitung der menschlichen Kontakte zwischen Deutschland und den USA.

Kohl läßt Angebot an Strauß offen

■ Fortsetzung von Seite 1

sammenhang wurde in der CDU-Führung darauf hingewiesen, daß ein Regierungswechsel in Nordrhein-Westfalen im Frühjahr 1985 nur durch eine Koalition aus CDU und FDP gelingen könne. Im Düsseldorfer Landtag ist die FDP seit Mai 1980 nicht mehr vertreten.

Nachdem der „atmosphärische Schutt" (ein CDU-Politiker) zumindest zu einem erheblichen Teil weggeräumt werden konnte, haben sich CDU und CSU gestern zunächst der Rechts- und Innenpolitik zugewandt und hier sehr zügig Übereinkünfte erzielt. Anschließend widmeten sie sich Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik, während die Erörterung der Außen- und Deutschlandpolitik dem Mittwoch vorbehalten bleiben soll. Am Donnerstag werden dann die offiziellen Koalitionsgespräche mit der FDP beginnen.

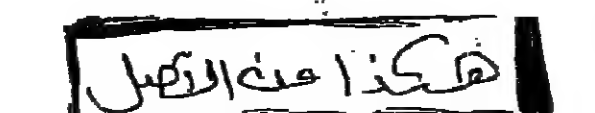
Das Bestreben von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg ist es, in den Koalitionsgesprächen bereits die Eckdaten für den Haushalt 1984, soweit es geht, festzulegen. Stoltenberg möchte den Zuwachs der Bundesausgaben im nächsten Jahr um 5 bis 10 Milliarden Mark drosseln, um die Neuverschuldung des Bundes deutlich unter die 40-Milliarden-Mark-Grenze zu drücken. Dieses Ziel ist ohne fühlbare Abstriche bei den Sozialleistungen nicht zu erreichen. Deshalb stehen zum Beispiel Reduzierungen beim Arbeitslosengeld (für Ledige und jüngere Erwerbslose) zur Diskussion. Hier ist eine Senkung von 68 Prozent auf 62,5 Prozent im Gespräch.

Experten haben auch vorgeschlagen, eine Erhöhung der Mineralölsteuer ins Auge zu fassen, zumal da die Benzinpreise sinken würden. Ein Pfennig mehr Mineralölsteuer, die voll dem Bund zufließt, würde ein Mehreinkommen von rund 300 Millionen Mark beim Benzin und von etwa 150 Millionen Mark beim Diesel bedeuten. Zuletzt war die Mineralölsteuer zum 1. April 1981 je Liter um 7 auf 51 Pfennig beim Benzin und um 3 auf 44,15 Pfennig beim Diesel erhöht worden. 1983 wird ein Steueraufkommen daraus von 23 Milliarden Mark erwartet.

Stoltenberg und Strauß aber sind sich im Grundsatz darin einig, daß die Union vom Wähler kein Mandat für Steuererhöhungen, sondern für Einsparungen erhalten hat. Das Steuer- und Abgabensystem, so lautet ihre Forderung, müsse arbeitnehmerfreundlich und leistungsgerecht werden. Strauß formulierte, die CSU wolle weder „Steuern noch Sonderabgaben einführen noch vorhandene Steuern für Haushaltszwecke erhöhen". Die Konsolidierung, das will auch Stoltenberg, soll vor allem über Ausgabenkürzungen erfolgen. Dies freilich wird dadurch erschwert, daß bei sinkenden Zinsen und steigendem Dollarkurs im nächsten Jahr zum Ausgleich des Bundesetats nur 6 bis 7 Milliarden Mark Bundesbankgewinne zu erwarten sind. Insgesamt ist damit zu rechnen, daß die Ausgaben im Etat 1984 nur um drei Prozent steigen werden. Dies würde bedeuten, daß die Ressorts nicht einmal den Inflationsausgleich erhalten.

In der Streitfrage zwischen CDU/CSU und FDP über die Nichtrückzahlbarkeit der Zwangsanleihe für Besserverdienende bahnt sich ein Kompromiß an. Danach sollen die 1983 gezahlten Beträge schon aus verfassungsrechtlichen Gründen zurückgezahlt, die 1984 fälligen Zahlungen aber einbehalten werden. Eine andere, oder auch ergänzende Möglichkeit wäre, nicht nur Selbständigen, sondern auch Angestellten die Möglichkeit zu geben, sich etwa durch den Kauf von Aktien oder Beteiligungen von der zusätzlichen Steuerschuld zu befreien. Dies aber würde wiederum bedeuten, daß dem Bundesfinanzminister bereits einkalkuliertes Geld zusätzlich fehlen würde.

Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff signalisierte gestern, daß er keine schwerwiegenden Differenzen mit der Union in der Wirtschaftspolitik sieht. Er sprach sogar von einer „weitgehenden grundlegenden Übereinstimmung" mit der Union. Es gehe um den Abbau der ertragsunabhängigen Steuern, und bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer müsse überlegt werden, „ob wir den Verlustrücktrag verbessern können". Auch wegen der „kalten Progression" und des sehr hohen Lohnsteueranteils am Gesamtsteuereinkommen sei eine Reform der Steuertarife notwendig. Aber es wäre unseriös, dafür den Termin 1. 1. 1984 zu nennen, weil bisher nicht geklärt sei, wie diese Reform finanziert werden könne.



Trügerische Franc-Stärke

J. Sch. (Paris) – Am Pariser De-enmarkt hat es gestern eine nsation gegeben: Der französi-e Franc setzte nicht nur seine mähliche Erholung von den rken Kurseinbrüchen fort, die zwischen den beiden Urnen-ngen zu den Kommunalwahlen n vorletzten und letzten Sonn-verbucht hatte. Erstmals seit hreren Wochen übertraf er so-seinen Paritätskurs im Euro-schen Währungssystem VS).

Noch in den Morgenstunden m ersten Fixing zwischen den nken war der D-Mark-Kurs auf 45 Franc festgesetzt worden ge-nüber 2,875 Franc am Montag, chdem er am letzten Freitag wie on eine Woche zuvor seine erste Interventionsgrenze von 985 Franc gestreift hatte. Zur tagszeit brauchten am amtli-n Devisenmarkt für die Mark aber nur noch 2,829 Franc zahlt zu werden (Parität: 3396).

ls Erklärung dafür wird die auf treiben der Banque de France beigeführte horrende Zins-isse für Euro-Francs angege-. Wer so auf die Franc-Abwer-g spekulieren will, mußte ge-n schließlich 6000 Prozent Zin-– 16 Prozent pro Tag – bezah-. Möglicherweise hat die Noten-nk auch am Devisenmarkt ver-rkt interveniert. Dazu mögen itere Stützungsaktionen mit anderen Zentralbanken des S und französische Ziehungen den Europäischen Fonds für Währungspolitische Zusammenarbeit (Fecom) gekommen sein.

Will man also auf diese Weise der Spekulation glauben machen, daß die nächste Franc-Abwertung weniger hoch als erwartet ausfällt oder überhaupt nicht mehr stattzufinden brauchte, wenn jetzt rigorose Sanierungsmaßnahmen von Paris ergriffen werden? Die Antwort darauf erwartet man in den nächsten Tagen.

Der Zauberer

W. F. (Wien) – Schon mehren sich die Anzeichen für eine Konjunkturwende, doch in Österreich geht die Angst um – die Angst vor der Weltwirtschaftskrise. Geschickt geschürt von Bundeskanzler Kreisky persönlich. Der gleichzeitig beruhigt, es bestehe kein Grund zur Panik, sofern der Bürger nur auf die Sozialisten vertraue. Denn die niedrigen Arbeitslosenraten, das versteht sich wohl von selbst, gehen ausschließlich auf das Konto der klugen Wirtschaftspolitik: Schulden statt Arbeitslosigkeit. Und weil im April Neuwahlen bevorstehen, gleichzeitig aber die Sozialisten in den Meinungsumfragen schon lange nicht so schlecht gelegen haben, zaubert der „große Zampano", wie Kreisky bisweilen liebevoll genannt wird, ein neues milliardenschweres Beschäftigungsprogramm aus dem Zylinder, um das Wahlvolk noch zu überzeugen. Was stört da der Hinweis der Experten, daß die bisherigen Programme, weil ineffizient organisiert, eher wirkungslos verpufften. Bestenfalls wird dadurch die Regierungszauberei zum Wunder – selbstverständlich von Kreiskys Gnaden.

LEIPZIGER MESSE / Staatssekretär von Würzen sprach mit Außenhandelsminister Sölle

Devisenknappheit der „DDR" begünstigt innerdeutschen Handel

HANS-JÜRGEN MAHNKE, **Leipzig**

Entspannter als vor einem Jahr beurteilen bundesdeutsche Banken auf der Leipziger Messe die finanzielle Situation der „DDR". Einzelne Institute sind im kurzfristigen Bereich bereit, sich wieder etwas stärker zu engagieren. Die Mehrzahl bleibt jedoch noch bei ihrer Zurückhaltung. Diese trifft vor allem das Geschäft kleinerer und mittlerer Firmen, die auch unter den hohen Gegengeschäftsforderungen der „DDR" leiden. Die Chancen für eine Ausdehnung des Handels werden als günstig beurteilt.

„Wir sind rundherum durchaus zufrieden", kommentierte der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Dieter von Würzen, nach seinem traditionellen Messe-Gespräch mit „DDR"-Außenhandelsminister Horst Sölle die Entwicklung im deutsch-deutschen Warenaustausch, dessen Umfang im vergangenen Jahr um 13 Prozent auf 14,1 Milliarden Mark gestiegen war. Von Würzen sieht jedenfalls keine Gründe für ein schlechteres Ergebnis in diesem Jahr.

Diese Ansicht wird auch von Ausstellern geteilt. Die Hoffnungen werden durch die erwartete konjunkturelle Erholung in der Bundesrepublik beflügelt. Jedenfalls sind mehr Einkäufer nach Leipzig gekommen als in den Vorjahren. „Wenn die DDR zu einem günstigen Preis abzuschließen bereit ist, sollte nicht gleich von Dumping gesprochen werden", meinte einer von ihnen.

Allerdings hatte es in den vergangenen Monaten auch in anderen EG-Staaten eine Reihe von Anti-Dumping- und Preisprüfungsverfahren gegeben. Zum Teil wurde daher wieder zur Einzelgenehmigung übergegangen.

Staatssekretär von Würzen will aber auch nicht ausschließen, daß die Gegengeschäftsforderungen, die sich auf den Bezug von Maschinen und elektrotechnischen Erzeugnissen konzentrierten, zu dem Absatzerfolg dieser Warengruppe beigetragen haben. Diese Gegengeschäftsforderungen, die zum Teil mehr als 100 Prozent des Kaufpreises betragen und auch noch die Finanzierungskosten einschließen, belasteten in der Regel mittelständische Firmen stärker als Großunternehmen.

Manfred Lennings, Chef der Gutehoffnungshütte Aktienverein, erklärt den wachsenden Absatz damit, daß es der „DDR" gelungen sei, jetzt auch numerisch gesteuerte Werkzeugmaschinen zu entwikkeln, die qualitativ hochwertig sind. Dieses wird von anderen Firmen bestätigt, zugleich aber darauf hingewiesen, daß häufig der Einbau einer westlichen Steuerung verlangt werde.

Nach Auskunft Lennings werde auch mit der „DDR" über Großprojekte weiter verhandelt. Die Realisierung würde jedoch verschoben, zum Teil bereits in den nächsten Fünfjahresplan hinein, der 1985 in Kraft tritt. Eine Rolle dürfte nach Ansicht anderer Firmen die Unsicherheit durch die Entwicklung in Polen spielen. Ost-Berlin hält sich mit Entscheidungen über Großanlagen zurück, weil nicht sicher ist, ob in Zukunft mit den polnischen Zulieferungen gerechnet werden kann.

Noch stärker leidet die „DDR" unter der Zahlungsunfähigkeit Polens und Rumäniens, weil dadurch die Kreditwürdigkeit des gesamten Ostblocks in Verruf geraten ist. Zwar wird auf der Leipziger Messe das Krisenmanagement der „DDR" gelobt, weil es ihr gelungen ist, durch ihre Kaufzurückhaltung im Westen bei gleichzeitiger Exportsteigerung ihren Verpflichtungen pünktlich nachzukommen. Aber die Mehrzahl auch der westdeutschen Banken halten sich trotzdem mit einer Ausweitung des Kreditvolumens zurück.

Daher wird mit einer erheblichen Spannung der Empfang der staatlichen Außenhandelsbank heute nachmittag erwartet. Dort sollen erstmals detaillierte Angaben über die außenwirtschaftliche Entwicklung der „DDR" gemacht werden, die im Westhandel 1982 einen Überschuß von 1,5 Milliarden Dollar erwirtschaftet haben soll. Trotzdem wird die „DDR" auch 1983 ihre Käufe im Westen einschränken müssen. Ein längerfristiger Euro-Dollar-Kredit gilt gegenwärtig noch als unmöglich. Von dieser Devisenknappheit werde, wie von Würzen betonte, der innerdeutsche Handel mit seinem Verrechnungssystem profitieren.

WÄHRUNG

Ungewißheit über Korrektur der Wechselkurse hält an

cd./J. Sch. **Frankfurt/Paris**

Mit Spannung warten Wirtschaft und Banken, ob der Zentralbankrat morgen die schon lange erhoffte Senkung von Diskont- und Lombardsatz beschließt und damit ein neues Zinssenkungssignal gibt. Die Hoffnungen schwinden jedoch von Tag zu Tag. Neuester Hoffnungsdämpfer ist die sehr starke Zunahme der Zentralbankgeldmenge, die im Februar saisonbereinigt und auf Jahresrate umgerechnet um elf Prozent höher war als im Durchschnitt des vierten Quartals 1982 und damit das obere Ende des Zielbands von sieben Prozent weit durchbrach, wenngleich dafür, wie die Bundesbank erklärt, zumindest teilweise vorübergehende Sonderfaktoren verantwortlich waren.

Auch das noch nicht Zustandekommen einer Wechselkurskorrektur im EWS und die Ungewißheit, wie sie aussehen wird, könnte die Bundesbankiers nach Meinung informierter Kreise morgen von einer Leitzinssenkung abhalten. Man verweist darauf, daß die reichliche Liquidität, die auch durch Devisenmarktinterventionen der Notenbank angereichert wird, ohnehin zinssenkend wirkt. Zweifel äußert man am Markt, ob die Bundesbank zu einer Leitzinssenkung als Schützenhilfe für den französischen Franc bereit ist, wie sie von Paris gefordert wird.

In Pariser Wirtschaftskreisen erwartete man gestern, daß die (umgebildete) französische Regierung auf ihrer heutigen Ministerratssitzung verschiedene Maßnahmen zur Absicherung einer Paritätsbereinigung im Europäischen Währungssystem (EWS) beschließen wird. Durch eine derartige „Vorwegleistung" könnte zunächst einmal der Deutsche Zentralbankrat zu einer neuen Leitzinssenkung am Donnerstag „ermutigt" werden. Das würde – wegen der Vergrößerung des deutsch-französischen Zinsgefälles – dem Franc Entlastung bringen.

Gleichzeitig hofft Paris, auf diese Weise die Bundesregierung zu einer stärkeren Beteiligung an der Änderung der Franc/D-Mark-Parität zu bewegen, als dies bisher von Bonn erwogen wurde. Die Paritätsbereinigung selbst wäre dann nach Abstimmung mit den anderen EWS-Partnern und deren eventueller Mitwirkung am kommenden Wochenende zu beschließen.

Dieses Szenario verträgt sich durchaus mit den jüngsten Äußerungen von Wirtschafts- und Finanzminister Delors. Hatte er doch einerseits insbesondere eine signifikante deutsche Zinssenkung gefordert; andererseits hält er jedoch einen verschärften Kampf gegen die Inflation für notwendig. Eine D-Mark-Aufwertung wurde in letzter Zeit nicht mehr ausdrücklich gefordert.

Inzwischen hat die Banque de France zur Abwehr der Franc-Spekulation die Zinssätze am Euro-Franc-Markt auf prohibitive Höhen von bis zu 3000 Prozent getrieben, was einem Tageszinssatz von acht Prozent gleichkommt. Demzufolge erholte sich der Franc-Kurs weiter. Die D-Mark wurde gestern in Paris mit 2,829 Franc notiert nach 2,875 Franc am Montag und 2,8985 Franc (oberste Interventionsgrenze) am letzten Freitag.

Kaffeepreise unter Dampf

Von JAN BRECH

dem deutschen Kaffeemarkt nd die Preise wieder in Bewegeraten. Nachdem die Röster rgangenen Jahr zweimal Korren nach oben vorgenommen n, ist Kaffee in den vergangeagen um 40 bis 50 Pfennig je l billiger geworden.

Preisreduzierungen werden der Branche einmal mit nachden Rohkaffee-Preisen und anderen mit der leichten Dolchwäche gegenüber der rk begründet. Im Vergleich Juli des vergangenen Jahres, m die Preise zum letzten Mal hoben wurden, ist der Dollar r Tat von rund 2,55 auf jetzt Mark gesunken und sind die erungen für Rohkaffee um etcht bis zehn Prozent gefallen.

diese Entlastungen auf der enseite ausreichen, um senkungen für Röstkaffee am schen Markt zu begründen, nicht nur von Außenstehensondern auch von Teilen der che selbst bezweifelt. Vor allie kleinen und mittleren Rövon denen in der Bundesrepuneben den sechs größten Anm nur noch etwa 90 bis 95 geblieben sind, halten die te Preispolitik für wenig gerecht.

s gilt besonders unter dem kt der Ertragsentwicklung. Erlöse der Röster stehen beseit längerer Zeit unter Druck, lie Preisanhebungen von etwa Mark je Kilo im vergangenen haben bei weitem nicht ausge, um die Gewinnspannen aus der Branche auf ein erträgliNiveau zu bringen. Der stark tiegene Dollarkurs in den n 1980 und 1981 ist in den en Röstkaffeepreisen nur Teil kompensiert worden, so wie die Verteuerung des affees in den vergangenen Jahren. Die Zeiten, da die che „goldene Bohnen" vere, sind für die Großröster und echt für die mittelständischen ster vorbei.

nn der Bremer Großröster Jacobs gleichwohl den krieg aufs neue entfacht hat, gen der Wettbewerbsstruktur deutschen Kaffeemarkt. Die ionen auf diesem bitter umoften Markt sind nur über lige Absatzattacken zu beten oder auszubauen.

ß daher gerade Jacobs eine Preisrunde nach unten eingehat, kommt nicht überrand. Jacobs, zusammen mit Hamburger Filialisten Tchibo tführer in der Bundesrepu(zusammen versorgen sie den t zu gut 50 Prozent), hat seine nierende Stellung im Lebensl-Einzelhandel und gerät hier auf zunehmende Konkurrenz der auch im Kaffeegeschäft vordringenden „weißen Marken".

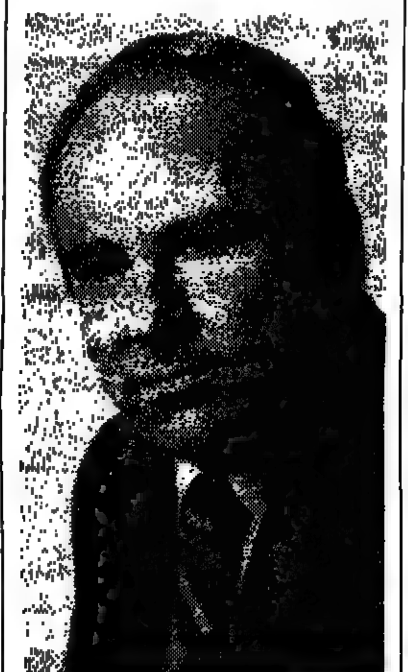
Dabei sind es nicht so sehr die Mengen, die Jacobs Sorgen machen. „No names" haben am gesamten Kaffeemarkt einen Anteil von nicht viel mehr als drei bis vier Prozent, im Lebensmittelhandel von sieben bis acht Prozent. Ihr Vordringen vollzieht sich nicht in dem gleichen Tempo wie etwa auf dem Zigarettenmarkt, weil die Preisabstände zu den Markenartikelangeboten geringer sind. Wenn man berücksichtigt, daß Röstkaffee im Handel fast zu 60 Prozent über Aktionen angeboten wird, befinden sich Teile des Markenartikelsortiments stets in preislicher Reichweite zu den „weißen" Kaffees.

Das Aufkommen der „No names" schwächt die Position eines Anbieters wie Jacobs aber aus anderer Richtung. Bislang war Jacobs wegen seiner Marktbedeutung für den Lebensmittel-Einzelhandel unverzichtbar und hatte dementsprechend einigen Einfluß auf die Konditionen. Diese starke Position wird durch die „No names" angekratzt. Für Aktionen als unentbehrliches Absatzinstrument im umsatzmäßig bedeutenden Kaffeegeschäft stehen dem Handel nämlich notfalls die „Weißen" zur Verfügung.

Die Reaktion vor allem der Kleinröster läßt darauf schließen, daß Jacobs mit den Preissenkungen einem Abbröckeln von Marktanteilen entgegenwirken will. Zusätzlicher Absatz auf einem stagnierenden Markt kann aber allenfalls von den kleineren und mittleren Kaffee-Anbietern kommen, denen es zunehmend schwerer fällt, bei den Preisen der Großröster mitzuhalten. Das Wort vom „Verdrängungswettbewerb" macht denn auch heute offen die Runde. Versuche, den Wettbewerb durchzustehen, indem man zeitweilig auf billigere Rohkaffeesorten ausweicht, haben wenig Erfolgschancen. Ein Absenken der Qualität dürfte für jeden einzelnen Anbieter und letztlich für die gesamte Branche verheerende Folgen haben.

Zur Zeit ist schwer abzusehen, ob die Preiserosion am Kaffeemarkt anhalten wird. Dies bestimmt in erster Linie die Entwicklung der Marktanteile der Großröster. Wer wachsen will, kann dies nur zu Lasten anderer versuchen, die sich samt und sonders wehren werden. Die Erfahrungen der Vergangenheit belegen aber, daß am Kaffeemarkt jede Chance wahrgenommen wird, um über Preise Marktterrain zu gewinnen. Bei weiter sinkendem Dollarkurs und stabilen Rohkaffeenotierungen können die Verbraucher also hoffen.

AUF EIN WORT



„Die anstehende Medienrevolution wird wichtiger sein als der Übergang von der Tausch- zur Geldwirtschaft. Wer hier die technologische Entwicklung nicht rechtzeitig erkennt, wird vom Markt weggefegt."

Professor Bruno Tietz, Universität Saarbrücken

FOTO: DIE WELT

Verbraucher von der EG enttäuscht

dpa/VWD, **Brüssel**

Die europäischen Konsumenten hatten am „Tag des Verbrauchers" wenig Anlaß zum Feiern. Diese pessimistische Einschätzung der bisherigen EG-Politik in diesem Bereich führt der Vorsitzende des Europäischen Verbraucherbüros BEUC, Tony Venables, auf fehlenden Initiativen der Gemeinschaft zur Verbraucherschutzpolitik zurück. Er kritisierte, daß seit 1975 auf Gemeinschaftsebene nur zwei Verordnungen zum Schutz der Käufer – mit der Pflicht zur Inhalts- und Preisauszeichnung von Lebensmitteln – erlassen worden seien. Er nannte als Beispiel die Bundesrepublik, die sich 1981 aus Kostengründen geweigert hatte, der Schaffung einer europäischen Datenbank für gesundheitsschädliche Produkte zuzustimmen.

WELT-ZUCKERABKOMMEN

EG strebt für Exportländer Selbstbeschränkung an

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Die Europäische Gemeinschaft will sich an den Verhandlungen über ein neues Weltzuckerabkommen beteiligen. Weisungen für die Londoner Gespräche hat der Ministerrat der Kommission erteilt. Das Abkommen soll eine bessere Stabilisierung des Marktes erlauben. Er ist in den letzten beiden Jahren durch horrende Überschüsse gekennzeichnet.

Bisher hatte die Gemeinschaft bei den Bemühungen um eine Regulierung des Angebots abseits gestanden. Grund dafür waren unterschiedliche Interessen der Mitgliedsländer. Inzwischen aber ist die EG nach Kuba der zweitwichtigste Zuckerexporteur geworden.

Das Ungleichgewicht auf dem internationalen Zuckermarkt kommt darin zum Ausdruck, daß sich der Produktionsüberschuß für die beiden Wirtschaftsjahre 1981/82 und 1982/83 auf 13 Millionen Tonnen beläuft. Die Lagerbestände erreichen gegenwärtig 37 bis 38 Millionen Tonnen, was rund 40 Prozent des jährlichen Weltverbrauchs ausmacht. Die Preise liegen auf dem niedrigsten Stand seit 40 Jahren.

Die EG strebt ein System differenzierter Selbstverpflichtungen der Exportländer an. Die wichtigsten Ausfuhrländer (außer der Gemeinschaft und Kuba Südafrika, Argentinien, Australien und Brasilien) sollen sich danach bereit erklären, einzelstaatliche Regulierungsvorräte (Buffer Stocks) anzulegen. Während für eine Reihe weniger bedeutender Staaten entweder feste Exportquoten festgelegt werden sollen oder gar keine Maßnahmen vorgesehen sind.

Dabei denkt die EG für die erste Ländergruppe an zu lagernde (oder freizusetzende) Bestände von fünf bis sechs Millionen Tonnen. Sichergestellt werden soll, daß im Gegensatz zu bisherigen Abkommen Substitutionserzeugnisse berücksichtigt werden, eine bessere Transparenz des Marktes erreicht und das Bestehen von zwei verschiedenen Märkten (Weiß- und Rohzucker) anerkannt wird.

OPEC-ÖLPREISSENKUNG

Washington sieht positive Auswirkungen auf Konjunktur

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Die Entscheidung des Opec-Kartells, den Basispreis für ein Barrel (159 Liter) Rohöl von 34 auf 29 Dollar zu senken, ist in Washington mit großem Beifall aufgenommen worden. Obwohl über die Spotmärkte ein großer Teil der Rücknahme schon weitergegeben worden ist, rechnet die Administration mit „zusätzlichen Konjunkturanstößen". Das Weiße Haus ist, wie ein Sprecher erklärte, davon überzeugt, daß die von Präsident Reagan im Frühjahr 1981 verfügte sofortige Aufhebung der Preiskontrollen für in Amerika gefördertes Öl maßgeblich zu der Entwicklung beigetragen hat.

In der US-Hauptstadt geht man davon aus, daß die amerikanischen Haushalte in diesem Jahr im Durchschnitt 85 Dollar weniger für Energie aufwenden müssen. Für jeden Dollar, um den sich Importöl verbilligt, sinkt in den Vereinigten Staaten der Preis für eine Gallone (3,78 Liter) Benzin oder Heizöl um 2,3 Cent (rund 5,5 Pfennig). Nach Kalkulationen des Forschungsinstitutes Data Resources in Cambridge, Massachusetts, steigt das US-Bruttosozialprodukt in diesem Jahr um 0,8 Prozent, während der Verbraucherpreisindex um ein Prozent fällt.

Laut *Data Resources* wird außerdem die amerikanische Handelsbilanz 1983 um rund neun Milliarden Dollar entlastet. Damit nimmt das mutmaßliche Defizit nicht von 43 auf 75, sondern nur auf 64 Milliarden Dollar zu. Insgesamt schlagen die Einsparungen der USA im Energiebereich in diesem Jahr mit 7,2 Milliarden Dollar zu Buch. Profitieren werden davon die Verkäufer von Autos, Einfamilienhäusern, Haushaltsgeräten und Möbeln sowie die Freizeitindustrie.

Die Erhöhung des verfügbaren Einkommens, die aus der Opec-Aktion resultiert, veranschlagt die Data Resources auf 0,9 Prozent. Andere Analysten verweisen jedoch auf die größere Verwundbarkeit der US-Banken, die umfangreiche Kredite an Mexiko, Venezuela und andere Ölländer ausgeliehen haben.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Zins gesenkt

London (fu) – Die vier großen britischen Geschäftsbanken haben Schatzkanzler Sir Geoffrey Howe noch vor dessen Vorlage des Haushalts 1983/84 am gestrigen Dienstag ein besonderes Budget-Day-Geschenk gemacht. Sie senkten gestern vormittag den Basis-Ausleihesatz um ein halbes auf 10,5 Prozent. Dieser Bonus für die britische Wirtschaft wird zusätzliche Impulse zu dem steuerzahlerfreundlichen Budget der Regierung abgeben. Die Londoner City reagierte äußerst wohlwollend auf die Einigung der Opec-Länder und auf die Zinssenkung und verteilte mit einem Anstieg der Aktienkurse auf ein neues Rekordniveau bereits Vorschußlorbeeren für das am späten Nachmittag vorgelegte Budget.

Dividende erhöht

Frankfurt (adh) Eine Dividende von 10 (i. V. 9) DM für die Stammaktien und wieder 11,60 Mark für die stimmrechtslosen Vorzugsaktien schlägt die Verwaltung der Bayerischen Vereinsbank AG, München, der Hauptversammlung am 29. April vor.

MG ohne Dividende

Frankfurt (adh) – Die Metallgesellschaft AG, deren Umsatz im Geschäftsjahr 1981/82 (30. 9.) um 9 Prozent auf 9,5 Milliarden Mark (im Konzern) rutschte, wird für dieses Jahr keine Dividende ausschütten. Für 1980/81 hatte der Rohstoffkonzern, dessen Aktien gestern in Frankfurt mit 233,10 Mark notierten, die Dividende auf 4 (5) Mark zurückgenommen.

Bankgeheimnis bleibt

Bern (rtr) – Das schweizerische Bankgeheimnis soll nicht gelockert werden. Ein entsprechendes Volksbegehren für eine Verfassungsänderung ist gestern vom schweizerischen Nationalrat (Volksvertretung im Parlament) mit 105 gegen 50 Stimmen der Linken abgelehnt worden. Begründet wurde dies damit, daß eine Schwächung des Bankenplatzes Schweiz die Folge sein könnte.

Wohnungsbau auf Tiefststand

Wiesbaden (dpa/VWD) – Der Wohnungsbau in der Bundesrepublik fiel im vergangenen Jahr auf den tiefsten Stand seit 1950 zurück. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden gestern berichtete, wurden 1982 nur noch 347 100 Wohnungen fertiggestellt. Das waren 18 400 oder fünf Prozent weniger Wohnungen als ein Jahr zuvor. Während die Zahl neuer Wohnungen in Eigenheimen – einschließlich der Einliegerwohnungen – um 14 Prozent auf 189 000 sank, erhöhte sich die Zahl der Wohnungen in Mehrfamilienhäusern um 7,2 Prozent auf 126 400. Der Bauüberhang an genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Bauvorhaben hat zum Ende des vergangenen Jahres erneut abgenommen. Im Wohnungsbau dürfte nach Schätzungen des Statistischen Bundesamtes zum Beginn dieses Jahres ein „Bauvorrat" von 530 000 Wohnungen bestanden haben.

Bei Auslandsreisen gespart

Frankfurt (dpa/VWD) – Im Reiseverhalten der Bundesbürger ist es im vergangenen Jahr „zu einer bemerkenswerten Tendenzänderung gekommen: Erstmals seit 15 Jahren sind die Ausgaben für Auslandsreisen nicht mehr gestiegen", schreibt die Deutsche Bundesbank in ihrem neuesten Monatsbericht. Real, also nach Abzug der Preissteigerungen für Auslandsreisen, „wurden sogar erheblich weniger Dienstleistungen im Ausland beansprucht". Nach Meinung der Bundesbank haben verengte Einkommensspielräume und die gedämpften Erwartungen der inländischen Haushalte bei Auslandsreisen zu größeren Einschränkungen veranlaßt.

Für Anpassungen

Bonn (AP) – Die Schutzgemeinschaft der deutschen Sparer hat sich gestern dafür ausgesprochen, die notwendig gewordene Anpassung der europäischen Wechselkurse besonders zwischen Mark und Franc nicht länger aufzuschieben. Die massiven Stützungskäufe der Bundesbank hätten die inländische Liquidität schon bedenklich aufgebläht, sie könnten im Interesse der Geldwertstabilität nicht länger hingenommen werden. In einer Mitteilung der Schutzgemeinschaft heißt es, es widerspreche Sinn und Spielregeln des Europäischen Währungssystems (EWS), stabilitätsbewußte Länder durch Verweigerung überfälliger Korrekturen zur Finanzierung einer inflationistischen Wirtschaftspolitik in Anspruch zu nehmen.

Vertretungen in China

Peking (AP) – Mehr als 500 Unternehmen aus 30 Ländern und Regionen unterhalten in der Volksrepublik China offiziell registrierte Vertretungen, wie die amtliche Nachrichtenagentur Xinhua am Montag berichtete. Neuen Vorschriften über die Registrierung von Büros ausländischer Firmen zufolge muß die Registrierung 30 Tage nach Erteilung der Niederlassungsgenehmigung erfolgen, heißt es in dem Agenturbericht.

ÖSTERREICH / Kreisky verordnet Investitionsspritze

Sicherung von Arbeitsplätzen

W. FREISLEBEN, Wien

Ein nunmehr drittes Beschäftigungsprogramm innerhalb von 14 Monaten stellte Österreichs Bundeskanzler Bruno Kreisky zum Auftakt des Intensiv-Wahlkampfes für die Nationalratswahlen am 24. April in Aussicht – falls die Sozialistische Partei wiederum die Regierung stellen kann.

Demnach will der Kanzler bis 1986 weitere 30 Milliarden Schilling (4,22 Milliarden Mark) für teils staatliche, teils private Investitionen flüssigmachen, die zu einem Teil auf der angekündigten stärkeren Besteuerung von Weihnachts- und Urlaubsgeld sowie aus den Einnahmen der ab Januar 1983 in Kraft tretenden Quellensteuer auf Sparzinsen finanziert werden sollen. Insgesamt erhofft sich Kreisky damit, wie er auf einer Konferenz von einigen hundert SPÖ-Bürgermeistern erklärte, die Absicherung von 250 000 Arbeitsplätzen, wofür allerdings Bedingung ist, daß mit der 30-Milliarden-Spritze insgesamt ein Investitionsvolumen von 90 Milliarden Schilling ausgelöst wird.

Voraussetzung dafür ist wiederum, daß sich auch die mehrheitlich von der Konservativen Volkspartei regierten einzelnen Bundesländer zu je einem Drittel an jeder zusätzlichen Investitionsmilliarde beteiligen. Damit sollen dann entsprechende Förderungsaktionen für die Industrie bzw. Klein- und Mittelbetriebe durchgeführt werden. Insgesamt avisiert Kreisky ein staatliches Investitionsprogramm von rund 46 Milliarden Mark, das eine sozialistische Regierung während der nächsten Legislaturperiode durchführen würde. Hinzu kämen weitere dadurch stimulierte 17,5 Milliarden Mark an privaten Investitionen.

Die bereits zum Teil bestehenden Großprojekte im Bereich der öffentlichen Hand betreffen die Einführung eines vollelektronischen, digitalen Telefonvermittlungssystemes, zwei Großvorhaben im Bereich der Bundesbahnen mit Tunnels und einer Hochgeschwindigkeitsstrecke auf der Westbahn, Straßenbauprojekte insbesondere im obersteirischen Industriegebiet sowie den Kraftwerksausbau der Verbundgesellschaft.

BUNDESBANK / Höhere Selbstfinanzierung der Unternehmen im zweiten Halbjahr

Die Rezession erzwang Konsolidierung

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Deutliche finanzielle Konsolidierungsfortschritte macht die Bundesbank in ihrem neuen Monatsbericht bei den deutschen Produktionsunternehmen aus. Ihre Eigenfinanzierungsquote hat sich von nur 75½ Prozent in der ersten Hälfte 1982 auf 93 Prozent im zweiten Halbjahr erhöht. Diese per se erfreuliche Entwicklung ist jedoch nicht etwa die Folge einer Gewinnverbesserung, sondern Spiegelbild geringerer Investitionen und Ergebnis einer defensiven Unternehmensstrategie, die den gestiegenen Risiken Rechnung trägt.

Die Bruttounternehmenseinkommen sind nach einer leichten Besserung während der ersten Jahreshälfte im zweiten Halbjahr wieder unter Druck geraten. Sie stiegen saisonbereinigt nur noch um 0,5 Prozent und damit langsamer als das Volkseinkommen (2,1 Prozent) und die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (1,8 Pozent), womit sich ihr Anteil am Volkseinkommen geringfügig auf 19,2 Prozent reduzierte gegenüber rund 22 Prozent in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre. Selbst diese Zahlen geben, wie die Bundesbank betont, noch ein zu günstiges Bild, weil sie weder Abschreibungen auf faule Forderungen noch Sonderabschreibungen auf unverkäufliche Vorräte und obsolet gewordene Anlagen enthalten.

So fehlen nach dem Urteil der Notenbank nicht nur in den Unternehmen Voraussetzungen zur Bildung vermehrten Eigenkapitals aus eigener Kraft zur Risikoabsicherung, sondern auch Anreize für potentielle Kapitalanleger, neues Risikokapital von außen zuzuführen. Was die Folgen unzureichender Eigenfinanzierungskraft und Eigenmittelausstattung sind, macht die Bundesbank unmißverständlich klar: An den Risiken werden im Endeffekt die nicht gesicherten Gläubiger beteiligt, die Lieferanten sowie die Abnehmer, die Anzahlungen geleistet haben. Und schließlich wächst auch das Arbeitsplatzrisiko.

Den Unternehmen bescheinigt die Bundesbank, Konsequenzen daraus gezogen zu haben, was sich freilich statistisch nicht eindeutig belegen läßt. Aber es spräche viel dafür, daß weniger für privaten Verbrauch und Ersparnis entnommen wurde als in der ersten Jahreshälfte und daß auch beträchtliche private Mittel als neues Haftungskapital eingeschossen wurden. Diese Situation kann nach dem Urteil der Bundesbank erst überwunden werden, wenn sich die Erträge und die Ertragsperspektiven nachhaltig verbessern und die Investitionen wieder zunehmen.

Für die privaten Haushalte registriert die Bundesbank im zweiten Halbjahr eine Zunahme der Bruttolohn- und Gehaltssumme um 1½ Prozent und der verfügbaren Einkommen um rund ½ Prozent. Die gleichzeitig um ein Prozent gestiegenen Verbrauchsausgaben wurden zum Teil aus der Ersparnis finanziert, die um 3½ Prozent sank und damit auch das Niveau der gleichen Vorjahreszeit unterschritt.

Die Sparquote ging in der zweiten Jahreshälfte auf saisonbereinigt knapp 14½ Prozent zurück. Darin schlägt sich auch die höhere Konsumentenkreditverschuldung nieder, die sich mit dem Zinsrückgang wieder etwas belebt hat. Der Zinsrückgang veränderte gleichzeitig das Anlageverhalten der Sparer: Sie verdoppelten ihre Einzahlungen auf Sparkonten, lösten Termingeldanlagen auf und kauften weniger Sparbriefe.

INTERNORGA '83 / Gastronomie-Umsatz 32 Milliarden

Fast Food immer beliebter

PETER ZERBE, Hamburg

Immer mehr Bundesbürger essen in den Schnell-, Handels- und Systemgastronomie-Betrieben. Wie auf dem 2. Internationalen Fast-Food-Forum anläßlich der Internorga '83 in Hamburg mitgeteilt wurde, haben die 20 größten Betriebe der Branche im vergangenen Jahr einen Umsatz von mehr als 3,1 Mrd. DM erzielt. Für dieses Jahr wird mit einer beträchtlichen Steigerung gerechnet.

Insgesamt hat das Hotel- und Gaststättengewerbe 1982 mehr als 50 Mrd. DM umgesetzt. Dieser Umsatz wurde von annähernd 200 000 Betrieben mit rund 750 000 Beschäftigten erzielt. Dagegen nimmt sich die Summe der 20 Größten bescheiden aus, erreicht aber fast 10 Prozent des reinen Gastronomieumsatzes von 32 Mrd. DM, den die 12 000 Kleinbetriebe erzielen.

Der Riese unter den deutschen Gastronomen ist die in München ansässige McDonald's System of Germany, die allein in ihren 169 Betrieben, davon 82 in fremder Regie, 454 Mill. DM (ohne Mehrwertsteuer) umsetzte. Der schwer angeschlagene Wienerwald-Konzern, ebenfalls München, erwirtschaftete mit 359 Betrieben, davon 199 in Fremdregie, 390 Mill. DM. Den dritten Platz der Branche nimmt die Lufthansa-Tochter Lufthansa Service GmbH ein, die es auf 330 Mill. DM brachte. Auf dem vierten Platz rangiert dann die Deutsche Schlafwagen und Speisewagen GmbH mit 283 Mill. DM.

Die Plätze fünf bis neun werden von den Gastronomiebetrieben der großen Warenhäuser und der Nordsee Hochfischerei belegt. Hertie setzte etwa 275 Mill. DM, der Kaufhof 274,5 Mill., Karstadt 232 Mill., Nordsee 200 Mill. und Horten 115,3 Mill. DM um. Die Mövenpick-Gruppe brachte es im vergangenen Jahr auf 104,1 Mill. DM und die Lingener Kochlöffel Gesellschaft auf 100 Mill. DM.

Besonders umworben von der Fast-food-Gastronomie sind die 20- bis 40jährigen Verbraucher. Vor dem Hintergrund sich wandelnder Ernährungsgewohnheiten mit einer starken Zunahme der Bedeutung des Abendessens gilt das Forum heute als der führende europäische Kongreß für das dynamische Segment der Versorgungs-Gastronomie. An dem Fachkongreß, der gestern abend eröffnet wurde, nehmen 300 Experten aus elf Ländern teil.

Nach Angaben der Fachzeitschrift „fast-food-praxis" geht die „Nach-Jugendliche-Generation" besonders gern in Pizzerias, ausländische Restaurants und Schnell-Imbisse. Wie eine Umfrage ergab, folgt der Besuch einer normalen bürgerlichen Gaststätte erst an vierter Stelle. Personen, die das 35. Lebensjahr überschritten haben, bevorzugen dagegen, so die Fachzeitschrift, normale oder gehobene Restaurants.

Tiefe Einschnitte durch Arbeitslosigkeit

GISELA REINERS, Bonn

Nach Ansicht des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesarbeitsministerium, Wolfgang Vogt, hinterläßt Arbeitslosigkeit tiefe Einschnitte in Leben und Beruf der Betroffenen. Das zeigten die Ergebnisse einer Infratest-Studie (1978 bis 1982). Die Studie bestätige die Notwendigkeit flankierender Arbeitsmarkt-Politik wie berufliche Bildung und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

Nach der Infratest-Untersuchung schafft nur gut die Hälfte (52 Prozent) ehemaliger Arbeitsloser die Wiedereingliederung ins Berufsleben. Ein Viertel der Befragten, die wieder Arbeit hatten, wies jedoch eine „problematisch dauerhafte Destabilisierung" im Anschluß an die Phase ihrer Erwerbslosigkeit auf. Auch über einen längeren Zeitverlauf konnte diese Gruppe „nicht mehr fest Fuß fassen". In vielen Fällen beginnt mit der Arbeitslosigkeit eine schrittweise Ausgliederung aus dem Arbeitsleben, vorwiegend in die „Alternativrollen" Hausfrau (15 Prozent) und Rente (14 Prozent). Manche finden noch phasenweise wieder Arbeit, doch der erneute Job-Verlust vergrößert die Tendenz zum Rückzug. Berufliche Verschlechterungen können laut Infratest nur zum Teil wieder aufgeholt werden.

Ehemalige Arbeitslose, die im erlernten Beruf wieder eine Stelle fanden, zeigten jedoch meist einen stabilen Berufsverlauf.

RHEINBODEN / Wende bei Bindungsfristen

Bisher bestes Neugeschäft

HARALD POSNY, Düsseldorf

Obwohl das Wohnungsbauvolumen 1982 preisbereinigt um 7 Prozent zurückging, haben die langfristigen Hypotheken-Neuzusagen der Rheinisch-Westfälischen Boden-Credit-Bank AG, Köln, sogar das höchste Jahresergebnis seit Gründung vor mehr als 80 Jahren gebracht. Dies war jedoch nur möglich, weil diese Mittel zu 57 Prozent der Finanzierung bereits fertiggestellter Objekte dienten. Im Kommunaldarlehensgeschäft war die Nachfrage zwar unverändert rege, wegen der engen Margen blieben die Zusagen um ein Drittel hinter denen des Vorjahres zurück.

Die Zinsbindungsfristen zeigen bei den Neuzusagen – so der Geschäftsbericht – eine erste, allerdings noch unzureichende Wende zum Besseren. Im 10-Jahre-Bereich verdoppelte sich der Anteil der Zusagen auf 20 Prozent. Das bedeutet, daß die kurzen Zinsbindungsfristen das Volumen der Bedingungsanpassungen (1982: 386 nach 193 Mill. DM) in den nächsten Jahren weiter ansteigen lassen und die Bank mit erheblichen Zusatzkosten belasten werden. Rheinboden blieb 1982 von vorzeitigen Rückzahlungen (162 nach 50 Mill. DM) nicht verschont.

Die Ertragsentwicklung hat mit dem Aufschwung des Neugeschäfts noch nicht Schritt gehalten. Einmal belasten Bestands-Tilgungen, zum anderen wurden in der Hochzinsphase Refinanzierungen zu hohen Sätzen vorgenommen, die 1982 voll zu Buche schlugen. Dem Rückgang des Zinsüberschusses stand 1982 ein kräftiger Anstieg der Einmalerträge um 6,4 Mill. DM gegenüber. Außerdem ist der passivische Rechnungsabgrenzungsposten, dessen Auflösung in den kommenden Jahren zu Erträgen führt, mit 42,8 (30,8) Mill. DM höher ausgefallen.

Nachdem aus dem Jahresüberschuß von 10,6 (12,9) Mill. DM die Rücklagen mit 5 (5,75) Mill. DM dotiert worden sind, wird der verbliebene Bilanzgewinn an die Aktionäre, mehrheitlich die Colonia-Versicherungen, ausgeschüttet: das sind wie im Vorjahr 6 DM je 50-DM-Aktie auf unverändert 48 Mill. DM Grundkapital (Hauptversammlung am 27. April).

Rheinboden	1982	±%
Darl.-Neuzusagen		+
(Mill. DM)	677	6,4
dav. Hypotheken	463	+81,7
Kommun.-Darl.	414	–33,1
Darl.-Auszahlungen	844	–14,1
Tilgungen	511	+16,2
Darl.-Bestand	6 714	+ 5,2
dav. Kommun.-Darl. %	47,4	(46,6)
Begeb. Schuldverschr.	6 614	+ 5,5
Bilanzsumme	7 156	+ 5,4
Zinsüberschuß	23,9	–30,9
in % d. Bil.-Summe	0,4	(0,6)
Eigenkapital	167	+ 3,1
in % d. Bil.-Summe	2,3	(2,4)

NAMEN

Ernst W. Brutsche, persönlich haftender Gesellschafter des Bankhauses Trinkaus & Burkhardt, Düsseldorf, wird zum 1. Juli 1983 auch die Aufgaben eines Chief Executive – Group Treasury – der Midland Bank PLC, London, und eines Mitglieds des Executive Committee der Bank übernehmen.

Shigeru Kashima ist als Nachfolger des nach Japan zurückkehrenden **Kunihiko Inoue** zum Geschäftsführer der Nikon GmbH, Düsseldorf, berufen worden.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: Nachl. d. Dipl.-Ing. Axel Schrader; **Bad Kreuznach:** Günter Erz Weinbau-Ing. (grad.) Weinvertriebsges. mbH, Weingroßhandlung; **Bensheim:** Theatertechnik GmbH, Lorsch; **Düsseldorf:** Nachl. d. Jürgen Walter Reinhold Hoffmann, Buchhalter; Nachl. d. Ingo Loesch, Regisseur; Tramin Transport- u. Mineralöl AG, Wesel; **Essen:** Tholl Verlag GmbH & Co. KG; **Göttingen:** Walter Richter KG Peugeot-Automobile i. L.; **Gütersloh:** Langenberger Sperrholzwerke GmbH; **Hanau:** Carol Spiteler, Maintal; **Karlsruhe:** GHS Fußbodenbau GmbH, Waldbronn; **Kehl:** SWAN Verlag GmbH; **Landau i. d. Pf.:** Nattermann Büroeinrichtungen GmbH.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Köln: Palette Malerwerkstätte GmbH; **Schwelm:** Fritz Wülfing KG, Ennepetal 1.

Vergleich eröffnet: Hannover: Renate Joost, Kauffrau, Inh. d. Textilfachgeschäftes; **Kempten:** Dr. Ing. Bock-Bau-Betriebe GmbH.

FRANKREICH / Eingedämmte Agrarimporte

Deutsche Ausfuhr behindert

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die von der französischen Regierung in den letzten Monaten ergriffenen nichttarifären Maßnahmen zur Eindämmung der Importe haben sich vor allem auf den deutschen Agrarexport sehr nachteilig ausgewirkt. Diese Auffassung vertrat der Geschäftsführer der „Centralen Marketinggesellschaft der Deutschen Agrarwirtschaft" (CMA), Helmut Fahrnschon, anläßlich der 20. Internationalen Landwirtschaftsmesse in Paris vor deutschen Journalisten.

Als einfuhrbehindernd wirkten sich nach Fahrnschon insbesondere aus: der Zwang zur Beschriftung der Agrarprodukte (einschließlich Weine und Spirituosen) in französischer Sprache, die Verschärfung der Ursprungskontrolle, zusätzliche Zertifikate für die Einfuhr von Molkereiprodukten, die Einführung einer Vermarktungsprämie für importierte Kartoffeln und die Kauft-französisch-Kampagne.

Dadurch wird, wie Fahrnschon erklärte, die deutsche Agrarausfuhr nach Frankreich „zunehmend belastet". Schon im letzten Jahr sei diese Ausfuhr nur noch um 6 Prozent auf 2,25 Milliarden DM gestiegen, nachdem sie sich 1981 um 8 Prozent erhöht hatte. Demgegenüber nahm die deutsche Agrareinfuhr aus Frankreich (ohne Kaffee und Tabak) um 6,8 Prozent auf 5,69 Milliarden DM zu, nach einem Zuwachs von allerdings 12 Prozent 1981. Die französische Zollstatistik nennt Agrareinfuhren aus der Bundesrepublik von 6,93 Milliarden Franc (plus 16,5 Prozent) und Ausfuhren von 15,81 Mrd. Franc (plus 19,3 Prozent). Die Differenz in den Zuwachsraten erklärt sich vor allem aus der Franc-Abwertung.

Die deutsche Agrarwirtschaft konnte damit ihren Export nach Frankreich aber immer noch erheblich stärker ausweiten als ihre Gesamtausfuhr, die 1982 nur um 2,4 Prozent gestiegen war. Auch gibt Fahrnschon zu, daß die französischen Marktpositionen gehalten oder erweitert wurden – „allerdings nur durch Preiszugeständnisse". Eine weitere Franc-Abwertung sei unter diesen Umständen sehr schwierig zu verkraften.

Allerdings hat sich der deutsche Agrarexport in den letzten Jahren zunehmend auf hochwertige Veredelungserzeugnisse spezialisiert. Sie haben nach Fahrnschon inzwischen einen solchen Umfang erreicht, daß sie „nicht mehr so ohne weiteres zu ersetzen sind". Auch käme diesem Export die relativ niedrige deutsche Inflationsrate zugute sowie das systematische Marketing nicht zuletzt durch die CMA. Als Beispiel nannte Fahrnschon die starke deutsche Präsenz auf der Pariser Landwirtschaftsmesse, die durch intensive Verkaufsförderungsmaßnahmen und eine breit angelegte Verbraucherwerbung flankiert wurde.

DEUTSCHE SPEZIALGLAS / Im Inland besser

Vor schwierigen Aufgaben

D. SCHMIDT, Delligsen

Die Deutsche Spezialglas AG (Desag), Delligsen, die in den ersten Monaten des laufenden Geschäftsjahres 1982/83 (30. 9.) ihren Umsatz um knapp 9 Prozent erhöhte, erkennt inzwischen deutlich Abschwächungstendenzen. Nach Angaben des Vorstands gilt dies vor allem für den Auftragseingang. Die ausbleibende Belebung im Bereich konventioneller Gläser der Augenoptik und bei Rückspiegeln für die Automobilindustrie lasse wieder ein schwieriges Jahr erwarten. Eine Stabilisierung des Umsatzes verspricht sich die Desag von der Übernahme des Geschäfts mit Gläsern für die Signaloptik von der Auer-Sog Glaswerke GmbH, Gandersheim, am 1. 10. 82.

Besser als zunächst erwartet verlief für die Desag das Geschäftsjahr 1981/82. Der Umsatz konnte um 7,4 Prozent auf 149,5 (139) Mill. DM gesteigert werden. Vor allem das um 12 Prozent ausgeweitete Inlandsgeschäft trug das Wachstum; die Exportquote verringerte sich demzufolge auf 42 (44,2) Prozent.

Die einzelnen Glasbereiche entwickelten sich unterschiedlich. Bei Brillengläsern fand die Desag einen Ausgleich für das schwache Inlandsgeschäft im Export, während das Geschäft mit Rückblickspiegelgläsern erheblich ausgeweitet wurde.

Neben gestiegenen Verkaufspreisen wirkte sich die hohe Bewertung des US-Dollars positiv auf das Betriebsergebnis aus. Im Geschäftsbericht wird der Jahresüberschuß mit 2,5 (2,2) Mill. DM ausgewiesen. Der Hauptversammlung am 28. April wird die Ausschüttung einer auf 16 (12) Prozent erhöhten Dividende auf 16 Mill. DM Grundkapital vorgeschlagen. An der Desag sind die Schott Glaswerke mehrheitlich beteiligt.

Weiter verbessert hat sich im Berichtsjahr die Finanzstruktur des Unternehmens. Den Investitionen von 0,4 (13,8) Mill. DM stehen Abschreibungen von 10,1 (8,4) Mill. DM gegenüber. Dadurch verringerte sich der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme (119 Mill. DM) auf 43 (47) Prozent. Der Anteil des Eigenkapitals am gesamten Kapital erreicht wieder 33 Prozent. Ende September 1982 beschäftigte die Desag 1484 Mitarbeiter, 50 weniger als vor Jahresfrist. In der Glashütte Mitterteich mußte Kurzarbeit eingeführt werden.

USA / Belegschaft will Stahlwerk für ein Fünftel des Buchwerts übernehmen

Rettung auch für die Gemeinde in Ohio

H.-A. SIEBERT, Washington

Daß Arbeiter und Angestellte Betriebe übernehmen, die geschlossen werden sollen, kommt in den USA nicht selten vor. Statistisch erfaßt sind immerhin rund 5000 Firmen, die heute ehemaligen Lohn- und Gehaltsempfängern gehören. In der Masse sind es jedoch Minigesellschaften; alle größeren Übernahmen haben sich bisher als ein Fiasko erwiesen.

In Weirton, West Virginia, stimmen demnächst 10 000 Beschäftigte darüber ab, ob sie den größten Arbeitgeber der Region, die sich bis nach Ohio und Pennsylvania erstreckt, aufkaufen sollen (wie in einer Teilauflage berichtet). Wenn nichts geschieht, verlieren alle ihre Jobs und die Mittelstadt am Ohio River ihre wirtschaftliche Basis. Aber das finanzielle Engagement ist, ebenso wie das Risiko, gewaltig.

Das Werk gilt als der beste Weißblechlieferant in den USA, hergestellt werden außerdem gewalzte Stahlerzeugnisse für die Automobil- und Haushaltsgeräteindustrie. Qualität hat in Weirton Vorrang. Was die Arbeitnehmer, von denen 3100 stempeln gehen, zittern läßt, sind diese Zahlen: Sie würden Anteilseigner des achtgrößten Stahlwerks in den USA sein, das jährlich mehr als eine Milliarde Dollar umsetzt. In der Fortune-Liste würde das etwa den 300. Rang bedeuten.

Weil die Gewinne nicht mehr so üppig fließen, hatte Amerikas viertgrößter Stahlkonzern, die National Steel Corporation mit Sitz in Pittsburgh, vor einem Jahr den Beschäftigten das Weirton-Werk zum Kauf angeboten. Gebildet wurde eine gemeinsame Studienkommission, als Berater fungierte die renommierte New Yorker Consultingfirma Lazard Frères & Co. Nach dem jetzt ausgearbeiteten Plan erhält National Steel für alle Anlagen und Grundstücke 66 Millionen Dollar. Das sind 22 Prozent des Buchwerts.

Das ist aber nur ein Teil des Kaufpreises. Für 300 Millionen Dollar übernimmt die neue Gesellschaft außerdem sämtliche Lagerbestände. Insgesamt wird das Vermögen des Weirton-Werkes auf 181 und seine Verpflichtungen auf 185 Millionen Dollar veranschlagt. Großzügig verfährt National Steel bei der Schuldentilgung. So müssen die Beschäftigten bei der Grundbucheintragung im Juni nur 75 Millionen Dollar auf den Tisch legen, den Rest können sie in 28 Jahren abstottern. Zinsen sind zum Beispiel erst fällig, wenn die Firma über ein Eigenkapital in Höhe von 100 Millionen Dollar verfügt.

Die an den Verhandlungen Beteiligten sind überzeugt, daß sich die notwendigen Barmittel am Geld- und Kapitalmarkt beschaffen lassen. Damit das Weirton-Werk wieder konkurrenzfähig wird, nimmt die Belegschaft Lohnkürzungen um 32 Prozent in Kauf. Diese Bedingung haben die Banken gestellt. In Weirton verdient ein typischer Stahlarbeiter 35 000 bis 40 000 Dollar im Jahr.

VEITH-PIRELLI / Preiserhöhung „durchhalten"

Von der Branche abgekoppelt

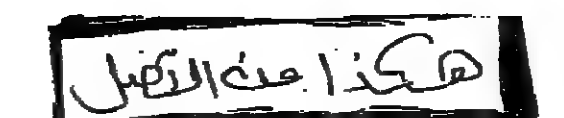
INGE ADHAM, Frankfurt

Auf eine Prognose für dieses Jahr mag sich der Vorstand der Veith-Pirelli AG, Breuberg, noch nicht festlegen. Das neue Jahr begann mit einem weiter verschärften Preiswettbewerb. Gleichwohl hat das Unternehmen, das zum italienischen Pirelli-Konzern gehört, Anfang März seine Preise für Ersatzreifen um 5 Prozent angehoben. Das will man auch „durchhalten".

Zu Hilfe kommt dem Reifenhersteller, der sich nach eigenem Bekunden etwas vom allgemeinen Preisverhalten der Reifen-Industrie abkoppeln konnte, die Markentreue der Kunden, denen Verkaufsvorstand Lutz Radtke ein gewachsenes Sicherheitsbedürfnis bescheinigt.

Der Gesamtmarkt, auf dem Pirelli nach eigener Einschätzung mit Dunlop etwa gleich auf Platz 3 hinter Michelin und Conti-Uniroyal rangiert, schrumpfte mit nachlassendem Ersatzgeschäft um zwei Prozent. Die Veith-Pirelli AG, die im vergangenen Jahr ihre Preise um durchschnittlich 2 Prozent erhöhte und im Erstausstattungsgeschäft kräftig zulegen konnte, weist ein Umsatzplus von 11,2 Prozent auf 568,2 (510,8) Mill. DM aus; im Teilkonzern wuchs der Umsatz um 9,8 Prozent auf 664,4 (605,2) Mill. DM.

Bei einem nach den Worten von Finanzchef und künftigem Sprecher Kurt Weixler leicht verbesserten Betriebsergebnis und vorsichtigem Umgang mit den Finanzmitteln weist die AG wieder 2,9 Mill. DM Jahresüberschuß aus, aus dem die Hauptaktionäre wieder 8 und die wenigen freien Aktionäre 12 Prozent Dividende erhalten. Die Investitionen machen wieder gut 30 Mill. DM aus, die Zahl der Beschäftigten sank leicht auf 3390 (AG).



S STUTTGART / 1982 noch Einbußen

auspar-Barometer steigt

WERNER NEITZEL, Stuttgart
achdem die Bausparkassen in vergangenen zwei Jahren tliche Einbußen im Neugeäft haben hinnehmen müssen, eint das Bauspar-Barometer t wieder zu steigen. Dies regiert jedenfalls die Landesbaurkasse Württemberg, Stuttgart. schon in der zweiten Jahreste 1982 spürbare „sanfte" Auftsentwicklung setzt sich in 3 fort. Nach Angaben des geäftsleitenden Vorstandsmitds Heinz Wilderer ist das Bruteugeschäft des Instituts in den en zwei Monaten dieses Jahres 7 Prozent angestiegen. Für das ze Jahr hält er bei anhaltender naverbesserung eine Zuwachs- zwischen 5 und 10 Prozent für glich.

82 verbuchte die LBS Stutt- 94 760 Neuverträge über eine sparsumme von insgesamt 2,98 l. DM, das bedeutet einen kgang gegenüber dem Vorjahr 14,5 bzw. 13,4 Prozent. Da bei gen konkurrierenden privaten sparkassen die Minusraten hö- ausgefallen sein dürften, schätzt die LBS ihren Marktanteilsgewinn im Arbeitsgebiet Württemberg auf 1 bis 2 Punkte. Man glaube, nach einigen Jahren rückläufiger Entwicklung die Marke von 30 Prozent Marktanteil wieder überschritten zu haben. Als Gründe für den Aufwärtstrend nennt Wilderer die qualitative Straffung des Außendienstes und die zusammen mit den Sparkassen aufgelegten maßgeschneiderten Finanzierungsprogramme. Die Sparkassen brachten der Bausparkasse rund ein Drittel des Neugeschäfts.

Der Vertragsbestand wuchs auf 36,8 Mrd. DM (plus 2 Prozent) an. Auch beim Geldeingang ergab sich ein leichtes Plus von 1,5 auf 2,56 Mrd. DM, wobei freilich der Spargeldeingang um 5 Prozent zurückging. Die Zuteilungen erhöhten sich um 3 Prozent auf 2,58 Milliarden DM. Es wurden 17 000 Wohneinheiten (minus 17 Prozent) mitfinanziert. Die Zuteilungsfristen haben sich um 4 Monate (für Schnellsparer) verlängert und betragen nunmehr 32 Monate bei 50prozentiger Soforteinzahlung und 46 Monate bei 40 Prozent.

GROSSANLAGENBAU / Nachfrage sinkt weltweit – Renditen verfallen

VDMA beklagt mehr Störfaktoren

JOACHIM WEBER, Frankfurt
Die deutschen Anlagenbauer haben wenig Hoffnung, in diesem Jahr das Auftragsvolumen von 1982 halten zu können. Die internationale Nachfrage nach Großanlagen ist mit der gedämpften Finanzsituation vieler Länder zurückgegangen. Gleichzeitig hat sich der Konkurrenzkampf erheblich verschärft, berichtet Theodor Messing, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Großanlagenbau im VDMA.

„Das Geschäft läuft zunehmend über den Preis", so Messing. Der schärfere Wettbewerb fördere zudem die Bereitschaft der Anbieter, immer weitergehende Risiken und Gewährleistungen zu übernehmen. Das schlage „ganz erheblich" auf die Renditen der Branche durch. Die Nettoumsatzrendite, vor etwa einem halben Jahrzehnt noch bei 3,5 Prozent, sei inzwischen auf 2 Prozent gesunken.

Angesichts der in dieser Branche besonders ausgeprägten Notwendigkeit, das mit dem Anlagenexport abfließende Know-how permanent zu „regenerieren", sei diese Marge aber bereits zu niedrig. Da die „Zahl der Störfaktoren zunimmt", rechnet der Anlagenbau kurz- und mittelfristig noch mit einer weiteren leichten Verschlechterung.

Die wachsenden Finanzprobleme vieler Abnehmerländer mit hoher Verschuldung, der Niedrigstand der Rohstoffpreise und der immer häufigere Griff der Auslandskonkurrenten in die jeweiligen Entwicklungshilfe-Kassen und zu anderen Staatshilfen bereiten zunehmende Kopfschmerzen.

Darüber hinaus ist auch die Auftragsstreuung kein Grund zu ungetrübter Zukunftsfreude. 40 Prozent der Auslandsaufträge stammten 1982 aus nur drei Ländern: Indonesien, UdSSR und Saudi-Arabien. Einschließlich Indien, Ägypten, Südafrika und Kuwait wird bereits die 50-Prozent-Marke übertroffen. Messing sieht darin „eine erhebliche Gefährdung für die gleichmäßige Auslastung der Kapazitäten" im Anlagenbau.

Denn nach wie vor hängt das Wohl und Wehe der Branche vom Auslandsgeschäft ab. Das zeigt auch der Auftragseinbruch 1982: Nur am Rückgang der Auslandsorders um 28 Prozent auf 14,2 (19,9) Mrd. DM lag es, daß der Gesamtauftragseingang um 21 Prozent auf 20,2 (25,7) Mrd. DM und damit wieder auf das Niveau von 1980 schrumpfte. Der Anteil des Auslandsgeschäfts nahm damit auf 70 (77) Prozent ab.

Mit dem leichten Zuwachs der Inlandsaufträge um gut 2 Prozent auf 6 (5,9) Mrd. DM war wenig gegen die Exporteinbußen auszurichten. Daran wird sich auch künftig wenig ändern.

Um die etwas dürreren Jahre zu überstehen und möglichst wenige ihrer 95 000 Mitarbeiter (davon fast zwei Drittel Experten) entlassen zu müssen, wünschen sich die Anlagenbauer etwas mehr Unterstützung vom Staat. Dabei denken sie an Hilfen aus der Entwicklungshilfe, Erleichterungen bei der Exportkreditversicherung und den weiteren großzügigen Einsatz des Bürgschaftsinstrumentariums.

HDW / Schiffsneubau nur noch in Kiel?

Vor Massenentlassungen

JAN BRECH, Hamburg
Bei der größten deutschen Werft, der Howaldswerke-Deutsche Werft AG (HDW) mit Betriebsstätten in Kiel und Hamburg, stehen offenbar Massenentlassungen bevor. Der Aufsichtsrat der Werft muß am 28. März über ein Strukturkonzept zur Sanierung des Unternehmens entscheiden, das allein für Hamburg die Freisetzung von rund 2100 Mitarbeitern vorsieht und das Ende des Schiffneubaus in Hamburg bedeutet. Der Neubau von Schiffen soll in Kiel konzentriert werden. In Hamburg verblieben dann nur Maschinen- und Stahlbau, Reparatur und Offshore-Geschäft. In Hamburg sind zur Zeit rund 4000 Mann beschäftigt.

In welchem Maß das Konzept personelle Konsequenzen für Kiel vorsieht, ist bislang nicht bekannt. Es wird aber befürchtet, daß an der Förde die Beschäftigtenzahl von gegenwärtig rund 6500 um 1500 Mitarbeiter reduziert werden muß.

Das Konzept des Vorstands ist am Montag dem Aufsichtsrat und den Anteilseignern zugeleitet worden. Bei HDW ist die Salzgitter AG zu 74,9 und das Land Schleswig-Holstein zu 24,9 Prozent beteiligt. Aufsichtsrats-Vorsitzender Ernst Pieper und HDW-Vorstandsvorsitzender Klaus Ahlers haben die Konsequenzen für Hamburg in einem Gespräch mit dem Bürgermeister Dohnanyi erläutert.

Konkrete Angaben zu weiteren Aspekten des Konzepts waren nicht zu erhalten. Vor HDW-Mitarbeitern, die in Hamburg kurzfristig ihre Arbeit aus Protest niederlegten, betonte Ahlers, daß man HDW in Hamburg weiterführen wolle, dies aber nicht in der gegenwärtigen Form möglich sei. Der Markt akzeptiere zur Zeit nur Arbeitskosten pro Stunde von 25 bis 30 DM, bei HDW lägen sie bei 60 bis 70 DM. Aufgrund der völlig unzureichenden Auftragslage wird bei HDW in Hamburg kurzgearbeitet.

Anläßlich der Bilanzvorlage 1981/82, die mit rund 100 Mill. DM Betriebsverlust schloß, hatte Ahlers bereits erklärt, daß jeder Tag ohne die Durchführung eines Strukturkonzepts für HDW eine „betriebswirtschaftliche Tragödie" bedeute.

RTH-GRUPPE / Überkapazitäten bei Teppichboden

ür hartes Jahr gerüstet

INGE ADHAM, Frankfurt
f rund 20 bis 30 Prozent tzt Helmut Schäfer, Sprecher Gesellschafter) der Familienpe Wirth, Fulda, die Teppichen-Überkapazitäten in der desrepublik. Vor diesem Hinund und nach drei für die che überaus mageren Jahren, auch die Unternehmen der h-Gruppe (Dura Tufting und abrik Fulda mit Beteiligungsllschaften, Fulda, und Kammspinnerei J. C. Wirth, Donauingen) nicht ungeschoren hierechnet Schäfer noch in die- Jahr mit einer deutlichen tbereinigung.

r die von ihm mitgeführte pe ist ihm jedoch nicht bange. sind gerüstet", betonte er vor Presse in Frankfurt und erin- daran, daß man sich in der h-Gruppe seit Jahren intensiv Innovationen bemüht habe, st hätten wir längst die Hälfte res Umsatzes verloren", der in Spitze 410 Mill. DM ausmachte. Beispiele nannte Schäfer die le Ausstattung neuer Automo-, technische Filze und Nadele, die Staubsaugerdüse aus ing und schließlich Bemühun- um das Recycling: Tufting-Ab- dienen als Erdverbesserer.

Die Findigkeit, die sich die Fuldaer einen großen Teil der Investitionen kosten lassen, ist bitter nötig; auch im vergangenen Jahr war im Teppichboden-Geschäft keine Musik. Der Inlandsmarkt für Tufting-Beläge, der etwa drei Viertel des Marktes für textile Bodenbeläge ausmacht, schrumpfte im vergangenen Jahr weiter um 9 Prozent. Mit einem Rückgang von 3 Prozent auf 214 (220,6) Mill. DM Umsatz sieht Schäfer die Dura Tufting GmbH, das Kernunternehmen der Gruppe, noch ganz gut davongekommen.

Der addierte Jahresumsatz der Familienunternehmen, von denen nur die Kammgarnspinnerei Pluszeichen schrieb, fiel um 2,8 (i. V. minus 1,1) Prozent auf 344,4 (354,2) Mill. DM zurück. Investiert wurden „vorsichtig" 7,4 (10,7) Mill. DM, die Mitarbeiterzahl durch Ausnutzung der Fluktuation auf durchschnittlich 2690 (2790) Beschäftigte reduziert. Entscheidend für die Familieneigner, die in diesem Jahr auf einen zwar langsamen aber stetigen Aufschwung hoffen, ist aber, daß auch 1982 die Bilanz mit einem „aber sehr kleinen" Gewinn schließt.

Billiges Geld nur zögernd weitergegeben

dos, Hannover

Die 598 (609) niedersächsischen Kreditinstitute haben 1982 ihr schon im Vorjahr gutes Betriebsergebnis weiter verbessert. Nach Angaben der Landeszentralbank in Niedersachsen wuchs der Zinsüberschuß kräftig, weil die Institute die Senkung der Geldbeschaffungskosten nur zögernd in den Kreditzinsen weitergaben. Die Habenzinsen sanken dagegen schnell, so daß sich die Zinsspannen beträchtlich ausweiteten.

Um 7,2 Prozent auf 186 Mrd. DM weiteten die Institute ihr Geschäftsvolumen aus. Das Kreditgeschäft mit Nichtbanken wuchs um 7 Prozent auf 145 Mrd. DM. Die Neuausleihungen blieben mit 9,2 (10,8) Mrd. DM erneut unter Vorjahresniveau. Das Geschäft mit der öffentlichen Hand expandierte dabei stärker als das mit der übrigen Kundschaft.

Auf der Einlagenseite wuchs das Volumen um gut 6 Prozent auf 107 Mrd. DM und damit erstmals seit 1978 wieder stärker als im Vorjahr. Überdurchschnittlich nahmen die Sicht- und Spareinlagen zu. Das Wachstum der Geldmenge blieb 1982 mit 6 Prozent wie angestrebt in der oberen Hälfte des Zielkorridors.

Bei Kölsch-Fölzer unverändert Verlust

VWD, Siegen

Die erst kürzlich durchgeführte Kapitalsanierung hat bei der Kölsch-Fölzer-Werke AG, Siegen, bisher noch keine Wende zum besseren gebracht. Das Unternehmen hat im 1. Halbjahr 1982/83 (30. 6.) einen Verlust von 0,6 Mill. DM hinnehmen müssen. Die Auftragseingänge des Maschinen- und Anlagenbauers waren nach Angaben des Vorstandsvorsitzenden Erich Butz in den ersten acht Monaten mit 24,5 (37,5) Mill. DM „stark rückläufig". Der Umsatz sank auf 30,3 (40,7) Mill. DM. Auch im 3. Quartal, so Butz vor der Hauptversammlung in Siegen, mußte Kurzarbeit eingeführt werden.

Die Kooperation mit dem Münchener Ingenieurbüro Tax läuft nur langsam an. Durch die jüngste Kapitalerhöhung, an der der „weit überwiegende Teil" der Altaktionäre teilgenommen habe, könnte Tax, der eine Schachtelbeteiligung anstrebt, erst 15 Prozent des Aktienkapitals von rund 4,92 Mill. DM erwerben. Aufsichtsrat Dieter Schneider schloß nicht aus, daß bereits in Kürze vom genehmigten Kapital in Höhe von 1,5 Mill. DM Gebrauch gemacht werde. Die HV billigte – bei einer Präsenz von nur 42,4 Prozent – die Entlastung des Vorstands und des Aufsichtsrats.

Dywidag: Noch gut durch die Baukrise

rtr, München

Die Dyckerhoff & Widmann AG (Dywidag), München, ist 1982 „einigermaßen zufriedenstellend" durch die schwere Baurezession gekommen. Das Ergebnis 1982 werde wieder eine Stärkung der Reserven und eine „angemessene Dividende" ermöglichen, heißt es in einem Aktionärsbrief. Für 1981 hatte Dywidag 8 DM Dividende je 50-DM-Aktie ausgeschüttet.

Die Gesamtleistung des Unternehmens erreichte mit rund 2,05 Mrd. DM fast wieder den Vorjahresstand. Im Inland ging sie wegen des hohen Auftragsbestandes zu Jahresbeginn *trotz der Krise nur um* 3 Prozent auf 1,193 Mrd. DM zurück. Dieser Rückgang konnte aber durch einen 4prozentigen Anstieg der Bauleistung im Ausland ausgeglichen werden.

Der Auftragseingang schrumpfte 1982 drastisch um 28 Prozent auf 2,33 Mrd. DM, was insbesondere auf das Auslandsgeschäft zurückzuführen ist, das nur noch 0,74 (1,63) Mrd. DM brachte. Aus dem Inland kamen wie im Vorjahr Aufträge über 1,6 Mrd. DM. Der Auftragsbestand per Ende 1982 erhöhte sich insgesamt aber noch um über 11 Prozent auf knapp 3 Mrd. DM, mit 57 Prozent Auslandsanteil.

NATIONALBANK / Grundkapital wird erhöht

Aktionäre doppelt bedacht

HARALD POSNY, Essen
Die rund 1400 Aktionäre der Nationalbank AG, Essen, haben in diesen Monaten Grund zu doppelter Freude: Einmal ist aufgrund des guten Gesamtergebnisses (75,1 nach 70,1 Mill. DM Zins- und Provisionsüberschuß, 29 nach 26 Mill. DM Betriebsergebnis und unverändert mit 6 Mill. DM ausgewiesener Jahresüberschuß) der vorjährige Bonus von 1 DM für 1982 zum Bestandteil der Ausschüttung von 10 DM je 50-DM-Aktie geworden. Zum anderen wird der Hauptversammlung am 27. April die Erhöhung des Grundkapitals von 20 auf 22 Mill. DM vorgeschlagen. Die jungen Aktien sollen im Verhältnis 10:1 zum Preis von 100 DM angeboten werden, ein Betrag, der erheblich unter dem Durchschnittskurs des „goldgeränderten" Papiers von 280 DM im letzten Jahr liegt.

Nach der Kapitalerhöhung wird die einzige konzernunabhängige Regionalbank im Ruhrgebiet über ausgewiesene Eigenmittel von 68 (64) Mill. DM verfügen, was für das vorhandene Volumen und das zu erwartende wie üblich moderate, ertragsorientierte Wachstum ausreicht.

Nach den Worten von Vorstandsmitglied Günther Ehlen wurde für mögliche Kreditrisiken ausreichend Vorsorge getroffen, obwohl man „nur wenig" von Pleiten berührt und von Länderrisiken nach wie vor völlig frei ist. Insgesamt führte die Risikovorsorge in Verbindung mit geringeren Niederstwertabschreibungen auf Wertpapiere zu einer Erhöhung der entsprechenden Aufwandspositionen in der Gewinn- und Verlustrechnung um 4,4 auf 15,8 Mill. DM, was freilich auch den Steueraufwand auf 8,5 (10,1) Mill. DM verringerte.

Wesentliche Wachstumsquelle der um 5,8 (4,9) Prozent auf 1,39 Mrd. DM gestiegenen Bilanzsumme waren die Kundeneinlagen von 1,16 Mrd. DM (plus 6,4 Prozent). Davon sind 58 (56) Prozent überdurchschnittlich gut sprudelnde Spareinlagen (plus 8,7 Prozent). Das Kreditvolumen erreichte 1,16 (1,11) Mrd. DM, wobei der Zuwachs auf Kundenforderungen (889 Mill. DM) und hier überwiegend auf kurz- und mittelfristige Forderungen entfiel, die nach Größenordnung und Wirtschaftszweigen breit gefächert sind. Traditionell übersteigen die Kundeneinlagen die für das Kreditgeschäft erforderlichen Mittel beachtlich.

IMMOBILIEN / KAPITALIEN

SCHWEIZ

Nutzen Sie die wirtschaftlichen, steuerlichen und persönlichen Vorteile und Möglichkeiten Ihrer eigenen

aktiven Gesellschaft oder **Holding in der Schweiz**

als ideales Zentrum und Drehscheibe für Ihre internationalen Tätigkeiten!

Wir helfen Ihnen:



Postadresse: Postfach 16, CH-1820 MONTREUX 1, Telex 453251 scos ch, Tel. (021) 62 63 71, ab 13.3.83 (021) 64 12 71

CONSEILS ET ADMINISTRATION INTERNATIONALE DE CAPITAUX ET D'INVESTISSEMENTS

INTERNATIONAL

Berner Oberland Ringgenberg bei Interlaken

Wir verkaufen an wunderschöner Lage

3-Zimmer-Eigentumswohnungen

mit unverbaubarer Aussicht auf die Alpen und den Brienzersee. Ideal gelegen für Sommer- und Wintersportler. In diesem umgebauten Chalet erwartet Sie
- rustikaler Ausbau mit Holz
- behagliche Atmosphäre dank bestens ausgesuchten Baumaterialien
- erstklassige Wärmeisolation

Einige dieser Wohnungen können von Ausländern erworben werden. Für weitere Informationen sowie zur Besichtigung dieses schönen Hauses sind wir gerne bereit.

peter krüger
Immobilien AG, Aarbergergasse 5, 3011 Bern
Telefon (0 31) 21 12 12

In moléson sur GRUYERES (1 100 m ü.d.M.) /Schweiz wird ein Traumdorf Wirklichkeit



Mit nur 15 000.– sFr. Eigenmitteln werden Sie dort Eigentümer eines Appartments.

Moléson-Village: ein Kurort mit besonderer Note, ein origineller, hochwertiger Bau, eine sichere Geldanlage. (Verkauf an Ausländer gestattet.) Direktverkauf ohne Geschäftsvermittlung. Sparen Sie die Maklerprovision: Es ist Ihr Gewinn!

Auskunft erteilt:
Service de Construction **gratisa**
CH-1661 MOLESON SUR GRUYERES/SCHWEIZ
Ruf: (029) 6 15 78/6 11 64 Telex: 940 046 MOL. CH.

GUTSCHEIN für unser ausführliches, illustriertes Informationsmaterial. Mit Ihrer Visitenkarte oder Ihrem Namen und Ihrer Anschrift an obenstehende Anschrift zurückschicken.

Hesseln bei Linz/Rhein

Wir verkaufen für die Gemeinde Leubsdorf noch 24 Wochenendhausgrundstücke in herrlicher waldreicher Südhanglage, verkehrsgünstig gelegen, nur 10 Minuten zur BAB Köln-Frankfurt, Kaufpreis vollerschlossen DM 80,–/m². Grundstücksgrößen ab 360 m². Beispiel: 360 × 80,– DM = 28 800,– DM. Bebauungsmöglichkeit bis 70 m² Grundriß und ausgebautes Dachgeschoß. Als Dauerwohnsitz zugelassen.

Anfragen an: Bauunternehmung **J. KLEIN GmbH**, Asbacher Str. 116, 5460 Linz/Rhein, Tel. 0 26 44 / 47 26 + 47 28

Im Auftrag eines Kunden verkaufen wir in

La Punt-Chamues-Ch

(12 km von St. Moritz) eine luxuriöse

4½-Zimmer-Eigentumswohnung

Rustikaler Ausbau, Cheminee, Dachwohnung mit sichtbaren Deckenholzbalken, Küche, Badezimmer WC, Dusche/WC, 98 m² Nettowohnfläche. Verkaufspreis: Fr 360 000.- Anzahlung: Fr 260 000.- Hypothek gesucht. Diese Wohnung befindet sich in einem unter Denkmalschutz stehenden Engadinerhaus aus dem 17. Jahrhundert, das kürzlich renoviert wurde. Ausländerbewilligung ist vorhanden, aber kein Aparthotel.

Auskunft erteilt: SCHWEIZERISCHE VOLKSBANK, St. Moritz, Tel. 00 41 82 / 2 31 11 (Intern 29)

Konzernunternehmen sucht für die Errichtung eines Baumarktes

ca. 5000 m²

an der B 75 zwischen Wandsbek und Rahlstedt.
Zuschriften erbeten unt. L 4942 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Ihr Kapital wächst auf ca. 425% in 11 Jahren Bankkonto/Depot:

SCHWEIZ

Anlage in US $ (Weltfirmen). Verfügung im „Notfall" jederz. a. i. USA u. Kanada.
Info: Beratungsgemeinschaft, Postf. 50 11 24, 6072 Dreieich

VILLA

repräsentativ, unmittelbar am Rhein, weiter Blick, schöne Landschaft, gut geschnitt. Räume, gepfl. Garten, Bonn-Nähe, umständeh. zu verkaufen.
Zuschr. unter K 4941 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

30% staatl. Zuschuß / 40% So.-Afa. Timmendorf/Strandallee Hot.-App. EK 7500,–/KP 45000,–/WK üb. 350%.
Prospekte: BAP 46 DO 1, Postf. 11 26, T.: 02 31 / 57 16 39 / Tel.-Info.: 52 90 98

PEÑISCOLA SPANIEN

Peñismar — Direkt am Meer · Sandstrand
STUDIO 32.500 D.M. Für 3 Personen, 43 m² Wohnraum, Terrasse, Küche und komplettes Bad.
REIHENHAUS 48.650 D.M. Für 5 Personen: Wohnzimmer, Eßzimmer, 2 Schlafzimmer, Pkw Einstellplatz.
4 TENNISPLÄTZE · 2 SCHWIMMBÄDER · KINDERSPIELPLATZ
320 Km von der französischen Grenze Autobahn Verb. ZAHLUNGSERLEICHTERUNG 5 Jahre
Bei Reservierung Reise und Aufenthalt kostenlos.
Tel. (34.64) 45 00 24 von 10.00 bis 12.00 Uhr
Anschrift: PEÑISMAR Ref. D.W. COLONIA EUROPA Apdo. 86 - VINAROZ (Castellón) Spanien

Eröffnen Sie eine Parfümerie im Franchising



Zur Einrichtung einer französischen Parfümerie in Ihrer Stadt stehen Ihnen Beratung, Prestige und Einkaufsvorteile der dynamischen und originellen "DANS UN JARDIN" - Franchising-Gruppe zur Verfügung. Über 100 Boutiquen verkaufen bereits in Frankreich und in vielen anderen Ländern unsere Exklusivprodukte. Eine hervorragende Garantie! Unsere Spezialisten sind echte Profis, deren Erfahrung jederzeit zu Ihren Diensten steht. Ihre Einlage besteht aus etwa 100 000-120.000 DM oder einem 20-30 m² großen Ladenlokal mit Lagerraum in erstklassiger Geschäftslage unter Stadt mit mindestens 50.000 Einwohnern. Auskünfte betreffs Angebot und Vertriebsmöglichkeiten erhalten Sie telefonisch von Nicole Ostermeyer 00-33-1-296.12.78, Paris. Die Kandidaten müssen Französisch oder Englisch sprechen.

Dans un Jardin
11 RUE DU MARCHÉ-SAINT-HONORÉ 75001 PARIS

Yachthotel Chiemsee

Bauherrengemeinschaft



Mitten im Landschaftsschutzgebiet direkt am Seeufer mit eigenem Yachthafen gegenüber der Herreninsel mit dem Prunk-Schloß Ludwigs II.
- Das Hotel enthält Restaurant, gemütliche Stuben, Hallenschwimmbad, Sauna, Kegelbahn, Squash Court, Kneipp- und med. Anwendungen
- Konferenzräume
- Vielfältiges Freizeitangebot am Chiemsee: Segeln, Surfen, Golf, Tennis, Reiten, Segelfliegen, Langlauf, Alpin-Ski, Eisstockschießen, Eissegeln u.v.a.m.

Jederzeitige Eigennutzung mit interess. Rabatt und **hohe Rendite** (DM 16,–/m² ab 3. Betriebsjahr steigend). Zusätzliche Gewinnbeteiligung. Anlaufjahre bankverbürgt.

Nur noch einige Einheiten zur Zeichnung frei. Garantierte Mehrwertsteueroption. Geplanter Baubeginn Frühjahr 83.

Günstiger Zinssatz! Hochstzins + Höchstpreisgarantie!

Beispiel: Appartement mit 37,79 m² inkl. Gemeinschaftsfläche
m²-Preis 4410,– DM
Gesamtaufwand incl. Bauzeitzins und Beratungshonorar = 166 ...,– DM
Finanzierung des Eigenkapitals weitgehend durch Steuerersparnis incl. Mehrwertst. Option
Liquiditätsüberschuß in der Investitionsphase (bei entspr. Progression)

Vertriebskoordination:
FWB Consult, Gesellschaft für Finanz- und Wirtschaftsberatung mbH, Am See/Ärztehaus, D-8013 Haar. Tel.: (0 89) 46 30 47, Tx 05-215 601

FWB CONSULT

Kapitalanlagen (Schweiz)

Wir offerieren interessante Beteiligungen an gut fundierten Unternehmungen, verschiedener Branchen, sowie Beteiligungen an Immobilien. Einige Immobilien-Kapitalanlagen von sfr 100 000,- bis sfr 1 000 000,- können für Ausländer bewilligt werden, sind aber nur beschränkt erhältlich. Wir versichern zuverlässige und gewissenhafte Erledigung.

MARIKA HOLDING & IMMOBILIEN AG, Aegeristraße 71, CH-6300 Zug, Tel. Direktwahl: 00 41 / 42 21 21 25

SCHWEIZ

Gstaad / Berner Oberland

Sehr schöne, heimelige Wohnung in einem der exklusivsten Sommer- und Winterferienorte in der Schweiz zu verkaufen. Unverbaubare Südlage, herrliches Bergpanorama. Mit Ausländerbewilligung und notariellem Grundbucheintrag. Erforderl. EK sfr 115 000,–. Resthypothek kann zu günstigen Bankkonditionen abgelöst werden.

Telefon 00 41 54 / 8 58 48

Zinsg. Wertpapierkredite

in DM / sfr ab 0,5 Mio. Kurzfr. Abwicklung. Keine Avalkosten.

R & R GmbH, Anlage-Beratung u. Vermittl., Vermögensverwaltung, Heraldschweg 1 - 5024 Pulheim, Telefon 0 22 38 / 62 90

Einfamilienhaus

auf 800 m² Grundstück, in Kirchzarten bei Fr. i. Br., in bester Wohnlage, v. Privat zu verkaufen.
Tel. 0 62 23 / 28 10 oder 0 62 21 / 30 24 24

Mallorca – EILT!

Haus mit 2 Schlafzimmern, Meernähe, bis 120 TDM, auch auf Rentenbasis, gesucht.
Tel. 0 22 08 / 30 06

Kurort Holst. Schw.

Objekt 15 ET-Whg.

690 m², beste Bausubstanz, gut vermietet, von Privat für DM 1850,–/m² zu verkaufen.
Näheres unter U 4927 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Linz/Rhein

In herrlicher Südhanglage verkaufen wir als Erschließungsträger für die Stadt Linz noch 24 wunderschön gelegene Bauplätze für freistehende Einfamilienhäuser. Herrliche Aussichtslage auf Eifelpanorama und Ahrtal. Grundstücksgrößen ab 350 m², Kaufpreis vollerschlossen DM 125,–/m². Beispiel: 550 × 125,– DM = 68 750 DM. Nutzen Sie die neuesten Finanzierungshilfen des Staates! Wir beraten Sie gerne.
Anfragen an die Stadtverwaltung Linz oder an die Bauunternehmung

J. KLEIN GmbH, Asbacher Straße 116, 5460 Linz/Rhein, Tel. 0 26 44 / 47 26

STADLER & CO. — Die große Deutsche Immobilien-Organisation

Achtung, Pferdefreunde!

Nähe Limburg, Lahn, ein herrliches Anwesen mit Bungalow 192 m². Swimmingpool, Bauernhaus 100 m². Wirtschaftsgeb. 300 m², Scheune 260 m², Pferdestall mit 4 Einzelboxen. Areal 23 705 m² plus 24 000 m² Pachtland. Preis nur DM 780 000,- (11 468)
Immobilien L. Rapisarda, Telefon 06 11 / 41 57 99

Unglaublich

Tilgungsversicherung, billiger als Banktilgung, damit Lebensvers. kostenfrei, ganz gleich, bei wem die Hyp. läuft.
Ihr Tilgungsspezialist: A. Sickinger, Postfach 23 42, 2000 Hamburg 60

Kapitalgeber

gegen Sicherheiten (Hypotheken bzw. Grundschuldabsicherungen) gesucht.
Zuschr. u. Z 4184 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Taverne (Tessin – Schweiz)

Nur 7 km nördlich von Lugano verkaufen wir die idealen

Eigentumswohnungen für das Weekend und die Ferien.
1½ Zimmer (49 m²) ab sfr. 80 000,–
3½ Zimmer (87 m²) ab sfr. 137 000,–

Auskünfte und Verkauf: **Fidinam Treuhandgesellschaft A. G.**, Via Ploda 14 – CH 6900 Lugano, Tel. 00 41 / 91 / 21 42 24, int. 264 / 265

Linz/Rhein

80 Eigentumswohnungen, auf 5 Objekte verteilt, im Bauherrenmodell oder Ersterwerbermodell zu verkaufen. Herrliche, unverbaubare Aussichtslage auf Rhein, Ahrtal und Eifelpanorama, verkehrsgünstig gelegen, nur 10 Minuten zur BAB Köln-Frankfurt, angenehmes Wohnen durch moderne Architektur in erholsamer grüner Landschaft des rheinischen Westerwaldes, solide Bauqualität. Hier einige Preisbeispiele:
Eigentumswohnung 45,96 m² Wohnfläche DM 126 473 inkl. Grundstücksanteil. 72,31 m² Wohnfläche DM 193 440,80 und 82,12 m² Wohnfläche DM 212 777,05. Günstige Finanzierung! Fordern Sie kostenloses Informationsmaterial an oder vereinbaren Sie einfach einen Besichtigungstermin.

HOLL, KLEIN & Co., Immobilien Betriebsorganisation GmbH, 5460 Linz/Rhein, Tel. 0 26 44 / 47 26

Baufinanzierung und Hypothekenbeschaffung

nach Maß. Auch in schwierigen Fällen (Zwangsversteigerung oder negativer Auskunft) können wir helfen. Eine telefonische Anfrage lohnt sich.
Vermittlung: WSB EITORF, Tel. 0 22 43 / 8 00 66 / 7

2 Ferienhäuser in Österreich/Steiermark zu verkaufen. Kaufpreis 130 000,– DM und 145 000,– DM.
Theo Büscher Immobilien GmbH, Antoniusstraße 4, 4432 Gronau, Tel. 0 25 65 / 20 11

Kostenlos

100%iger Kapital-Vers.-Schutz in Ihrer normalen Hypothekentilgung, konkurrenzloses Angebot f. privaten u. geschäftl. Bereich.
Ihr Tilgungsspezialist: A. Sickinger, Postf. 23 42, 2000 Hamburg 60

Südwestafrika

10 000 ha Wildfarm mit Gäste-Lodge und eigenem einmaligen Wildbestand. Ideal für Wildbeobachtungen, Fotosafaris, touristisch enorm ausbaubar, deutsches Management, sucht Beteiligung ab DM 50 000,–.
Näh. Einzelheiten unter J 4931 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Interessante Kapitalanlage!

Eigentümer verkauft kompl. Baugebiet, ca. 40 Bauplätze im südd. Raum, insges. 22 100 m², DM 24,–/m² = DM 530400,–, sofort bebaubar, Erschließung gesichert, gesamt oder teilw. zu verkaufen.
D + S, Hafenstraße 45, 4400 Münster, Ruf 02 51 / 5 52 53

Von Privat

Komfort-Landhaus Raum Schneverdingen zu verkaufen.
Tel. 0 42 66 / 12 35

Bärdenbach/Westerwald

Einfamilienhaus

Baujahr 1966, 130 m² Wohnfläche, Areal 1700 m², Balkon und Terrasse, guter Zustand, unverbaubare Fernsicht, 4 km zur BAB Köln-Frankfurt. Kaufpreis 218 000 DM.
HOLL, KLEIN & Co. Immobilien Betriebsorganisation GmbH, 5460 Linz/Rhein, Tel. 0 26 44 / 47 28

Erfolgreiches Unternehmen

auf Sylt sucht bei guter Rendite stillen Teilhaber.
Zuschr. u. F 4784 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

SFR-Kredite

ohne Aval ab 1,0 Mio. zu vermitteln.
Tel. 0 22 34 / 5 33 31

Sehen, was man kauft!

Am Mar Menor (Costa Blanca), in klimatischer Toplage Spaniens, in einer Anlage mit eigenem Strand, Kurpromenade und bereits erstellter Infrastruktur verkaufen wir Häuser ab DM 45 000,–. Besichtigungsreisen nach Vereinbarung. Lassen Sie sich durch uns informieren:
Windsurfing West, Abteilung Auslandsimmobilien, Arnold-Dehnen-Str. 44, 4100 Duisburg 12, Tel. 02 03 / 42 10 10 + 42 60 84

Linz/Rhein

6 Reihenhäuser

in herrlicher Südhanglage, architektonisch optimal gegliedert, 179 m² Wohn- und Nutzfläche, Dachgeschoßausbau zusätzlich möglich! Grundstücksgröße ab 280 m², Kaufpreis schlüsselfertig mit Garage und Außenanlagen DM 316 900,–. Eigenleistung möglich! Verkehrsgünstig gelegen, nur 10 Minuten zur BAB Köln-Frankfurt.
Anfragen an: Bauunternehmung J. KLEIN GmbH, Asbacherstr. 116, 5460 Linz/Rhein, Tel. 0 26 44 / 47 26 / 47 28

In Villingen-Hammerhalde: Das Angebot der GSG.

Schöne Eigentumswohnungen am Schwarzwald.

Bestens geeignet zum Selbstbezug oder als Kapitalanlage zum günstigen Preis.
Landschaftlich reizvoll, klimatisch günstig in ca. 700 m Meereshöhe. Alle Vorzüge des Oberzentrums Villingen-Schwenningen (Luftkurort) mit intakter Infrastruktur (Verkehrsanbindung, alle Schultypen, Gesundheitswesen, Kultur, Einkaufsmöglichkeiten, Freizeit-Einrichtungen etc.)
Bezugsfertige ETW, z. B.: 1-Zi-ETW, 45 m² zu 117.000,–, 2-Zi-ETW, 69,71 m² zu DM 171.200,–, 3-Zi-ETW, 97 m² zu DM 233.900,–, 4-Zi-ETW, 105,60 m² zu DM 240.000,–, jeweils einschließlich Tiefgaragenplatz.

Wir beraten Sie umfassend, vereinbaren Sie einen Termin mit VAS Immobilien GmbH. VAS, Klosterring 14, VS-Villingen, Telefon (07721) 59578 + 59981
Beratung auch durch die Leonberger (Jürgen Löffler, Tel. (07720/34624)

GSG — Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft mbH des Evangelischen Siedlungswerks in Deutschland und der Leonberger Bausparkasse, Niederlassung 7800 Freiburg, Marchstraße 1, Telefon (0761) 27 20 98

Luxemburger Holding A. G.

100 Prozent der Inhaberaktien zu veräußern.
Geschäftszweck: Steuervorteile, Vermögensverwaltung, Anlagevermögen, Wertpapier, Depot usw.
Die Holding genießt absolute Steuerfreiheit und ist quellensteuerfrei.
Besonders für Erbschaftsangelegenheiten und Verwaltung von Beteiligungen geeignet. Weiteres Know-how, Beratung, Verwaltung und Geschäftssitz kann durch uns direkt erfolgen.
Vertrauliche Anfragen erbeten unter T 4948 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Flachdach-Bungalow

in bester ruh. Villenlage v. Bad-Homburg, 180 m² Wfl., gr. Wohnraum mit Blumenfenster und Kamin, Eßraum, Diele, 5 weitere Zimmer, 1 Bad, 2 Duschen, Nebenräume und 1 Gästezimmer. Reichl. Einbauten, Doppelgarage, großer gepfl. Garten (biologisch bewirtschaftet). Grundstücksgröße 1200 m², v. Privat an Privat für DM 1,4 Mio. VB.
Zuschriften unter M 4955 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

★ Nähe Montreux und Ski-Gebiete ★

	Kaufpreis:		Eigenkapital:
Studio	sfr 62 000	(28,5 m²)	sfr 19 000
2-Zi.-Appartement	sfr 84 000	(47,0 m²)	sfr 25 000
5-Zi.-Chalet	sfr 240 000	(92,0 m²)	sfr 72 000
3½-Zi.-Villa	sfr 285 000	(100,0 m²)	sfr 85 000

Diese Beträge müssen Sie mindestens investieren, wenn Sie ein Feriendomizil in der SCHWEIZ, REGION MONTREUX (mit Ausländerbewilligung) haben wollen.
Auskunft durch: PC-IMMOBILIER-S.A., Tour-Grise 6, CH-1007 Lausanne, Tel. 00 41 21 / 25 26 11

Wenn Sie es eilig haben, können Sie Ihre Anzeige über Fernschreiber 08 579 104 aufgeben

GEWERBLICHE IMMOBILIEN

Jetzt investieren in Aachen:

Gewerbegebiet, ideale Verkehrslage zur BAB, DBB und zur Stadt

Gewerbehallen mit Gewerbegrundstück

maklerfrei, sofort beziehbar, zu verkaufen

Grundstück	4 350 m²
davon ebenerdige Hallenflächen	2 716 m²
mit ausgebautem Verwaltungsteil	ca. 500 m²
Durchschnittshöhe 4–5 m	zusammen 11 794 m²
Parkflächen	ca. 1 600 m²

Für alle Branchen geeignet, mit Kühlhaus
Preis 75 % des Verkehrswertes: 1,85 Mio. DM
Untergebote zwecklos

Zuschr. u. V 4950 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Internistische Praxis

140 m², Bremen, modernste Ausst. (Rö), bestens eingef., hervorragende Existenzmöglichk., wegen Todesfalls, sofort abzugeben.
Eickhoff, Tel. 04 21 / 63 23 12

Geben Sie bitte die Vorwahl-Nummer mit an, wenn Sie in Ihrer Anzeige eine Telefon-Nummer nennen

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Zum Mitvertrieb unserer Objekte im öffentl. geförd. Sozialen Wohnungsbau Berlin als steuersparende Anlage suchen wir

Anlageberater, Makler, Vertriebsgesellschaften

mit entspr. Kundenstamm. Wir sind seit vielen Jahren auf diesem Sektor als zuverlässiger Partner tätig. Unsere Konzeption und die Konditionen werden Sie zufrieden stellen.
Anfragen unter H 4830 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Für das Mischen und Absacken eines nicht aggressiven Granulates suchen wir in den einzelnen Bundesländern

zentral gelegene Betriebe

die über nicht ausgelastete Absackanlagen für die Befüllung von Ventilsäkken verfügen und interessiert sind, Aufträge in Lohnarbeit zu übernehmen.
Angeb. erb. u. N 4680 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Psychologe

mit Industrie-Erfahrung und eigenen Räumlichkeiten von bekannter Personalberatung für die Durchführung eignungs-diagnostischer Untersuchungen (möglichst Samstag vormittags) im Raum Hamburg auf freiberuflicher Basis gesucht.
Zuschr. erb. u. D 4826 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Ein Bombengeschäft

können Sie sofort für DM 120 000,– (bundesweit) oder regional für DM 40 000,– von uns übernehmen. Umsatz 1982 ca. DM 670 000,–. Gewinn ca. 35% vor Steuern. Nicht ortsgebunden. Arbeit vom Schreibtisch aus. Personal: Inhaber und Sekretärin. Zuschriften unter L 4876 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wir vergeben Franchise Lizenz für Parfümerie Discount internationale Markenparfüms 100.000 DM Gewinn p.A.

Informationen erhalten Sie von Franchise-Management, Ruländerweg 13, 7900 Ulm, Telefon 07 31 / 57272

Exporteure nach Großbritannien

Wir bieten: Lagerraum, Abpackung und Vertrieb. Anfragen erbeten an: Paul Last, NAIRDRA TRANSPORT, 1 Chase Road, Bury St Edmunds, Suffolk, IP32-6NT, England. Tel. 00 44-284-701816.

Wir suchen im Kundenauftrag

freie Handelsvertreter

für Spitzenprodukte des Wolleinzelhandels in den Postleitzahlgebieten 2, 3, 6, 7, 8.

Bezzenberger & Partner, Wirtschaftsberatungsgesellschaft mbH, Kurfürstendamm 65, 1000 Berlin 15, Tel. 0 30 / 8 82 62 72

DOB, Haute-Couture-Lizenz

gut eingeführte Firma mit eingetragenem Warenzeichen, ca. 70 klassische Schnitte, Abendroben, Capes, Jacken, Mäntel, Anzüge. Erstklassige Messekollektion, ca. 70 Modelle für Deutschland oder Europa.
Angeb. u. V 4972 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Vertriebs- u. Service-Firma

sucht absolute technische Neuheiten für den süddeutschen Raum. In- und ausländische Erzeugnisse. Konkrete Angebote unter X 4820 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Direktwerbung Adressenverlag Full-Service — HOHNS, Postfach 1324, Tel. (05105) 8740, 3013 Barsinghausen

Wir sind eine Schweizer Unternehmung und besitzen ein neues, zugkräftiges Bauprodukt auf dem Gebiet Fassadenmauerwerk. Für die Nutzung unseres intern. geschützten Patentes suchen wir

Lizenznehmer

Interessierte

Baufirmen, Baustoffhandel und Baustoffhersteller

die über eine Verkaufsorganisation verfügen, möchten sich melden unter Chiffre 86-70 460 ASSA, Gottfried-Keller-Straße 7, 8024 Zürich

Suchen Sie den Erfolg

Wir suchen für verschiedene Bezirke selbst. Partner zum Aufbau einer eigenen Existenz im Dienstleistungsbereich (auch nebenberuflich möglich). Eigenkapital bzw. Bonität wird vorausgesetzt.
Näheres unter Telefon . 05 11 / 73 48 73, Cityplan-Dienstleistungen

Teilhaber gesucht!

Für Restaurant an der Côte d'Azur, direkt im Urlaubszentrum, 10 km von St. Tropez, erforderliche Beteiligung 200 000 DM. Geschätzter Umsatz 800 000 bis 1 000 000 FF in der Saison.
Angebote u. W 4973 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Bürodienst in Hamburg

Telex, Telefon- und Postservice, Sekretariat – Tel. 0 40 / 5 27 45 00

Gewinn DM 250 000,– p. a.

Tausende von deutschen und englischen Urlaubern und sonnenhungrige Umsiedler an der Costa del Sol vermissen dort ihr gewohntes FS-Programm von zu Hause. Gern sind Hunderte Leute pro Tag bereit, DM 10,– Eintritt für FS-Übertragung über Video von zu Hause zu zahlen. Wir haben dafür die geeigneten Räume im Zentrum von Torremolinos zum Kauf anzubieten. Das erforderliche Kapital beträgt DM 300 000,–. Gesamtinvestition von DM 400 000,–.
De Jong VDM, Tel.: 04 31 / 32 29 55

Manager

Mitte vierzig, Akadem. mit repräs. Büro in Hamburg, sucht Aufgabe/Zusammenarbeit/Beteiligung/Generalvertretung in Vertrieb/Beratung.
Angebote unter R 4682 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Exkl. Lizenzvergabe

Für den Aufbau eines neuen bundesweiten u. konkurrenzl. Vermittler-Services vergeben wir für die PLZ-Räume 2–3 u. 4–6

je 1 Filialdirektion

Bedingung: Kenntnisse in Verwaltung, Vertrieb und Lizenzgebühr von DM 25 000,–.
Aussagefähige Bewerbungen bitte vorerst unter E 4827 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Selbständig machen

mit einem eigenen lukrativen Kleinunternehmen. Wir zeigen Ihnen wie!
Gratisprospekt W 3 von Versand W. Ziewers, 5521 Kaschenbach

DRINGEND GESUCHT FARBFERNSEHER-VIDEORECORDER

Konkurswaren/Überstände/Sonderposten neu und gebraucht gegen sofortige Barkasse.
Glasmacher, Tel. 02 11 / 32 32 31 - 32 81 48, Telex 8 586 746

Büro- und Sekretariats-Service in Mittelhessen

Telefondienst, Korrespondenz, Postservice, Büroadresse, Bereitstellung von kompl. ausgestatteten Büroräumen, Übersetzungen, Betreuung Ihrer Außendienstmitarbeiter, Repräsentanz Ihres Unternehmens.
IMC UNTERNEHMENSBERATUNG, Postfach 31, 6335 Lahnau 1

Exklusiv in Hamburg und Köln:

Lizenz für Neuheit in der Dienstleistungsbranche an Kapitalanleger o. Umsteiger zu vergeben. Mindestanlage DM 50 000,–, traumhafte Rendite.
Angeb. erb. u. F 4828 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Versierte Partner

aus der Versicherungs- oder Finanzierungsbranche als Mitunternehmer zum Aufbau unserer Bereichsleitungen gesucht. Wir bieten: freien Maklerstatus, laufende Betreuung, interessantes Kundenpotential.
S. & B. AR-Service Ltd. Vert. Finanz. u. Anlageberatung, Büro Deutschland, Pöllerstein 11, 5882 Kierspe, Tel. 0 23 59 / 72 26

Handelsvertreter

in der gesamten BRD u. West-Berlin gesucht. Die Artikel: Neuheiten, weltweit patentiert. Von ARD-Ratgeber, Autoverkehr u. Polizei empfohlen. Die Branche: Sport, Freizeit, Caravan, Camping, Kfz-Zubehör, Fahrradzubehör u. a. Ihre Kunden: Kaufhausketten, Verbrauchermärkte, Fachhandel, Versandhäuser. Wenn Sie gute Kontakte zu einer oder allen der o. a. Handelsformen haben, oder herstellen können, freuen wir uns auf Ihre Zuschrift oder Ihren Besuch auf der Internationalen Messe Camping-Touristik in Essen am 19. 3. – 27. 3. 1983, Halle 12, Stand Nr. 1271.
Für telefonische Auskünfte steht Ihnen unser Herr Meyer zur Verfügung am 17. 3., von 9–16 Uhr unter der Tel.-Nr. 0 20 41 / 9 30 18 bzw. 21. 3. von 9.00–13.00 Uhr, Herr Müller jun. unter der Tel.-Nr. 0 21 61 / 61 59.



GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

…ie sich an einem
…gen Unternehmen
…en wollen, das bereits gut ein… und erfolgreich tätig ist, dann …n Sie sich an uns. Wir sind sicher, … Ihnen eine interessante und … Anlage in einer zukunftsorientierten Branche bieten.
…schreiben Sie unter P 4681 an …-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Wir sind:
…n Aufbau befindliche Vertriebsgesellschaft
Wir beliefern:
…-PRAXEN in Nordrhein-Westfalen (mit VW-Transportern)
Wir suchen:
…gsfähige Hersteller mit Pro… in ergänzender Richtung zu hygienischen Papieren
… u. G 4829 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Beteiligung an
Schallplattenproduktion
mit international bekannten Künstlern ab DM 10 000,–. Garantierte Veröffentlichung und hohe Renditeerwartung.
Anfr. an David, Finanzmakler, Alter Berner Weg 15, 2000 Hamburg 65

Repräsentanten
(haupt- und nebenberuflich)
für PLZ 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8.
Aufgabe: Akquisition von Ladengeschäften, die eine lukrative Zusatztätigkeit ohne jegliches Reisiko übernehmen wollen (kein Verkauf).
Schriftl. Bewerbungen an:
Fa. emv GmbH
Alte Bahnhofstr. 10
5300 Bonn 2

Dynamischer
Gebäudereinigungsmeister
staatl. geprüfter Desinfektor mit langjähriger Berufserfahrung in Akquisition, Angebotswesen, Organisation, Objekt- sowie Krankenhausbetreuung, Flugzeug- und Flughafenreinigung, Schulen, Kasernen, Kaufhäusern bietet sich als
Konzessionsträger oder/und -berater
an. Anfragen u. F 4982 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Interne Revision – Orga
Beratung – Abwicklung
freie Mitarbeit für Banken (auch gem. KWG), Handel, Industrie u. WP-Gesellschaft von erfahrenen Praktikern.
PB 46 050 WELT-Verlag
Postfach, 2000 Hamburg 36

Kaufangebot
Mittelständisches Unternehmen
aus dem Ausbaugewerbe, Schutzrechte, Patente, 30 J. a. d. Markt. Umsatz ca. 3 Mio (gute Rendite) kompl. m. Grund u. Boden, aufstehenden Gebäuden, Maschinen, Geräten, Fahrzeugen, langjähr. Personal, v. Alleininhaber aus Altersgründen an potente, qualifizierte Person zu verkaufen. Kapitalnachweis erforderlich.
Zuschr. u. X 4952 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Costa del Sol
Investoren aus Arabien, Amerika und Europa benötigen ein Servicebüro, das die Geschäfte wie z. B. Telefon, Telex, Post etc. abwickelt. Wir bieten Ihnen geeignete Räume zum Kauf direkt im Zentrum von Torremolinos, 15 Min. vom Flughafen Malaga, an. Preis p. m² DM 1200,–
Dr. Joerg Vida
Tel.: 04 31 / 32 28 55

Aktivitäten in
Südostasien
Wollen Sie in Südostasien einkaufen, verkaufen, investieren? Für Hongkong, Singapur, Malaysia etc. erstellen wir maßgeschneiderte Länderstudien/Wirtschaftsinformationen.
Wirtschaftsberatung
Dipl.-Kfm. B. Schulz
Sternstr. 7, 5300 Bonn 1
Tel. 02 28 / 63 81 79

Dipl.-Ing. Elektro
ungek. Stellung, 5jähr. Tätigkeit als Inbetriebnahme-Ing. u. Schulung des Kundenpersonals sowie Bauleitung. Sprachkenntn.: englisch, französisch, arabisch, tschechisch u. schwedisch. Kenntn. in Mikroprozessortechnik sowie Basic und Pascal, Privatpilot.
Zuschr. erb. u. X 5082 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

STELLENANGEBOTE

Wir sind ein bedeutendes Industrieunternehmen im westlichen Ruhrgebiet.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt für unsere Abteilung

Arbeits- und Sozialrecht

zur weitgehend selbständigen und eigenverantwortlichen Bearbeitung von Angelegenheiten des Arbeits-, Sozial- und Betriebsverfassungsrechts einen

Gruppenleiter - Volljurist -

im Alter bis zu 35 Jahren.

Von dem Bewerber erwarten wir gründliche Kenntnisse im Arbeits- und Sozialrecht, Aufgeschlossenheit für die betriebliche Sozialpolitik sowie Einsatzbereitschaft und Belastbarkeit.

Interessierte Bewerber bitten wir um schnellste Einreichung ihrer vollständigen Bewerbungsunterlagen (Lebenslauf, Lichtbild, Zeugnisabschriften) unter S 4815 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

…ir sind Branchenführer im Bereich der Sitzmöbel (Eckbänke, Stühle, …ische). Unser Sortiment wird komplettiert durch Kastenmöbel aller …ilarten und ein Spezialprogramm für das Marktsegment „Junges …ohnen". Unsere 5 deutschen Betriebsstätten befinden sich im Raum …ittelfranken, je ein Werk hat seinen Standort in Österreich und …rankreich. Unser

Leiter Betriebswirtschaft

…bernimmt eine andere Führungsaufgabe. Wir suchen (ab sofort oder …päter) den Nachfolger.

…ie Abteilung Betriebswirtschaft ist ein wesentliches Führungsinstrument …nserer Unternehmensgruppe. Schwerpunkte sind Betriebsabrechnung, …alkulation, Plan- und Kontrollrechnungen. Wir arbeiten mit Vollko…ten, aber auch mit Deckungsbeiträgen. Besonders wichtig ist die Ergeb…iskontrolle aller Betriebsstätten und Firmen im Unternehmensverbund. …ies gilt auch für unsere Auslandsbetriebe. Für die genannten Aufgaben …eht eine sehr gute EDV-Organisation zur Verfügung.

…nser neuer Mitarbeiter sollte ein Idealalter von 30 bis 40 Jahren haben. …ir erwarten eine erstklassige Ausbildung als Betriebswirt, möglichst mit …chnischer Ergänzung (z. B. FH Rosenheim), vor allem aber praktische …rfahrungen aus vergleichbaren Positionen in modern geführten Betrie…en der Möbel- oder Holzbranche.

…ie Position ist mit den erforderlichen Vollmachten ausgestattet. Sie ist …usbaufähig, und auch das Materielle stimmt mit der Größe der …erantwortung überein.

…ir erwarten Ihre komplette und aussagefähige Bewerbung zu Händen …er Geschäftsleitung, wobei wir Ihnen auch vorab zu einer telefonischen …urzinformation zur Verfügung stehen.

EKA Wohnmöbel – Ein Komplettes Angebot

E. Kaufmann KG
Möbelwerke GmbH & Co.
Postfach 1460
8530 Neustadt/Aisch
Telefon (091 61) 93-239

Wolff Walsrode sucht Mitarbeiter

Wolff Walsrode. Ein Werk der chemischen Industrie. Mit einer Reihe von Produktionszweigen der Cellulose- und Kunststoffchemie zählt es zu den modernsten seiner Art. Wolff Walsrode ist das älteste Werk der Celluloseveredelung in Deutschland und heute einer der führenden Hersteller und Verarbeiter von Verpackungsfolien.

Sie haben bereits Erfahrungen im Verkauf chemischer Produkte und sind 25 bis 35 Jahre alt.

Es ist Ihr Ehrgeiz, unsere Vertriebsziele engagiert und konsequent durchzusetzen.

Wenn Sie gewohnt sind, technisch und kaufmännisch auf allen Kontaktebenen zu verhandeln, erwartet Sie eine vielseitige Aufgabe als

Verkaufsrepräsentant für Chemie-Produkte

in dem gut strukturierten Verkaufsgebiet

Nordrhein-Westfalen.

Die weitgehend selbständige und eigenverantwortliche Betreuung unseres umfassenden Kundenstammes – Hersteller von Farben, Lacken und Baustoffen sowie die Papier- und Lebensmittelindustrie – erfordert ein hohes Maß an Verhandlungsgeschick und sicherem Auftreten.

Das erforderliche Fachwissen über unsere Produkte – Roh- und Hilfsstoffe (Additive) – und deren Anwendung wird Ihnen im Rahmen einer gründlichen Einarbeitung umfassend vermittelt.

Die finanzielle Ausstattung der Position ist attraktiv und bietet leistungsorientiert gute Perspektiven. Ihr Standort wird unser Verkaufsbüro in Düsseldorf sein.

Eine Einstellung ist zum 1. April 1983 oder früher vorgesehen. Ihre Bewerbung richten Sie bitte an unsere Abteilung Personalwirtschaft unter der Kennziffer 15/82.

Wolff Walsrode
Wolff Walsrode AG, Postfach, 3030 Walsrode 1



Für langjährig bei Industrie und Handwerk eingeführte Investitionsgüter wird der Verkauf neu geordnet.

Ihre Chance

endlich die Ergebnisse Ihrer hart erarbeiteten Verkaufserfolge selbst einstecken zu können. Bei uns ist Ihnen der Erfolg so gut wie sicher, wenn Sie sich vor Arbeit nicht fürchten und bei uns mitmachen als freier

Handelsvertreter

Wir bauen mit Ihnen zusammen an Ihrer gesicherten Zukunft und Ihrem Erfolg. Wir arbeiten Sie ein und haben überdurchschnittliche Provisionssätze. Kunden und Anfragen gibt es reichlich, aus Ihrem Gebiet (keine Übernachtungen nur Tagesfahrten). Schreiben Sie, oder fragen Sie unseren Herrn Fischer direkt nach Einzelheiten (07 21) 40 50 75 (auch an diesem Wochenende).

ALU Apparatebau f. Lufttechnik
Zehntstr. 5 7500 Karlsruhe 41

Selbständige Existenz
…ler personellen Vertriebserweiterung bietet namhafter …cher Konzern im Großraum NRW Bewerbern bis 35 Jahren.
…en Sie Ihre Unterlagen unter U 4971 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

DM 500 000,– LV
und mehr schreiben auch Sie monatlich an Neugeschäft mit unserem neuen Verkaufssystem.
Kostenlose Informationen:
Heckmann + Partner
Wartburgweg 23a
3000 Hannover 73

Zeitschriftenwerber/innen
40,– bis 50,– DM pro Auftrag, sofort gesucht.
Tel. 0 23 68 / 5 55 73

Selbständige Existenz
Moderne Ehe-/Bekanntschaftsanbahnung sucht geeignete Damen und Herren für die Einrichtung einer Filiale. Kapital DM 3000 bis 15 000 erforderlich. Nebenberuflicher Start möglich.
CPA, Postfach 11 04 41, Fba. 11

STELLENGESUCHE

Personalleiter
41, ungek., Dr. jur., ppa., i. Betrieb m. ca. 3000 Mitarbeitern, sucht adäquate Aufgabe. Zuschr. erb. u. PT 46092 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Diplom-Kaufmann
Studienschwerpunkt Handel, Industriebetriebslehre, Genossenschaftswesen, sucht Wirkungskreis, auch Anfängerposition. Angeb. erb. u. F 4960 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

DIPLOM-BETRIEBSWIRT
Einkaufsleiter
37 J., mittlere Reife, Industriekfm., Hochschule, mehrjährige Erfahrung in der Materialwirtschaft (Stab u. Linie). Bisherige Tätigkeiten: Handel, Baunebengewerbe, Automobilind., So-Fzg.-Bau, Metallverarbeitung. Ungekündigt, sucht neue, verantwortliche Aufgabe.
Ang. u. A 4823 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Marketing-Manager

Dipl.-Volkswirt, 41 J., mit vielseitigen Kenntnissen im Marketing von Markenartikeln (einschl. Werbung, Verkaufsförderung, Entwicklung neuer Produkte). Umfassende Kenntnisse verschiedener Genußmittelbranchen als Produkt-Manager. Englisch verhandlungssicher.

Veranderungswunsch: Verantwortliche Tätigkeit als Marketing-Manager in einem Unternehmen des Food-Bereichs in Nord- oder Nordwestdeutschland.

Bitte nehmen Sie zunächst Kontakt auf mit

Ernst Brexel Telefon 06 11 / 71 11-308

Zentralstelle für Arbeitsvermittlung
Inlandsabteilung – Bereich Führungskräfte
Feuerbachstraße 42-46 · 6000 Frankfurt/M. · Telefon 06 11 / 7 11 11 · Telex 04 11632

27jährige sucht Staatschance
nach abgeschlossenem Literatur- und Sprachstudium im Libanon und USA als Verlags- oder Redaktionsmitarbeiterin.
● Fremdsprachen: Englisch, Spanisch perfekt, Französisch ausbaufähig ● zielbewußt und ehrgeizig ● Bereitschaft für Auslandseinsatz.
Angeb. erb. u. E 4981 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Export (Fernost) Lateinamerika
Dipl.-Kfm., 35 J., verh., langjähr. Erfahrung im Investitionsgüter-/Anlagenexport, 1½ J. Vorstandsassistent, leit. Tätigkeit i. Handelshaus ein. deutsch. Großkonzerns, fließend Englisch, Spanisch (im Ausland aufgewachsen), sucht entwicklungsfähige Führungsaufgabe i. Exp., evtl. a. i. Ausl.
Zuschrift. u. PZ 46 095 an WELT-Verlag, Postf. 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Diplom-Kaufmann
Anf. 30, verh., Syndikus in der Geschäftsführung eines Berufsverbandes, in ungek. Stellung, sucht neue verantwortungsvolle Aufgabe im Kammer-, Verbandswesen oder freier Wirtschaft im norddeutschen Raum.
Angeb. u. R 4968 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Metallindustrie

Erfahrener, promovierter Maschinenbau-Ingenieur (Prädikatsexamen), der – ab 1967 stets in Führungspositionen erfolgreich tätig – Impulse zu geben vermag, natürliche Autorität und langjährige Praxis in der Führung von qualifizierten Mitarbeitern besitzt, sucht eine neue, unternehmerisch geprägte Aufgabe als

Gesamtleiter Technik

Mein Verantwortungsbereich in einem international tätigen Unternehmen (600 Mitarbeiter) umfaßt die technische Leitung im weitesten Sinne.

Das Engagement sehe ich als 52jähriger auch in Zukunft in der mittelständischen bis größeren Industrie, und zwar als erfahrener, innovativ arbeitender „Generalist".

Sollten Sie diese Angaben interessieren, dann bitte ich um Kontaktaufnahme mit der von mir beauftragten Personalwerbe Union GmbH. Auch telefonisch steht Ihnen dort Ihr und mein Gesprächspartner, Herr Kuhrt, für nähere Informationen gern zur Verfügung.

Personalwerbe Union GmbH
Eimsbütteler Straße 64–66
2000 Hamburg 50
Telefon (040) 4 39 28 18 und 4 39 95 91

PERSONALWERBE UNION

Verkehrskaufmann
41 J., 9j. Erfahrung als Versandleiter, spez. Fernost See/Luft – Konferenz/Outsider/Transsib Netto-Raten und Kickback – Zoll/Lager/OZL/Inland/Versicherung mit Abw. tarif- und verhandlungssicher sowie Auslandserfahrung mit guten Verbindungen.
Welches Unternehmen (Industrie/Handel) – Raum Hamburg – denkt an Neukonzeption im Bereich Transportwesen.
Vertrauliche Angebote erbeten unter W 4819 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Produkt-Manager/Non Food
Betriebswirt, 6 Jahre Berufserfahrung mit weltweiter Reisetätigkeit, Spezialist im Aktionsgeschäft, ungekündigt, sucht adäquate Wirkungsstätte.
Angebote erbeten unter V 4818 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Leitender Krankenpfleger
möchte sich verändern. Besondere Kenntnisse: Reorganisation u. Organisation eines Altenheimes, wirtschaftliche Führung und Planung.
Angeb. erb. u. P 4967 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

VERTRIEBSLEITER
Umweltschutzanlagen
nachweisbar erfolgreicher Leiter einer Umweltschutzabteilung mit langjähriger Erfahrung in Projektierung, Verkauf und Abwicklung im Anlagengeschäft sucht neuen Wirkungskreis.
Ein hohes Maß an Einsatzbereitschaft, Überzeugungskraft und Verhandlungsgeschick auch mit ausländischen Kunden sind ebenso Selbstverständlich wie fundierte Kenntnisse im chemisch technischen Anlagenbau.
Angeb. u. H 4962 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Innenarchitekt (Dipl.-Ing)
28 J., Tischlerlehre, Examen FH Lippe-DT, 2/83, sucht Anstellung od. Mitarbeit in Innenarchitekturbüro, im Innenausbau od. Möbeldesign – Prototypenentwicklung. Zuschr. erb. u. PR 46 071 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Welche deutsche Firma sucht i. Raum New York Transportexperten z. Überwachung/Verteilung v. Warenströmen – ein- oder ausgehend?

SPEDITIONSKAUFMANN
(43), verh., s. 16 J. i. gleicher Firma in Fernost, Nahost u. Afrika tätig, seit 18 Mon. Vize-Präsid. u. Leiter d. Niederl. New York. Wegen Rezession sollen d. Umverteilung v. Responsibilitäten personelle Einsparung erzielt werden, was Rückversetzung nach Deutschl. od. Einsatz i. and. Ausl. bedeuten würde. Inserent möchte i. d. USA bleiben u. sucht daher neuen Wirkungskreis i. Spedition, Industrie od. Handel.
Angebote u. Z 4822 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Speditionskfm.
40 J., in ungek. Führungsposition im südl. Afrika, sucht zum 1. 1. 84 interess. Position in Süd- oder südl. Afrika – seit 64 mit Unterbrechungen in S.-Afrika – versiert in allen Speditionsbereichen. Zuschr. erb. u. Y 4821 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wir sind:
Im Augenblick in Spanien, unabhängig, agil, energiegeladen, einfallsreich, anpassungsfähig, neugierig, erfolgsgewohnt und -betont.

Sie	Er
Sie: 25 J., 5-Sprachig (Holl., Deutsch, Engl., Franz., Spanisch) Sekretärinnenausbildg, 1 Jahr Orga-Leiter Ferienzentrum, 3 Jahre Reise-leitung, seit 1 Jahr Chefanimateurin (850 Betten) in ungekdgt. Position.	Er: 34 J., 3-Sprachig (Eng., Deutsch, Spanisch), Hotelkaufmann, 4 Jahre VIP-begleitung, Planung + Aufbau von Ferienzentren, Gastr. Berater von 2 Hotelgruppen, seit 3 Jahre Chefanimateur (2800 Betten) in ungekdgt. Position.

Wir suchen: eine interessante Aufgabe die uns fordert. Ab sofort und egal wo!
Schreiben Sie: M. v. Eerd, Rijnstraat 57, 5626 AM Eindhoven - Holland.

Auslandsmontage
Gelernter Informationselektroniker, 24 J., verh., seit 2 Jahren auf Kernkraftwerkbaustellen im Inland eingesetzt, möchte sich gerne ins Ausland verändern.
Angeb. erb. u. K 4963 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Groß- u. Außenhandels-Kfm.
33 J., weibl., derz. als Alleinkraft f. 5 Std. tgl. in kl. Handelsfirma in Hamburg tätig, ungek., su. p. 1. 7. 83 eigenverantwortl. Stellung i. ähnl. Position. Zuschr. m. Stellenbeschreibung erb. u. PU 46 074 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

USA
Vice President Finance / Chief Financial Officer
American, 43, fluent in German, MBA degree in finance with 30 years of treasury and controllership experience seeks the position of Vice President/Chief Financial Officer with an American subsidiary of an European multinational company. Experience includes demonstrated profit improvement in:
- The automobile, banking and real estate industries
- Establishing new ventures in Austria and Switzerland
- Banking relations, cash and foreign exchange management, loan negotiations and insurance
- Accounting, audit and electronic data processing
- Forecasting, budgeting, financial and project analysis
- Served as Finance Director in Germany for 7 years with a multinational company.

Please reply in English or German to: Post Office Box 107, New York, N.Y. 10023 USA.

Führungskraft mit Format
Kaufmann-Ehepaar, Alter 40 J., Auslandserfahrung, ca. 15 J. in Afrika, Süd-Amerika, Fern- u. Nahost, sucht verantwortungsvollen Dauereinsatz.
Zuschr. erb. u. PG 46082 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Marketing/Verkauf
Dipl.-Kfm., 34 Jahre, standortunabhängig, 10 Jahre Verkaufserfahrung.
Kundenkontakter, Mafo, Marketing u. Werbeleiter in Handelsorganisation, Führungsposition in PR- u. Marketingagentur sucht neue Aufgabe.
Ang. erb. u. L 4964 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

WIRTSCHAFTSAKADEMIKER
mit engl./dtsch. Studium u. langj. Tätigkeit
in **WESTAFRIKA** und **OSTASIEN** als
General Manager (Commercial)
Marketing Manager
Consultant Finanz- u. Rechnungswesen
sucht adäquate Auslandstätigkeit
Kontakte erbeten unter M 4965 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Programmierer/Organisator, 38, Abitur, 15 J. Berufserfahr. (Sprachen: Assembler, Basic, Cobol); Anlagen Mikrocomputer bis Groß-EDV, sucht ab 1. 7. bzw. 1. 10. Auslandstätigkeit (mögl. Nahost). Zuschr. u. B 4956 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Diplom-Kaufmann / Produktions-Ing. grad.
Fachrichtung Maschinenbau, sucht Anfangsstellung. Zuschr. erb. u. PL 46 086 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Finnin
fl. Deutsch/Engl., Export-/Import-Branchenerf., sucht Anstellung in Hamburg. Zuschr. erb. u. PT 46073 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36

Student (cand. jur.) Industriekaufmann
26 J., sucht interessante, entwicklungsfähige Stellung im kfm. Bereich.
Zuschr. erb. u. D 4980 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

…anager Informationssysteme

…, langjährige Führungserfahrung als HAL in Organisation/… Managementfunktion in den Bereichen Disposition, Lage…, Auftragsbearbeitung und -abwicklung sowie der mobilen …nerfassung in Industrieunternehmen.

…landserfahrung: Englisch gut, Spanisch perfekt.

…nderungswunsch: Leitung Organisation/EDV/Informations…eme in mittleren oder Großunternehmen.

…nehmen Sie zunächst Kontakt auf mit

…s Lüdemann Telefon 06 11 / 71 11-246

…ntralstelle für Arbeitsvermittlung
…ndsabteilung – Bereich Führungskräfte
…rbachstraße 42-46 · 6000 Frankfurt/M. · Telefon 06 11 / 7 11 11 · Telex 04 11632

Bauing., 38 Jahre
…a. 15 Jahren im Projektmanagement von Großobjekten des Indu…baues, Produktionsstätten, Elektronik-Industrie sowie Sonderbauten …Krankenhausbau im In- und Ausland tätig, mehrsprachig, selbständi…nd verantwortungsbewußtes Arbeiten gewohnt, sehr gute Referenzen, möchte sich verändern.
…riften erbeten unter C 4957 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Personalleiter
33 J., Dipl.-Kfm., Personalfachkaufmann, Ausbildereignung, mehrjährige Berufserfahrung in allen Funktionen des modernen, agierenden Personalwesens. Fundierte Rechts- und Englischkenntnisse, derzeit in leitender Position im Personalressort eines international führenden Unternehmens der Markenartikelindustrie, sucht neue anspruchsvolle Führungsaufgabe. Raum Hamburg bevorzugt.
Angebote erb. u. Y 4975 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bankkaufmann, Prakt. Betriebswirt
32 J., ungek., fund. Kenntn. i. Konsumenten- u. gewerbl. Kreditgeschäft (einschl. Leasing), mehrere Jahre Bereichsleiter Kreditgeschäft bzw. Filialleiter renomm. TZ-Bank, m. Erf. i. d. Akquisition u. d. Mitarbeiterführung, sucht verantwortungsv. Führungspos. i. südwestd. Raum z. 1. 7. 83.
Zuschr. erb. u. PS 46091 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Export-Kaufmann
42 J., verh., langjährige Auslandspraxis in Südostasien, dort Filialleiter einer großen deutschen Firma, erfahren im Auf- und Ausbau erfolgreicher Verkaufsorganisationen (tech. Güter, Chemikalien), versiert in Verhandlungen auch mit Ministerien, fließend englisch, jetzt in Deutschland ansässig, sucht hier eine geeignete Position.
Vorschläge erbeten unter G 4961 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

EDV-Organisation
Dipl.-Kfm., Bauing. (grad.), 35 J., verh., mehrjährige Erfahrung in der Einführung und Organisation kommerzieller EDV-Anwendungen der mittleren Datentechnik. Derzeit Projektleiter EDV-Organisation einer Unternehmensgruppe mit Schwerpunkt in der Immobilien-Verwaltung (insbesondere Einkaufszentren) sucht möglichst im Bereich
Wohnungs- u. Grundstückswirtschaft
ausbaufähige Position mit Führungsverantwortung. Raum Hamburg bevorzugt.
Angeb. erb. u. X 4974 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Diplom-Kaufmann
Präd.-Ex. FU Berlin 1982 (Marketing) sucht Anstellung i. d. Bereichen: Beratung, Media, Markt-Management, Vertrieb, in Werbeagentur, Verlag, Produktionsunternehmen. Angeb. erb. u. PR 46090 an WELT-Verlag, Postf., 2 Hamburg 36

Buchhalter
Leiter mit konkreter Qualifikation sucht aktive Veränderung.
Angeb. erb. u. PO 45740 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Privatsekretär
26, unabh., gute Engl.-Kenntn., Masch.-Schreib., Büroerf., sucht per 1. 4. neuen Wirkungskreis. Zuschr. erb. u. PS 46072 an WELT-Verlag, 2000 Hamburg 36

Bankkaufmann, Prokurist, 18 Jahre im Auslandsgeschäft und Devisenhandel, sucht per 1. 7. oder später neue Position bei Bank oder anderem Wirtschaftsunternehmen. Angeb. erb. u. E 4959 an WELT-Verlag, Postf. 100864, 4300 Essen

Geschäftsführer
Einzelhandels-Filialbetrieb Food/Nonfood, Schwerpunkt Vertrieb, 39 Jahre, bundesweite Expansionserfahrung, erstklassige Markt- und Wettbewerbs-Kenntnisse, sucht neue Herausforderung im Handel. Filialunternehmen, Groß-/Einzelhandel, Aufbau neuer Vertriebsschienen regional/national etc.
Aussagefähige Angebote u. N 4966 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen



Niederlassungsleiter

47 J., Großhandelskaufm., langj. Erfahrung im Verkauf von Pumpen und Armaturen, Führung von Außendienstmitarbeitern, Erstellung von Marktanalysen und Verkaufsstrategien;

sucht neue Aufgabe als Niederlassungs- oder Verkaufsleiter in der Pumpen-, Armaturenindustrie der Heizungs- und Sanitärbranche.

Angebote bitte unter Kennziffer 11.51 an

Rudolf Fischer Tel. 06 11 / 71 11-321

Zentralstelle für Arbeitsvermittlung
Inlandsabteilung – Bereich Führungskräfte
Feuerbachstraße 42-46 · 6000 Frankfurt/M. · Telefon 06 11 / 7 11 11 · Telex 04 11632

Geschäftsführer
Marketing-Beratungsgesellschaft, Dipl.-Oec., 36 J., verheiratet, sucht ab Mitte bis Ende 83 neuen Verantwortungsbereich in Industrie oder Verband. Geboten werden Leistungsbereitschaft, Industrieerfahrung, gute englische und französische Sprachkenntnisse, bevorzugt NRW.
Zuschriften u. H 4456 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Warenpreise – Termine

Zu einer Hausse kam es am Montag am Silberterminmarkt der New Yorker Comex. Sämtliche Termine schlossen am oberen Tageslimit. Auch Gold und Kupfer zogen am New Yorker Platz kräftig an. Kaffee lag zuletzt uneinheitlich bis etwas fester. Kakao schloß durchweg fester.

Getreide und Getreideprodukte

	14. 3.	11. 3.
Weizen Chicago (c/bush)		
März	319,50	316,25
Mai	330,50	326,75
Juli	340,25	336,75
Weizen Winnipeg (can. $/t)	14. 3.	11. 3.
Wheat Board cif. St. Lawrence 1 CW	236,41	236,61
Amber Durum	215,56	215,75
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
März	115,90	115,50
Mai	119,60	119,60
Juli	122,80	122,70
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
März	103,30	101,10
Mai	100,20	96,70
Juli	98,20	97,70
Hafer Chicago (c/bush)	14. 3.	11. 3.
März	153,00	150,25
Mai	159,00	156,25
Juli	165,00	162,50
Mais Chicago (c/bush)		
März	277,75	274,00
Mai	287,25	283,00
Juli	292,75	288,50
Gerste Winnipeg (can. $/t)	14. 3.	11. 3.
März	101,50	99,50
Mai	101,90	100,00
Juli	107,20	101,00
Reis, roh, New Orleans ($/cwt)	14. 3.	11. 3.
März	9,57	unerhältl.
Mai	9,85	unerhältl.
Juli	10,00	unerhältl.
Sept.	9,91	unerhältl.
Reis, geschält, New Orleans ($/cwt)		
März	17,90	unerhältl.
Mai	18,32	unerhältl.
Sept.	18,30	unerhältl.

Genußmittel

Kaffee		
New York (c/lb)	11. 3.	10. 3.
Terminkontr. März	123,80	124,24
Mai	123,50	123,10
Juli	122,20	121,60
Kakao		
New York ($/t)		
Terminkontr. März	1788	unerhältl.
Mai	1839	unerhältl.
Juli	1870	unerhältl.
Umsatz	3170	–
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Mai	6,83	[illegible]
Juli	7,08	[illegible]
Sept.	7,42	7,18
Okt.	7,62	7,40
Jan.	8,25	8,05
Umsatz	9236	5310
Isa-Preis fob karib. Häfen (US-c/lb)	14. 3. 6,20	11. 3. [illegible]
Kaffee	14. 3.	11. 3.
London (£/t) Robusta-Kontr. März	1715–1720	1708–1710
Mai	1755–1757	[illegible]
Juli	[illegible]	1621–1622
Umsatz	3746	[illegible]
Kakao		
London (£/t)		
Terminkontrakt März	1304–1306	1299–1301
Mai	1317–1318	[illegible]
Juli	[illegible]	1330–1332
Umsatz	1936	3239
Zucker		
London (£/t)		
Rohzucker Mai	116,95–117,00	113,90–114,00
Aug.	123,85–123,90	120,90–121,00
Okt.	129,75–129,95	126,80–128,95
Dez.	134,00–135,00	132,50–132,60
März	144,50–145,00	141,00–142,00
Mai	147,50–149,00	144,00–147,00
Umsatz	2630	815

Pfeffer		
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	14. 3.	11. 3.
schw. Sarawak spez.	[illegible]	[illegible]
weißer Sarawak	[illegible]	[illegible]
weißer Muntok	[illegible]	[illegible]
Orangensaft		
New York (c/lb)	14. 3.	11. 3.
März	[illegible]	[illegible]
Mai	[illegible]	[illegible]
Juli	[illegible]	[illegible]
Sept.	[illegible]	[illegible]
Nov.	[illegible]	[illegible]
Umsatz	[illegible]	–

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl		
New York (c/lb)	14. 3.	11. 3.
Südstaaten fob Werk	[illegible]	24,75
[illegible]		
New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	[illegible]	[illegible]
Sojaöl		
Chicago (c/lb) März	17,15	16,75
Mai	17,35	17,02
Juli	[illegible]	[illegible]
Aug.	17,98	17,57
Sept.	18,00	[illegible]
Okt.	18,15	[illegible]
Dez.	18,47	[illegible]
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	17,75	17,50
Schmalz		
Chicago (c/lb)		
loco lose	18,50	15,50
Choise white hog 4% fr. F.	15,00	14,375
Talg		
New York (c/lb)		
top white	15,50	15,50
fancy	15,00	15,30
bleichfähig	14,50	14,50
yellow max. 10% fr. F	13,00	13,50
Schweine		
Chicago (c/lb)		
April	50,55	50,75
Juni	53,80	53,40
Juli	54,57	54,25
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb)		
März	73,50	73,00
Mai	74,35	73,75
Juli	74,40	73,55

Häute	14. 3.	11. 3.
[illegible]	[illegible]	[illegible]
Sojabohnen		
Chicago (c/bush)	[illegible]	[illegible]
Sojaschrot		
Chicago ($/sht)	[illegible]	[illegible]
Leinsaat	14. 3.	11. 3.
Winnipeg (can. $/t)	[illegible]	[illegible]
Kokosöl	14. 3.	11. 3.
New York (c/lb) Westküste fob Werk	[illegible]	[illegible]
Erdnußöl	15. 3.	14. 3.
Rotterdam ($/t)	[illegible]	[illegible]
Leinöl		
Rotterdam ($/t) ab Werk	[illegible]	[illegible]
Palmöl		
Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	[illegible]	[illegible]
Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg) roh Nieders. fob Werk	[illegible]	[illegible]
Kopra		
Rotterdam ($/t) Phil./Indon. cif	–	–
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	[illegible]	[illegible]
Leinsaat		
Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif	[illegible]	[illegible]

Wolle, Fasern, Kautschuk

[illegible]

Kautschuk	14. 3.	11. 3.
[illegible]	[illegible]	[illegible]
Jute London (£/lgt)	14. 3.	11. 3.
BWC	414,00	414,00
BWD	350,00	350,00
BTC	390,00	390,00
BTD	350,00	350,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyunze (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 lt = [illegible] – (–), [illegible]

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	15. 3.	14. 3.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	107,56–107,78	108,36–108,54
drittfolg. Monat	111,72–111,90	112,51–112,69
Zink: Basis London		
laufend. Monat	164,34–164,52	164,53–164,71
drittfolg. Monat	169,57–169,93	170,31–170,49
Produz.-Preis	178,55	179,74
Reinzinn 99,9%	3500–3534	3449–3493

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	15. 3.	14. 3.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	386,34–388,51	384,57–386,94
Blei in Kabeln	115,25–116,25	116,00–117,00
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	370–372	370–372
Vorbehaltspreis	387	387

*Auf der Grundlage der Meldungen der höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhersteller

Messingnotierungen

	15. 3.	14. 3.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	325–330	325–329
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	365–367	365–367
MS 63	366–372	365–368

Zinn-Preis Penang

	14. 3.	11. 3.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ringg. kg)	30,10	30,07

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	15. 3.	14. 3.
Leg. 225	297–298	297–298
Leg. 226	300	300
Leg. 231	338–343	338–343
Leg. 233	353–361	353–361

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	15. 3.	14. 3.
Platin (DM je g)	34,30	34,30
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	33 700	33 700
Rücknahmepr.	32 900	32 900
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	33 750	33 650
Rücknahmepr.	32 740	32 640
verarbeitet	35 420	35 310
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 470	33 350
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	874,00	855,80
Rücknahmepr.	843,40	825,80
Verarbeitet	912,70	893,70

Internationale Edelmetalle

	15. 3.	14. 3.
Gold (US-$/Feinunze)		
London 10.30	436,50	431,75
15.00	434,50	428,50
Zürich mittags	434,75–435,75	430,50–431,50
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	95 950	96 900
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	743,30	726,15
3 Monate	761,90	744,95
6 Monate	780,75	763,25
12 Monate	816,00	798,30
Platin (£-Feinunze)	14. 3.	11. 3.
London fr. Markt	274,70	273,85
Palladium (£-Feinunze)		
London f. Händlerw.	86,15	30,07

New Yorker Metallbörse

[illegible]

Londoner Metallbörse

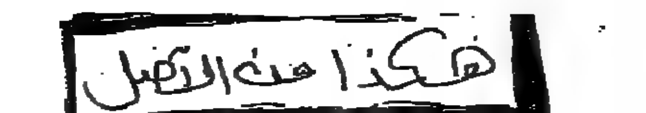
[illegible]

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden

[illegible]



Öffentliche Anleihen freundlich

Obwohl sich die Erwartungen auf eine Diskontsenkung verdichtet haben, blieb das Geschäft auf dem Rentenmarkt abwartend. Hier fehlen ebenso wie bei den Aktien nennenswerte Kaufanträge aus dem Ausland. Öffentliche Anleihen wurden dennoch teilweise heraufgesetzt und zwar nach den Kurzläufern jetzt auch die Emissionen mit längeren Laufzeiten. Bei den Pfandbriefen konnte sich vorerst die freundlichere Tendenz kaum durchsetzen. DM-Auslandsanleihen waren weitgehend unverändert.

Sonderinstitute

	15. 3.	14. 3.
5 DSLB Pf 35	87bG	87bG
6 dgl. Pf 37	85,5	85,5
7 dgl. Pf 65	95	95
8 dgl. Pf 118	97,5	97,5
5 dgl. KO 36	98	98bG
5½ dgl. KO 45	97,5	97,5
7 dgl. KO 58	104,5	104,5
6½ dgl. KO 67	97,25	97,25
8½ dgl. KO 94	108	108
8 dgl. KO 119	102	102
8½ dgl. KO 124	100,25	100,25
6 IKB 68	99,5G	99,5G
6½ dgl. 69	99,75	99,75
6½ dgl. IS 90	92,6G	92,6G
6 dgl. IS 105	95,4	95,4
6 dgl. IS 108	86,25	86,25G
5½ dgl. IS 114	92,2G	92,2G
7½ K. f. W. 70	101,25G	101,25G
8 dgl. 78	102,25G	102,25
8 dgl. 76	101,8	101,8G
7½ dgl. 79	100,35	100,4
10 dgl. 81	115,4	115,4
8½ dgl. 82	104,9G	104,9
6 Landw.-Rtbk. 20	99,5G	99,5
6 dgl. 26	99,25G	99,25G
7½ dgl. 27	100,5	100,5
8 dgl. 29	101G	101G
9½ dgl. 36	105,15	105,15
6½ dgl. 59	100,75G	100,75G
10 dgl. 120	106,5G	106,5G
8½ dgl. 127	105,5G	105,5G
9 dgl. 131	105,5G	105,5G
7½ LAG 74/14	101,8G	101,8G

	15. 3.	14. 3.
7½ D. GiroKO 101	102,25G	102,25G
10 dgl. KO 125	104,35G	104,35G
9 dgl. KO 179	107,5G	107,5G
9½ dgl. KO 180	109,8	109,8
9½ dgl. KO 181	110,25G	110,25G
9 dgl. IS/K	101,05G	101,05G
6 D.Hyp.Brem. Pf 118	82G	83G
7 dgl. Pf 123	98,95G	98,95G
6½ dgl. KO 125	97,15G	97,15G

Ausländische Aktien



Gewinnmitnahmen bei den Aktien

Nur noch wenige Papiere mit steigenden Kursen

DW. – Institutionelle Anleger, aber auch Teile der Bankenkundschaft realisierten an der Dienstagbörse am Aktienmarkt Kursgewinne. Da aus dem Ausland kaum Kaufaufträge vorlagen, war dies überwiegend nur zu sinkenden Notierungen möglich. Besonders betroffen von den Glattstellungen waren Autoaktien, wo es Einbußen bis zu 7 DM gab. Dies wird vom Börsenberufshandel vorerst noch als technische Reaktion auf die vorangegangenen Kurssteigerungen gewertet. Von einer Tendenzwende wird schon deshalb nicht gesprochen, weil die konjunkturellen Hoffnungen nunmehr zunehmend durch Fakten unterlegt werden.

Lebhaften Handel gab es erneut in den Großbankaktien, die sich gegenüber dem Vortag noch leicht verbesserten. Bei den Versorgungswerten standen neben RWE-Aktien die beiden norddeutschen Papiere HEW (plus 2,50 DM) und NWK-Vorzüge (plus 4 DM) im Vordergrund. Während Großchemieaktien bis zu 1,50 DM nachgaben, Schering sogar um 5 DM sanken, gewannen die Papiere von Beiersdorf weitere 2 DM und kamen auf 292 DM. Man spricht hier von Tauschoperationen, die den Kurs begünstigen. Davon dürften auch PKI (plus 2 DM) und SEL (plus 3 DM) profitiert haben. In den hochspekulativen Aktien wie AEG, Klöckner und Hoesch waren Gewinnmitnahmen besonders ausgeprägt.

Düsseldorf: AEG Kabel Rheydt erhöhten um 9 DM auf 239 DM und Bonner Zement gaben um 5 DM auf 140 DM nach. Dortmunder Ritter verbesserten sich um 10 DM und Gerresheimer Glas um 3,50 DM. Hochtief legten 10 DM zu und Rhenag 3 DM. Abgeben mußten DAT 10 DM auf 405 DM und Kochs Adler 6 DM auf 252 DM.

Frankfurt: Die Standardwerte gingen meistens bis zu 2 Mark zurück, Automobilaktien bis zu 6 DM. Von Nebenwerten blieben Commerzbank Restquoten bei Doppelplus 13 DM, Dyckerhoff 176 DM plus 6 DM, Binding-Vorzüge 235 DM plus 10 DM, Rheinische Hypothekenbank 509 DM minus 10 DM.

Hamburg: Versorgungswerte waren fest, HEW 122,50 (plus 3 DM), NWK Vorz. 172 (plus 4 DM). Conti Gummi und Phoenix erhöhten sich um je 1 DM. 3 DM verloren Bremer Wolle und Nordcement. Norddeutsche Steingut tendierten mit 92 DM 3 DM fester. Beiersdorf konnten sich auf 292 DM (plus 2 DM) verbessern. Hypothekenbank Hamburg wurden mit 480 DM (plus 5 DM) bezahlt.

München: Deckel AG verminderten um 3 DM auf 102 DM und Esterer Maschinen um 15 DM auf 610 DM. Dywidag stocken um 8 DM auf 299 DM auf und Flachglas um 9,80 DM auf 290 DM.

Berlin: Concordia Spinne wurden um 25 DM, Lehmann um 7 DM und Dt. Eisenhandel um 3 DM hoher taxiert. Engelhardt lagen um 7 DM, Dt. Hypobank Berlin um 5 DM, Kempinski um 3,20 DM und Orenstein um 3 DM fester. BHF-Bank erholten sich um 1,50 DM.

Nachbörse: abwartend

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München

Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Auslandszertifikate

Fremde Währungen

Junge Aktien

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York | Toronto | Amsterdam | Tokio | Zürich | Madrid | Paris | Mailand | London | Wien | Kopenhagen | Brüssel | Hongkong | Singapur | Sydney

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 15. 3.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9 –9⅛	4⅞–5¼	3⅝–3⅞
3 Monate	9⅛–9⅜	4⅞–5⅛	3½–3⅞
6 Monate	9⅜–9½	4⅞–5¼	3⅝–3⅞
12 Monate	9⅝–9⅝	5⅛–5⅜	3¾–4

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 15. 3.: Tagesgeld 5,75–5,85 Prozent; Monatsgeld 5,55–5,65 Prozent; Dreimonatsgeld 5,40–5,50 Prozent.

Privatdiskontsätze am 15. 3.: 10 bis 29 Tage 4,80 G / 4,65 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,80 G / 4,65 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 15. 3.: 5 Prozent; Lombardsatz: 6 Prozent.

Ostmarkkurs am 15. 3. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 22,50 Verkauf 25,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 22,00 Verkauf 26,00 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurdem am 15. März folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1290,00	1570,70
10 US-Dollar (Indian)**)	928,00	1184,24
5 US-Dollar (Liberty)	393,00	540,14
1 £ Sovereign alt	238,00	291,54
1 £ Sovereign Elizabeth II	240,00	289,28
20 belgische Franken	180,00	237,30
10 Rubel Tscherwonez	250,00	310,75
2 südafrikanische Rand	234,00	287,02
Krüger Rand, neu	1045,00	1226,05
Maple Leaf	1045,00	1226,05
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	239,00	303,97
20 schweiz. Franken „Vreneli"	224,00	281,37
20 franz. Franken „Napoléon"	220,00	276,85
100 österr. Kronen (Neuprägung)	962,00	1154,86
20 österr. Kronen (Neuprägung)	195,00	242,95
10 österr. Kronen (Neuprägung)	102,00	132,21
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	448,00	545,79
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	105,00	141,25

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 6,5 % Mehrwertsteuer

Devisen

Die weiterhin ungelöste Situation im EWS belastete am 15. 3. die DM nicht, da aufgrund der hohen Swapkosten alle Währungen höher bezahlt wurden. Der FF notierte mit 35,38 10 Pf. über der Parität, der BFRS stieg auf 5,204 und die DKR auf 27.86. Der US-Dollar bewegte sich gegen DM zwischen 2,3710 und 2,3825 bei einer amtlichen Notierung von 2,3766, der SFRS verbesserte sich um 5 Promille auf 116,40, nachdem die Schweizer Großbanken ihre Zinssätze für Schweizer Franken-Einlagen anhoben. Nach der Senkung der Base-Rate um ein ½ Prozent der Großbanken mußte das englische Pfund einen Rückgang auf 3,597 hinnehmen. US-Dollar in: Amsterdam 2,6380; Brüssel 45.7075; Paris 6.7280; Mailand 1407,55; Wien 16,7300; Zürich 2,0418. Pfund Dollar 1,5135.

Devisenterminmarkt

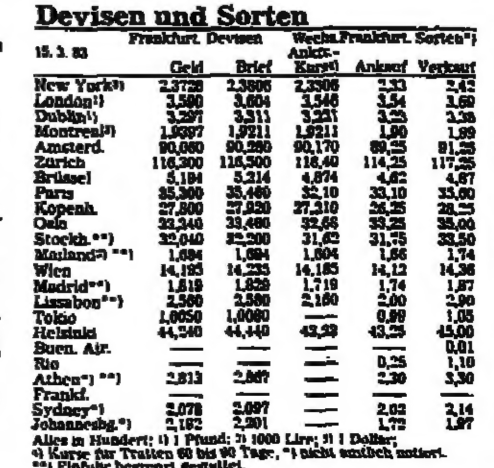
Die Senkung der Base-Rate um ½ Prozent hatte am 15. März Auswirkungen auf das Zinsgefüge.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,91/0,81	2,67/2,57	5,30/5,10
Pfund/Dollar	0,25/0,21	0,51/0,46	0,65/0,60
Pfund/DM	2,30/0,90	5,90/4,50	10,00/8,60
FF/DM	281/265	323/307	403/387

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983 1 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,73) – 7,00 (6,23) – 7,25 (6,38) – 7,75 (6,62) – 8,50 (6,88), Ausgabe 1983 2 (Typ B) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,75) – 7,50 (6,16) – 7,25 (6,43) – 7,75 (6,70) – 8,50 (6,99) – 8,50 (7,21)

Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,15, 2 Jahre 5,82.

Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,75, Kurs 99,20, Rendite 6,94.



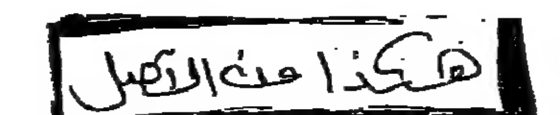
Devisen und Sorten

15. 3. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs4)	Ankauf	Verkauf
New York3)	2,3728	2,3806	2,3506	2,33	2,42
London1)	3,580	3,604	3,546	3,54	3,60
Dublin1)	3,297	3,311	3,221	3,23	3,38
Montreal3)	1,9397	1,9211	1,9211	1,90	1,99
Amsterd.	90,060	90,280	90,170	89,25	91,25
Zürich	116,300	116,500	116,40	114,25	117,25
Brüssel	5,194	5,214	4,874	4,62	4,87
Paris	35,300	35,460	32,10	33,10	35,60
Kopenh.	27,800	27,920	27,310	26,25	28,25
Oslo	33,340	33,480	32,68	33,25	35,00
Stockh.**)	32,040	32,200	31,62	31,75	33,50
Mailand2) **)	1,684	1,684	1,604	1,66	1,74
Wien	14,195	14,235	14,165	14,12	14,36
Madrid**)	1,819	1,829	1,719	1,74	1,87
Lissabon**)	2,560	2,580	2,160	2,00	2,90
Tokio	1,0050	1,0080	—	0,99	1,05
Helsinki	44,340	44,440	43,33	43,25	45,00
Buen. Air.	—	—	—	—	0,01
Rio	—	—	—	0,25	1,10
Athen*) **)	2,813	2,887	—	2,30	3,30
Frankf.	—	—	—	—	—
Sydney*)	2,078	2,097	—	2,02	2,14
Johannesbg.*)	2,182	2,201	—	1,72	1,97

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage, *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Optionshandel

Frankfurt: 15. 3.: 529 Optionen, 29 300 (47 000) [illegible] Kaufoptionen: AEG 6-7,80, 3-6,80, 2-6, BASF [illegible] 2-5, Bayer 6-8, 2-6,50, BMW 2-15, BBC 6-18, 2-[illegible] 6-7,90, 3-5,40, Deutsche Babcock 6-17, 3-14, [illegible] Hoechst 6-8, 3-7, Hoesch 6-7,40, 3-5, Kali + Salz [illegible] 2-8,60, Karstadt 6-24,80, Kaufhof 6-24, Kl[illegible] 6-6,80, Lufthansa 6-10,60, Mannesmann 6-11, [illegible] Preussag 3-13, RWE 6-18, 2-12, Schering 6-[illegible] Siemens 6-27, 3-15,40, 2-13,40, Thyssen 6-[illegible] Veba 6-11,60, 2-6,20, VEW 6-10,50, 3-8, VW [illegible] 3-10, 2-8,40, Bay. Hypo 6-25, BHF-Bank 6-[illegible] Commerzbank 6-13, 3-8,40, 2-7, Deutsche Ban[illegible] 3-17, 2-12,60, Dresdner Bank 3-10,40, 2-7,30, A[illegible] Chrysler 3-4, IBM 6-22, Litton 3-11, Xero[illegible] Philips 6-4,10, 3-3,40, Norsk Hydro 6-12,50. V[illegible] soptionen: AEG 2-5,10, 3-5,60, 6-6, BASF 6-5,[illegible] 3-12, BBC 2-8,70, 3-11,40, 6-18, Conti 2-3,30, 6-[illegible] sche Babcock 3-8,50, 3-10, 6-15, Deutsche B[illegible] Vorzüge 3-9,50, Kali + Salz 6-11,40, Klöckner [illegible] Lufthansa 3-5,50, 6-7,30, M.A.N. 2-6, 3-7, M[illegible] 6-15, Siemens 2-8, 3-9,80, 6-14, Veba 6-5,10, VW [illegible] 6-10, Commerzbank 2-4,80, 3-6, Deutsche Ba[illegible] Dresdner Bank 6-9,80, IBM 2-10, 6-14,70, Litto[illegible] 6-8,60, Xerox 6-5,80. Norsk Hydro 6-3,80.



'er ist :arl Bolay?

z – Eines der groteskesten ils des an grotesken Details ß nicht armen VS-Kongres- n Mainz war der Auftritt des gierten Schiff, der sich ıtbar über die Zusammenar- des Verbands mit dem vedischen Autor Karl H. Bo- ufregte. Dieser Bolay, meinte ff, sei gar kein Schwede, son- ein ehemaliger deutscher , ein böser Mensch, der sei- eit soundso viele Menschen 'Z gebracht habe.

emand in Mainz widersprach ff, niemand stellte richtig bestätigte. Statt dessen trat ff am nächsten Tag noch ein- vors Podium, sichtlich gebro- : und zusammengeknüllt. Er a nun ein alter Mann, meinte nd er verstehe die Welt nicht r. Aber dessen ungeachtet e er sich hier vor diesem Gre- n in aller Form entschuldi- Wofür er sich entschuldigte, e er nicht. Dennoch spendete das Gremium langanhalten- Beifall.

r Kongreßbeobachter jedoch derte sich. Was wurde da ver- nt? Entweder hatte Schiff un- : – dann konnte es mit einer llgemein gehaltenen „Ent- ldigung" nicht getan sein, hätte man ihm im Interesse Herrn Bolay scharf in die de fahren und die Dinge ge- rücken müssen. Oder Schiff recht oder auch nur teilwei- echt – dann wäre eine Ent- ldigung völlig überflüssig sen, dann hätte man ihm en müssen für die interes- Aufklärung.

wie die Dinge in Mainz lie- mußte man den Eindruck ten, Schiff habe recht und rotzdem von der Verbands- ıng gedrängt worden, sich ntschuldigen – im Interesse internationalen Friedensdis- ion". Es war sehr peinlich, es nach Gehirnwäsche für den n Schiff, und der VS-Vorsit- e Engelmann hat ein Thema in neues Enthüllungsbuch. des Buches: „Wer ist Karl H. y?"

rubinis Anacréon

äume von ein, Weib ıd Gesang

Scala hat ein kleines Meister- erk ausgegraben und insze- Luigi Cherubinis Ballett- „Anacréon", 1803, in Paris führt und dann vergessen. weiß man, warum es nie wie- f die Bühne kam. Das Libret- ı Monsieur Mendouze ist so daß es die Quadratur des s ist, ihm ein sicht- und spiel- Gewand zu geben.

scheidende künstlerische or der Scala, Enzo Siciliano, daher nach einem besonders asievollen Regisseur Aus- und fand den Chef des d Magique Cirque", Jérome y. Der hat mit dem Bühnen- r Beni Monpresor die Fabel Dichter und Genießer Ana- im 6. Jahrundert v. Chr. in lusical der dreißiger Jahre ndelt. Die Scala wurde zum Magique Cirque, in dem so Vunderliches passierte, daß darüber Cherubinis Musik rgaß.

iit tut man dem Florentiner onisten so Unrecht wie dem Gian Andrea Gavazzeni, der roßer Einfühlungsgabe diri- und den gewöhnlich als klas- oder klassizistisch definier- herubini als einen genialen ıfer der Romantik, als Ver- ngsglied zwischen Gluck Schubert erkennen ließ. Für pastose, wenn auch zuweilen eintönige Harmonie wünsch- n sich einen zarten Rahmen 'atteau.

1 Monpresors Bühnenbild je- – riesige, schwarzgesäumte elwände, die alles, auch die ik hinter den Kulissen, wi- egeln – schaffte eine Buñuel- sphäre für Savarys Phanta- ünge. Zunächst verwendet egisseur einen heute üblichen Anacréon (James King) ist mantischer Dichter aus dem n, der seine amourösen euer im antiken Hellas t. Wenn der alte Lüstling zur greift und von Wein, Weib Düften singt, erscheint ein arm dürftig bekleideter Tän- are, deren Liebesexerzitien inem Trupp Voyeure mit Wal- en und Tirolerhüten beob- t wird. Singt er von der Me- olie des Alters, so tanzt hinter piegelwand ein Skelett-Bal- ieht ein Leichenzug vorüber.

Orgie einer Ballettschule, die in Frack und Tutu auf der e wälzt, schaut Anacréon so haft zu wie das Publikum, das einend Savarys ironischen h ganz ernst nimmt. Der ist witzig, manchmal aufregend, immer zuviel des Guten. Und r Musik paßt er fast nie.

aber lohnt eine Reise. Wie die nen. Vor allem James Kings réon, Elizabeth Ponnells Cori- ıd der Amor der auch schau- erisch hochbegabten Elena Zi- Die Choreographie von Bar- Pearce ist gräßlich. Da retten nur die kleinen Schülerinnen cala-Balletts durch ihre kind- Grazie.

MONIKA v. ZITZEWITZ

Die Leipziger Buchmesse 1983 hat begonnen

Der Zoll stoppte Agee und Kunert

Das Gedränge im engen Messehaus am Leipziger Marktplatz unterscheidet sich kaum von dem der Vorjahre. Die Schlangen vor den Verlagsständen der Bundesrepublik sind vielleicht noch ein wenig länger als sonst. Wenigstens einmal hineinschauen möchte man in das, was man nie zu lesen bekommt. Aber die Abnahme des Interesses westdeutscher Belletristikverlage an der Leipziger Buchmesse zwingt die Besucher aus der „DDR", ihr Interesse auf immer weniger Stände zu konzentrieren – die Wartezeiten werden länger.

Trotz dieses Andranges ist die Atmosphäre heuer eher gedämpft. Keine aufregenden Themen, kaum Kontroversen, schon gar keine Sensationen – weder literarisch noch politisch ist Zündstoff zu vermelden. Zumindest wird er nach außen nicht sichtbar. Man hört, daß private Lesungen mit Geldstrafen belegt worden seien, sogar solche in kirchlichen Räumen, aber das ist ja nichts Neues. Das Dementi des stellvertretenden Kulturministers Klaus Hoepke auf der Pressekonferenz war denn auch eher halbherzig: „Wer Lesungen anmeldet, braucht Geldstrafen nicht zu fürchten." Und gleich noch ein Dementi: Die verweigerte Ausreisegenehmigung für den Dramatiker Heiner Müller zu einer Veranstaltung in Österreich wurde als „bürokratischer Lapsus" erklärt. Ein übereifriger Beamter habe das Konsularabkommen mit dem „befreundeten Österreich" terminlich zu eng ausgelegt. Entschuldigung bitte, das war nicht böse gemeint.

Die 800 Verlage des In- und Auslands, die zu einem nicht geringen Teil in Gemeinschaftsständen auftreten, bevorzugen Leipzig immer stärker für den wissenschaftlich-technologischen Bereich. Auch wenn das optisch ein wenig anders aussieht: In der alten Buchhändler- und Verlegerstadt konzentriert sich das westöstliche Lizenzgeschäft dieses Sektors. Da lohnt sich das Geschäft noch. Und in diesem Jahr scheint die Mikro-Elektronik der große Renner zu sein, an der vor allem die „DDR" lebhaftes Interesse zeigt.

Natürlich dominiert, zumindest äußerlich, der sozialistische Urvater Karl Marx auf der Messe. Zum 100. Todestag gibt es Marx sozusagen konzertant. In unzähligen Sprachen wird er angeboten. Aufs Geschäft kommt es da nicht an. Wer soll Marx schon auf rumänisch kaufen? Dabeisein ist alles! Allein die „DDR" bietet 1100 Titel von und über Marx an. Damit könnte man fast eine eigene Messe bestreiten. Merkwürdigerweise fällt aber dennoch das zweite Jubiläumsangebot – zum 500. Geburtstag Martin Luthers – stärker ins Auge. Hier ist die Palette der engagierten Verlage größer. Die Titelvielfalt ist gegen Marx natürlich bescheiden.

Die „DDR" hat hundert Luther-Titel im Programm, darunter die nun endlich fertige Gesamtausgabe, für die die Wissenschaftler rund hundert Jahre gebraucht haben. Der dritte Jubilar dieses Jahres, Richard Wagner, der im gleichen Jahr wie Marx starb, muß sich da vor Neid im Grabe drehen. Er wartet nach wie vor auf eine ähnliche Annäherung der „DDR", wie Bismarck sie jetzt zu erfahren scheint. Ein einziges Wagner-Buch aus mitteldeutscher Produktion entdeckte ich (Irrtum vorbehalten) auf der Messe. Aber wenigstens akustisch kam der Maestro aus Dresden zu Ehren: Bei der Eröffnung sang die Gewandhaus-Sopranistin Regina Werner neben Werken von Brahms und Mahler auch ein Liedchen von Wagner.

Die Buchproduktion der „DDR" ist, rein nominell, in den letzten Jahren ziemlich konstant geblieben. 1982 zählte man 6500 Titel in einer Gesamtauflage von 143 Millionen Exemplaren. Rund 550 davon waren belletristische Werke der „DDR"-Gegenwartsliteratur. Nach Angaben des Vorstehers des Börsenvereins, Siegfried Hoffmann, ist auch 1983 mit einer ähnlichen Zahl zu rechnen. Papierknappheit verhindert eine Expansion, die vor allem in bezug auf die Auflagenhöhen zu wünschen übrigläßt. Nach wie vor kommen längst nicht alle Kaufinteressenten dazu, die gewünschten Werke zu erwerben.

Bemerkenswert ist das offensichtliche Bemühen der „DDR", mit der Bundesrepublik besser ins Geschäft zu kommen. Minister Höpke machte in diesem Zusammenhang eine höchst witzige Rechnung auf. Im Augenblick beträgt der gegenseitige Im- und Export zwischen der Bundesrepublik und der „DDR" rund 20 Millionen Verrechnungs-Einheiten (VE), ist also etwa ausgeglichen. Höpke möchte nun aber gerne die Relation nach der Bevölkerungszahl herstellen. Da den 16,7 Millionen „DDR"-Bürgern rund 60 Millionen Bundesbürger gegenüberstehen, beträgt der „DDR"-Buchimport nach des Ministers Rechnung pro Kopf eine VE, der Export aber nur 0,3 VE.

Ganz abgesehen von der recht ominösen Berechnungsgrundlage verschwieg Höpke natürlich, daß in der „DDR" auch österreichische und schweizerische Verlage, die eine deutsche Stadt im Namen führen, voll in diese Kalkulation einbezogen werden. Immerhin ließ der Minister in Leipzig eine gewisse Bereitschaft der „DDR" erkennen, einem Kulturabkommen mit der Bundesrepublik in nächster Zukunft wieder größere Chancen einzuräumen.

Überraschend moderat waren in Leipzig die Töne in bezug auf eine literarische Agitation im Hinblick auf die Frage der Raketenaufstellung. Zwar wies man pflichtgemäß auf die „Bedrohung des Weltfriedens" hin, kreierte auch die Formel, daß Europa kein „Euroschima" werden dürfte, hielt sich aber mit den sonst üblichen Polemiken gegen die Bundesrepublik zurück. Offenbar hat man in der „DDR" selbst erhebliche Schwierigkeiten mit der Friedensfrage; denn im Mittelpunkt der Auseinandersetzung um die „DDR"-Gegenwartsliteratur steht in Leipzig ganz eindeutig die Erörterung von Möglichkeiten, wie die Jugend literarisch mit den historischen Kriegen und ihren Erfahrungen vertraut gemacht werden könne. Im Hinblick auf den Schriftstellerkongreß der „DDR" im Mai legte man jetzt schon die Strategien fest: Vor allem ältere Schriftsteller werden aufgefordert, ihre „einordnenden Erfahrungen" der Jugend literarisch zu vermitteln.

Wenig Neues also in Leipzig. Die Moritatensänger vor dem Rathaus kennt man schon aus den Vorjahren. Und die Kleinpariser Stadtmusikanten verbreiten eher Karnevalsstimmung. Die kulturpolitischen Entwicklungen finden 1983 wohl mehr in Andeutungen statt. Trotzdem waltet im Hintergrund natürlich nach wie vor der allmächtige Zensor. So klagte der Münchner Hanser-Verlag darüber, daß ihm zwei Titel seines Programms, der Band „Zwölf Jahre" von Joel Agee, dem Schwiegersohn von Bodo Uhse, und ein Essayband von Günter Kunert an der Grenze beschlagnahmt worden wären.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

„Crystal Clear" im Londoner Wyndham Theatre

Die Qualen der Liebe

Phil Young (33) heißt der Autor, und „Crystal Clear", so heißt sein Stück, das er in vier Monaten zusammen mit drei jungen Schauspielern entwickelt, geschrieben und inszeniert hat. Zuerst wurde es über einer Kneipe in Islington gezeigt, nun ist es in das anspruchsvolle Londoner Privattheater „Wyndham's" übergesiedelt. Beifall nach jeder Szene: „Crystal Clear" ist alles andere als eine Boulevard-Unterhaltung und trotz seiner explosiv komischen Einsprengsel wahrhaftig kein Spaß.

Richard, zuckerkrank und ein wenig im Kunsthandel tätig, war mit Jane liiert, einem tüchtigen intellektuellen Geschöpf, das alles genau wissen will: „Haben wir überhaupt eine Beziehung?" In der Tat, die Beziehung ist am Ende, Richard hat Thomasina gefunden, zeigt ihr seine schäbige Wohnung. Sie erkundet den Ort, erkundet auch Richard. Die beiden kommen zusammen, o ja, sie kommen sehr zusammen, in Streit, Schmerz, Selbstdemütigung. Es ist ein dramatisches Exempel von der sinnlichen und der unsinnlichen Intimität, von der Liebe und ihrer Marter.

Dies freilich kommt so unmittelbar, so herzzerreißend und so eindrucksvoll auf uns zu, weil das Stück ein zweites Zentralthema hat: Blindheit, die physische Blindheit. Thomasina auf die Frage, wie ihr Richards Wohnung gefällt: „Sie fühlt sich hübsch an." Thomasina hat ihr Augenlicht schon lange verloren. Sie hat die Stille, das Abwarten, die Konzentration und die Schwierigkeiten der Blinden. Sie vermittelt, was das heißt: nicht sehen können. Richard aber, einäugig, verliert in der Zeit des Stücks die Fähigkeit seines zweiten Auges.

Blind sein, doch mächtig aller anderen Sinne, auch derer, die nicht allein dem Körper angehören: Was das bedeutet, wird dem Zuschauer mit allen brutalen Finessen sichtbar, spürbar – auch das Verhältnis der Blinden zu den mit den Augen sehenden. Die Munterkeit und „taktvolle" Aktivität der tüchtigen Jane rückt dem Zuschauer so auf den Leib wie den beiden Blinden auf der Bühne. Richards Auflehnung, als es für ihn immer dunkler wird, ist kaum zu ertragen für Thomasina. Sie hat das alles schon lange hinter sich.

Der Einwand, hier würden Emotionen aufgeladen mit der Ausweglosigkeit des Gebrechens, sticht nicht. Die beiden Grundthemen des Stückes sind so ineinander verwoben, daß sie die eine und natürliche Existenz wiedergeben. Jede Deutung bleibt offen für Hinweise auf andere Augen als jene im Kopf. Theater fast als kunstvolles Naturereignis: Der Autor Young mit seinen drei Schauspielern Philomena McDonagh (Thomasina), Diana Barrett (Jane) und Anthony Allen hat etwas vollbracht, was sehr selten gelingt – die Entwicklung eines scheinbar ganz einfachen, in Wahrheit aber sehr komplizierten menschlichen Vorgangs mit all seinen Düsternissen, Fehltritten und mit wesentlich mehr Helligkeit, als zu vermuten wäre.

CHRISTIAN FERBER



Jugendliche Schlägertypen warten in ihrem trostlosen Klassenraum auf ihren Lehrer: Szene aus Peter Steins Film „Klassenfeind" FOTO: DIE WELT

Befunde aus dem wilden Kreuzberg – Peter Steins Kinofilm „Klassenfeind"

Die blutige Schlacht in der 10a

Dieser Film ist entsetzlich. Er will entsetzlich sein. Peter Stein hat vor zwei Jahren des Engländers Nigel Williams' grausames Jugendstück „Klassen Feind" für die Schaubühne inszeniert. Da steht es heute noch auf dem Spielplan und treibt den Zuschauern die Haare zu Berge.

Stein wollte es noch genauer wissen. Er transponierte den blutig-traurigen Vorgang auf die Leinwand. Da käme man in schrecklichen Großaufnahmen dem scheußlichen Befund noch näher an die Haut. Das Kino könnte (mit den ausgefuchsten Mitteln des amerikanischen Brutalfilms) „das linsensprengende face-work" des Schreckens noch viel deutlicher vermitteln. Stein tut es ohne Rücksicht auf jedes falsche Feingefühl.

Was auf der Bühne noch zuweilen humorvoll, jugendlich tapsig, manchmal direkt rührend wirkte – all das ist im Film eliminiert. Die Fetzen fliegen dauernd. Rücksicht wird nicht mehr genommen. Man wohnt, jetzt hautnah, den Schrekken jugendlicher Brutalität und Entwurzelung direkt bei. Peter Stein treibt zwei Stunden lang Brutalartistik. Dem Zuschauer wird nichts mehr erspart.

Was sieht er? Sechs jugendliche Schlägertypen warten in ihrem trostlosen Klassenverschlag aus kahlem Zement auf den neuen Lehrer. Den letzten haben sie schon davongeprügelt und verjagt. Ein neuer Lehrkörper traut sich gar nicht mehr in ihre kalte Klassenwabe. Sie warten. Sie kalbern. Sie gehen sich immer wieder brutal gegenseitig an die Gurgel. Sie zertrümmern das ohnehin längst zerschlagene Mobiliar. Sie schmeißen um sich mit den Eisentischen und Stühlen, zerdeppern das Oberlicht.

Die Wände sind schon längst mit Worten und Zeichnungen aus dem Sprachgebiet rüdester Fäkal-Deutlichkeit beschmiert. Die sechs (hier ins wildeste Kreuzberg transponierten Schläger) machen sich ständig fit für die neuerliche Zermalmung eines Lehrkörpers, der endlich erscheinen möge, auf daß sie ihre Muskeln spielen lassen könnten. Der Lehrer kommt nicht. Man läßt sie in ihrem eigenen Saft zerkochen. Man trocknet sie aus. Das wird gezeigt.

„Fetzer", der Platzhirsch unter den ständig stößigen Jungtieren, zwingt seine höllischen Klassenkameraden, selbst „Unterricht" zu geben. Jeder soll aus gemeinsamer Langweile ein Thema abhandeln. Jetzt kommt endlich etwas Jugendpsychologie ins Spiel. Der eine zeigt, wie er gern kochen würde. Der andere erzählt aus dem Abgrund seiner verlorenen Herkunft. Ein dritter erweist eine erstaunliche, scheußliche Phantasie als Punker. Der Jungtürke in der Teufelsrunde wird als Unterdrückter selbst rabiat und tut seine Leiden kund und seine Repressionen.

Die Hölle artikuliert sich einzeln. Eine Schlacht zwischen „Fetzer", dem Platzhirsch, und „Vollmond", einem eher sanften Schläger mit einigem Köppchen, ist der Höhepunkt optischer Radikalität und Grausamkeit. Am Ende sind die Kombattanten der Hölle erschöpft und noch verlassener als zuvor. Selbstekel herrscht und eine nun vollends eisige Einsamkeit in der verfluchten Gruppe. Wir haben in ein entsetzliches Inferno geschaut. Der Zuschauer ist müde. Er ist ratlos.

Wie Peter Stein das optisch dingfest gemacht hat, ist ebenso radikal wie artistisch ständig ekelerregend und dabei faszinierend. Die jungen Spieler (die gleichen, die in der „Schaubühne" exzellent operierten auf der Bühne) sind durch die Bank phänomenal. Nichts wird ausgespart. Jeder Blutsturz wird geradezu süchtig eingefangen. Jede wilde Klopperei wird in allen Einzelheiten minutiös festgehalten. Daß der bewundernswerte Kameramann, Robby Müller, dabei nicht mehrfach auf der Strecke blieb, kann den Zuschauer nur wieder wundern.

Der aber hat immer nur Krach, Blut, Zertrümmerungswut, Haß und Hilflosigkeit erlebt, der Zuschauer geht sozusagen mit zusammengezogenen Schultern von dannen. Ob diesen „Typen" zu helfen sei, wird nicht angedeutet. Ob der jugendliche Schrecken behebbar wäre, scheint ihm jetzt ganz fraglich. Der Film, sich an der Angst so perfekt weidend, hinterläßt wiederum Angst. Will er nur das? Wem ist damit geholfen?

FRIEDRICH LUFT

Deutsche Kunst in Moskau – Mensch und Landschaft in der Malerei

Furore am Fenster nach Westen

Den Moskauern und später auch den Leningradern steht ein außergewöhnliches Kunstereignis bevor: Am Freitag wird im „Zentralen Haus des Künstlers", einem neuen Gebäude an der Moskwa nahe dem Gorki-Park, die deutsche Ausstellung „Mensch und Landschaft in der zeitgenössischen Malerei und Graphik" eröffnet. Nur das Adjektiv „deutsch" deutet die kulturpolitische Brisanz dieser Veranstaltung an. Sowohl Buchheims Expressionisten-Schau des vorigen Jahres wie die Ausstellung „Moskau–Paris", die beide beim Publikum Furore gemacht hatten, waren zwar in der Geschichte der Moderne angesiedelt. Aber erst jetzt wird in der Sowjetunion erstmals westliche Kunst der Gegenwart zu sehen sein.

Die 150 Werke von 33 deutschen Künstlern hat der Düsseldorfer „Kunstverein für die Rheinlande und Westfalen" zusammengestellt; von der Deutschen Bank werden sie anläßlich des zehnjährigen Bestehens ihrer Moskauer Niederlassung präsentiert. Sowohl das Kulturministerium der UdSSR wie der sowjetische Künstlerverband zeichnen als Mitveranstalter. Das kann nach den schwierigen Verhandlungen, die sich über mehr als drei Jahre hinzogen, als besonderer Erfolg gelten. Noch wichtiger ist den deutschen Initiatoren freilich, „daß wir alles drin haben, was wir wollten", wie Direktor Hering vom Düsseldorfer Kunstverein befriedigt konstatiert. Man habe keine Rücksicht darauf genommen, ob einzelne Bilder oder Künstler das Publikum vielleicht irritieren könnten. Provozieren wolle man zwar niemanden, aber eine Herausforderung der konventionellen Sehgewohnheiten sei nun einmal unvermeidlich. Schließlich haben die sowjetischen Verhandlungspartner selbst gewünscht, daß „ein Fenster nach Westen" geöffnet werden sollte.

Es wird den Blick auf die Werke von Künstlern wie Albert, Baselitz, Beuys (zwölf Zeichnungen aus früheren Jahren), Diehl, Grützke, Hödicke, Immendorff, Janssen, Kiefer, Malern der Gruppe Zebra wie Nagel und Ullrich, ferner Lüpertz, Polke, Gerhard Richter, Schultze, Tadeusz, Vogelgesang und Zimmer ermöglichen, um nur einige zu nennen. Nur der aus der „DDR" ausgebürgerte Penck, der ursprünglich dabeisein sollte, zog – nach intensivem Zureden der Veranstalter – seinen Beitrag zurück. Im wesentlichen sei die Grundtendenz der Bilder figurativ; die Ausstellung bringe somit „die Beschäftigung mit einer sich wandelnden Figuration in der Malerei seit Mitte der sechziger Jahre" zum Ausdruck, ließ der Kunstverein wissen. Bei aller Fremdheit des Stils und trotz der großen Vielfalt der hier zusammengefaßten Künstler mag das die Aufnahme durch das Publikum erleichtern.

In den letzten Tagen gab es noch viel Hektik für Axel Lebahn, den Vertreter der Deutschen Bank in Moskau, und für die Botschaft der Bundesrepublik: Plötzlich erhob das sowjetische Außenministerium prinzipielle Einwände gegen einige Passagen des Ausstellungskatalogs. Es hatte zwar ohne Widerspruch hingenommen, daß zwölf der 33 beteiligten Künstler in West-Berlin beheimatet sind, zumal ihre Namen getrennt abgehoben von denen der Westdeutschen im Katalog stehen. Ende voriger Woche verlangte das Ministerium Gromykos aber, in den Texten des Vor- und Nachspanns müsse diese Aufteilung unter Bezug auf das Berlin-Abkommen der Vier Mächte deutlich angesprochen werden; außerdem sei das Abkommen auszugsweise zu zitieren.

Zu dieser Zeit waren die reich illustrierten Kataloge in einer Erstauflage von zehntausend Stück bereits fertiggestellt. Um das Überkleben der Textstellen zu vermeiden, wurden die ersten und die letzten beiden Seiten neu gedruckt und durch eine kostspielige Manipulation in die Katalogbücher eingefügt. Die Umformulierung war in Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt in Bonn vorgenommen worden.

Den deutschen Veranstaltern ging es darum, die Kataloge auf jeden Fall rechtzeitig für das sowjetische Publikum bereitzustellen. Es ist noch gut in Erinnerung, daß der Katalog der Ausstellung „Moskau–Paris", gegen den die sowjetische Seite gleichfalls Einwände erhoben hatte, praktisch erst am Ende der Veranstaltung freigegeben wurde. Wenn nicht weitere Verzögerungsmanöver angewandt werden, liegen die Kataloge jetzt noch vor Ausstellungsbeginn in Moskau bereit.

Die Zumutung, Botschafter Meyer-Landrut solle in seinem Geleitwort auf das Adjektiv „deutsch" verzichten und statt dessen Formulierungen verwenden, die sich auf die Bundesrepublik Deutschland beziehen, war immerhin standhaft zurückgewiesen worden.

FRIED H. NEUMANN



Herausforderung der konventionellen Sehgewohnheiten: „Apokalypse" von Markus Lüpertz, aus der deutschen Ausstellung in Moskau

JOURNAL

Wissenschaftler setzen sich für Sacharow ein

DW. **Bad Honnef**

In einem offenen Brief an den Obersten Sowjet der UdSSR haben sich 1031 deutsche Wissenschaftler für den sowjetischen Physiker und Friedensnobelpreisträger Andrej Sacharow eingesetzt. Zu den Erstunterzeichnern gehören u. a. Manfred Eigen, Richard Löwenthal, Martin Kriele, Helmut Gollwitzer. Sie weisen in dem Brief auf den Zusammenhang von Menschenrechten und Friedenspolitik hin und heben hervor, daß die Einstellung der Menschenrechtsverletzungen gegenüber Sacharow den Friedenswillen der Sowjetunion glaubwürdiger machen und die friedliche Zusammenarbeit mit ihr erleichtern würde.

Erstes Kulturmuseum der Zigeuner

J. G. G. **Warschau**

Das erste „Museum der Zigeunerkultur" innerhalb des Ostblocks entsteht im polnischen Tarnow auf Initiative des Ethnographen Adam Bartosz. Es wird seinen Sitz in einem Gutshof aus dem 18. Jahrhundert haben. Die Nachricht hat bei vielen Zigeunern Verwunderung ausgelöst. Polen gehört zu jenen Ländern, in denen die Diskriminierung dieses Stammes besonders groß ist. Schon Ende der fünfziger Jahre siedelte ein polnischer Zigeunerkönig in die Bundesrepublik über. Ständig treffen noch immer Zigeuner im Rahmen der Familienzusammenführung aus Polen in der Bundesrepublik ein.

Malediven: Heyerdahl entdeckt alte Kultur

dpa/UPI, **Colombo/Sri Lanka**

Der norwegische Forscher Thor Heyerdahl hat mit seinen Mitarbeitern auf der im Indischen Ozean gelegenen Inselgruppe der Malediven Ruinen einer vermutlich sehr alten Hochkultur entdeckt. Die Überreste weisen auf einen Zusammenhang mit der vor 4000 Jahren im Indus-Tal existierenden Zivilisation hin.

Brüssels Festival des Science-fiction-Films

B. J. **Brüssel**

Das erste internationale Science-fiction-Filmfestival findet zur Zeit in Brüssel statt. Auf dem Programm stehen 60 Filme „phantastischen Inhalts". Als Heimatland des Malers Hieronymus Bosch, des Dichters Michel de Ghelderode und eines Delvaux sieht sich Belgien als Ursprungsland dieser Filmgattung, die man – so die Festspielleitung – als „surrealistisch" bezeichnen könnte. Der Preis des Festivals ist bezeichnenderweise der „Corbeau Noir", ein „schwarzer Rabe".

Kunsterzieher fordern intensiveren Unterricht

dpa, **Fulda**

Auf dem Stundenplan jedes Schülers in jeder Schulform und in allen Jahrgangsstufen sollten mindestens zwei Wochenstunden Kunstunterricht stehen. Dies hat der Bund Deutscher Kunsterzieher zum Abschluß seiner dreitägigen Hauptversammlung in Fulda gefordert. Der Beschluß resultiert aus der Erkenntnis, daß in einer Wochenstunde die vorgeschriebenen Fachinhalte – klassische Kunst, optische Massenmedien sowie gebaute Umwelt und Design – nicht vermittelt werden können.

Neuer Preis für Verlagsgraphik

dpa, **München**

Ein mit insgesamt 15 000 Mark dotierter Celestino-Piatti-Preis für Verlagsgraphiker mit Wohnsitz in einem deutschsprachigen Land soll erstmals im November 1983 verliehen werden. Das berichtete der Münchener Taschenbuchverlag dtv, für den Piatti seit mehr als zwei Jahrzehnte als Graphiker arbeitet. Der Verlag, der Verband bayerischer Verlage und Buchhandlungen sowie ein Förderkreis bayerischer Druckereien tragen den neuen Preis, der alle zwei Jahre vergeben werden soll. Einsendeschluß ist der 15. August. Informationen beim Deutschen Taschenbuch Verlag, Postfach 40 40 04 22, 8000 München 40.

Steinzeitsiedlung in Thailand entdeckt

AFP, **Bangkok**

Eine Steinzeitsiedlung, deren Anfänge wahrscheinlich bis über das Jahr 2000 v. Chr. hinausreichen, ist in Thailand 220 Kilometer nordwestlich der Hauptstadt Bangkok entdeckt worden. Die Archäologen versprechen sich von den zahlreichen Steinwerkzeugen, Töpferwaren, bunten Glaskugeln und anderen Überresten wesentlichen Aufschluß über das vorgeschichtliche Gemeinschaftsleben in diesem Gebiet, das über Hunderte von Jahren dicht besiedelt gewesen ist.

Maurice Ronet †

AFP, **Paris**

Der französische Filmschauspieler Maurice Ronet ist im Alter von 55 Jahren nach langer Krankheit in einem Pariser Krankenhaus gestorben. Ronet hatte mit Regisseuren wie Louis Malle, Claude Chabrol und Roger Vadim gearbeitet. Insgesamt spielte er in über 70 Filmen. Seine letzte Rolle – wie so oft die eines Gangsters – gab ihm Bob Swaim in „La Balance", der soeben in Paris als bester französischer Film des Jahres 1982 ausgezeichnet wurde.

Vorsichtiges Aufatmen in Aichach: Kein neuer Fall von Meningitis

Inkubationszeit läuft ab / Schulen geschlossen / Angst vor Epidemie unbegründet

PETER SCHMALZ, München

Die Gefahr einer Epidemie habe nie bestanden, erklärte das Münchner Innenministerium, doch die Eltern in der Gegend von Aichach nordwestlich von München sind weiterhin beunruhigt: Schon drei Kinder sind an der ansteckenden Meningitis gestorben. Zahlreiche Schulen bleiben gesperrt, die Inkubationszeit läuft erst heute ab.

Als Meningitis bezeichnen Mediziner Entzündungen an der Haut des Gehirns und des Rückenmarks, als Symptome treten Kopfschmerzen, Nackensteife, Erbrechen und Fieber auf. Die bei Aichach aufgetretene Krankheit ist die Meningokokken-Meningitis, die als Tropfeninfektion durch Husten und Niesen übertragen wird. Ihre Erreger halten sich vorwiegend im Rachenraum auf. Eine Schutzimpfung als vorbeugende Maßnahme ist nicht möglich, die Ärzte empfehlen Desinfektion und besondere Hygiene als Vorbeugung. Nach Auskunft des Seuchenexperten im bayerischen Innenministerium, Heinz Gran, trägt etwa jeder zwanzigste Bürger Meningitis-Bakterien mit sich herum, ohne daß dies erkennbare Auswirkungen hat. Gran: „Plötzlich wird daraus eine schlimme Krankheit. Wir wissen nicht warum." Allein in Bayern erkranken jährlich 200 Menschen, zumeist Jugendliche und Kinder. In fünf Prozent der Fälle verläuft die anzeigenpflichtige Krankheit tödlich.

Das erste Opfer der jüngsten Meningitis-Welle war ein 17jähriger Lehrling, der bereits im Dezember gestorben ist. Damals glaubten die Behörden noch an einen Einzelfall. Doch in der vergangenen Woche starben kurz hintereinander zwei Schüler aus dem kleinen Ort Baindlkirchen. Innerhalb weniger Stunden wurde der 14jährige Hauptschüler Norbert R. aus der neunten Klasse hinweggerafft. „Dem Norbert hat man gar nichts angesehen," erzählte eine Mitschülerin später. „Nur ein bißchen blaß ist er gewesen."

Zwei Tage später wurden der zehnjährige Hauptschüler Andreas M. und seine dreijährige Schwester Evi mit Meningitisverdacht ins Augsburger Kinderkrankenhaus gebracht. Aber für Andreas, von seinen Freunden Andy gerufen, kam jede Hilfe zu spät: Er starb am Freitagmorgen. Seine kleine Schwester, die ebenfalls in Lebensgefahr schwebte, kann nach Auskunft der Ärzte gerettet werden.

Wie erst jetzt bekannt wurde, sind bereits am 5. März ein dreijähriger Junge und ein sechs Monate alter Säugling aus der weiteren Umgebung von Aichach ebenfalls an Hirnhautentzündung erkrankt. Beide Kinder befinden sich jedoch auf dem Weg der Besserung. Das zuständige Gesundheitsamt sieht in beiden Fällen keinen Grund zur Beunruhigung, da die Inkubationszeit von fünf Tagen überschritten ist, ohne daß weitere Personen erkrankt sind.

Zahlreiche Schulen und Kindergärten bleiben aber weiterhin gesperrt. „Kurzfristig und unbürokratisch", so Landrat Gottfried Grimm vom ebenfalls betroffenen Landkreis Fürstenfeldbruck, „werde man entscheiden, ob die Klassenräume ab morgen wieder für den Unterricht freigegeben werden können. Nach menschlichem Ermessen besteht bisher glücklicherweise keine Veranlassung, die Schließung zu verlängern." Entwarnung wird allerdings noch nicht gegeben, denn Meningitis kann sehr schnell ausbrechen, oft in nur wenigen Stunden.

SOS-Kinderdorf eröffnet

Ein zweites SOS-Kinderdorf eröffnete **Hermann Gmeiner** auf einer Westafrika-Reise an der Elfenbeinküste. Bei der Feier in Aboisso wurde der Gründer der SOS-Kinderdorf-Organisation von Staatspräsident **Felix Houphouet-Boigny** mit dem Kommandeurskreuz des Verdienstordens der Elfenbeinküste ausgezeichnet. Das Dorf wurde durch Spenden aus der Bundesrepublik finanziert.

LEUTE HEUTE

Tierfreund-Bedarf

Der frühere Restaurant-Besitzer **Haskell Castleberry** glaubt, daß wahre Tierfreunde auch in wirtschaftlich schlechten Zeiten ihren Lieblingen, wenn es soweit ist, ein anständiges Begräbnis ausrichten möchten. Daher eröffnete er in East Ridge (Tennessee) eine Firma, die ausschließlich Tiersärge anbietet.

18-Stunden-Tour

Im weißen Smoking hat ein Sensationsdarsteller aus Los Angeles die „Erstbesteigung" des 304 Meter hohen Texas-Handels-Turms in Houston hinter sich gebracht. Nach seiner 18 Stunden und 14 Minuten dauernden Kletterpartie wurde **Ron Broyles** (23) allerdings auf dem Dach des 75stöckigen Gebäudes von der Polizei erwartet. Die Beamten führten ihn wegen Hausfriedensbruchs ab.



Disco-Star Grace Jones geriet in die Diskussion über Frankreichs Gesetz gegen sexuelle Diskriminierung der Frau. FOTO: ROLF WILM

Bei zuviel Haut droht bald Gefängnis

Aber auch Frauen begegnen „Sexismusgesetz" mit Skepsis

CONSTANCE KNITTER, Paris

„Ein Bildnis muß nicht immer böse sein. Aber es ist die übelste Form der Repression, die der Mensch erfunden hat." Mit diesen Worten kündigte Frankreichs Ministerpräsident Pierre Mauroy eine Gesetzesvorlage gegen geschlechtsbedingte Diskriminierungen an. „Es ist an der Zeit, den Frauen die Möglichkeit zu geben, gegen erniedrigende und entwürdigende Darstellungen, die man uns von ihnen anbietet, zu kämpfen", erläuterte Mauroy vor dem Ministerrat.

Frankreichs Frauenrechtlerinnen haben in der vergangenen Woche einen weiteren Schritt in ihrem Kampf um die Gleichberechtigung der Frau gewonnen. Yvette Roudy (53), Ministerin für die Rechte der Frau, legte der Regierung einen Gesetzesentwurf vor, wonach jede Darstellung, die die Frauen erniedrigt, entwürdigt oder die gar zur Gewaltanwendung anreizt, gerichtlich verfolgt werden kann. In den Mittelpunkt der Diskussion geriet unversehens der US-Disco-Star Grace Jones, die als Beispiel dafür gilt, wie eine Frau als „Objekt" vermarktet wird.

Wenn das Gesetz gegen sexuelle Diskriminierungen im Frühjahr vom Parlament verabschiedet wird, können Frauenverbände jedesmal vor Gericht gehen, wenn sie in einer Ansprache, einer Zeitungsannonce, auf einem Werbeplakat oder auf dem Titelbild einer Zeitschrift einen Verstoß gegen die Würde der Frau zu erkennen glauben. Die für schuldig befundenen Urheber der „Antisexistischen" Darstellungen müssen mit Gefängnisstrafen bis zu einem Jahr und Geldbußen bis zu umgerechnet 100 000 Mark rechnen.

Betroffen von der Sorge der Frauenrechtsministerin um die Würde der Frau sind in erster Linie Presse und Werbung. Befürchtet man doch in Frankreich, daß Werbeplakate, auf denen hübsche, junge Mädchen für Büstenhalter, Slips, spitzenbesetzte Strumpfhalter, Bikinis oder gar für hautenge Jeans Reklame machen und dabei zuviel Haut zeigen oder gar als „Femme-Objekt" dargestellt werden, demnächst im Land der Liebe und des Charmes tabu sind.

Doch ausgerechnet Frankreichs Frauen mokieren sich am meisten über die Absichten der Regierung. Die Feministinnen halten die Sozialisten für „genauso patriarchalisch wie ihre Vorgänger", und die Aktionen der Frauenrechtsministerin werden als „einsame Erfindung" bezeichnet. „Die Frauen sind nicht mehr so dumm, daß sie auf jede Reklame reinfallen. Wenn Werbeleute glauben, sie können einen Kühlschrank besser neben den nackten Schenkeln einer Frau verkaufen, täuschen sie sich. Jeder weiß, daß ein Po ein Po ist und nichts mit dem angebotenen Produkt zu tun hat", erklärte die Verantwortliche einer Pariser Werbeagentur. „Das Gesetz ist völlig unsinnig."

„Wenn es uns nun aber gefällt, schön zu sein, wenn wir Reizwäsche tragen und die Männer verführen wollen, Frau Ministerin?" schrieb die Journalistin Valerie Lejeune im „Quotidien de Paris". „Wir wissen alle, daß Werbung zum Kauf anreizen und Gewinne einbringen soll. Sie läßt uns aber auch träumen. Halten Sie uns nicht für dümmer als wir sind?" (SAD)

U-Boot, Marke Whisky-Klasse, ins Netz gegangen

AP, Kopenhagen

Dem deutschen Fischkutter „Gertraud" ist gestern rund 15 Seemeilen südlich der dänischen Ostseeinsel Bornholm ein Ostblock-U-Boot ins Schleppnetz gegangen. Wie die Kommandozentrale der dänischen Marine in Kopenhagen mitteilte, waren um Hilfe rufende Funksprüche der „Gertraud" aufgefangen worden. Ein in der Nähe befindlicher dänischer Marinehubschrauber fand den Fischkutter bereits von Ostblock-Kriegsschiffen umringt vor, die derzeit in der Ostsee Manöver abhalten. Vom Hubschrauber aus wurde das Auftauchen eines U-Bootes der Whisky-Klasse beobachtet, dessen Besatzung an Deck kam. Solche Boote fahren nur unter polnischer und sowjetischer Flagge. Nach einer halben Stunde hatten die Männer ihr U-Boot aus dem Fangnetz befreit. Es fuhr davon und ließ den Kutter mit zerrissenem Netz zurück.

Gesucht: Sadegh Tabatabai

dpa, Düsseldorf

Gegen den früheren iranischen Vize-Premier Sadegh Tabatabai (39), der am Tage vor der Verkündung einer dreijährigen Freiheitsstrafe im Düsseldorfer Rauschgiftprozeß nach Teheran geflogen war, ist bereits am Freitag ein neuer Haftbefehl ergangen. Die 12. Große Strafkammer des Düsseldorfer Landgerichts hat, wie erst jetzt bekannt wurde, den Khomeini-Vertrauten „national und international zur Festnahme ausgeschrieben".

Hinrichtung als Therapie

AFP, Teheran

Vor den Augen von 2000 Drogensüchtigen, die in der iranischen Stadt Shiraz eine Entziehungskur machen, ist einer der bekanntesten Opiumhändler der südiranischen Region Golestan, Heydar Kechavarz, hingerichtet worden. Kechavarz hatte insgesamt 14 Tonnen Opium in der Region vertrieben.

Hessen hat ein Herz für Kröten

Durchsage in HR 3 soll Tiere auf Wanderung schützen

H. KANNENBERG, Frankfurt

Tausende von Erdkröten, die alljährlich auf ihrem kilometerlangen Fußmarsch zu den nächsten Laichgewässern unter die Autoräder geraten, bekommen im Verkehrsfunk des Hessischen Rundfunks einen prominenten Fürsprecher. Initiatoren des Versuchs sind die Biologen Meijering und Brehm vom Max-Planck-Institut für Limnologie in Schlitz/Hessen.

Sie hatten, ehe sie die moderne Nachrichtentechnik für die Kröten-Sicherheit einspannten, vier Jahre lang im Fuldatal den Laichzug der Erdkröten beobachtet. Dabei fanden sie heraus: Die häßlichen doch sehr nützlichen braunen „Plumpsäcke" werden in jenen Frühjahrsnächten vom Wandertrieb gepackt, in denen die Temperatur mindestens sechs Grad über Null und die Luftfeuchtigkeit bei wenigstens 75 Prozent liegt.

In den vergangenen Jahren waren an den kritischen Stellen Hunderte von freiwilligen Helfern im Einsatz. Sie sammelten die wanderwütigen Kröten ein, ehe sie die gefährlichen Fahrbahnen erreichten und trugen sie in Eimern über die Straßen. Besonders stark frequentierte Straßen wurden gar mit Röhren untertunnelt. Andere Übergänge wurden durch Hinweisschilder für die Autofahrer („Krötenzug") entschärft.

Doch diese Maßnahmen blieben unvollkommen, weil es entweder an Helfern fehlte oder die Autofahrer die Schilder ignorierten.

Hier soll nun das Autoradio Abhilfe schaffen. Wichtiger Partner in dem Komplott mit dem Krötentod ist der Deutsche Wetterdienst. Er alarmiert in Frühlingsnächten, in denen die meteorologischen Bedingungen günstig sind für die Wanderung, die Verkehrsredaktion des Hessischen Rundfunks. Von dort kommt dann alle halbe Stunde über HR 3 eine Warnung. Sollte der Versuch erfolgreich sein, wollen Mejering und Brehm im kommenden Jahr auch in anderen Bundesländern einen „Kröten-Funk" anregen.

Schwedische Schmiergelder wurden schließlich zum Sand im Getriebe

Fertighausfirma versuchte über Mafia Geschäfte im Erdbebengebiet zu machen

dpa, Rom

20 000 hölzerne Fertighäuser wollte die Firma „Domänhousing", Tochter der staatlichen schwedischen Firma „Domänväkert", ins süditalienische Erdbebengebiet Irpinia bei Neapel verkaufen. Aus dem beabsichtigten Geschäft wurde ein Skandal. Das einzig Ungewohnte, was die Italiener in diesen Tagen erstaunt, ist, daß angesehene schwedische Geschäftsleute die Urheber der großangelegten Schmiergeldaffäre sind.

Vor gut zwei Jahren hatte die „Domänhousing" die süditalienische Berglandschaft Irpinia als geeignetes Absatzgebiet für ihre Wohnhäuser entdeckt. Dort waren bei dem großen Erdbeben im November 1980 fast 3000 Menschen ums Leben gekommen und etwa 300 000 obdachlos geworden.

Den Skandinaviern – so der jetzt in Italien erhobene Vorwurf – kam es anscheinend gar nicht in den Sinn, ihr Angebot offiziell den zuständigen italienischen Stellen zu unterbreiten. Die Nordländer hielten offensichtlich jeden Versuch für zwecklos, ihre Produkte regulär an den Mann zu bringen: Sie setzten nach italienischen Presseberichten von Anfang an auf Schmiergelder. Sechs Milliarden Lire, umgerechnet mehr als zehn Millionen Mark, sollen aus Schweden in diverse Kanäle geflossen sein, um den Markt für die Holzhäuser zu erschließen.

Nachforschungen ergaben, daß die Fertighaus-Verkäufer seinerzeit als Kontaktmann den zwielichtigen Eigentümer einer finnischen Waffenfabrik namens Israellson eingesetzt hatten, der seine Beziehungen zu einflußreichen italienischen Stellen und zur örtlichen Camorra – wie die Mafia-Variante im neapolitanischen Hinterland genannt wird – angepriesen hatte.

Diesem waren die Schweden-Kronen übergeben worden, die landeskundig und gewinnbringend verteilt werden sollten. Das Unglaubliche daran: Israellson, damals wegen Betrugs in Schweden inhaftiert, hat in dieser Mission ohne größere Schwierigkeiten dreimal das Gefängnis verlassen und sich nach Italien begeben.

Die Vermittlung platzte, als der damalige italienische Minister Giuseppe Zamberletti, Sonderbeauftragter für das Erdbebengebiet, Wind bekam und einschritt. Nun schalteten die Schweden eine italienisch-schwedische Gesellschaft mit Sitz in Rom ein, die „Sispa". Deren Chef machte sich mächtig in der Angelegenheit zu schaffen: Mehrmals reiste er im Privatflugzeug zwischen Rom und Stockholm hin und her, und großzügig verschenkte er Nerze an Dolmetscherinnen. Für andere, die mit dem beabsichtigten Nord-Süd-Geschäft in Berührung kamen, hatte die Begegnung weniger angenehme Folgen: Ein Teilhaber einer anderen schwedischen Gesellschaft, die ebenfalls mitmischte, nahm sich vor einigen Monaten unter dubiosen Umständen das Leben.

Nachdem in Schweden schon eine Voruntersuchung läuft, hat jetzt die italienische Justiz gegen die in Italien ansässigen Beteiligten am Skandal gerichtliche Schritte unternommen: Gegen den Direktor der „Sispa" sowie gegen sechs weitere Personen, darunter einen christdemokratischen Lokalpolitiker, wurden Untersuchungen eingeleitet wegen mehrfachen Betrugs, Erpressung und Bilanzfälschung.

Possenhafte Züge gewinnt die Affäre ob der Folgenlosigkeit des mit so viel Elan angegangenen Mammutgeschäfts: Kein einziges der Fertighäuser ist in der Irpinia aufgestellt worden. Die wenigen, die in Italien ankamen, stehen verpackt in einer Lagerhalle Roms. Sie entsprechen nicht den Anforderungen, die die italienischen Behörden des Erdbebengebietes an Fertighäuser stellen.

REGINE REIM

Die Besitzer von „Shergar" hoffen wieder

H. VOSS, London

Der vor fünf Wochen aus einem dem Aga Khan gehörenden Gestüt in Irland entführte Zuchthengst Shergar scheint wider Erwarten doch noch am Leben zu sein. Der Londoner „Daily Express" enthüllte gestern unter Berufung auf einen der Shergar-Eigner, daß zur Zeit zwischen dem Zuchtsyndikat und den Entführern Verhandlungen über die Rückgabe des 38 Millionen Mark teuren Tieres stattfinden.

„Wir glauben, daß das Pferd noch am Leben und in Irland ist", erklärte der Informant der Zeitung, Hauptmann Tim Rogers, wörtlich, „es finden Verhandlungen statt, an denen ich nicht persönlich beteiligt bin, bei denen ich aber nach Kräften zu helfen versuche". Laut Rogers werden die Verhandlungen von einem vierköpfigen Ausschuß geführt: Paul Mellon (USA), Paul de Moussac (Frankreich), Sir John Astor (England) und Giles Drion, Leiter des Ballymany-Gestütes, aus dem der Vollblüter Anfang Februar entführt wurde.

Nähere Einzelheiten wurden bisher nicht bekannt. In Irland werden jedoch Stimmen immer lauter, die sagen, daß das Pferd im Auftrag eines Gegners des Aga Khan von IRA-Terroristen gekidnappt worden ist und in dem wegen der vielen Terroranschläge berüchtigten nordirischen Landkreis Armagh festgehalten wird. (SAD)

Reaktion auf Tennis-Urteil

sid, Frankfurt

Eine Gefahr für sein Aktionsprogramm „Sport für alle" sieht der Deutsche Sportbund in einem Urteil des Karlsruher Bundesgerichtshofs, das eine Schließungsverfügung gegen eine hessische Tennisanlage bestätigte, weil sich Nachbarn durch das Geräusch der Bälle belästigt fühlten. Die Zielsetzung „Sport für alle" mit dem „Sportplatz um die Ecke" sei in Frage gestellt, weil Entscheidungen von Verwaltungsgerichten viele Vereine verunsicherten, erklärte der DSB.

14 Prozent mehr

dpa, Madrid

Der zweiwöchige Streik der Stierkampf-Quadrillas wurde gestern nach einer Einigung zwischen den Toreros und ihren Helfern in der Arena rechtzeitig zu Beginn der neuen Saison beendet. Die „Subalternen" erhalten 14 Prozent mehr Lohn.

Alternative zum Flugzeug

DW. Köln

Der bisher zwischen dem Frankfurter Flughafen und Düsseldorf Hauptbahnhof pendelnde Lufthansa Airport Express wird von Beginn des Sommerflugplans ab 27. März in Düsseldorf bis zum Flughafen weitergeführt. Er wird damit für Düsseldorfer Lufthansa-Passagiere zu Alternative zum Flug, weil sie sich direkt am Flughafen noch kurzfristig zwischen Flugzeug und Bahn entscheiden könnnen.

WETTER: Unbeständig

Wetterlage: Der gesamte mitteleuroäische Raum liegt im Zustrom wolkenreicher Meeresluft.

Vorhersage für Mittwoch

Ganz Deutschland: Im Süden und Osten meist stark bewölkt und gebietsweise leichter Regen. Sonst wechselnd wolkig und einzelne Schauer. Nachmittagstemperaturen 7 bis 11 Grad. Nachts Abkühlung auf Werte um 2 Grad, gebietsweise leichter Frost. Meist nur schwacher Wind.

Weitere Aussichten:

Im Südosten noch Niederschläge, sonst trocken, aber wolkig.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	10°	Kairo	13°
Bonn	10°	Kopenh.	6°
Dresden	6°	Las Palmas	23°
Essen	8°	London	8°
Frankfurt	12°	Madrid	12°
Hamburg	7°	Mailand	6°
List/Sylt	4°	Mallorca	17°
München	9°	Moskau	4°
Stuttgart	11°	Nizza	14°
Algier	22°	Oslo	2°
Amsterdam	7°	Paris	7°
Athen	11°	Prag	5°
Barcelona	16°	Rom	13°
Brüssel	8°	Stockholm	7°
Budapest	7°	Tel Aviv	17°
Bukarest	7°	Tunis	19°
Helsinki	4°	Wien	8°
Istanbul	3°	Zürich	9°

Sonnenaufgang* am **Donnerstag:** 6.33 Uhr, Untergang: 18.29 Uhr, **Mondaufgang:** 8.00 Uhr, Untergang: 21.37 Uhr.

* in MEZ, zentraler Ort Kassel

In USA wird Telefonieren zum poppigen Vernügen

GABRIELE JAHN, New York

Schon heute ist das amerikanische Telefonsystem eine Wonne – und es verspricht noch besser zu werden, seit der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten im größten Anti-Trust-Prozeß aller Zeiten den Unternehmensriesen AT and T zwang, sich von seinen lokalen Telefonunternehmungen zu trennen.

Die Folgen: Der amerikanische Telefonkunde kann sich in Zukunft noch mehr verwöhnen lassen als bisher. Er ist der Nutznießer der verschärften Konkurrenzsituation, die durch die Aufsplitterung des Konzerns entstanden ist.

Der Konkurrenzkampf spielt sich in verschiedenen Bereichen ab. Zunächst einmal geht es um den Telefonapparat selbst. Seit es rechtlich möglich ist, Telefonapparate zu kaufen statt zu mieten, explodiert die Anzahl der Modelle förmlich. Überall sprießen Telefonshops aus dem Boden. Die Vielfalt an Farben, Formen und Materialien ist nahezu unüberschaubar: Pop und Kitsch, klarliniges Design und verspielte Formen, Alabaster, Leder, Holz und Plastik, Westernstil und Micky Mouse, mit Wählscheibe oder mit Tasten – Telefone für jede Geschmacks- und Stilrichtung.

Neben optischen Genüssen erfreuen auch technische Neuheiten: Das kabellose Telefon zum Beispiel. Es läßt sich mühelos nach draußen mitnehmen. Im Umkreis von 200 Metern ist es möglich, allein mit dem Hörer ein Gespräch zu empfangen oder selbst zu wählen. Und das Schöne: Dies alles ist nicht teuer. Es entstehen nur einmal Kosten – beim Kauf des Apparats. Die monatlichen Leihgebühren entfallen, die bisherige Grundgebühr wird reduziert. Die Preise der Apparate liegen zwischen 15 und 200 Dollar.

Im Zuge der Neustrukturierung werden viele kleine lokale Telefongesellschaften entstehen. Langfristig wird dies zu einer Trennung von Orts- und Ferngesprächsnetzen führen.

Wenn der Telefonkunde in Zukunft wohl keine Entscheidungsfreiheit mehr haben wird in der Wahl seiner örtlichen Telefongesellschaft, so wird er sich doch für die Gesellschaft entscheiden können, über die er seine Ferngespräche abwickeln will. Die Konkurrenz ist groß, und mehrere Gesellschaften unterbieten sich gegenseitig. MCI und ITT bieten denen, die viele Telefonate führen, Tarife an, die bis zur Hälfte unter denen der lokalen Telefon-Gesellschaften liegen. Für eine monatliche Grundgebühr von 13 Ziffern zusätzlich zu der gewünschten Telefonnummer ist es ohne Schwierigkeiten möglich, aus dem lokalen Netz herauszugehen und über Mikrowellen kostensparend zu telefonieren.

Zu erwarten ist auch eine weitere Verbesserung der Service-Leistungen. Schon jetzt lassen sich eine Reihe von Dienstleistungen gegen geringes Aufgeld haben.

- Das „call forwarding" ermöglicht, schon vorab eine Telefonnummer einzugeben, unter der man im Falle der Abwesenheit zu erreichen ist, so daß ein Anruf automatisch umgestellt wird.
- Das „call waiting": Hier kündigt ein Piepton in der Leitung ein zweites Gespräch an. Der Empfänger hat die Möglichkeit, dieses zweite Gespräch anzunehmen und den Ersteilnehmer in der anderen Leitung warten zu lassen.
- Das „three way calling": Die Konferenzschaltung, die ein Telefongespräch an drei Apparaten möglich macht.

Und das Ganze ist nicht teurer, sondern billiger als in Deutschland. Während hier ein Ferngespräch bis zu 7,33 Mark in der Minute kostet, zahlt der Amerikaner höchstens 3,50 Mark. (SAD)

ZU GUTER LETZT

„Armes Deutschland". Der Historiker Professor Hellmut D... wald, Erlangen, im Saarländischen Rundfunk auf die Frage, was L... ther wohl sagen würde, wenn ... jetzt am Mikrofon säße.